

2009

PREPRINT 367

Hubert Laitko

**Strategen, Organisatoren, Kritiker, Dissidenten
- Verhaltensmuster prominenter Naturwissen-
schaftler der DDR in den 50er und 60er Jahren
des 20. Jahrhunderts**

Strategen, Organisatoren, Kritiker, Dissidenten – Verhaltensmuster prominenter Naturwissenschaftler der DDR in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts

Hubert Laitko (Berlin)

Vorbemerkung:

Der Anlass zu dieser kleinen Studie war ein zufälliger – eine Offerte Prager Wissenschaftshistoriker, zu ihrer am 7.12.2005 im Archiv der Tschechischen Akademie der Wissenschaften durchgeführten Tagung „Velmožové vědy? Významné osobnosti oficiální vědy 50. a 60. let 20. století v oblasti přírodních a matematických věd“, die sich mit dem Wirken namhafter tschechischer und slowakischer Naturwissenschaftler und Mathematiker in der Berührungszone von Wissenschaft und Politik während der 1950er und 1960er Jahre beschäftigte, in einem halbstündigen Vortrag ein paralleles Fallbeispiel aus der Geschichte der DDR beizusteuern. Die Ähnlichkeiten zwischen beiden Staaten – der DDR und der Tschechoslowakei – in jener historischen Periode waren groß genug, um sicherzustellen, dass sich mein Vortrag in das Vorhaben der tschechischen Kollegen einfügen würde, und die zwischen ihnen nichtsdestoweniger bestehenden bedeutenden Unterschiede sollten zugleich hinreichen, um einem grenzüberschreitenden Vergleich nicht von vornherein jeglichen Reiz zu nehmen. Es gab eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Naturwissenschaftlern aus der DDR, deren Schaffen in jenen beiden Jahrzehnten kulminierte und die daher als Parallelinstanzen in Frage kamen. Zunächst war daran gedacht, eine einzelne Persönlichkeit auszuwählen, so wie die tschechischen Beiträge in der Regel auch jeweils einem Naturwissenschaftler gewidmet waren. Während aber das Ensemble der Wissenschaftler aus der Tschechoslowakei, das auf diese Weise zusammenkam, ganz von selbst, ohne dass es einer besonderen Regie bedurft hätte, die unterschiedlichen Verhaltens- und Karrieremöglichkeiten exemplifizierte, die dort zu jener Zeit für Naturwissenschaftler von Rang bestanden hatten, wäre jede beliebige einzelne Persönlichkeit aus der DDR gegenüber diesem Ensemble eine einseitige Wahl gewesen, an deren Beispiel das für diesen Personenkreis damals vorhandene Feld von Möglichkeiten auch nicht annähernd ablesbar gewesen wäre. Andererseits zielte der Ansatz der Prager Veranstaltung nicht auf soziologische oder politologische Typisierungen und Generalisierungen; sie war ein Unternehmen von Wissenschaftshistorikern, das sich den Lebenswegen konkreter Persönlichkeiten widmen sollte.

In dieser Lage entschloss ich mich, ein Quartett von Wissenschaftlern zu präsentieren, deren jeder in einer breiteren Öffentlichkeit bekannt war und zugleich über ein hinreichendes fachwissenschaftliches Renommee verfügte, das jedes Hinüberwechseln in eine rein politische Rolle verhinderte und ihn als Akteur in der Berührungszone von Wissenschaft und Politik festhielt. Die Auswahl dieses Quartetts erfolgte so, dass die wesentlichen Unterschiede in der politischen Sozialisation vor 1945, die bei dieser Wissenschaftlergeneration eine Rolle spielten, vertreten waren und dass drei unterschiedlichen systemkonformen Lebenswegen einer gegenübergestellt wurde, der die Toleranzgrenzen des politischen Systems der DDR grundsätzlich und irreversibel überschritt, ohne damit eine Konversion zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland zu vollziehen. Die vier Biographien sind, wenn auch in unterschiedlichem Grad erforscht, in ihren Verläufen so weit bekannt, dass wirklich überraschende Befunde, die zu einer Revision der jeweiligen Persönlichkeitsbilder zwingen würden, schwerlich zu erwarten waren. Die vorliegende Studie, die

sich ausschließlich auf publiziertes Material stützt, ging auch von vornherein nicht auf biographische Überraschungen aus.

Ihre historische Aussage ergibt sich, wenn man die vier Lebensläufe nicht isoliert, sondern nebeneinander betrachtet. Die gesellschaftliche Ordnung der DDR erscheint dann für die biographischen Trajektorien einer Generationenkohorte von Wissenschaftlern als ein Raum, der bei aller unbestreitbaren Normierung, die von den politischen Machtverhältnissen ausging, deutlich unterschiedene und dabei auch divergente Verlaufsmöglichkeiten enthielt. Eine ähnliche Vielgestaltigkeit würde man vermutlich auch bei der parallelen Betrachtung der „biographischen“ Trajektorien unterschiedlicher wissenschaftlicher Institutionen finden, auch wenn dort nach außen hin die administrative Normierung noch weitaus höher war. In allen diesen Fällen handelt es sich um „weiche“ historische Befunde, mit denen nicht eindeutig für oder gegen bestimmte theoretische Hypothesen entschieden werden kann. Aber aus ihnen ergibt sich für die Begriffssysteme, die bei der historischen Analyse der DDR (und ähnlicher Gesellschaften) eingesetzt werden, die Forderung, *die aus dem empirischen Material abzulesenden Differenzierungen auch theoretisch denkmöglich zu machen*. Totalisierende und nivellierende Redeweisen, wie sie auch in der politischen Rhetorik gern verwendet werden, kommen diesem Desiderat nicht entgegen.

Wenn etwa bei der Analyse einer konkreten Konfliktsituation alle Konkretheit auf die Person des gerade untersuchten Wissenschaftlers und dessen unmittelbare Umgebung konzentriert wird, die gesellschaftlichen Umstände seines Handelns aber mit dem – stillschweigend als anonymer Monolith unterstellten – Abstraktum „SED-Staat“ (oder ähnlichen Abstrakta) gekennzeichnet werden, wird das historische Geschehen in ein heuristisch wenig ergiebiges Begriffsschema gepresst. Es verdient daher Beachtung, wenn bei der Erörterung solcher Gegenstände, die nicht selten in einer emotional aufgeladenen und damit wissenschaftlicher Distanz wenig zuträglichen Atmosphäre erfolgt, in jüngster Zeit auch auf der begrifflichen Ebene von verschiedenen Seiten Differenzierungen eingefordert werden. Das historisch-biographische Material wird hier auf eine Weise dargestellt, die solchen Differenzierungen zuarbeitet; dies ist zumindest die Absicht des Autors.

Die Literaturliste der Studie geht nicht über das Jahr 2006 hinaus, um in wesentlichen Zügen die Intention des in Prag gehaltenen Vortrages zu bewahren. Der komplette Text wurde den Kollegen im Archiv der Tschechischen Akademie der Wissenschaften in Prag zur Verfügung gestellt und ist dort im deutschen Original einsehbar; das Archiv sieht jedoch keine Möglichkeit, eine tschechische Übersetzung anzufertigen und zu publizieren. Auch eine anderweitige Publikation des Gesamttextes ist nicht beabsichtigt. Lediglich den Hans Stubbe betreffenden Abschnitt 3.2 habe ich in leicht abgeänderter Fassung als selbständigen Beitrag für eine Festgabe anlässlich des 75. Geburtstages des Philosophen und Biologiehistorikers Rolf Löther eingereicht, die im Laufe des Jahres 2009 erscheinen soll; darin ist jedoch die komparative Intention, die das eigentliche Motiv der Studie bildet, nicht mehr nachvollziehbar.

Berlin, 26.1.2009

* * *

Unter den Naturwissenschaftlern eines beliebigen Landes profiliert sich zu jeder Zeit eine kleine Anzahl von Persönlichkeiten, deren Tätigkeit – aus den verschiedensten Gründen – für das politische System der Gesellschaft von besonderem Interesse ist und die zu Akteuren dieses Systems werden, ohne dabei ihre eigentliche Wirkungsebene, die der Wissenschaft, zu verlassen. Das Studium der Tätigkeit dieses Personenkreises gibt sowohl Auskunft über den Einfluss der gesellschaftlichen Verhältnisse des betreffenden Landes auf die Entwicklung der Naturwissenschaften als auch Einblicke in die Rolle, die die Naturwissenschaften bei der Gestaltung dieser Verhältnisse spielen oder die ihnen von den jeweils dominierenden politischen Akteuren beigemessen wird. Die Beschäftigung mit solchen Wissenschaftlerpersönlichkeiten ist vor allem dann aufschlussreich, wenn sich während ihres Berufslebens grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse vollzogen haben und ihre Karrieren von diesen Veränderungen deutlich tangiert und in sie involviert waren. Das war in den 1950er und 1960er Jahren im Osten Nachkriegsdeutschlands – in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), auf deren Gebiet 1949 die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gebildet wurde, nachdem sich zuvor auf dem Territorium der drei westlichen Besatzungszonen die Bundesrepublik Deutschland (BRD) konstituiert hatte – in zweifacher Hinsicht der Fall. Einerseits musste, wie es auch im Westen Deutschlands geschah, das gesellschaftliche Gefüge des Wissenschaftsbetriebes so weit umgestaltet werden, dass es seine Prägung durch die nationalsozialistische Herrschaft vollständig und dauerhaft verlor. Andererseits aber überlagerte sich schon in den ersten Nachkriegsjahren den fragmentarischen Versuchen, an die Traditionen der deutschen Wissenschaft vor 1933 anzuknüpfen, die von der herrschenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) vorangetriebene Tendenz, wesentlich veränderte gesellschaftliche Normen und Organisationsformen des Wissenschaftsbetriebes durchzusetzen, die sich zum Teil an sowjetischen Mustern orientierten und von denen man annahm, dass sie einem nichtkapitalistischen Pfad der gesellschaftlichen Entwicklung angemessener wären als die aus der Geschichte der Wissenschaft in Deutschland vertrauten Modi.

Die Naturwissenschaftler, die erfahren genug waren, um in den Jahren um 1950 für herausgehobene Funktionen eingesetzt werden zu können, hatten ihr Studium in der Regel noch zur Zeit der Weimarer Republik, allenfalls in den ersten Jahren der Naziherrschaft abgeschlossen und damit ihre akademische Sozialisation in einer Gesellschaft erfahren, die sich von derjenigen, an deren Aufbau sie nun mitwirken sollten, wesentlich unterschied. Die Bandbreite ihrer politischen Startvoraussetzungen war groß und reichte von der unmittelbaren Teilnahme am illegalen Widerstandskampf gegen das Naziregime bis zur Wahrnehmung herausgehobener Funktionen im nationalsozialistischen System der Wissenschaftslenkung. Gemessen an den Aufgaben, mit denen sie sich konfrontiert sahen, war ihre Zahl viel zu gering. Erfahrene Natur- und Technikwissenschaftler, die schon vor 1945 bzw. vor 1933 der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) angehört hatten, waren eine absolute Rarität¹. Auch Naturwissenschaftler mit sozialdemokratischer Vergangenheit gab es kaum. Der gravierende Mangel an qualifiziertem Personal machte es unmöglich, auf den Einsatz ehemaliger Mitglieder der NSDAP generell zu verzichten; zudem wäre es auch nicht rational gewesen, diesen Personenkreis grundsätzlich von der wissenschaftlichen Arbeit auszuschließen. Im Rahmen dieses Beitrages geht es dabei nicht um junge Wissenschaftler, die sich gegen Kriegsende in letzter Minute noch der Naziartei angeschlossen hatten oder in diese gezwungen worden waren; diese Alterskohorte kam um 1950 noch nicht für leitende Funktionen in Frage. Hier ist die Tatsache relevant, dass in den Naturwissenschaften auch auf Personen zurückgegriffen wurde, die unter der nationalsozialistischen Herrschaft wissenschaftsleitende bzw. beratende Funktionen, beispielsweise im Reichsforschungsrat, ausgeübt hatten – sofern sie keine aktiven Nazi-propagandisten gewesen waren und ihnen keine unmittelbare Beteiligung an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt werden konnte.

¹ G. Kröber, P. Altner (Hrsg.): KPD und Wissenschaftsentwicklung 1919 – 1945. Berlin 1986.

Angesichts ihrer geringen Anzahl galten die damals verfügbaren erfahrenen Natur- und Technikwissenschaftler der politischen Führung als ein kostbares Gut. Sie wurden von ideologischem Druck weitgehend freigehalten und erhielten (im Unterschied zur „neuen Intelligenz“, die man aus der Jugend des Landes sozialismuskonform heranzubilden hoffte) umfangreiche materielle Privilegien, um sie in der DDR zu halten². Auch die in den politischen Apparaten, vor allem im Parteiapparat der SED, vertretene natur- und technikwissenschaftliche Kompetenz war zunächst zu gering, um eine rational begründete politische Steuerung dieses Bereiches zu ermöglichen. Somit waren die Naturwissenschaftler – anders als die Vertreter der Gesellschaftswissenschaften, über deren Forschungen sich Parteifunktionäre oft rigorose Urteile anmaßten – auf ihren Arbeitsgebieten mit wenigen Ausnahmen weitgehend souverän, oftmals nahezu autonom. Die prominentesten Naturwissenschaftler, insbesondere die Persönlichkeiten aus dem Führungszirkel der 1946 auf der Grundlage der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften (PAW) neu eröffneten Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW), konnten sich als gleichberechtigte Ratgeber der politischen Führung fühlen, in die sie während der 1950er Jahre regelmäßig zu Gesprächen auf höchster Ebene eingeladen wurden: „...nicht wenige von ihnen beherrschten – unabhängig von einer etwaigen Parteizugehörigkeit – das Spiel mit der Macht ausgezeichnet: Hans Stubbe, Theodor Frings, Walter Friedrich und Robert Rompe trugen ihre Wünsche nicht nur der Akademieleitung vor, sondern sie wandten sich direkt an Pieck, Grotewohl und Ulbricht“³.

Um das Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der DDR angemessen zu reflektieren, ist ein schlichtes Totalitarismusmodell schon generell zu grob; für den exponierten Kreis von Naturwissenschaftlern, den wir hier im Auge haben, ist es mit wenigen Ausnahmen völlig ungeeignet. Adäquater erscheint das Bild einer Interaktion wechselseitig aufeinander angewiesener Gruppen von Akteuren, bei denen jede Gruppe die Potentiale der anderen als Ressourcen zur Verfolgung ihrer eigenen Ziele in Anspruch nimmt. Diese Betrachtungsweise hat Mitchell G. Ash näher entwickelt⁴. Er legt dar, „dass Wissenschaftler genauso gut Ressourcen aus der politischen Sphäre für ihre Zwecke mobilisieren, wie Politiker die Wissenschaftler und ihre Ressourcen für ihre Zwecke zu benutzen versuchen. Ein für biographische Analysen besonders wichtiger Vorteil dieses Ansatzes ist, dass Wissenschaftler dabei nicht nur als Opfer der jeweiligen Verhältnisse, sondern ihrem Elitenstatus entsprechend als bewusst, zuweilen recht selbstbewusst handelnde Subjekte verstanden werden“⁵. Neuere Untersuchungen bestätigen die Angemessenheit dieser Betrachtungsweise zumindest für die naturwissenschaftliche Forschung in der DDR⁶. Die von Ash entwickelte Ar-

² Die Intelligenz und der Sozialismus. Eine Sammlung wichtiger Dokumente zur Intelligenzpolitik. Hrsg. vom Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft. Berlin 1961.

³ P. Nötzoldt: Die Deutsche Akademie der Wissenschaften in Gesellschaft und Politik. Gelehrtenengesellschaft und Großorganisation außeruniversitärer Forschung 1946 – 1972. In: Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945 – 1990. Berlin 2002, S. 38-80, hier S. 56.

⁴ M. G. Ash: Wissenschaftswandel in Zeiten politischer Umwälzungen – Entwicklungen, Verwicklungen, Abwicklungen. In: NTM – Zeitschrift für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin, N. S. 3, 1995, S. 1-21.

⁵ M. G. Ash: Kurt Gottschaldt (1902 – 1991) und die psychologische Forschung vom Nationalsozialismus zur DDR – konstruierte Kontinuitäten. In: Naturwissenschaft und Technik in der DDR. Hrsg. von D. Hoffmann und K. Macrakis. Berlin 1997, S. 337-359, hier S. 338; M. G. Ash: Wissenschaft und Politik als Ressourcen füreinander. In: Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von R. vom Bruch und B. Kaderas. Stuttgart 2002, S. 32-51.

⁶ So bemerkt Rainer Hohlfeld in einer Studie zur genetischen und biomedizinischen Forschung in der DDR, die dort praktizierten forschungspolitischen Steuerungsversuche hätten „einen zur westlichen Forschungsplanung analogen Charakter. Die staatlichen Vorgaben wurden in den meisten Fällen von der forschenden Community in Planungskommissionen, Beraterstäben und Forschungsräten mitdefiniert, so dass von einer durchgehenden direktiven Leitung der Forschung nicht gesprochen werden

gumentation kritisiert de facto die in der neueren Literatur zur Geschichte des Wissenschaftssystems der DDR nicht selten anzutreffende Tendenz, die Evolution dieses Systems als einen rein machtpolitisch determinierten Gestaltungsvorgang „von oben“ darstellen – eine Tendenz, die nach Meinung von Helmut Böhme und Gerald Diesener mit der bisherigen Konzentration vieler Untersuchungen auf die politische Führungsebene zusammenhängt: „Insoweit sind exemplarische Analysen [...], die die Untersuchung der institutionellen, personellen und kognitiven Entwicklungen sowohl auf der Seite der Politik als auch auf jener der Wissenschaft ansiedeln, möglicherweise besonders geeignet, zur Offenlegung der Dynamik der hier abgelaufenen Prozesse als auch zur klaren Bestimmung der Rolle und Wirksamkeit aller beteiligten Seiten beizutragen“⁷. Eine Studie, die sich mit der Rolle bedeutender Wissenschaftlerpersönlichkeiten befasst, ist in besonderem Maße geeignet, die Interaktion dieser beiden Seiten zu beleuchten.

Der Raum möglicher Verhaltensweisen für exponierte Naturwissenschaftler in der ersten Hälfte des geschichtlichen Weges der DDR war ein Kontinuum mit vielen Nuancen. Um eine ungefähre Vorstellung von der Beschaffenheit dieses Möglichkeitsraumes zu vermitteln, genügt es nicht, nur eine einzige Laufbahn zu betrachten. Vier typologisch klar unterschiedene Persönlichkeiten erscheinen mir als das Minimum, das erforderlich ist, um den *Korridor möglicher Profile und Karrieren für führende Naturwissenschaftler* in der DDR während der 1950er und 1960er Jahre zu skizzieren. Die Eignung dafür war das entscheidende Kriterium für die Zusammenstellung des Quartetts – als hybride Akteure zwischen Wissenschaft und Politik wirkten natürlich noch zahlreiche weitere Naturwissenschaftler, die zu dieser Zeit in der DDR tätig waren. Für die nachfolgende Betrachtung ausgewählt werden der Physiker Robert Rompe, der Pflanzengenetiker Hans Stubbe und die Physikochemiker Peter Adolf Thiessen und Robert Havemann.

Rompe war ein schon vor 1933 der KPD beigetretener „Altkommunist“, der in der DDR bis in das ZK der SED aufstieg und zugleich einen maßgeblichen Einfluss auf die Wissenschaftsorganisation der Physik und die Heranbildung mehrerer Generationen von jungen Physikern in der DDR ausübte. Thiessen hingegen war ein frühes Mitglied der NSDAP und repräsentiert hier die Gruppe der parteilosen DDR-Wissenschaftler mit NS-Vergangenheit, zugleich aber – nach rund zehnjähriger Tätigkeit in der sowjetischen Rüstungsforschung – den außerordentlich einflussreichen Kreis der aus der Sowjetunion zurückgekehrten „Spezialisten“. Stubbe steht in gewisser Hinsicht für den klassischen Normalfall – den nicht parteigebundenen Gelehrten mit einem weiten kulturellen Horizont, der sich mit unterschiedlichen Regimes zu arrangieren vermag, ohne die eigene Identität aufzugeben; an seinem Beispiel zeigt sich mit besonderer Klarheit, welchen hohen Grad von Autorität und Einfluss ein klug agierender parteiloser Naturwissenschaftler von anerkannter fachlicher Exzellenz in der DDR auch gegenüber führenden Funktionären der Staatspartei erreichen konnte. Alle drei verbindet indes, bei großen Unterschieden in Profilen und Karrieren, ein im Prinzip affirmatives Verhältnis zum politischen System der DDR. Mit dieser ungleichen Trias insgesamt kontrastiert Havemann, der als antifaschistischer Widerstandskämpfer und überzeugter Kommunist zwar ebenfalls von einer grundsätzlichen Identifizierung mit diesem System ausging, zu ihm aber – in einem konfliktreichen, in die hier zu behandelnde Periode fallenden eskalierenden Prozess – in einen unversöhnlichen Widerspruch geriet, auf den die politische Führung mit scharfen, in der erzwungenen Beendigung seiner Laufbahn als Naturwissenschaftler kulminie-

kann, sondern eher von einer Interaktion von Wissenschaft und Politik mit Elementen von Selbststeuerung und Autonomie“. – R. Hohlfeld: Zwischen Autonomie und staatlichem Dirigismus: Genetische und biomedizinische Forschung. In: *Naturwissenschaft und Technik* (wie Anm. 5), S. 213-232, hier S. 229.

⁷ H. Böhme, G. Diesener: *Kulturpflanzenforschung und Genetik in Gatersleben in den Jahren der Akademiereform*. In: *Reformzeiten und Wissenschaft*. Hrsg. von C. Burrichter und G. Diesener. Leipzig 2005, S. 43-70, hier S. 44.

renden Repressionen reagierte. Dabei verstand sich Havemann weiterhin als Kommunist. Seine Ansichten weisen eine große innere Nähe zu denen der „Reformkommunisten“ in der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei (KSČ) während der 1960er Jahre auf, waren aber nicht von diesen entlehnt, sondern eigenständig erarbeitet. Das Beispiel Havemanns demonstriert die Bedingungen, unter denen die Trajektorie eines Wissenschaftlerlebens aus dem Feld der Möglichkeiten, die das politische System des „Realsozialismus“ für das Verhalten von Naturwissenschaftlern eröffnete, irreversibel hinausführen konnte, und bildet so eine Negativfolie, vor der die Konturen dieses Feldes deutlicher erkennbar werden. Aus zwei Gründen wird Havemann hier ausführlicher behandelt als Rompe, Stubbe und Thiessen: erstens deshalb, weil die drei anderen, deren Verhaltensmuster insgesamt innerhalb der vom politischen System tolerierten Grenzen blieben, ihm gegenüber eine Gruppe bilden, zu der sein Verhalten insgesamt kontrastierte; zweitens deshalb, weil Havemann als ein Naturwissenschaftler, der nicht allein mit dem politischen System in Konflikt geriet, sondern zu diesem eine in den Grundzügen komplette, in sich konsistente politisch-gesellschaftstheoretische Alternativkonzeption entwickelte, nicht allein in der DDR, sondern vermutlich im gesamten sowjetischen Einflussbereich ein unikales Phänomen darstellte, dessen Studium weit über den Rahmen der DDR-Geschichte hinaus bedeutsam ist. Die Geschichte des Marxismus im 20. Jh. enthält nicht wenige alternative, „häretische“ Gesellschaftskonzeptionen, die vom kanonisierten sowjetischen Muster abwichen⁸; die Autoren dieser Konzeptionen, deren praktische Erprobung durch die sowjetische Übermacht verhindert wurde, waren jedoch fast ausschließlich Politiker, Gesellschaftswissenschaftler und Philosophen. Havemann aber schuf als Naturwissenschaftler eine solche Konzeption; dies wurde paradoxerweise – und ganz gegen ihre Absicht – objektiv durch die Partei- und Staatsführung der DDR befördert, indem sie ihn der Möglichkeit beraubte, als experimenteller Naturwissenschaftler zu arbeiten, und ihn damit buchstäblich zwang, seine schöpferischen Energien auf eine Thematik zu konzentrieren, die er am Schreibtisch bearbeiten konnte – und dass diese Thematik nichts Geringeres als eine Sozialismusalternative sein würde, war bei Havemann lebensgeschichtlich vorentschieden. Eine Sonderstellung nahm sein Gesellschaftskonzept auch insofern ein, als es nicht etwa einen zweiten, unabhängigen Sektor in seinem Schaffen neben seinem Profil als Naturwissenschaftler bildete, sondern vielmehr – wie im folgenden gezeigt wird – organisch aus seiner Beschäftigung mit philosophischen Aspekten der Naturwissenschaft herauswuchs. Dabei hatte der unbefangene Blick des Naturwissenschaftlers auf die gesellschaftlichen Phänomene ausgeprägte kognitive Vorteile⁹. Am ehesten könnte man ihn noch mit dem Friedensnobelpreisträger des Jahres 1975, dem sowjetischen Physiker Andrej D. Sacharow¹⁰, vergleichen, doch Havemanns elaboriertes Konzept eines demokratischen Sozialismus als Alternative zum stalinistisch geprägten Sozialismusmodell hat bei diesem kein Gegenstück.

Die Zielrichtung dieses Beitrages ist nicht individualbiographisch, sondern typologisch. Die vier in Ausschnitten diskutierten Lebensläufe dienen als analytische Sonden, um das Feld der Wechselwirkungen zwischen der Naturwissenschaftlerpopulation und dem politischen System in der DDR zwischen 1950 und 1970 zu markieren. Die Untersuchung stellt sich nicht das Ziel, bisher unbekannte Archivdokumente über die vier behandelten Persönlichkeiten vorzustellen, sondern stützt sich auf veröffentlichte Texte, darunter auch auf Editionen von Primärquellen; sie ist daher auch abhängig von dem Grad, in dem diese vier Wissenschaftler bisher Gegenstand wissenschaftshistorischer Forschung gewesen sind. Ungeachtet der typologischen Intention bezieht sich die

⁸ Ketzler im Kommunismus – Alternativen zum Stalinismus. Hrsg. von Th. Bergmann und M. Keßler. Mainz 1993.

⁹ D. Hoffmann, H. Laitko: Robert Havemann. Ein nichtkonformer Kommunist in Deutschland. In: Ketzler im Kommunismus (wie Anm. 8), S. 320-338, hier S. 325-328.

¹⁰ F. Janouch: Případ Andrej Sacharov. Brno 1994.

Darstellung auf unikale Lebensläufe und versucht, eine Stilisierung der realen Personen zu bloßen Platzhaltern für historische Typenkonstruktionen zu vermeiden.

Bevor auf die vier ausgewählten Persönlichkeiten nacheinander eingegangen wird, skizziert der Beitrag in zwei einführenden Abschnitten das historische und politische Umfeld ihrer Tätigkeit.

1. Zur Charakteristik der 1950er und 1960er Jahre als relativ eigenständige historische Periode

Die 1950er und 1960er Jahre haben, welthistorisch gesehen, gewisse Gemeinsamkeiten und bilden daher über die besonderen Bedingungen einzelner europäischer Länder hinaus eine spezifische Periode der neueren Geschichte, die nicht nur kalendarisch abgegrenzt, sondern auch inhaltlich spezifiziert ist. Viele Autoren sehen die Zeit um 1970 als eine welthistorische Zäsur. Eric Hobsbawm bemerkt, dass die 45 Jahre vom Abwurf der beiden amerikanischen Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki bis zum Ende der Sowjetunion „keine ungebrochene, homogene Epoche der Weltgeschichte“ bilden, sondern dass vielmehr „die frühen siebziger Jahre diese Periode wie eine Wasserscheide in zwei Hälften geteilt haben“¹¹. Dieser Einschnitt markiert in seiner Sicht das Ende der „Goldenen Jahre“ des Nachkriegskapitalismus, für das als auffälligste Symptome der Zusammenbruch des internationalen Bretton-Woods-Finanzsystems 1971 und die OPEC-Ölkrise 1973 stehen¹². Andere Autoren stellen das um 1970 erkennbare Auslaufen der Dominanz der fordistischen Regulationsweise in den hochentwickelten kapitalistischen Wirtschaften, die ein Vierteljahrhundert lang eine Symbiose von Wirtschafts- und Profitwachstum, Massenkonsum und Sozialstaatlichkeit ermöglicht hatte, in den Vordergrund¹³. Mit dieser Zäsur begann, wie Dieter Klein und Mitarbeiter unter Rückgriff auf die Metapher vom Goldenen Zeitalter bemerken, „in den siebziger Jahren eine neoliberale Gegenoffensive... Der Neoliberalismus eroberte die Hegemonie, die einen nun schon drei Jahrzehnte andauernden Prozess sozialer Deregulierung bestimmt“¹⁴. Wenn auch für die Tschechoslowakei und für die DDR die 1950er und 1960er Jahre zusammengefasst als eine geschichtliche Periode gekennzeichnet werden, dann äußert sich darin weniger die interne Spezifik der Geschichte dieser beiden Länder als vielmehr ihre Integration in die großen Rhythmen der Weltgeschichte.

Die Eigenart dieser beiden Jahrzehnte ist grundlegend mit den modernen Naturwissenschaften verbunden. Sie haben auch in der Weltgeschichte der Wissenschaft eine unverkennbare Besonderheit – nicht unbedingt in der Erkenntnisgeschichte, in der die paradigmatischen Umbrüche auf den verschiedenen Gebieten zu ganz unterschiedlichen Zeiten erfolgen, wohl aber in der gesellschaftlichen Stellung der Wissenschaft und damit auch in ihrer öffentlichen Wahrnehmung. Prominente Naturwissenschaftler wurden mehr als je zuvor zu Figuren der Öffentlichkeit, deren Urteil allgemein beachtet und medial verbreitet, deren Rat nachgefragt und an deren gesellschaftliche Verantwortung appelliert wurde. Es ist charakteristisch für jene Zeit, dass die Naturwissenschaft sich selbst als geschichtsbildende Kraft zu begreifen begann – also nicht nur als eine besondere Art kultureller Aktivität, die ihre eigene Geschichte hat, sondern als ein immanentes Moment und Agens der Menschheitsgeschichte insgesamt, die deren Verlauf entscheidend prägt. Dies war die Grundidee der kapitalen Monographie *Science in History*, die der englische Kristallograph

¹¹ E. Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München 1999, S. 285.

¹² Ebd., S. 361.

¹³ J. Hirsch, R. Roth: Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus. Hamburg 1986.

¹⁴ D. Klein (Hrsg.), M. Brie, M. Chrapa, J. Dellheim, R. Land, D. Zahn: Leben statt gelebt zu werden. Selbstbestimmung und soziale Sicherheit. Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin 2003, S. 43.

John Desmond Bernal um die Mitte der 1950er Jahre publizierte und in der er den Geist der Zeit früher, genauer und komplexer als andere Autoren erfasste¹⁵. In der DDR, in der 1961 eine von Ludwig Boll kongenial ausgeführte Übersetzung dieser Monographie erschien¹⁶, wurde die Wissenschaftsreflexion in den 1960er Jahren stark von den Ideen Bernals beeinflusst. Vielleicht noch intensiver wirkten diese Gedanken auf das geistige Leben in der Tschechoslowakei. Wie Karel Müller und Jan Janko bemerken, fanden Bernals Vorstellungen von der sozialen Rolle der Wissenschaft „in der marxistisch orientierten tschechischen Intelligenz breite Zustimmung“¹⁷. Sie gehörten zu den Quellen, von denen ausgehend Radovan Richta sein Konzept der wissenschaftlich-technischen Revolution entwickelte, und sie förderten die Institutionalisierung der Wissenschaftsforschung (science of science). 1959 nahm Bernal an einem von der Weltföderation der Wissenschaftler veranstalteten internationalen Symposium über Planbarkeit und Planung der Wissenschaft in der Tschechoslowakei teil¹⁸. Dieses Symposium inspirierte die Gründung eines Instituts für Wissenschaftsplanung an der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV) Anfang der 1960er Jahre, das sich keineswegs auf Managementfragen beschränkte, sondern auch bereits systematische Wissenschaftsforschung betrieb: „...its research programme covered the key problems of the theory of science and simultaneously supported an effective management of science...“¹⁹.

Zwei große Trends waren es, die das Unikale der hier zu erörternden Periode ausmachten; jeder von ihnen war auf die Naturwissenschaft gegründet, und beide waren miteinander verflochten. Den *ersten* dieser Trends könnte man als die vollständige Überführung der volkswirtschaftlichen Innovationssysteme auf ein wissenschaftliches – und das hieß damals noch fast ausschließlich: natur- und technikwissenschaftliches – Fundament bezeichnen. Dieser Trend wurde weltweit reflektiert, in der kleinen DDR²⁰ nicht weniger als in der wirtschaftlichen, militärischen und politischen Supermacht USA²¹. Moderne Volkswirtschaften sind genuin innovativ. Karl Marx und Friedrich Engels hatten in ihrer Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems vor mehr als anderthalb Jahrhunderten und damit wohl als erste überhaupt die Einsicht ausgesprochen, dass dieses System – im Unterschied zur vorhergehenden feudalen Ordnung – nur unter der Bedingung permanenter Produktivitätssteigerung existieren kann, während es bei einer über längere Zeit andauernden Stagnation der Produktivität zerfallen müsste²². Lange Zeit und in vielen Wirtschaftszweigen konnte dieser ökonomisch motivierte Innovationsbedarf größtenteils mit den Mitteln des produktionsnahen, empirisch-technischen Erfindergeistes befriedigt werden, während die Naturwissenschaften nur ergänzend und punktuell in die Innovationssysteme eintraten. In der zweiten

¹⁵ J. D. Bernal: *Science in History*. London 1954. – Zu Leben und Werk Bernals siehe: *Mit der Wissenschaft in die Zukunft*. Nachlese zu John Desmond Bernal. Hrsg. von H. Laitko und A. Trunschke. Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg. Potsdam 2003.

¹⁶ J. D. Bernal: *Die Wissenschaft in der Geschichte*. Berlin 1961.

¹⁷ K. Müller, J. Janko: *Die akademische Wissenschaft in Tschechien im Wandel der politischen Verhältnisse*. In: *Die Berliner* (wie Anm. 3), S. 257-279, hier S. 271.

¹⁸ *O plánování ve vědě*. Praha 1960.

¹⁹ K. Müller: *The Social Function of Science and Social Goals for Science – Bernal's Ideas after Fifty Years*. In: 1939. *J. D. Bernal's The Social Function of Science*. 1989. Hrsg. von H. Steiner. Berlin 1989, S. 375-391, hier S. 383.

²⁰ G. Kosel: *Produktivkraft Wissenschaft*. Berlin 1957.

²¹ S. Marcson: *The scientist in American industry*. New York 1960; W. Kornhauser: *Scientists in industry*. Berkeley, Cal. 1962.

²² Bereits um die Jahreswende 1847/48 notierten sie: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen“. – K. Marx, F. Engels: *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: *Werke* Bd. 4. Berlin 1980, S. 459-493, hier S. 465.

Hälfte des 19. Jahrhunderts begann der Prozess des permanenten Produktivitätswachstums jedoch neuartige Züge anzunehmen. Traditionelle Produktionszweige wie die Metallurgie, der Maschinenbau oder die chemischen Gewerbe integrierten nach und nach wissenschaftliche Leistungen und gestalteten sich dabei selbst um, und zudem traten Industriezweige wie die Elektrotechnik in Erscheinung, die ganz und gar aus naturwissenschaftlichen Entdeckungen hervorgingen und ohne diese gar nicht denkbar gewesen wären (science-based industries). In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bildeten die wissenschaftsfundierten Industrien, obwohl sie qualitativ bereits die wirtschaftliche Dynamik bestimmten, quantitativ noch den kleineren Teil der Volkswirtschaften. Die Jahrzehnte bis zum zweiten Weltkrieg kann man als Inkubationszeit ansehen, während der sich die insgesamt auf Wissenschaft gegründeten volkswirtschaftlichen Innovationssysteme vorbereiteten, die nach Überwindung der schlimmsten Kriegszerstörungen im Verlauf der 1950er und 1960er Jahre Gestalt annahmen.

Der *zweite* beherrschende Trend war der aus dem Zerfall der Weltkriegskoalition der Alliierten hervorgehende Kalte Krieg mit der Herausbildung, gegenseitigen Abgrenzung und Konfrontation eines östlichen und eines westlichen Staatenblocks, die ihre jeweilige Identität aus ihrem Gegensatz zueinander bestimmten²³. Im Zentrum des Kalten Krieges stand das nukleare Wettrüsten, durch das sich ein labiles militärstrategisches Gleichgewicht zwischen den Seiten herstellte, das jede der beiden immer wieder zu ihren Gunsten zu durchbrechen suchte²⁴. Dieses Wettrüsten samt dem stets gefährdeten Gleichgewicht der Seiten war ganz und gar ein Resultat angewandter Naturwissenschaft. Allein die Wissenschaft, keinerlei auf vor- oder außerwissenschaftlichen Wegen gewonnene Erfahrung, war in der Lage, die Menschheit mit dem Potential ihrer Selbstvernichtung auszustatten. Das 20. Jahrhundert war, wie in der Literatur immer wieder betont wurde, gewiss dadurch gekennzeichnet, dass die Wissenschaft ihre Produktivkraftfunktion auf breiter Front entfaltete, aber noch schneller und konsequenter wurde sie als militärische Destruktivkraft wirksam, und viele hochgeschätzte zivile Neuerungen waren bloße spin-off-Effekte militärischer Innovationen²⁵. Man kann die tatsächliche gesellschaftliche Stellung der Wissenschaft in jener Zeit kaum deutlicher ausdrücken als mit der Erinnerung daran, dass die Kernenergetik – das spektakulärste Zukunftsversprechen, das sich in den 1950er Jahren mit der Wissenschaft verband – im Grunde ein Konversionsprodukt der Nuklearwaffenentwicklung war. Die militärische Forschung und Entwicklung, für die im Bedarfsfall alle finanziellen Begrenzungen aufgehoben waren, unter denen die zivile Wissenschaft zu leiden hatte, bildete auch die Avantgarde bei der Herausbildung neuartiger Formen der Großproduktion von Wissen (big science, Großforschung)²⁶. Das historisch erste Beispiel in Deutschland war das 1912 als eine kleine Einrichtung der Grundlagenforschung gegründete Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie unter der Leitung von Fritz Haber, das während des ersten Weltkrieges in kürzester Frist zu einer Art Großbetrieb mit vervielfachtem Personalbestand wurde, als es zum Zentrum der militärischen Giftgasentwicklung avancierte²⁷. Noch weitaus komplexer entfaltete sich die Großforschung

²³ H. W. Kahn: Der Kalte Krieg. Bd. 1: Spaltung und Wahn der Stärke 1945 – 1955. Köln 1986. Bd. 2: Alibi für das Rüstungsgeschäft 1955 – 1973. Köln 1987; Hobsbawm, Das Zeitalter (wie Anm. 11), Kap. 8, S. 285-323.

²⁴ B. Heuser: The bomb: nuclear weapons in their historical, strategic and ethical context. London u.a. 2000.

²⁵ Science, technology and the military. 2 Bde. Hrsg. von E. Mendelsohn, M. R. Smith und P. Weingart. Dordrecht/Boston 1988.

²⁶ Big Science : The growth of large-scale research. Hrsg. von P. Galison und B. Hevly. Stanford 1992.

²⁷ D. Martinetz: Der Gaskrieg 1914/18: Entwicklung, Herstellung und Einsatz chemischer Kampfstoffe. Das Zusammenwirken von militärischer Führung, Wissenschaft und Industrie. Bonn 1996; M. Szöllösi-Janze: Fritz Haber 1868 – 1934. Eine Biographie. Kap. VI, S. 256-408.

als neuer Forschungstyp innerhalb der Luftkriegsrüstung des Hitlerreiches²⁸, und zum Prototyp für die Großforschung der Nachkriegszeit wurde schließlich das Manhattan Project, in dessen Rahmen die USA ihre ersten Atombomben schufen²⁹. Die ersten Großforschungszentren, die in Deutschland während der 1950er Jahre gegründet wurden, galten ausschließlich der – nunmehr zu zivilen Zwecken betriebenen – Kernforschung³⁰.

Wenn man die gesellschaftliche Situation prominenter Naturwissenschaftler in diesen beiden kritischen Jahrzehnten analysiert, dann darf man sie auch in kleinen Ländern wie der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik nicht mit provinziellen Maßstäben messen. Sie dachten und handelten in einer Atmosphäre, die vom Menetekel eines jederzeit möglichen nuklearen Krieges gekennzeichnet war. Diese existentielle Bedrohung war Naturwissenschaftlern in weitaus höherem Grade bewusst als Politikern oder anderen naturwissenschaftlichen Laien. Daraus erklärt sich die Schärfe der Auseinandersetzungen, die Grobheit der Argumente und auch der aus der ideologischen Atmosphäre unserer Zeit heraus nicht mehr leicht verständliche Umstand, dass an der Spitze der Wertehierarchie der wissenschaftlichen Intelligenz weniger parlamentarische Demokratie und schrankenlose Meinungs- und Reisefreiheit standen als vielmehr die Verhinderung eines nuklearen Krieges und die Sicherung des Überlebens der Menschheit. Es war verständlich, dass die Aufrechterhaltung des militärstrategischen Gleichgewichts zwischen den Blöcken ungeachtet der mit ihm verbundenen Risiken die einzige verfügbare globale Überlebensversicherung war, solange ein internationales Vertragssystem fehlte, das das Wettrüsten zuverlässig begrenzen und dem Weltfrieden einen völkerrechtlich verbindlichen Rahmen geben konnte. Daher neigten die Naturwissenschaftler in der Regel zur Loyalität gegenüber den politischen Systemen ihrer Länder und waren innenpolitisch zu weitgehenden Kompromissen bereit.

Zwischen der DDR und der Tschechoslowakei bestanden einige wesentliche Ähnlichkeiten, die teils aus der Geschichte ihrer Territorien, teils aus ihrer aktuellen politischen Situation resultierten. Beide waren im Kalten Krieg Bestandteile des von der Sowjetunion dominierten östlichen Machtblocks, und beide waren an der Westgrenze dieses Blocks gelegen und nahmen die Spannungen zwischen den Blöcken viel sensibler wahr, als es in den geographisch im Inneren der jeweiligen Blöcke befindlichen Staaten der Fall war. Beide verfügten über eine – wenn auch durch Kriegszerstörungen aktuell beeinträchtigte – hochentwickelte technische und industrielle Basis mit einer langen Tradition wissenschaftlicher Durchdringung der Wirtschaft und bildeten in dieser Hinsicht die Avantgarde des Ostblocks³¹. Schließlich versuchten beide, ihre Wirtschafts- und Wissenschaftsstrukturen an das sowjetische Muster zu adaptieren, jedoch in einer Weise, die nach Möglichkeit eine triviale Nachahmung vermied und die eigenen nationalen Gegebenheiten berücksichtigte. Daher wertete die Politik in beiden Ländern bereits relativ früh die Naturwissenschaften als entscheidendes Zukunftspotential, dessen Nutzung und Ausbau angesichts der bescheidenen Ausstattung der jeweiligen Territorien mit natürlichen Ressourcen besonders wichtig

²⁸ H. Trischler: Historische Wurzeln der Großforschung: Die Luftfahrtforschung vor 1945. In: *Großforschung in Deutschland*. Hrsg. von M. Szöllösi-Janze und H. Trischler. Frankfurt a.M./New York 1990, S. 23-37.

²⁹ L. R. Groves: *Now it can be told: The story of the Manhattan Project*. New York 1962; S. Groueff: *Manhattan Project: The untold story of making the bomb*. Boston 1967.

³⁰ B.-A. Rusinek: Die Gründung der Kernforschungsanlage Jülich. In: *Großforschung* (wie Anm. 28), S. 38-59; M. Renneberg: Strukturbildung in den fünfziger Jahren: Die Konstituierung der GKSS zum Forschungszentrum. In: *Ebd.*, S. 60-77; B. Weiss: Das Hahn-Meitner-Institut Berlin: Von der Landesanstalt zum Forschungsunternehmen. In: *Ebd.*, S. 178-199; B. Weiss: Kernforschung und Kerntechnik in der DDR. In: *Naturwissenschaft* (wie Anm. 5), S. 297-315.

³¹ Für den tschechischen Teil der Tschechoslowakei liegt eine enzyklopädische Gesamtdarstellung vor: *Studie o technice v českých zemích 1945*. 1992, sv. 1 – 3. Hrsg. von J. Folta. Praha 2003. – Ein analoges Werk für die DDR gibt es bisher nicht.

erschien. In der Tschechoslowakei, die schon unmittelbar nach Kriegsende wieder über staatliche Souveränität verfügte, erfolgte diese Orientierung wesentlich früher und zunächst auch wesentlich konsequenter als im Osten Deutschlands, der – ebenso wie die westlichen Besatzungszonen – von 1945 bis 1949 unter uneingeschränkter Besatzungshoheit stand. Entsprechend wurden in der ČSR, die bereits 1946 einen staatlichen Forschungsrat einrichtete und 1949 eine Zentrale für wissenschaftliche Forschung als Exekutivorgan schuf, wesentlich früher Erfahrungen in der gesamtstaatlichen Koordinierung und Lenkung der naturwissenschaftlichen Forschung gesammelt³².

Diesen Ähnlichkeiten standen deutliche Unterschiede gegenüber, die auch bei Vergleichen zwischen den gesellschaftlichen Positionen der Naturwissenschaftler in beiden Ländern berücksichtigt werden müssen. Die DDR war aus der Niederlage des nationalsozialistischen Aggressorstaates hervorgegangen, der die Schuld am zweiten Weltkrieg trug und zu dessen Verbrechen auch die Okkupation Böhmens und Mährens, die Zerschlagung des tschechoslowakischen Staates und die Ermordung zahlreicher tschechischer und slowakischer Juden gehörte. Sie war auf dem Territorium der aufgrund der Vereinbarungen zwischen den Siegermächten des Weltkrieges eingerichteten Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gegründet worden, das bis zu ihrem Ende von Truppen der Sowjetunion besetzt blieb, und auch formal war ihre Selbständigkeit durch sowjetische Kontroll- und Eingriffsrechte lange Zeit beschränkt. Die Tschechoslowakei zählte hingegen zu den moralischen Siegern des Weltkrieges, und wenn sie auch – ähnlich wie die DDR – politisch ein Satellit der Sowjetunion war, so war ihr Verhältnis zur östlichen Führungsmacht doch weit eher das eines selbständigen und souveränen Verbündeten. Unter dieser Prämisse gestaltete sich die politische und gesellschaftliche Entwicklung des tschechoslowakischen Staates in den 1950er und 1960er Jahren. Eben deshalb mussten das tschechische und das slowakische Volk die von der Sowjetunion angeführte Intervention von Truppen des Warschauer Vertrages am Ende der hier zu behandelnden Periode auch als tiefe Erniedrigung und Beleidigung empfinden, von der sich die Beziehungen innerhalb des östlichen Lagers nicht wieder erholten.

Unter der nachwirkenden Belastung durch das Kriegsgeschehen kamen die wissenschaftlichen Kontakte zwischen der DDR und der Tschechoslowakei während der 1950er Jahre nur zögernd in Gang; als Angehörige eines Volkes, das gegenüber seinen tschechischen Nachbarn eine ungeheure historische Schuld auf sich geladen hatte, konnten die Wissenschaftler aus der DDR gegenüber ihren tschechischen Kollegen nicht unbefangen auftreten und konnten sich nicht als gleichberechtigte Partner fühlen. Mit der Zeit rückten aber die Ähnlichkeiten in der Entwicklung der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Systeme beider Länder in den Vordergrund und drängten die Wirksamkeit der historischen Lasten langsam zurück. Die beiden Stichworte, unter denen diese Debatte hauptsächlich geführt wurde – „Produktivkraft Wissenschaft“ und „wissenschaftlich-technische Revolution (WTR)“ – kamen aus der marxistischen Tradition bzw. waren an sie angelehnt. Sie wurden auch von Naturwissenschaftlern aufgenommen, und es gab zu diesen Themen einen gewissen Austausch zwischen der DDR und der Tschechoslowakei. Es blieb in der DDR nicht verborgen, dass die von Radovan Richta und seinem Kreis ausgearbeiteten Vorstellungen über die wissenschaftlich-technische Revolution³³ tiefgründiger und komplexer waren als analoge Konzepte aus dem eigenen Land³⁴ und aus der UdSSR. Richta trug auch gele-

³² Müller, Janko, Die akademische (wie Anm. 17), S. 267.

³³ R. Richta: Člověk a technika v revoluci našich dnů. Praha 1963; R. Richta: Civilizace na rozcestí. Společenské a lidské souvislosti vědecko-technické revoluce. Praha 1967; Památce Radovana Richty. Ústav pro filosofii a sociologii ČSAV. Praha 1983; K. Ondryáš: Akademik Radovan Richta. K 75. výročí narození Radovana Richty. In: Marathon 4/1999. http://www.sds.cz/docs/prectete/epubl/kon_arr.htm; J. Smíšek: Návrat Radovana Richty. In: Marathon 4/1999. http://misc.eunet.cz/marathon/99/mar994_p15; K. Müller: Radovan Richta – theoretisches Werk und politisches Wirken. In: Reformzeiten (wie Anm. 7), S. 95-102.

³⁴ Zur Interpretation des Begriffs in der DDR siehe: H. Laitko: Wissenschaftlich-technische Revolution:

gentlich in der DDR über sein Konzept vor³⁵. Auf die Konzipierung der Wirtschaftsreformen der DDR in den 1960er Jahren („Neues Ökonomisches System“) übten die Ansichten von Richta und von Ota Šík einen gewissen Einfluss aus. Für den internen Gebrauch ließ sich Walter Ulbricht „Civilizace na rozcestí (Zivilisation am Scheideweg)“ übersetzen³⁶, und ein Buch von Šík erschien in deutscher Sprache³⁷. Insgesamt überwog in der Partei- und Staatsführung der DDR allerdings skeptische Distanz gegenüber den Überlegungen, die in der Tschechoslowakei im Vorfeld des „Prager Frühlings“ von Philosophen, Ökonomen, Soziologen und Politikwissenschaftlern geäußert wurden³⁸.

Der zweite, gravierende Unterschied zwischen den Verhältnissen in den beiden Staaten bestand darin, dass die DDR das Produkt der Spaltung eines zuvor einheitlichen Landes mit einem arbeitsteilig integrierten Wirtschaftsraum war. Die aus der Teilung entstandenen Disproportionen betrafen beide Teile des Landes, aber die DDR hatte aus mindestens drei Gründen wesentlich schwerwiegendere Nachteile zu tragen als die westdeutsche Bundesrepublik:

Erstens war die DDR ein Kleinstaat, der über höchstens ein Viertel des Potentials des früheren Gesamtdeutschland verfügte, während die Bundesrepublik ein Staat mittlerer Größe war.

Zweitens war die deutsche Schwerindustrie, die in jener Zeit für den wirtschaftlichen Neuaufbau von entscheidender Bedeutung war, fast ausschließlich in Westdeutschland konzentriert. Drittens waren die USA als Führungsmacht des westlichen Blocks, in den die drei westlichen Besatzungszonen und die aus diesen 1949 hervorgegangene Bundesrepublik Deutschland integriert wurden, auf ihrem eigenen Territorium von Kriegszerstörungen verschont geblieben. Daher waren sie im Gegensatz zur Sowjetunion in der Lage, auf Demontagen zu Lasten der deutschen Wirtschaft weitgehend zu verzichten und die Wirtschaftsentwicklung in ihrem Einflussbereich durch umfangreiche Transferzahlungen (Marshallplan) anzukurbeln.

Aus diesen drei Gründen entstand innerhalb des gespaltenen Deutschland sehr früh ein Gefälle des Lebensstandards zum Nachteil des Ostens, das einen durch das Fehlen sprachlicher und kultureller Barrieren erleichterten Migrationsstrom von Ost nach West in Gang setzte. Bei Wissenschaftlern lag die Abwanderungsrate wesentlich über der des Bevölkerungsdurchschnitts; so verlor die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) von 1955 bis 1960 zwischen 12 und 15 % ihres wissenschaftlichen Personals³⁹. Der dauernde Verlust qualifizierter Kräfte in enormen Größenordnungen verhinderte das Aufholen der DDR und führte zu einer erweiterten

Akzente des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR. In: UTOPIE kreativ H. 73/74 (Nov./Dez. 1996), S. 33-50; H. Laitko: Produktivkraft Wissenschaft, wissenschaftlich-technische Revolution und wissenschaftliches Erkennen. Diskurse im Vorfeld der Wissenschaftswissenschaft. In: Denkversuche. DDR-Philosophie in den 60er Jahren. Hrsg. von H.-Ch. Rauh und P. Ruben. Berlin 2005, S. 459-540, hier S. 498-511.

³⁵ R. Richta: Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution. In: Die Struktur der Technik und ihre Stellung im sozialen Prozess. Protokoll einer Konferenz der Abteilung „Philosophische Probleme der Naturwissenschaften und der Technikwissenschaften“ des Instituts für Marxismus-Leninismus am 4. und 5. Juni 1967. Hrsg. von K. Teßmann und H. Vogel. Universität Rostock 1967, S. 135-150.

³⁶ G. Steltner: Als Ulbricht 1967 Intertext bemühte. Anmerkungen zur Geschichte des „braunen Kalbslederbandes“. In: Neues Deutschland, 15.9.1992.

³⁷ O. Šík: Ökonomie – Interesse – Politik. Berlin 1966.

³⁸ S. Bollinger: Scheideweg oder Sackgasse? Auswirkungen politischer und theoretischer Auseinandersetzungen mit Radovan Richta in der DDR. In: Reformzeiten (wie Anm. 7), S. 103-122; S. Bollinger: Der „Richta-Report“ – Vergessene marxistische Alternativen in Zeiten der Produktivkraftrevolution. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät 76 (2005), S. 75-90.

³⁹ P. Nötzoldt: Wolfgang Steinitz und die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Zur politischen Geschichte der Institution (1945 – 1968). Phil. Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 1998, S. 170.

Reproduktion des ökonomischen Niveauabstandes zwischen West und Ost⁴⁰. Die gewaltsame Abriegelung des Territoriums der DDR im Jahre 1961 konnte daran (wie im historischen Rückblick zu erkennen ist, für die Zeitgenossen aber keineswegs evident war) bereits nichts mehr ändern. Die Möglichkeit, jederzeit in die BRD zu übersiedeln, versetzte insbesondere die renommierten älteren Naturwissenschaftler bis zum Bau der Mauer in die Lage, dem politischen System Bedingungen zu stellen. In der Regel begnügte sich die politische Führung mit der durch einen privilegierten Lebensstandard honorierten staatsbürgerlichen Loyalität dieser Schicht und war nicht in der Lage, darüber hinaus gehendes politisch-ideologisches Engagement für das System zu fordern⁴¹.

Auch in der Geschichte der DDR war die Zeit um 1970 eine Zäsur. Sie ging allerdings bei weitem nicht so tief wie der Einschnitt, den die Intervention des Warschauer Vertrages für die Entwicklung der Tschechoslowakei und ihres Wissenschaftssystems bedeutete. Die Führung der DDR distanzierte sich nicht von dieser Intervention und hätte es in ihrer abhängigen Lage in einem von starken sowjetischen Truppenkontingenten besetzten Land auch kaum tun können. Sie hielt sich aber zumindest so weit zurück, wie es ihr möglich war⁴². Immerhin bedeutete der Machtwechsel an der Spitze der herrschenden SED mit dem Übergang von Walter Ulbricht zu Erich Honecker⁴³ den Abbruch der Wirtschaftsreformen und das Einschwenken auf einen strukturkonservativen Kurs, der sich wieder stärker an das sowjetische Muster anlehnte. Der absolute Vorrang der politischen Stabilität im sowjetischen Machtbereich auf Kosten der inneren Dynamik der in diesen Bereich einbezogenen Gesellschaften war der hohe Preis, der für die Bändigung der Gefahr eines atomaren Weltkrieges durch ein Netz von – auf das Prinzip der strikten gegenseitigen Nichteinmischung gegründeten – Verträgen zwischen den beiden Weltlagern (1971 Berlin-Abkommen, 1972 Grundlagenvertrag DDR – Bundesrepublik Deutschland, 1975 Europäische Sicherheitskonferenz in Helsinki usw.) entrichtet werden musste.

Die dramatischen Vorgänge des Jahres 1968 berührten in ihren Auswirkungen unvermeidlich auch den wissenschaftlichen Austausch zwischen der DDR und der Tschechoslowakei, aber die elementaren Voraussetzungen für eine normale Zusammenarbeit wurden nicht irreversibel beschädigt. Dies lässt sich exemplarisch an der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Radovan Richta und den Vertretern der Wissenschaftsphilosophie sowie der sich um 1970 selbständig institutionalisierenden Wissenschaftsforschung (science of science) in der DDR belegen. Zunächst wurden die Arbeiten des Richta-Teams in der DDR mit positivem Interesse verfolgt, soweit sie sich in deutsch- und russischsprachigen Zeitschriftenartikeln reflektierten (das Buch *Civilizace na rozcestí* war, wie erwähnt, nur für den internen Gebrauch der SED-Führung übersetzt worden). Während des „Prager Frühlings“ gerieten in den Medien der DDR auch Zdeněk Mlynář und Ota Šík unter Kritik, während gegen Richta (soweit mir bekannt ist) keine öffentlichen Angriffe vorgetragen wurden. Erst lange nach der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ erschien in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie (DZfPh)* ein ungewöhnlich ausführlicher Bericht von Kurt Teßmann über die im April 1968 vom Institut für Philosophie der ČSAV veranstaltete internationale Konferenz „Der Mensch und die Gesellschaft in der wissenschaftlich-technischen Revolution“⁴⁴.

⁴⁰ J. Roesler: Deutsch-deutsche Wanderungen 1949 bis 1990. In: Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch. Hrsg. von C. Burrichter, D. Nakath und R.-R. Stephan. Berlin 2006, S. 1253-1264.

⁴¹ Peter Nötzoldt hat die wichtigsten Maßnahmen der 1950er Jahre zur materiellen Privilegierung dieser Wissenschaftlergruppe zusammengestellt. – Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39), S. 84-85.

⁴² R. Wenzke: Die NVA und der Prager Frühling 1968: die Rolle Ulbrichts und der DDR-Streitkräfte bei der Niederschlagung der tschechischen Reformbewegung. Berlin 1995.

⁴³ M. Kaiser: Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972. Berlin 1997.

⁴⁴ K. Teßmann: Wissenschaftlich-technische Revolution und philosophischer Revisionismus. In: Deut-

Dieser Bericht trug zweifellos offiziösen Charakter und brachte, in die unverfängliche Gestalt der Meinungsäußerung eines Konferenzteilnehmers gekleidet, den in der Führung der SED vertretenen Standpunkt zum Ausdruck. Darin wurde an den beiden von Richta auf dieser Konferenz gehaltenen Referaten scharfe, „antirevisionistische“ Kritik geübt. Wie Bollinger in seiner Analyse der Argumentation feststellt, war dies die einzige bekannte öffentliche Attacke gegen Richta in der DDR. Er bemerkt aber auch, dass dieser Angriff ungeachtet aller Polemik in einem Ton gehalten war, der nicht alle Brücken abbrach: „Trotz der Schärfe der Kritik wird nicht konsequent und unwiderruflich abgerechnet. Ein Schutz, offenbar von verantwortlichen Stellen, vielleicht auch des 1. Sekretärs [zu dieser Zeit noch Walter Ulbricht – H.L.] ist zu spüren. [...] Das war mehr, als zu diesem Zeitpunkt vielen Wissenschaftlern und erst recht Politikern nach der Ausschaltung Dubčeks und der wichtigsten Reformer noch eingeräumt wurde“⁴⁵. So konnte Richta, den die Hilfe einflussreicher sowjetischer Philosophen vor dem Schicksal vieler anderer Protagonisten des „Prager Frühlings“ bewahrt hatte und der zum Direktor des bei der Reorganisation der ČSAV im Kontext der „Normalisierung“ neu gebildeten Akademieinstituts für Philosophie und Soziologie berufen worden war, schon ein Jahr nach dem Erscheinen der Angriffe Teßmanns wieder in der *DZfPh* publizieren⁴⁶. An der Oberfläche demonstrierte Richta hier sein Einschwenken auf die Linie der marxistisch-leninistischen Orthodoxie. Eine aufmerksame Lektüre zeigt jedoch hier (wie in seinen späteren Texten), dass sein offenes, brisantes Denken nicht verschwunden, sondern lediglich in einer abstrakteren Sprache versteckt war; wer es suchte, konnte es weiterhin entdecken⁴⁷, zugleich aber war Richta damit unter den neuen, restaurativen Verhältnissen politisch nicht mehr angreifbar. Diese Entwicklung hatte wesentlichen Einfluss darauf, dass sich zwischen den tschechischen und den ostdeutschen Vertretern der Wissenschaftsforschung – einschließlich der Geschichte der Naturwissenschaften – in den 1970er und 1980er Jahren eine gedeihliche und für beide Seiten nutzbringende Zusammenarbeit entfalten konnte.

2. Grundlinien der Wissenschaftspolitik der DDR zwischen 1950 und 1970⁴⁸

Die SED als politisch herrschende Partei besaß in den ersten Jahren ihrer Existenz noch kein systematisch ausgearbeitetes und von der Forschung als Wissensproduktion her definiertes wissenschaftspolitisches Konzept. Soweit die Wissenschaft in ihr politisches Kalkül kam, geschah das vorzugsweise unter dem Aspekt der Bildung. Entsprechend war die Struktur der staatlichen Verwaltungsorgane beschaffen, beginnend mit der noch vor der Gründung der SED von der Besatzungsmacht im Sommer 1945 eingesetzten Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV), die auch für die Verwaltung der Forschungseinrichtungen in der SBZ zuständig war. Wissenschaftspolitik im eigentlichen Sinn mit entsprechenden Institutionen im politischen Apparat der SED differenzierte sich erst in einem längeren, ungefähr ein Jahrzehnt dauernden Prozess

sche Zeitschrift für Philosophie 17 (1969) 10, S. 1240-1257.

⁴⁵ Bollinger, Scheideweg (wie Anm. 38), S. 117.

⁴⁶ J. Filipec, P. Maydl, R. Richta : Zur theoretischen Analyse der wissenschaftlich-technischen Revolution. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 18 (1970) 8, S. 947-959.

⁴⁷ Ein spätes Echo fand dieses Denken 1989 in dem nicht mehr zu praktischen Konsequenzen gelangten Versuch eines Kreises junger Reformer innerhalb der SED um den Ökonomen Dieter Klein von der Humboldt-Universität Berlin, eine gesellschaftliche Alternative für die DDR zu konzipieren. Michael Brie, einer der Mitautoren dieses Konzeptes, bestätigte gegenüber Bollinger, dass die Anspielung auf *Civilizace na rozcestí* gewollt war. – A. Brie, M. Brie, Th. Flierl, R. Land, I. Merkel, D. Segert, H. Schmidt, R. Will: Sozialismus am Scheideweg. Fragen an eine neue Konzeption. Berlin 1990; Bollinger, Scheideweg (wie Anm. 38), S. 121.

⁴⁸ Die Darstellung in diesem Abschnitt beschränkt sich auf das unbedingt erforderliche Minimum; weitere Entwicklungszusammenhänge des DDR-Wissenschaftssystems werden im Kontext der einzelnen Persönlichkeitsporträts erwähnt.

über verschiedene Zwischenformen hinweg aus. Etwa seit Mitte der 1950er Jahre gab es in der DDR Wissenschaftspolitik als funktionell spezifisches und institutionell fundiertes Handlungssystem. Dieses System fand jedoch bis 1970 niemals eine für längere Zeit stabile Form, sondern war unter dem Einfluss widersprüchlicher Imperative häufigen Reorganisationen unterworfen⁴⁹.

Die für die Naturwissenschaften wichtigste Strukturentscheidung wurde mit der Wiedereröffnung der auf Gottfried Wilhelm Leibniz zurückgehenden Preußischen Akademie der Wissenschaften (PAW) als Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin (DAW) bereits im Sommer 1946 getroffen⁵⁰. Dieser Vorgang wird an dieser Stelle auch deshalb besonders betont, weil für drei der hier erörterten Persönlichkeiten – Rompe, Stubbe und Thiessen – die Akademie den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit in der DDR bildete. Die PAW war im wesentlichen (abgesehen von einer Reihe mit geringem Personalaufwand ausgeführter Unternehmungen vorzugsweise editorischen und sammelnden Charakters) eine traditionelle Gesellschaft gewählter Mitglieder, die beruflich an Universitäten und anderen Einrichtungen außerhalb der Akademie tätig waren⁵¹. Wiederholt hatte sich die PAW in ihrer jüngeren Geschichte um die Angliederung eigener Forschungsinstitute bemüht und war dabei stets erfolglos geblieben. Im wilhelminischen Deutschland fiel am Vorabend des ersten Weltkrieges die Entscheidung, die nunmehr für notwendig erachteten Institute der außeruniversitären naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung nicht bei der PAW, sondern im Rahmen einer neuen Institution – der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG) – zu gründen⁵². Nach dem zweiten Weltkrieg wurde in den westlichen Besatzungszonen und in der daraus hervorgegangenen BRD die damit begonnene Traditionslinie weitergeführt, während in Ostdeutschland mit der DAW erstmalig in der deutschen Akademiegeschichte eine mit Forschungsinstituten ausgestattete akademische Gelehrtenengesellschaft entstand. Das entsprach der sowjetischen Akademiestructur, aber aus der Sicht der Geschichte der PAW bedeutete dies keine von außen aufgezwungene Organisationslösung, sondern die Erfüllung der von ihr über viele Jahrzehnte vergeblich gestellten Forderung nach eigenen Instituten. Daher fand diese Lösung unter den Akademiemitgliedern weitgehende Akzeptanz.

Somit wurde die DAW zur wesentlichen Trägerorganisation der außeruniversitären naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung. Zunächst durch Angliederung vorhandener Institute, die früher in anderen Verbänden bestanden hatten, dann durch Neugründung und Vergrößerung von Forschungsinstituten expandierte das Potential der DAW sehr schnell⁵³. Um die Mitte der 1950er Jahre war dieser Prozess so weit fortgeschritten, dass sich zwei für die weitere Entwicklung maßgebende Tendenzen abzeichneten. Erstens war, da die zugeordneten Institute überwiegend

⁴⁹ H. Laitko: Wissenschaftspolitik. In: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Hrsg. von A. Herbst, G.-R. Stephan, J. Winkler. Berlin 1997, S. 405-420; R. Mocek: Wissenschaftspolitik in der DDR. In: Deutsche Zeitgeschichte (wie Anm. 40), S. 947-982.

⁵⁰ Nötzoldt, Die Deutsche (wie Anm. 3).

⁵¹ C. Grau: Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Eine deutsche Gelehrtenengesellschaft in drei Jahrhunderten. Heidelberg/Berlin/Oxford 1993.

⁵² J. Folta: Vytváření vědeckých ústavů v Německu 1870 – 1914. Práce DPV 7. Praha 1975; B. vom Brocke: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. In: Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Aus Anlass ihres 75jährigen Bestehens hrsg. von R. Vierhaus und B. vom Brocke. Stuttgart 1990, S. 17-162; B. vom Brocke: Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen der Forschung um 1900. In: Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Kaiserreich. Hrsg. von J. Kocka unter Mitarbeit von R. Hohlfeld und P. Th. Walther. Berlin 1999, S. 199-147; H. Laitko: Die Preußische Akademie der Wissenschaften und die neuen Arbeitsteilungen. In: Ebd., S. 149-173.

⁵³ W. Scheler: Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR. Berlin 2000.

ein naturwissenschaftliches Profil aufwies, die für die alte PAW charakteristische Symmetrie von Natur- und Geisteswissenschaften irreversibel durchbrochen. Das hatte auch veränderte Proportionen unter den Mitgliedern der akademischen Gelehrten-gesellschaft zur Folge. Diese Tendenz wurde bereits in einer 1963 in den USA über die DAW zu Berlin und die Forschungsorganisation in Ostdeutschland verfassten Dissertation hervorgehoben; in einer darauf beruhenden Publikation stellte ihr Autor fest, „dass die anfängliche Parität zwischen Naturwissenschaften und Geistes- und Sozialwissenschaften in ein stabiles Verhältnis von 70 : 30 zugunsten der Naturwissenschaften und der technischen Fächer umgewandelt wurde“⁵⁴. Peter Nötzoldt, der sich eingehend mit den Implikationen dieses Wandels befasst hat, bezeichnete die „Umwandlung in eine naturwissenschaftlich-technisch geprägte Forschungseinrichtung“ als das Hauptkennzeichen der Akademieentwicklung in den 1950er Jahren⁵⁵. Der gesellschaftswissenschaftliche Anteil ihres Forschungspotentials war und blieb relativ klein. Zweitens umfasste die DAW bald so viele und so große Forschungseinrichtungen, dass es illusorisch wurde, sie – wie ursprünglich gedacht – auf dem Weg über die wissenschaftliche Meinungsbildung in den Klassen der gewählten Akademie-mitglieder lenken zu wollen. Sukzessiv entstand eine hierarchische Leitungsstruktur für die Gesamtheit der akademischen Forschungsinstitute, die dem zentralistischen Charakter des Gesellschaftssystems der DDR entsprach. Die DAW wurde, vereinfacht formuliert, allmählich von einer Gelehrten-gesellschaft mit assoziierten Forschungsinstituten zu einer Forschungsorganisation mit einer beigeordneten Gesellschaft gewählter Akademiemitglieder.

In der SBZ und in der frühen DDR waren die Wirtschaftspolitik auf der einen und die noch embryonal ausgebildete und weitgehend lediglich als Ressort der Bildungs- und Hochschulpolitik existierende Wissenschaftspolitik auf der anderen Seite nur schwach miteinander verbunden. Das industrielle Potential war zum großen Teil durch Kriegseinwirkungen und Demontagen zerstört oder dem Zugriff der ostdeutschen Behörden entzogen. Die modernsten und wissenschaftsintensivsten Betriebe wurden, soweit sie nicht der Demontage unterlagen, nach dem Krieg in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) umgewandelt und arbeiteten unter sowjetischer Leitung unmittelbar für die UdSSR; sie wurden erst nach der Krise des Jahres 1953 an die DDR übergeben. Die Voraussetzungen für größere industrielle Innovationen waren extrem ungünstig. Auf der Tagesordnung stand vor allem der Wiederaufbau zerstörter Kapazitäten und der Neubau schwerindustrieller Betriebe zur Herstellung solcher Erzeugnisse, die vor der Spaltung Deutschlands aus dem Westen des Landes bezogen worden waren. Beide Aufgaben des Industriebaus wurden zunächst im wesentlichen auf dem technologischen Niveau der Vorkriegszeit bewältigt. Soweit für den wirtschaftlichen Aufbau Forschungsleistungen von den Naturwissenschaften verlangt wurden, betraf das vor allem die Sicherung der Ernährung oder die Substitution defizitärer Materialien⁵⁶.

Daraus ergab sich die Konsequenz, dass sich weite Bereiche der Naturwissenschaften – vor allem an der DAW und an den Universitäten – einige Zeit lang grundlagenorientiert entwickeln konnten, ohne einem stärkeren Druck zur Bereitstellung praktikabler Anwendungen ausgesetzt zu sein. Diese Ausgangssituation prägte weitgehend ihr Selbstverständnis, mit dem sie sich den ab Mitte der 1950er Jahre rasch zunehmenden Forderungen nach angewandter Forschung und Entwicklung stellten. In den ersten Jahren nach der Gründung der SED war deren Strategie noch auf größtmöglichen politischen Einfluss in einem einheitlichen Nachkriegsdeutschland gerichtet. Mit

⁵⁴ A. M. Hanhardt jr.: Die ordentlichen Mitglieder der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1945 – 1951). Ergebnisse einer empirischen Untersuchung. In: Studien und Materialien zur Soziologie der DDR. Hrsg. von P. Ch. Ludz. Köln/Opladen 1964, S. 241-262, hier S. 241.

⁵⁵ P. Nötzoldt: Der Weg zur „sozialistischen Forschungsakademie“. Der Wandel des Akademiegedankens zwischen 1945 und 1968. In: Naturwissenschaft (wie Anm. 5), S. 125-146, hier S. 139.

⁵⁶ H. Laitko: Produktivkraftentwicklung und Wissenschaft in der DDR. In: Deutsche Zeitgeschichte (wie Anm. 40), S. 475-540, hier S. 481.

der Vertiefung der politischen und wirtschaftlichen Spaltung des Landes orientierte sie sich hingegen zunehmend auf die Festigung ihrer Macht in der DDR und nahm gesellschaftliche Umgestaltungen in Angriff, in deren Ergebnis die ostdeutsche Gesellschaft aufhörte, mit der westdeutschen politisch und ökonomisch kompatibel zu sein. Ein Schlüsselereignis war dabei die II. Parteikonferenz der SED 1952, die ein Programm zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR verabschiedete⁵⁷. Vom Sozialismus als Tagesaufgabe für die DDR war – auch wenn die SED für ganz Deutschland als strategisches Fernziel eine sozialistische Perspektive anstrebte – mit Rücksicht auf die deutsche Einheit bis dahin noch nicht die Rede gewesen. Insofern bedeutete diese Parteikonferenz nach der Gründung zweier separater deutscher Staaten im Jahre 1949 eine weitere große Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte. In ihrer Konsequenz setzten administrativ forcierte gesellschaftliche Umgestaltungen ein, die die innergesellschaftlichen Spannungen verschärften, den inzwischen erreichten bescheidenen Lebensstandard breiter Schichten der Bevölkerung wieder gefährdeten und die Unruhen des 17. Juni 1953 auslösten, die in einigen Gebieten den Charakter eines Aufstandes annahmen; diese Bewegung wurde zwar von den sowjetischen Besatzungstruppen mit militärischer Gewalt unterdrückt, erzwang aber seitens der DDR-Führung umfangreiche Korrekturen („neuer Kurs“) der 1952 eingeleiteten Umgestaltungen⁵⁸.

Diese beiden miteinander zusammenhängenden Vorgänge – die politisch-strategische Wende des Jahres 1952 und ihre 1953 erzwungenen Korrekturen – hatten langfristige Folgen für die gesellschaftliche Stellung der Naturwissenschaften in der DDR. Mit dem Beschluss zur sozialistischen Umgestaltung orientierte sich die SED auf eine verstärkte Entwicklung der Industrie, die angesichts der Rohstoffarmut der DDR mit besonderem Nachdruck „intelligenzintensiv“ erfolgen sollte. Damit wurde das Ziel wirtschaftlichen Nutzens zum zentralen Imperativ für die Naturwissenschaften in der DDR (und blieb es bis zu ihrem Ende), und in erster Linie nach dem Kriterium des zu erwartenden ökonomischen Effekts wurden die für den Ausbau der naturwissenschaftlichen Forschung und Lehre eingesetzten Ressourcen verteilt⁵⁹. Im hier betrachteten Zeitraum bedeutete dies eine deutliche Bevorzugung der physikalischen und chemischen Gebiete gegenüber den biowissenschaftlichen. Während der 1950er Jahre wurden mehrere Programme zur beschleunigten Entwicklung wissenschaftsbasierter Industriezweige (Flugzeugbau, Kernenergetik, Chemie) auf den Weg gebracht, auf die auch starke natur- und technikkwissenschaftliche Kapazitäten konzentriert werden sollten⁶⁰. Diese Programme konkurrierten untereinander um die knappen Ressourcen. Die Erfahrungen des Jahres 1953 hatten zudem gelehrt, dass das Konsumtionsniveau der Bevölkerung nicht beliebig zugunsten der volkswirtschaftlichen Akkumulation reduziert wer-

⁵⁷ A. Malycha: Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961. In: Die SED (wie Anm. 49), S. 1-55, hier S. 36-39.

⁵⁸ R. Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953. Reinbek b. Hamburg 1990.

⁵⁹ J. Gläser, W. Meske: Anwendungsorientierung von Grundlagenforschung? Erfahrungen der Akademie der Wissenschaften der DDR. Frankfurt a.M./New York 1996.

⁶⁰ J. Michels, J. Werner (Hrsg.): Luftfahrt Ost 1945 – 1990. Geschichte der deutschen Luftfahrt in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Bonn 1994; B. Ciesla: Die Transferfalle. Zum DDR-Flugzeugbau in den fünfziger Jahren. In: Naturwissenschaft (wie Anm. 5), S. 193-211; J. Kahlert: Die Kernenergiepolitik der DDR. Zur Geschichte uneingelöster Fortschrittshoffnungen. Köln 1988; B. Weiss: Kernforschung und Kerntechnik in der DDR. In: Naturwissenschaft (wie Anm. 5), S. 297-315; M. Reichert: Kernenergiewirtschaft in der DDR. St. Katharinen 1999; P. Liewers: Einige Besonderheiten der Kernenergieentwicklung in der DDR. In: Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland. Hrsg. von J. Abele, G. Barkleit, Th. Hänseroth. Köln/Weimar/Wien 2001, S. 193-211; R. G. Stokes: Autarky, Ideology, and Technological Lag: The Case of the East German Chemical Industry, 1945 – 1964. In: Central European History 28 (1995), S. 29-45; R. G. Stokes: Chemie und chemische Industrie im Sozialismus. In: Naturwissenschaft (wie Anm. 5), S. 283-296.

den durfte. Daher erreichten die ehrgeizigen naturwissenschaftlich-technischen Programme in der Regel nicht die kritische Masse an Ressourcen, die für ihren Erfolg notwendig gewesen wäre; der Aufbau einer eigenen Flugzeugindustrie musste ganz abgebrochen werden. Gedrängt durch die konfrontative Konkurrenz mit der wesentlich größeren und stärkeren BRD, deren sichtbarer wirtschaftlicher Erfolg ständig beträchtliche Kontingente qualifizierten Personals – darunter zahlreiche Naturwissenschaftler, Techniker und Ärzte – aus der DDR anzog, zur Übersiedelung in den Westen veranlasste und damit die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des ostdeutschen Staates weiter verschärfte, setzte die Führung der DDR immer wieder Ziele, die weit über die Möglichkeiten dieses kleinen Landes hinausgingen. Diese Ambitionen wurden von vielen Naturwissenschaftlern unterstützt, darunter auch von solchen aus dem Kreis der „Spezialisten“, die um die Mitte der 1950er Jahre aus der UdSSR in die DDR zurückkehrten und von denen einige – darunter Manfred von Ardenne, Hermann Klare, Max Steenbeck und Peter-Adolf Thiessen – in der Folgezeit Spitzenpositionen im Wissenschaftssystem der DDR einnahmen⁶¹.

Aus der generellen Diskrepanz zwischen den hochgesteckten Zielen und den beschränkten Ressourcen ergab sich für die naturwissenschaftliche Forschung eine je nach Gebiet unterschiedlich stark ausgeprägte, aber überall spürbare chronische Knappheit der Mittel; diese Knappheit betraf vor allem das sensible Feld der Forschungstechnik, auf dem man häufig auf Importe aus westlichen Ländern angewiesen war. Die Führung der SED sah zwei sich ergänzende Wege, um diese Schwierigkeiten zu bewältigen. Der erste dieser Wege war die Veränderung der organisatorischen und institutionellen Strukturen in Wissenschaft und Wirtschaft; diese Bemühungen waren von der Hoffnung getragen, eine für die sozialistische Gesellschaft optimale Struktur zu finden, die den Ressourcenmangel kompensieren und eine überlegene Entwicklungsdynamik hervorbringen würde. Der zweite Weg war die administrative und politisch-ideologische Reglementierung und Disziplinierung. Dieses Mittel wurde gegenüber prominenten Naturwissenschaftlern nur äußerst vorsichtig angewandt, so lange diese ohne weiteres mit ihrer Übersiedelung in den Westen drohen konnten, während sich Gesellschaftswissenschaftler – unabhängig vom Grad ihrer Prominenz – häufig mit Angriffen und Repressionen wegen „Revisionismus“ konfrontiert sahen⁶². Erst nach der Abriegelung des Staatsgebietes der DDR nach Westen am 13. August 1961 nahm auch gegenüber Naturwissenschaftlern der ideologische und politische Druck zu. Allerdings betraf er auch jetzt nicht so sehr parteilose Gelehrte, sondern in erster Linie solche, die selbst Mitglieder der SED waren und der Verletzung der Parteidisziplin beschuldigt werden konnten; das prominenteste Opfer einer solchen Kampagne war Havemann.

Die beiden Jahrzehnte waren in der DDR auch auf dem Gebiet der Naturwissenschaften, ebenso wie in anderen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens, von intensiver, teilweise hektischer organisatorischer und institutioneller Dynamik gekennzeichnet. Dieser Wandel war nicht ausschließlich von oben dekretiert; er trug partiell experimentellen Charakter, vollzog sich unter aktiver Teilnahme zahlreicher Wissenschaftler und brachte auch innovative Lösungen hervor. Dennoch war die Grundtendenz der vielfältigen und manchmal auch verwirrenden Veränderungen eine Verstärkung des zentralistischen und dirigistischen Elements in der Steuerung der Wissenschaft. Nachdem die Führung der SED in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zu der Einsicht gelangt war, dass die Wirtschaft eines modernen Industriestaates auf wissenschaftsbasierte Innovationen gegründet sein muss, wurden Strukturen geschaffen, in denen die naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute politisch-administrativ dazu verpflichtet waren, die kognitiven Vorausset-

⁶¹ U. Albrecht, A. Heinemann-Grüder, A. Wellmann: Die Spezialisten. Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945. Berlin 1992.

⁶² H. Laitko: Wissenschaftspolitik und Wissenschaftsverständnis in der DDR. Façetten der fünfziger Jahre. In: Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“. Hrsg. von C. Burrichter und G. Diesener. Leipzig 2002, S. 107-139, hier S. 115-119.

zungen für solche Innovationen zu erarbeiten und durch aktive Einflussnahme auf die Industrie deren Realisierung zu fördern. Ein entscheidender Nachteil der bestehenden Gesellschaftsordnung bestand darin, dass eine genuin ökonomische Motivation zur Einführung von Neuerungen in der materiellen Produktion nur schwach entwickelt war, so dass die fehlende wirtschaftliche Nachfrage durch politischen Druck ersetzt werden musste⁶³. Von besonderer Bedeutung waren hier die institutionellen Veränderungen des Jahres 1957. Die zahlreichen und oft noch kleinen naturwissenschaftlichen Institute der DAW wurden zu einer „Forschungsgemeinschaft“ zusammengefasst und im Rahmen dieser Organisation zu leistungsstarken Gruppen verknüpft⁶⁴. Die Forschungsgemeinschaft, in die noch weitere Institute aus der Industrie überführt wurden, zeichnete sich gegenüber dem Akademiepräsidium durch ein hohes Maß an Selbständigkeit aus und bildete ein eigenes Reich innerhalb der Akademie. Zugleich entstand als Beratungsorgan der Regierung ein Forschungsrat, der die gesamte natur- und technikwissenschaftliche Forschung der DDR unabhängig von ihrer institutionellen Zuordnung koordinierte⁶⁵. Der Forschungsrat war eine fachlich tiefgegliederte Organisation mit einer großen Zahl von Arbeitsgruppen; seine Zuständigkeit erstreckte sich auch auf die Potentiale der Universitäten und Hochschulen, aber sein wichtigstes wissenschaftliches Hinterland bildete auf dem Gebiet der Naturwissenschaften die Forschungsgemeinschaft, auf dem Gebiet der Technikwissenschaften die Technische Hochschule (seit 1961: Technische Universität) Dresden.

Nachdem sich die DDR-Führung mit der gewaltsamen Lösung des Mauerbaus aus einer akuten, schnell eskalierenden wirtschaftlichen und politischen Krise gerettet hatte, gewann die Überlegung an Gewicht, dass eine stabile sozialistische Gesellschaft in der Epoche der wissenschaftlich-technischen Revolution anders strukturiert sein müsste als eine Gesellschaft, deren Wirtschaft auf fordistischer Massenproduktion beruhte. Der strukturelle Wandel sollte so beschaffen sein, dass die naturwissenschaftliche Forschung den Innovationsmotor einer dynamischen Wirtschaft bilden konnte. Die Idee der wissenschaftlich-technischen Revolution wurde zur Kennzeichnung des angestrebten Wandels aus der internationalen Diskussion aufgenommen (zunächst mit dem verkürzten Terminus „technische Revolution“) ⁶⁶; der erste Philosophiekongress der DDR 1965, auf dem auch Naturwissenschaftler referierten, war diesem Konzept gewidmet⁶⁷. Weitgehende Übereinstimmung herrschte darüber, dass eine Neustrukturierung der Wirtschaft allein nicht genügen würde; vielmehr war an einen integrierten Wandel verschiedener gesellschaftlicher Subsysteme gedacht, der insbesondere das Bildungs- und das Wissenschaftssystem einschloss und

⁶³ J. Roesler: Auf der Suche nach den Ursachen realsozialistischer Innovationsschwäche. Zur Problematik der Nutzung innovationstheoretischer Erklärungsansätze für Forschungen zur Innovationsgeschichte der DDR. In: UTOPIE kreativ H. 25/26, November/Dezember 1992, S. 151-159; A. Steiner: Anschluss an den „Welthöchststand?“ Versuche des Aufbrechens der Innovationsblockaden im DDR-Wirtschaftssystem. In: Innovationskulturen (wie Anm. 60), S. 71-88.

⁶⁴ P. Nötzoldt: Ein tolles Gaunerstück der Physiker. Die Gründung der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin im Jahre 1957. In: Physik im Nachkriegsdeutschland. Hrsg. von D. Hoffmann. Frankfurt a.M. 2003, S. 111-126.

⁶⁵ M. Wagner: Der Forschungsrat der DDR. Im Spannungsfeld von Sachkompetenz und Ideologieanspruch. Phil. Diss. Humboldt-Univ. Berlin 1992.

⁶⁶ H. Zimmermann: Wissenschaftlich-technische Revolution in der DDR. Studien zur Entwicklungs- und Problemgeschichte des gesellschaftlichen Konzepts der SED seit Mitte der fünfziger Jahre. Diss. Freie Universität Berlin 1981; H. Laitko: Wissenschaftlich-technische Revolution: Akzente des Konzepts in Wissenschaft und Ideologie der DDR. In: UTOPIE kreativ H. 73/74 (November/Dezember 1996), S. 33-50.

⁶⁷ Die marxistisch-leninistische Philosophie und die technische Revolution. Materialien des philosophischen Kongresses vom 22. – 24.4.1965 in Berlin. Deutsche Zeitschrift für Philosophie 13 (1965) Sonderheft.

unter anderem in einem wissenschaftspolitischen Reformpaket kodifiziert wurde⁶⁸. Das Konzept der wissenschaftlich-technischen Revolution, wie man es in der DDR auffasste, war jedoch weit aus weniger konsequent und radikal als jene Version, die zur gleichen Zeit in der Tschechoslowakei von Richta, Machonin, Šík und anderen entwickelt wurde⁶⁹. Der grundlegende Unterschied bestand darin, dass der konzipierte gesellschaftliche Wandel aus tschechoslowakischer Sicht das politische System einschließen sollte⁷⁰, während in der DDR die zentralistischen politischen Machtstrukturen ausdrücklich außerhalb aller Reformen blieben. So koexistierten in der DDR der 1960er Jahre kreative Konzepte eines integrierten Wissenschafts-, Technologie- und Wirtschaftswandels auf der einen und grobe diktatorische Maßnahmen ideologischer und politischer Disziplinierung auf der anderen Seite.

Das Fundament des Reformbündels war die bald nach dem Mauerbau einsetzende und unter anderem auf die damals hochaktuelle Kybernetik gestützte Wirtschaftsreform, für die unterschiedliche Bezeichnungen verwendet wurden – in ihrer Frühphase „Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ (NÖS), später „Ökonomisches System des Sozialismus“ (ÖSS) usw.⁷¹ Dieser komplizierte und in wesentlichen Zügen experimentelle Prozess, der hier nicht erörtert werden kann, ist in unserem Zusammenhang nur wegen seiner Implikationen für die Naturwissenschaften von Interesse. Die Wirtschaftsreform sollte in erster Linie die wissenschaftliche Durchdringung der Volkswirtschaft voranbringen⁷². Dazu wurden zwei konträre Strategien verfolgt. Die erste bestand darin, unter Einbeziehung von Marktmechanismen den ökonomischen Reproduktionsprozess so zu reorganisieren, dass die Wirtschaftseinheiten einen internen Bedarf an wissenschaftsbasierten Neuerungen entwickelten, ihre eigenen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten ausbauten und bei der akademischen und universitären Forschung innovative Leistungen nachfragten. Die zweite lief darauf hinaus, zentral organisierte starke Innovationspotentiale („sozialistische Großforschung“) für prioritäre technologische Entwicklungsrichtungen zu schaffen und von ihnen ausgehend bestehende Industriezweige von Grund auf umzugestalten oder auch ganz neue Zweige aufzubauen⁷³. Der beherrschende Leitgedanke war die – kybernetisch untersetzte – Idee der stufenweise zu erreichenden Vollautomatisierung. In der ersten Hälfte der 1960er Jahre dominierte die erstgenannte, in der zweiten Hälfte die letztgenannte Strategie. Die letztere entsprach eher der Denkweise der konservativen Mehrheit im Funktio-

⁶⁸ H. Laitko: Das Reformpaket der sechziger Jahre – wissenschaftspolitisches Finale der Ulbricht-Ära. In: Naturwissenschaft (wie Anm. 5), S. 35-57; S. Prokop: Probleme der 3. Hochschulreform in der DDR. Unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse der Hochschulmodernisierung im Westen. In: Reformzeiten (wie Anm. 7), S. 17-41; H. Metzler: Die Industrieforschungsreform – Modellfall Carl Zeiss Jena. DDR-Wissenschaftspolitik von den sechziger bis zur Mitte der siebziger Jahre. In: Reformzeiten (wie Anm. 7), S. 71-93.

⁶⁹ Müller, Radovan Richta (wie Anm. 33), S. 99-102; F. Kutta: Vzpomínka na interdisciplinární tým R. Richty. In: Marathon (Praha) 4/1997. http://misc.eunet.cz/marathon/97/mar974_p6.htm ; J. Smíšek: „Chováme se jako revolucionári?“ – R. Richta a příběh mezioborového týmu. In: Marathon (Praha) 4/1997. http://misc.eunet.cz/marathon/97/mar976_p8.htm .

⁷⁰ Z. Mlynář: Die Vorstellungen der KPTsch im Jahre 1968 zur Entwicklung des sozialistischen Systems. In: Ketzer (wie Anm. 8), S. 339-354.

⁷¹ J. Roesler: Zwischen Plan und Markt: die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970. Berlin 1991; A. Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül. Berlin 1999.

⁷² G. Lauterbach: Wissenschaftspolitik und Ökonomie. Wandel der Konzeptionen im Rahmen der Wirtschaftsreformen (1963 – 1971). Erlangen 1980.

⁷³ A. Tandler: Visionen einer sozialistischen Großforschung in der DDR 1968 – 1971. In: Antworten auf die amerikanische Herausforderung. Forschungen in der Bundesrepublik und der DDR in den langen siebziger Jahren. Hrsg. von G. A. Ritter, M. Szöllösi-Janze und H. Trischler. Frankfurt a.M./ New York 1999, S. 361-375.

närsapparat der SED, die dem Operieren mit Marktmechanismen in der Wirtschaft misstrauisch gegenüberstand und auch in den damit freigesetzten Elementen spontanen Handelns eine Gefahr für die politische Stabilität des Systems erblickte.

Die Wissenschaftsreformen fielen in die zweite Hälfte der 1960er Jahre, als sich in der Wirtschaftsreform bereits die zentralistische Strategievariante durchgesetzt hatte. Deshalb schoben sich hier Fragen der Gestaltung der Leitungshierarchien und der strukturellen Kompatibilität von Wissenschaft und Wirtschaft stark in den Vordergrund. Mit den Kombinat in der Industrie, den Sektionen an den Universitäten und Hochschulen und den Zentralinstituten und Forschungsbereichen in der Akademie der Wissenschaften sollten in diesen drei Bereichen strukturanaloge Hierarchien entstehen; die Analogie der Strukturen wurde als eine Grundvoraussetzung für reibungslose Kooperation betrachtet. Zunächst begann die als III. Hochschulreform bezeichnete Umgestaltung des Hochschulwesens⁷⁴, einige Jahre später setzte die Akademiereform ein⁷⁵. Die Forschungsgemeinschaft, deren hochgradige Eigenständigkeit das Akademiepräsidium an den Rand gedrängt hatte, wurde (ebenso wie ein 1963 gebildeter ähnlicher Zusammenschluss der gesellschaftswissenschaftlichen Akademieinstitute) wieder aufgelöst. Der wichtigste Aspekt der Akademiereform war eine bedeutende Konzentration der Potentiale. Aus zahlreichen kleinen und mittleren Instituten wurden relativ wenige große und sehr große geschaffen. Die Institute wurden wiederum zu Forschungsbereichen gruppiert; da diese Gruppierung jedoch nach dem Prinzip disziplinärer Zusammengehörigkeit erfolgte, stimulierte die so entstandene Akademiestruktur die allgemein als notwendig angesehene Interdisziplinarität der Forschung keineswegs. Das Problem der optimalen Strukturen des Wissenschaftssystems beschäftigte auch viele leitende Naturwissenschaftler. Sie diskutierten – wie schon einmal gegen Ende der 1950er Jahre – erneut lebhaft über Fragen der Wissenschaftsorganisation, und einige von ihnen schalteten sich auch in den Institutionalisierungsprozess der Wissenschaft von der Wissenschaft (science of science) oder Wissenschaftsforschung ein. Die Herausbildung einer institutionellen Basis für dieses Gebiet war eines der weiterwirkenden Ergebnisse der Reformen. Verschiedene Autoren hatten diese Institutionalisierung, die eine neue, auf ihre sozialen Existenz- und Wirkungsbedingungen gerichtete Stufe in der Selbstreflexion der Wissenschaft begünstigte, schon seit Jahren gefordert⁷⁶. Nun wurde sie politisch durchsetzbar, weil die durch die Reformen entstandenen Struktureinheiten so groß waren, dass sie nicht mehr auf der Basis eines aus gemeinsamer Arbeit der Wissenschaftler erwachsenen persönlichen Vertrauensverhältnisses geleitet werden konnten, wie es in kleinen Gruppen und Instituten der Fall ist. Die Leitung der großen Institute und Sektionen verlangte ein formalisiertes Regelwerk, und der politische Apparat erwartete, dass die neu geschaffenen Einrichtungen der Wissenschaftsforschung – die Sektion Wissenschaftstheorie und -organisation (WTO) an der Humboldt-Universität Berlin und das Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation (IWTO) an der DAW – die dafür erforderlichen Erkenntnisgrundlagen erarbeiten würden⁷⁷.

Die Wirtschaftsreform in der DDR wurde um die Wende zu den 1970er Jahren ohne nachhaltigen Erfolg abgebrochen. Ein wesentlicher Grund für ihr Scheitern lag in ihrem eigenen Ansatz; die mit ihr auf den Weg gebrachten Neuerungen erforderten einen Investitionsaufwand, der die Möglichkeiten des Landes bei weitem überstieg, so dass sich die volkswirtschaftlichen Spannungen, aus denen die Reform eigentlich dauerhaft herausführen sollte, gegen Ende der 1960er Jahre

⁷⁴ H. Laitko: Umstrukturierung statt Neugründung: Die dritte Hochschulreform der DDR. In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 21 (1998) 2/3, S. 143-158.

⁷⁵ Nötzoldt, Die Deutsche (wie Anm. 3), S. 74-77.

⁷⁶ Laitko, Produktivkraft (wie Anm. 34).

⁷⁷ M. Zuber: Wissenschaftswissenschaft in der DDR. Ein Experiment. Köln 1973; Wissenschaftswissenschaft in Lehre und Forschung. Hrsg. von D. Schulze. Berlin 1978; 25 Jahre Wissenschaftsforschung in Ostberlin: „Wie zeitgemäß ist komplexe Wissenschaftsforschung?“ – Reden eines Kolloquiums. Hrsg. von Hg. Meyer. Berlin 1996.

wieder extrem verschärften. Zugleich wurde die Reformkrise für ein grundlegendes Revirement in der politischen Führung der DDR genutzt. Der bisherige SED-Generalsekretär Walter Ulbricht, der als politisch einflussreichster Exponent der Wirtschaftsreform entschieden auf das ökonomische Potential der modernen Naturwissenschaft und Technik gesetzt hatte, wurde mit sowjetischer Unterstützung entmachtet und von Erich Honecker abgelöst, der in allen innenpolitischen Fragen eher die orthodoxe Breshnew-Linie vertrat. Für die Bewältigung der Reformkrise wurde so keine evolutionäre Lösung, sondern der triviale Weg des abrupten Reformabbruchs gewählt. Sofern der gesellschaftliche Sinn der Wissenschaftsreformen entscheidend in ihrer Verknüpfung mit der Wirtschaftsreform bestanden hatte, verloren sie mit dem Reformabbruch in der Wirtschaft einen wesentlichen Teil ihres Inhalts, auch wenn die neu geschaffenen Institutionalstrukturen erhalten blieben.

Es ist daher gerechtfertigt, auch für das Gebiet der Wissenschaftspolitik der DDR die Zeit um 1970 als eine Zäsur zu werten. Diese Zäsur fiel damit zusammen, dass auch auf der personellen Ebene eine Periode zuende ging. Die prominenten Vertreter der „alten Intelligenz“, die bis dahin die Geschicke der Naturwissenschaft maßgeblich geprägt hatten, erreichten die offizielle Altersgrenze von 65 Jahren und wurden in ihren hauptsächlichen Ämtern und Funktionen von jüngeren Fachleuten abgelöst, die ihre wissenschaftliche Ausbildung und Sozialisation bereits unter den Bedingungen der DDR erfahren hatten.

3. *Agieren im Rahmen des politischen Systems: Robert Rompe, Hans Stubbe, Peter Adolf Thiessen*

3.1. *Robert Rompe (10.9.1905 – 6.10.1993)*

Unter den in dieser Studie behandelten vier Naturwissenschaftlern ist Rompe der von der historischen Forschung bisher am wenigsten bearbeitete. Entsprechend der Vielseitigkeit seines Wirkens und seinem unbestreitbar großen wissenschaftspolitischen Einfluss wird er zwar in den verschiedensten Untersuchungen zur DDR-Geschichte erwähnt, aber es fehlt an größeren Arbeiten, die sich auf sein Leben und seine Wirksamkeit konzentrieren. Kurze Überblicke über sein Leben bieten einige Nachrufe und Erinnerungen⁷⁸. Der aktuellste Versuch einer knappen historisch-kritischen Bewertung stammt von Dieter Hoffmann⁷⁹.

3.1.1. *Ein vielseitiger Physiker*

Wie Hoffmann schreibt, gehörte Rompe zur Aufbaugeneration der DDR, „die von der bitteren Erfahrung des Nationalsozialismus geprägt war und bei der sich Aufbauwille und technokratische Fortschrittsgläubigkeit mit Weltverbesserungsstreben und politischem Dogmatismus paarte“⁸⁰. Als Nazideutschland kapituliert hatte, wurde er unverzüglich zu einem wichtigen Mann in der Wissenschaftsverwaltung der Sowjetischen Besatzungszone, denn unter den Physikern im Osten Deutschlands war er in zweifacher Hinsicht eine Rarität: Er beherrschte die Sprache der

⁷⁸ Nachruf auf Robert Rompe. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Bd. 2, 1995, H.1/2, S. 146-147; K. F. Alexander: Erinnerungen an den Physiker Robert Rompe. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Bd. 12, 1996, H. 4, S. 75-80.

⁷⁹ D. Hoffmann: Die Graue Eminenz der DDR-Physik. Eine kritische Würdigung Robert Rompes (1905 – 1993) anlässlich seines 100. Geburtstages. In: Physik Journal 4 (2005) 10, S. 56-58; D. Hoffmann: Robert Rompe (1905 – 1993). In: Das Müggelheim Buch. Landschaft – Geschichte – Personen. Hrsg. von H. Pieper. Berlin 1997, S. 168-170.

⁸⁰ Hoffmann, Die Graue (wie Anm. 79), S. 57.

Besatzungsmacht fließend, denn er hatte seine Kindheit bis zum Beginn des ersten Weltkrieges in St. Petersburg als Sohn eines dort lebenden deutschen Kaufmanns verbracht, und er war Mitglied der KPD. So zählte er 1945 schon als Vierzigjähriger zu den „Altkommunisten“, also zu der schmalen Phalanx derjenigen, die der Partei bereits vor der Errichtung der Naziherrschaft beigetreten waren und die zwölf Jahre antikommunistischer Diktatur überlebt hatten. Die Angehörigen dieses Personenkreises, auf deren Überzeugungstreue man bauen konnte, wurden nach Kriegsende unverzüglich mit diversen verantwortlichen Funktionen betraut. Bei Rompe reichte das Spektrum dieser Verpflichtungen von der Leitung der Hauptabteilung Hochschulen und Wissenschaft⁸¹ in der seit Sommer 1945 für das Gebiet der SBZ zuständigen Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung (DZVV) über die Mitgliedschaft im Vorstand der 1946 gegründeten SED bis zur ordentlichen Professur für Physik an der Berliner Universität⁸², die mit der Leitung ihres II. Physikalischen Instituts verbunden war. Man kann davon ausgehen, dass Rompe während seiner vierjährigen Arbeit in der DZVV ein ausgedehntes, weit über den Bereich der Physik hinausgehendes Netzwerk persönlicher Beziehungen aufbaute, über dessen geschickte und diskrete Nutzung er in den folgenden Jahrzehnten mit größter Effizienz als Wissenschaftsorganisator und Wissenschaftsstrategie wirkte⁸³.

An der Schwelle der hier im Zentrum der Aufmerksamkeit stehenden Periode endete mit der Gründung der DDR und der Auflösung der DZVV, deren Aufgabenkreis an das neue Ministerium für Volksbildung übergang, Rompes Tätigkeit in der allgemeinen Wissenschaftsverwaltung Ostdeutschlands, und der Schwerpunkt seiner Arbeit verschob sich thematisch auf die Physik und institutionell zur DAW, ohne dass er seine Verpflichtungen an der Universität aufgab⁸⁴. 1950 übernahm er das Direktorat des an der DAW neu gebildeten Instituts für Strahlungsquellen, 1952 in-

⁸¹ Zunächst war Rompe Stellvertreter von Theodor Brugsch als Leiter des Hauptamtes für Wissenschaft und Forschung der DZVV; im Rahmen einer Strukturveränderung im März 1946 wurde Brugsch Vizepräsident der Verwaltung und Rompe Leiter der Abteilung Hochschulen und Wissenschaft. – Geplante Wissenschaft. Eine Quellenedition zur DDR-Wissenschaftsgeschichte 1945 – 1961. Eingeleitet, kommentiert und hrsg. von A. Malycha. Leipzig 2003, S. 113, 160.

⁸² Bis Kriegsende führte die Berliner Universität die Bezeichnung Friedrich-Wilhelms-Universität (FWU). Nach ihrer Wiedereröffnung 1946 agierte sie zunächst ohne Beinamen. Nachdem im Verlauf der Spaltung Berlins 1948 in Westberlin eine eigene Universität (Freie Universität) gegründet worden war, nahm die alte, im sowjetischen Sektor Berlins gelegene Universität 1949 den Namen Humboldt-Universität an, der sich auf die Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt bezog.

⁸³ Paul Wandel, damals Präsident der DZVV, teilt mit, dass Rompe nicht nur die Verantwortung für Aufbau und Tätigkeit aller Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen in der SBZ trug, sondern auch mit den Bildungspolitikern der drei westlichen Besatzungszonen in Verbindung trat, um die Grundlinien einer für ganz Deutschland gemeinsamen Schul- und Hochschulreform auszuhandeln. Im Rahmen dieser Bemühungen, die bis 1948 andauerten, aber nicht zum Erfolg führten, beriet Rompe vor allem mit sozialdemokratischen Politikern, darunter mit dem früheren preußischen Kultusminister Adolf Grimme, der nach dem Krieg in Niedersachsen wirkte. – P. Wandel: An verantwortlicher Stelle bei der Neugestaltung unseres Bildungswesens. In: Festschrift des wissenschaftlichen Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Robert Rompe. Hrsg. von W. Brauer, G. Lotz, G. O. Müller und K. Werner. Berlin 1973, S. 15-19.

⁸⁴ Rompe war ein geschätzter Hochschullehrer, und persönlich zog es ihn nach Kriegsende vor allem in diese Tätigkeitssphäre. Wandel schreibt dazu: „Professor Rompe drängte es 1945, wie viele andere, denen unter dem Faschismus eine Tätigkeit an einer Universität unmöglich gemacht wurde, an Lehre und Forschung selber teilzunehmen. In den ersten Jahren konnten wir dem nur unter der Bedingung zustimmen, dass er gleichzeitig mit voller Verantwortung seine Tätigkeit als Leiter der Hauptabteilung in der DZVV weiterführte. [...] Diese vielfältige Belastung blieb ihm auch im weiteren nicht erspart. Sie brachte in den Jahren des Aufbaus für uns den Vorteil einer sachgemäßen Behandlung der verschiedenen Aspekte auftretender Probleme, für den Betroffenen jedoch eine beachtliche physische Belastung“ (Wandel, An verantwortlicher (wie Anm. 83), S. 19).

itierte er gemeinsam mit Friedrich Möglich die Gründung der „Physikalischen Gesellschaft in der DDR“ (1970, als er selbst zu ihrem Vorsitzenden gewählt wurde, strich sie aus ihrer Bezeichnung das Wort „in“) ⁸⁵. In der Fachgemeinschaft der Physiker besaß Rompe eine hinreichend hohe wissenschaftliche Reputation. Die offiziellen Ämter, die er in dieser Gemeinschaft ausübte, ebenso wie die persönliche Autorität, deren er sich in ihr erfreute, waren durch eigene wissenschaftliche Leistungen verdient; es war für ihn ein großer Vorzug, dass ihm nie der Vorwurf gemacht werden konnte, er verdanke seine Stellung lediglich der Protektion aufgrund seines parteipolitischen Engagements.

Zweifellos hätte Rompes Begabung ihm unter normalen Umständen eine glänzende Hochschullehrerlaufbahn eröffnet. Seine 1930 bei Peter Pringsheim an der Berliner FWU verteidigte Dissertation über ein spektroskopisches Thema ⁸⁶ und seine anschließende Assistenz bei seinem Doktorvater hätten dafür ein geeigneter Ausgangspunkt sein können. Tatsächlich aber erwies es sich für ihn unter den gegebenen historischen Bedingungen auf längere Sicht als günstig, dass er diesen Weg nicht gehen konnte. Gezwungen durch den frühen Tod seines Vaters, musste er bereits während seines Studiums und bald danach Tätigkeiten in der Industrie aufnehmen, um seine Familie unterstützen zu können. Die Industrie war für ihn kein fremdes Milieu. Nach dem am Mommsen-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg abgelegten Abitur hatte er als Betriebspraktikant gearbeitet, dabei eine Ausbildung in Metallbearbeitung absolviert und schließlich Fernmeldetechnik an der Technischen Hochschule Berlin studiert, ehe er zum Physikstudium an die Universität wechselte. Von 1930 bis zum Ende des Krieges war er in der Industrieforschung bei der Studiengesellschaft für elektrische Beleuchtung der Osram AG tätig. In der privaten Wirtschaft war er in gewissem Maße vor den Repressionen geschützt, die ihm, nachdem er sich 1932 für den Eintritt in die KPD entschieden hatte, im Fall einer Universitätslaufbahn unter der Nazi Herrschaft unweigerlich gedroht hätten. Die Arbeit an neuartigen Lichtquellen und Beleuchtungssystemen, die sein Aufgabengebiet bei Osram bildete, ging mit vielseitigen wissenschaftlichen Anforderungen einher, die bis in die Grundlagenforschung auf dem Feld der Gasentladungs- und Festkörperphysik reichten. So konnte er mit einer erheblichen Zahl von Publikationen in dieser Zeit sein fachliches Ansehen begründen ⁸⁷. Eine Reihe dieser Arbeiten verfasste er gemeinsam mit bereits damals oder später namhaften Fachkollegen ⁸⁸ und entwickelte so diverse Arbeitsbeziehungen, von denen einige, insbesondere zu Möglich ⁸⁹ und zu Max Steenbeck, auch in der DDR fort dauerten. Die Verbindung zu Möglich, einem Schüler Max von Laues, die freundschaftliche Züge annahm, begann 1937, nachdem diesem aufgrund seines Verhältnisses zu einer Jüdin die Hochschullehrerlaufbahn unmöglich gemacht worden war ⁹⁰ und er durch Vermittlung von Laues einen Beratervertrag von der Studiengesellschaft für elektrische Beleuchtung der Osram AG erhalten hatte. Sie trug in den folgenden Jahren „wohl in entscheidender Weise dazu bei, dass sich Möglich zunehmend auch weltanschaulich und politisch vom Nationalsozialismus löste...“ ⁹¹.

⁸⁵ D. Hoffmann: Die Physikalische Gesellschaft (in) der DDR. In: Festschrift 150 Jahre Deutsche Physikalische Gesellschaft. Hrsg. von Th. Mayer-Kuckuk. Physikalische Blätter 51 (1995) 1, S. F-157 – F-182, hier S. F-158 – F-159. – Auch andere naturwissenschaftliche Gesellschaften verwendeten anfangs die Bezeichnung „in der DDR“.

⁸⁶ R. Rompe: Beiträge zur Analyse des S_2 -Spektrums. In: Zeitschrift für Physik 65 (1930), S. 404-429.

⁸⁷ Verzeichnis der Schriften von Robert Rompe. In: Festschrift (wie Anm. 83), S. 127-134.

⁸⁸ R. Rompe, M. Steenbeck : Der Plasmazustand der Gase. In: Ergebnisse der exakten Naturwissenschaften 18 (1939), S. 257-376; F. Möglich, R. Rompe: Über Energieumwandlung im Festkörper. In: Zeitschrift für Physik 115 (1940), S. 707-728.

⁸⁹ D. Hoffmann, M. Walker: Der Physiker Friedrich Möglich (1902 – 1957) – Ein Antifaschist? In: Naturwissenschaft (wie Anm. 5), S. 361-382.

⁹⁰ Im weiteren Verlauf wurde Möglich auch aus der NSDAP ausgeschlossen, der er 1932 beigetreten war.

⁹¹ Hoffmann, Walker, Der Physiker (wie Anm. 89), S. 368.

Rompes Verpflichtungen gegenüber der Studiengesellschaft hinderten ihn offenbar nicht daran, auch weitergehende wissenschaftliche Interessen aktiv zu verfolgen. So beteiligte er sich am Diskussionskreis um den als Leiter der Genetischen Abteilung des KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch tätigen russischen Genetiker Nikolai W. Timoféeff-Ressovsky, in den er auch Möglich einführte, und arbeitete mit diesem und mit anderen Wissenschaftlern auf dem damals sehr aktuellen Gebiet der Strahlenbiologie zusammen⁹². Nach der Einschätzung Hoffmanns gehörten diese Untersuchungen zu den „Pionierarbeiten der modernen Biophysik“⁹³. Auch später, als er auf diesem Gebiet selbst nicht mehr forschend tätig war, setzte er sich stets für die Förderung der Biophysik ein; so gehörte er zum Gründungskomitee der Biophysikalischen Gesellschaft der DDR, die sich im Dezember 1962 konstituierte⁹⁴. Die Verbindung zu diesen Arbeiten ergab sich daraus, dass Timoféeff-Ressovsky in Berlin-Buch von der Auer-Gesellschaft unter Übernahme der Personalkosten ein Laboratorium zur Verfügung gestellt worden war, das seine Forschungsmöglichkeiten wesentlich erweiterte; die Anregung dazu kam von dem Lise-Meitner-Schüler Nikolaus Riehl, der bei der Auer-Gesellschaft tätig war. Rompe war diese Zusammenarbeit so wichtig, dass er noch einen Monat vor seinem Tod mit Helmut Abel darüber sprach: „Als ich in den dreißiger Jahren die Genetische Abteilung und Timoféeff-Ressovsky kennenlernte, war man dort mit Neutronen-Experimenten am Neutronengenerator der Auer-Gesellschaft beschäftigt. Es ging um die Erforschung der den Strahlenwirkungen zugrunde liegenden molekularen Mechanismen. Zu dieser Zeit waren unter den wissenschaftlichen Gästen, mit denen Timoféeff-Ressovsky arbeitete, eine Reihe von Physikern, u.a. Riehl, Möglich, Jordan und ich. Wir kamen regelmäßig wöchentlich nach Buch, diskutierten und verfassten auch gemeinsam eine Reihe von Arbeiten... Diese Gruppe erfreute sich großer Beliebtheit, so dass Heisenberg, als er 1940 nach Berlin kam und das KWG-Institut für Physik in Dahlem übernahm, dort ein spezifisches Seminar einrichtete, an dem regelmäßig Riehl, Möglich, Timoféeff-Ressovsky, Jordan und ich teilnahmen sowie die Schüler von Heisenberg und auch von Butenandt“⁹⁵. Kurze Zeit vor seinem Tod wurde Rompe mit der Timoféeff-Ressovsky-Gedenkmedaille des Medizinisch-Radiologischen Zentrums der Russischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften ausgezeichnet⁹⁶.

Man kann überdies vermuten, dass die Bedingungen der Privatwirtschaft, unter denen Rompe arbeitete, besser als die Verhältnisse an der gleichgeschalteten und von NS-Organisationen durchdrungenen Universität ermöglichten, die für den illegalen Widerstandskampf unerlässliche Konspiration zu wahren. Über Rompes Aktivitäten im Untergrund ist meines Wissens bisher nicht geforscht worden. Es ist lediglich bekannt, dass er in den ersten Jahren der Naziherrschaft für das Ressort BB (Betriebsberichterstattung) im Geheimapparat der KPD tätig war⁹⁷, bis 1936

⁹² F. Möglich, R. Rompe, N. W. Timoféeff-Ressovsky: Bemerkungen zu physikalischen Modellvorstellungen über Energieausbreitungsmechanismen im Treffbereich bei strahlenbiologischen Vorgängen. In: *Die Naturwissenschaften* 30 (1942), S. 409-419; F. Möglich, R. Rompe, N. W. Timoféeff-Ressovsky: Energieausbreitungsmechanismen in Physik und Biologie. In: *Forschungen und Fortschritte* 20 (1944), S. 6-10. – Hoffmann und Walker nennen noch eine dritte Gemeinschaftsarbeit dieses Trios mit dem Titel „Über die Indeterminiertheit und die Verstärkereigenschaften in der Biologie“, die ebenfalls für die Zeitschrift *Die Naturwissenschaften* bestimmt war, aber in den Wirren des Kriegsendes nicht mehr erscheinen konnte (Hoffmann, Walker, *Der Physiker* (wie Anm. 89), S. 369). – N. Riehl, R. Rompe, N. W. Timoféeff-Ressovsky, K. G. Zimmer: Über Energiewandlungsvorgänge und ihre Bedeutung für einige biologische Prozesse. In: *Protoplasma* 38 (1944), S. 105-126.

⁹³ Hoffmann, *Die Graue Eminenz* (wie Anm. 79), S. 56.

⁹⁴ *Wissenschaft und Fortschritt* 13 (1963) 4, S. 189.

⁹⁵ R. Rompe: Timoféeff-Ressovsky und die Berliner Physik [Abschrift einer im September 1993 von Helmut Abel durchgeführten Tonbandaufzeichnung]. In: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät* Bd. 42, Jg. 2000, H. 7, S. 99-103, hier S. 101.

⁹⁶ Nachruf (wie Anm. 78), S. 146-147.

⁹⁷ B. Kaufmann u.a.: *Der Geheimapparat der KPD 1919 – 1937*. Berlin 1993. – Siegfried Grundmann

der illegalen Gruppe um Hermann Ulfert angehörte, später auch anderen Widerstandsgruppen, und dass er mehrfach – aber stets nur kurzzeitig – verhaftet und verhört wurde; daraus ist zu entnehmen, dass die Gestapo Rompe zwar im Verdacht hatte, diesen Verdacht aber in keiner Weise erhärten konnte. Auch der im Januar 1938 wegen seiner von der Gestapo aufgedeckten Tätigkeit für das BB-Ressort hingerichtete Chemiker Felix Bobek war bei Osram beschäftigt, bis er im Sommer 1933 wegen seiner jüdischen Herkunft entlassen wurde; Grundmann, der Bobeks Schicksal rekonstruiert hat, erwähnt in diesem Zusammenhang den Namen Rompes nicht.

In den ersten Jahrzehnten bei Osram beschäftigte sich Rompe mit spektroskopischen Untersuchungen von Gasentladungen, deren Ergebnisse bei der Produktion von Leuchtstoffröhren angewandt wurden⁹⁸. Ausgehend von seinen Forschungen über die Strahlung im Plasma, arbeitete er nach 1935 am Problem der Höchstdrucklampen; die von ihm zusammen mit W. Thouret entwickelte und vor allem für wissenschaftliche Zwecke bestimmte kugelförmige Quecksilberhochdrucklampe wurde noch nach dem Krieg in der DDR im Berliner Oberspreewerk hergestellt⁹⁹. Auf dem hier gewonnenen Erfahrungshintergrund widmete er sich dem Studium allgemeiner Eigenschaften von Plasmen und der Anwendung theoretischer Vorstellungen der Atomphysik auf die Gasentladungen. Die Ergebnisse dieser Untersuchungsrichtung resümierte er in einem gemeinsam mit Walter Weizel nach dem Krieg publizierten Buch, das zugleich seinen wissenschaftlichen Einstand in der DDR bildete¹⁰⁰. Auch in populärwissenschaftlichen Texten kam er darauf zurück¹⁰¹. Seine Leistungen auf dem Gebiet der Plasmaphysik wurden anlässlich des zweiten Gründungstages der DDR mit dem Nationalpreis II. Klasse gewürdigt; er wurde verliehen für „wissenschaftliche Arbeiten über das Verhalten der Materie bei hohen Temperaturen und über die Anwendung der dabei gewonnenen Erkenntnisse in der Technik“¹⁰². An die gemeinsam mit Steenbeck 1939 publizierte große Übersichtsarbeit¹⁰³ knüpften beide Autoren an, als sie rund drei-

bezeichnet das BB-Ressort als den „geheimsten Bereich“, den es in der KPD gab; seine Aufgabe „bestand in der Beschaffung von Informationen erstens über die Stimmung in den Betrieben sowie zweitens über Produktionsgeheimnisse aller Industriezweige, insbesondere der Rüstungsindustrie. Die propagandistisch verwertbaren Informationen wurden der Parteiführung der KPD übergeben, die technisch relevanten Informationen der IV. Abteilung des Generalstabs der Roten Armee“ (S. Grundmann: Dr. Felix Bobek. Chemiker im Geheimapparat der KPD (1932 – 1935). Berlin 2004, S. 13). – Siehe auch: K. Macrakis: Das Ringen um wissenschaftlich-technischen Höchststand: Spionage und Technologietransfer in der DDR. In: *Naturwissenschaft (wie Anm. 5)*, S. 59-88, hier S. 66.

⁹⁸ W. Köhler, R. Rompe: Die elektrischen Leuchtstoffröhren. Berlin 1933; M. Knoll, F. Ollendorf, R. Rompe: Gasentladungstabellen. Berlin 1935.

⁹⁹ Dipl.-Phys. Ilschner: Prof. Dr. Robert Rompe. Nationalpreisträger 1951. In: *Wissenschaft und Fortschritt 1* (1951) 7, S. 219.

¹⁰⁰ R. Rompe, W. Weizel: *Theorie elektrischer Lichtbögen und Funken*. Leipzig 1949.

¹⁰¹ R. Rompe: Der Plasmazustand der Gase. In: *Wissenschaft und Fortschritt 3* (1953) 8, S. 225-228; K. Rademacher, R. Rompe, B. Winde: *Der vierte Aggregatzustand. Eine Einführung in die Plasmaphysik*. Leipzig/Jena 1957.

¹⁰² Zit. in: Ilschner (wie Anm. 99).

¹⁰³ Diese Arbeit galt auch Mitte der 1950er Jahre noch als ein klassisches Einführungswerk. So berichtet Siegfried Schiller, dass ihm, als er 1956 an das stark plasmaphysikalisch orientierte Forschungsinstitut Manfred von Ardenne in Dresden kam (die kurz vorher nach von Ardenne's Rückkehr aus der Sowjetunion erfolgte Gründung dieses Instituts – eines der wissenschaftlich-technischen Paradeponies der insgesamt innovationsschwachen DDR – war von Rompe energisch unterstützt worden), zur Orientierung eben dieses Werk empfohlen worden sei. Er habe es mit größtem Interesse mehrfach durchgearbeitet: „Mit teilweise phänomenologischen und modellmäßigen Betrachtungen und durch orientierende Abschätzungen werden in sehr anschaulicher Weise die wichtigsten Vorstellungen zum Plasmazustand vermittelt. Aber auch die Art der Darstellung eines noch stark im Fluss befindlichen Stoffes hat mich tief beeindruckt und war mir wiederholt Vorbild beim Abfassen eigener Veröffentlichungen“ (S. Schiller: *Das Ringspalt-Plasmatron in der Vakuumbeschichtung – Stand und Entwicklungstendenzen*. In:

ßig Jahre später eine dreibändige Sammlung von Übersichten über den neuesten Stand des Gebietes edierten¹⁰⁴.

Seit etwa 1940 galten Rompes Interessen auch – in Zusammenarbeit mit Möglich – verstärkt Problemen der Festkörper- und insbesondere der Halbleiterphysik. Wiederholt haben verschiedene seiner Schüler die weitreichende Bedeutung der von ihm gezogenen heuristischen Parallelen zwischen Plasma und Festkörper hervorgehoben; diese Idee förderte die gegenseitige theoretische und methodische Befruchtung der beiden Gebiete. So bemerkte Wolfram Brauer rückblickend zu der 1940 von Rompe und Möglich gemeinsam publizierten Arbeit, in der dieser Gedanke entwickelt wurde: „Sie behandelte ebenfalls die Frage des Eindringens schneller Elektronen in einen Festkörper und übertrug dabei ausdrücklich die bei klassischen Gasplasmen gemachten Erfahrungen auf das System der Leitungselektronen, dessen Plasmacharakter damit erstmals als Konzeption klar hervortrat“¹⁰⁵. Die Verknüpfung dieser beiden Richtungen war mitbestimmend für die Herausbildung eines Potentials der außeruniversitären physikalischen Grundlagenforschung an der DAW. Möglich arbeitete schon bald nach Kriegsende als Leiter einer festkörperphysikalischen Forschungsgruppe in einem unter sowjetischer Oberhoheit stehenden Institutskomplex in Berlin-Buch, der in den Gebäuden des früheren KWI für Hirnforschung untergebracht war; als dieser Komplex 1947 an die DAW übertragen wurde, entwickelte sich diese Gruppe zu einem Akademieinstitut für Festkörperforschung. Rompe begann 1950 mit dem Aufbau eines Akademieinstituts für Strahlungsquellen.

3.1.2. Vom Forscher zum Wissenschaftsstrategen

In der Zeit um 1950 expandierte der physikalische Bereich der DAW erheblich, teils durch Übernahmen und nachfolgenden Ausbau, teils durch Neugründungen. Rompe war nur einer aus einer ganzen Gruppe von Direktoren physikalischer Institute, von denen jedoch noch niemand gewähltes Akademiemitglied war. Nötzoldt verweist auf die Spannungen, die sich daraus ergaben, denn nach den damals geltenden Regelungen waren die Klassen der Akademie die für Forschungsstrategie und Personalentwicklung der Institute maßgebenden Gremien¹⁰⁶. Rompe befand sich an der DAW zwar zunächst in einer ähnlich subordinierten Stellung wie die übrigen Institutsdirektoren, aber er konnte, vor allem dank seiner vorhergehenden Tätigkeit in der DZVV, größere Ressourcen als diese mobilisieren, um innerhalb weniger Jahre seinen Einfluss stark auszudehnen. Dabei wurde das Potential, das er unmittelbar leitend formte, sukzessiv immer größer. Nachdem 1957 Möglich verstorben war, schuf Rompe eine größere Forschungseinheit, das Physikalisch-Technische Institut (PTI), in dem neben seinem eigenen Institut für Strahlungsquellen auch das von Möglich begründete Institut für Festkörperforschung und das unter Leitung von Ostap Stasiw ebenfalls mit festkörperphysikalischen Problemen befasste Institut für Kristallphysik aufgingen¹⁰⁷. Den Be-

Ausgewählte Forschungsergebnisse der Physik. Dem Wirken Robert Rompes gewidmet. Vorträge des Kolloquiums zu seinem 75. Geburtstag am 11.9.1980. Sitzungsberichte der AdW der DDR Jg. 1981 Nr. 22/N. Berlin 1983, S. 43-66, hier S. 43). – Zur Entstehung des hier erwähnten Instituts siehe: B. Ciesla, D. Hoffmann: Wie die Physik auf den Weißen Hirsch kam: Zur Gründung des Forschungsinstituts Manfred von Ardenne. In: Physik im Nachkriegsdeutschland (wie Anm. 64), S. 99-110; G. Barkleit: Manfred von Ardenne. Selbstverwirklichung im Jahrhundert der Diktaturen. Berlin 2006, S. 130-141.

¹⁰⁴ Ergebnisse der Plasmaphysik und der Gaselektronik Bd. 1 – 3. Hrsg. von R. Rompe und M. Steenbeck. Berlin 1967, 1971, 1972.

¹⁰⁵ W. Brauer: Das Plasma und die Sekundärelektronenemission. In: Ausgewählte (wie Anm. 103), S. 11-19, hier S. 13.

¹⁰⁶ P. Nötzoldt: Ein tolles Gaunerstück (wie Anm. 64), hier S. 116.

¹⁰⁷ Scheler, Von der Deutschen (wie Anm. 53), S. 403. – Das PTI unter Rompe ist nicht zu verwechseln mit einer späteren Gründung an der Akademie, die den gleichen Namen trug: Das PTI in Jena unter Günter

schluss über diese Fusion fasste das Kuratorium der Forschungsgemeinschaft auf seiner 3. Sitzung am 18. Juni 1958; Rompe wurde dabei zum Ersten Direktor und Vorsitzenden des Direktoriums des neuen Instituts berufen¹⁰⁸.

Dieser Vorgang veranschaulicht, dass dem Wissenschaftssystem der DDR von vornherein eine Tendenz zu institutionellen Fusionen eigen war. Daran konnten die Hochschulreform und die Akademiereform, die Fusionen kampagneartig und flächendeckend betrieben, in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre anknüpfen. Im Rahmen der Akademiereform selbst entstand im März 1969 eine noch größere Forschungseinheit, das Zentralinstitut für Elektronenphysik (ZIE), in dem Rompes PTI mit dem von Rudolf Seeliger in Greifswald begründeten Institut für Gasentladungsphysik und Max Steenbecks Jenaer Institut für Magnetohydrodynamik verschmolz. Diese Fusion erfolgte noch unter der Leitung Rompes, doch bereits 1970, nach seinem 65. Geburtstag, übergab er das Direktorat des ZIE an seinen Nachfolger Karl Friedrich Alexander. Das ZIE war ein Großinstitut; kurz vor seiner Auflösung nach dem Ende der DDR hatte es fast 700 Beschäftigte und einen Jahresetat (ohne Investitionen) von 33,6 Mio. Mark¹⁰⁹. Gewiss war die Idee der Konzentration von Potentialen zu möglichst großen Instituten damals weltweit populär, aber wenn Rompe sie ebenfalls vertrat, so kopierte er damit nicht einfach einen wissenschaftsorganisatorischen Modetrend, sondern ging von der rationellen Überlegung aus, dass größere Institute sowohl den Kontakt unterschiedlicher Arbeitsrichtungen als auch die Installation leistungsfähiger Forschungstechnik erleichtern und beides für den Fortschritt der Physik unabdingbar ist. Rompes diesbezügliche Überzeugung, „dass zuverlässige technologische Grundlagen, eine starke Materialbasis sowie moderne und ausreichende materiell-technische Voraussetzungen für das erfolgreiche naturwissenschaftliche Forschen ebenso wichtig sind wie die geistige Stimulation der Experimentatoren durch eine institutionell verankerte theoretische Forschergruppe“¹¹⁰, gewann unter den Verhältnissen der DDR angesichts ihrer chronischen Ressourcenschwäche noch zusätzliches Gewicht. Das ZIE kann als komplexe institutionelle Verkörperung der physikalischen Konzeption angesehen werden, die Rompe seit seinem Eintritt bei Osram nach und nach entwickelt hatte. In der Festschrift zu seinem 65. Geburtstag wird das differenziert dargestellt. Hier mag der Hinweis auf einen einzigen thematischen Faden aus einem Gewebe von Arbeitsrichtungen genügen. Am PTI hatte Rompe, wie das bei den Direktoren größerer naturwissenschaftlicher Forschungsinstitute traditionell üblich war, ein „Direktoriallabor“, in dem er, so oft er die Möglichkeit hatte, selbst experimentell arbeitete. Daraus ging die Abteilung Grenzflächen unter Leitung von Helmut Wolff hervor, die sich mit der Wechselwirkung von Plasmen mit Metalloberflächen befasste. Das war eine direkte Institutionalisierung des Gedankens der Verbindung von Plasma- und Festkörperphysik, den Rompe schon seit langem verfolgt hatte. Sein Nachfolger Alexander, der bis zur Übernahme des Direktorates kernphysikalisch, nicht aber im Themenspektrum des ZIE gearbeitet hatte, fand hier für sich selbst einen attraktiven wissenschaftlichen Anknüpfungspunkt. Die Plasma-Wand-Wechselwirkung bildete einen wichtigen Teilgegenstand der sich international stürmisch entwickelnden Forschungen zur gesteuerten thermonuklearen Fusion, und es stellte sich heraus, dass dieser Gegenstand in den Weltzentren der Fusionsforschung bis dahin nicht genügend beachtet worden war. Damit ergab sich für das ZIE, obwohl sich die DDR kein eigenes Fusionslaboratorium leisten konnte, eine günstige Gelegenheit, sich mit seinen spezifischen Möglichkeiten in die internationale Kooperation auf diesem Gebiet einzuschalten. Dazu berichtet Alexander: „Durch Nutzung des darin begründeten Vorsprungs, Erweiterung der Thematik durch neue expe-

Albrecht entstand erst 1982 durch Zusammenschluss der Jenaer Außenstellen dreier physikalischer Zentralinstitute (ebd., S. 410).

¹⁰⁸ Mitteilungsblatt der DAW zu Berlin 4 (1958) 6-8, S. 156.

¹⁰⁹ Scheler, Von der Deutschen (wie Anm. 53), S. 403.

¹¹⁰ W. Brauer, G. Lotz, G. O. Müller, K. Werner: Zum Geleit. In: Festschrift (wie Anm. 83), S. 7-9, hier S. 9.

rimentelle Techniken und mit Hilfe der gut ausgebauten technischen Infrastruktur des Institutes ist es uns dann in wenigen Jahren gelungen, zu einem anerkannten und gesuchten Partner der größten ausländischen Fusionslabors mit eigenen Experimenten an dortigen Tokamak-Anlagen zu werden, zunächst in Moskau, Budapest und Prag, später auch in Garching und Culham“¹¹¹.

Der aus der Abteilung Grenzflächen entstandene Bereich Plasma-Wand-Wechselwirkung des ZIE blieb nach dessen Auflösung nicht nur erhalten, sondern wurde als „Bereich Berlin“ in das Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching übernommen und sogar noch erweitert. Auch die meisten anderen Arbeitsrichtungen des ZIE wurden in unterschiedlichen institutionellen Zusammenhängen weitergeführt. Da der Fächer dieser Richtungen nicht unabhängig von Rompes in den 1950er und 1960er Jahren gegebenen Anregungen entstanden ist, kann man im Faktum der Weiterführung ein ultimatives Urteil über Rompes Qualitäten als wissenschaftsstrategischer Denker sehen. Es ist das strengste Urteil, das überhaupt möglich ist, denn es wurde ohne jede politische oder persönliche Sympathie für Rompe gefällt. Die als „Erneuerung“ bezeichnete radikale Umgestaltung des Wissenschaftssystems in Ostdeutschland, die nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik erfolgte, war nicht von der Intention getragen, etwas in der DDR Entstandenes zu bewahren. Einziger Maßstab dafür, ob und inwieweit wissenschaftliche Arbeitsrichtungen und Arbeitszusammenhänge im Osten erhalten blieben, war ihre Passfähigkeit zur Komplettierung des in der Bundesrepublik bereits vorhandenen Wissenschaftssystems. Diese Passfähigkeit war um so eher vorhanden, je deutlicher die betreffende Arbeitsrichtung von vornherein unter dem Gesichtspunkt ihrer Integration in die Weltwissenschaft aufgebaut worden war, sowohl hinsichtlich ihrer Modernität als auch hinsichtlich ihrer Originalität (Nicht-Epigoalität). Insofern spricht das Langzeitschicksal seiner Schöpfungen durchaus dafür, dass Rompe ein überaus feines Gespür für perspektivreiche Problemfelder und Richtungen der physikalischen Forschung hatte und von dort aus die Physik in der DDR längerfristig prägte.

3.1.3. Die Autorität Rompes und die Prägung nachfolgender Physikergenerationen

Von einer solchen „Prägung“ ist oft die Rede, sowohl in personeller als auch in institutionell-forschungsstrategischer Hinsicht. Physiker der nachfolgenden Generationen gebrauchen dieses Wort ebenso wie Wissenschaftshistoriker. Hoffmann beginnt seinen Aufsatz zum 100. Geburtstag Rompes mit der Feststellung, er habe wie kein zweiter die Entwicklung der Physik in der DDR geprägt¹¹². Was hat es mit dieser „Prägung“ eigentlich auf sich? Man wird nicht behaupten können, Rompe hätte wie etwa Niels Bohr ein schulenbildendes theoretisches Paradigma gesetzt. Auch wenn sich manche Physiker wie etwa Bertram Winde als Schüler Rompes bezeichnet haben¹¹³, überwiegt doch die Scheu, von einer Rompe-Schule zu sprechen. Typisch dafür und aufschlussreich zugleich ist die Stellungnahme Alexanders zu dieser Frage: „Bin ich ein Schüler Robert Rompes? Im engen Sinne dieses Begriffs sicher nicht. Ich glaube, es war auch nicht sein Bestreben, in dem Sinne Schüler zu haben, dass sie sich am Wort des Meisters orientieren und ihm bedingungslos unterordnen. Aber von Rompes Stil, Wissenschaft zu betreiben, habe ich sehr viel gelernt und auch versucht, dies in der Praxis anzuwenden. Dies gilt vor allem für sein tiefes Verständnis von den inneren Wechselbeziehungen zwischen Physik und Technologie, zwischen Theorie und Praxis. Diese Auffassungen haben nicht nur mich, sondern viele Kollegen meiner und der nachfolgenden Generationen von Physikern in der DDR geprägt“¹¹⁴. Die Wortwahl Alexanders – die Verbindung von „Prägung“ und „Stil“ – könnte hier einen Schritt weiter helfen. Wenn man Rompe

¹¹¹ Alexander, Erinnerungen (wie Anm. 78), S. 79.

¹¹² Hoffmann, Die Graue (wie Anm. 79), S. 56.

¹¹³ B. Winde: Zur theoretischen Durchdringung der wissenschaftlichen und technischen Information. In: Festschrift (wie Anm. 83), S. 119-124, hier S. 124.

¹¹⁴ Alexander, Erinnerungen (wie Anm. 78), S. 80.

auch kein spezifisch eigenes Paradigma zuschreiben konnte, so verband sich in der Wahrnehmung der Jüngeren mit seiner Persönlichkeit doch ein eigentümlicher Stil der wissenschaftlichen Tätigkeit. Diese Verbindung wirkte so stark, dass sie auch außerhalb der Physik wahrgenommen wurde. In der Laudatio des damaligen Akademiepräsidenten Hermann Klare, eines Faserstoffchemikers, zu Rompes 65.Geburtstag wurde dessen Auftreten außerhalb seines engeren Fachbereichs so beschrieben: „Sinnvolles Übertragen der physikalischen Denkweise – Reduktion der Vielfalt der Erscheinungen auf die Einfachheit der Grundgleichungen und der universellen Naturkonstanten – auf andere Wirkungsbereiche“¹¹⁵.

Die Rekonstruktion dieses Stils, auf dem Rompes Wirksamkeit in der DDR beruht, bedarf noch eingehender Forschungsarbeit. Hier können nur einzelne Bausteine zusammengetragen werden. Obwohl Rompe, wie oben erwähnt, selbst gediegene Experimentaluntersuchungen und Arbeiten zu theoretischen Spezialproblemen ausgeführt hat, war er insgesamt doch mehr Generalist als Spezialist¹¹⁶, und das in dreifacher Hinsicht. Erstens wer er bestrebt, den Überblick über das Gesamtgebiet der Physik bis hin zu den Übergängen in die Domänen anderer Wissenschaftsdisziplinen zu behalten. Dabei entwickelte er ein subtiles Gespür für Richtungen, die im Kommen waren, und für aussichtsreiche Verknüpfungen solcher Richtungen untereinander, und dies auch weit von seinen unmittelbaren Arbeitsgebieten entfernt. Zweitens entzog er sich für seine Person der gängigen Manier, die Arbeitsteilung von Experimentalphysik und theoretischer Physik in gesonderten Berufsprofilen zu fixieren; er arbeitete auf beiden Feldern und hatte besonderes Interesse an Themen, die Beiträge von beiden Seiten verlangten. Drittens hatte er sich während seiner Arbeit in der Industrieforschung daran gewöhnt, den Spannungsbogen zwischen Theorie und Praxis so weit wie möglich auszuschreiten – bei Anwendungsfragen deren theoretische Implikationen weit über das Maß hinaus zu erwägen, das die jeweilige konkrete Anwendung verlangt hätte, und umgekehrt theoretische Einsichten auf praktische Konsequenzen abzuklopfen, die sich aktuell oder perspektivisch daraus ergeben könnten. Diese Haltung entsprach durchaus dem wohlverstandenen Geist innovativer Industrieforschung, aber sie hatte nichts mit jenem oberflächlichen, termingetriebenen Pragmatismus gemein, den man auf diesem Feld nicht selten antrifft. Rolf Enderlein bemerkt, Rompe habe es in seiner industriellen Tätigkeit immer wieder verstanden, „die Synthese von hochtheoretischer und sehr praktischer Forschungstätigkeit herzustellen“¹¹⁷. In diesen drei Dimensionen verkörperte der Generalist Rompe die Einheit der Physik, an deren Wahrung ihm bei aller Unvermeidlichkeit fortschreitender Differenzierung des Faches dringlich lag. Diesem Anliegen widmete er sich – vor allem in seinen späteren Jahren, als er von der Last der laufenden Leitungstätigkeit befreit war – auch auf der reflexiven Ebene in Arbeiten

¹¹⁵ Laudatio des Präsidenten der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Prof. Dr. Hermann Klare, vorgetragen von Generalsekretär Ernst-August Lauter. In: Festschrift (wie Anm. 83), S. 11-14, hier S. 14.

¹¹⁶ „Er war kein ‚Spezialist‘, der ein enges Fachgebiet kontinuierlich weiter ausbaut, bis er, vielleicht gemeinsam mit ein paar Kollegen, dieses Gebiet international als unbestrittene Autorität repräsentiert. Dazu waren seine Interessen zu vielfältig. Ihn interessierte der Fortschritt der gesamten Physik in Grundlagen und Anwendungen, und gelegentlich wilderte er auch auf fremdem Gebiet, z.B. in der Biophysik“ (Alexander, Erinnerungen (wie Anm. 78), S. 75).

¹¹⁷ R. Enderlein: Multiphonon-Rekombination freier Ladungsträger in Halbleitern. In: Ausgewählte (wie Anm. 103), S. 20-32, hier S. 32.

zur Geschichte¹¹⁸ und zur Methodologie¹¹⁹ der Physik, die er in intensivem Gedankenaustausch und oft auch in gemeinsamer Autorschaft mit dem theoretischen Physiker Hans-Jürgen Treder ausführte¹²⁰. Im Bezug auf das Ganze der Physik sah er auch die grundlegende Maxime für die Gestaltung des Physikstudiums und wandte sich mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität gegen die auch in der DDR virulente Tendenz zu frühzeitiger Spezialisierung. Wohl am kompaktesten hat er seine diesbezüglichen Überzeugungen in einem Vortrag zum Ausdruck gebracht, den er 1961 anlässlich der Erhebung der bisherigen Hochschule für Schwermaschinenbau Magdeburg zur Technischen Hochschule „Otto von Guericke“ hielt: „Die Aufgaben, die einem Physiker nach Verlassen der Hochschule gestellt werden, sind im allgemeinen wechselnd und sehr verschiedenartig. Die Verschiedenheit dieser Aufgaben in einer modernen Technik macht es sehr schwierig, jeder möglichen Richtung bei der Ausbildung an der Hochschule Rechnung tragen zu wollen. Nach unseren Erfahrungen – und dies entspricht auch Erkenntnissen, die weit über unser Land hinausgehen – soll man eine Spezialisierung nur so weit betreiben, wie sie durch die Anfertigung der Diplomarbeit an einer Forschungsstelle der Universität oder einem anderen Forschungsinstitut gegeben ist. Notwendig ist natürlich der Besuch von Spezialvorlesungen nach eigener Wahl, was man aber weniger von dem Aspekt der Spezialisierung als unter dem der Verstärkung der physikalischen Allgemeinbildung vertreten sollte, da wir uns doch letzten Endes entschlossen haben, auf Spezialausbildungen von Kernphysikern, Halbleiterphysikern, Plasmaphysikern zu verzichten und einen einheitlichen, in grundsätzlichen Dingen möglichst gut ausgebildeten Physiker heranzubilden. Versuche einer Spezialisierung in der Physik sind mancherorts gemacht worden, man hat sie alle wieder aufgegeben. Es hat sich herausgestellt, dass diese Konzentration auf die allgemeingültigen Dinge der Wissenschaft – inhaltlich und methodisch gesehen – bei dem ungeheuren Breitenwachstum der physikalischen Wissenschaft die einzig wirksame Schutzmaßnahme vor einer hoffnungslosen Zersplitterung in viele kleine Nebendisziplinen und Disziplinen ist und uns damit vor dem Zusammenbruch der wissenschaftlichen Linie des ganzen Gebietes bewahrt“¹²¹.

Aus dieser fragmentarischen Skizze ist ersichtlich, dass Rompe über eine intellektuelle Disposition verfügte, die geeignet war, um die Entwicklung der Physik in einem kleinen Land insgesamt im Blick zu behalten. Dies war jedoch nur eine notwendige, keine hinreichende Bedingung für die dominante Stellung, die er in der DDR-Physik einnahm. Möglicherweise hatte es damals noch weitere Physiker gegeben, die von ihren Persönlichkeitsvoraussetzungen her ebenfalls dazu imstande gewesen wären, beispielsweise Max Steenbeck. Aber Steenbeck war in den Jahren, als die entscheidenden Weichen gestellt wurden, in der Sowjetunion. Dass man, um die Entwicklung ei-

¹¹⁸ R. Rompe, H.-J. Treder : Die große Zeit der Physik in Berlin. In: Physiker über Physiker II. Antrittsreden, Erwiderungen bei der Aufnahme von Physikern in die Berliner Akademie, Gedächtnisreden 1870 – 1929. Bearbeitet von Ch. Kirsten und H.-G. Körber. Berlin 1979, S. 9-25; R. Rompe: Die große Berliner Physik und die Technik. In: R. Rompe, H.-J. Treder, W. Ebeling: Zur Großen Berliner Physik. Vorträge auf der Jahreshaupttagung 1987 der Physikalischen Gesellschaft der DDR im Jubiläumsjahr 750 Jahre Berlin. Leipzig 1987, S. 9-46.

¹¹⁹ R. Rompe, H.-J. Treder : Über Physik. Studien zu ihrer Stellung in Wissenschaft und Gesellschaft. Berlin 1979; R. Rompe, H.-J. Treder: Grundfragen der Physik. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der physikalischen Grundlagenforschung. Berlin 1980; R. Rompe, H.-J. Treder: Über die Einheit der exakten Wissenschaften. Berlin 1982; R. Rompe, H.-J. Treder: Zählen und Messen. Berlin 1985; R. Rompe, H.-J. Treder: Elementarkonstanten und was sie bedeuten. Berlin 1980.

¹²⁰ Als jüngsten Beitrag zu Treder, der am 18. November 2006 verstorben ist, siehe: Wissenschaftliches Kolloquium zum 75. Geburtstag von Hans-Jürgen Treder. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Bd. 61, Jg. 2003, H. 5.

¹²¹ R. Rompe: Gemeinsame Probleme der Forschung, Lehre und Praxis an Akademien und Universitäten. In: Spektrum 7 (1961) 5/6, S. 178-184, hier S. 180.

nes ganzen Wissenschaftsgebietes in einem Land nachhaltig beeinflussen zu können, vor Ort und dabei gut etabliert sein muss, ist eine Selbstverständlichkeit; aber für die frühe DDR muss man diese triviale Bedingung ausdrücklich erwähnen, da ihr Bestand an talentierten und gleichzeitig erfahrenen Physikern durch die Zwangsverpflichtungen in die Sowjetunion stark eingeschränkt war. Ich vermag nicht zu beurteilen, warum Rompe nicht zum Kontingent der „Spezialisten“ gehörte, die in die Sowjetunion übersiedeln mussten. Waren seine Spezialkenntnisse für die Bedürfnisse des sowjetischen Rüstungsprogramms nicht relevant, oder erschien es der Besatzungsmacht angesichts seiner politischen Position wichtiger, ihn in Ostdeutschland zu behalten? Welche Antwort auf diese Frage auch immer die richtige sein mag – Rompe hatte durch seine ununterbrochene Anwesenheit in der SBZ bzw. DDR einen „Heimvorteil“, der auf lange Sicht wesentlicher war als die Insiderkenntnis über Frontgebiete der sowjetischen Forschung.

Schließlich zeichnete ihn auch ein dialogischer, vielleicht geradezu sokratischer Stil im Umgang mit Kollegen und besonders mit Jüngeren aus, der ihm erleichterte, als anerkannte Autorität zu wirken. Seine Partner fühlten sich von ihm eher konsultiert als bevormundet. Alexander schreibt, Rompes Metier sei nicht Dozieren und Anleiten gewesen, sondern das lebendige Gespräch: „Ich habe immer wieder Rompes Geschick bewundert, mit Diplomatie und Konzilianz auch aus einer ganz kontroversen Diskussion einen konsensfähigen Ausweg zu finden, ohne seinen Widerpart über den Tisch zu ziehen“¹²².

Die dialogische Art des Kommunizierens war angesichts des Mangels an erfahrenen Wissenschaftlern in der frühen DDR zugleich auch die rationellste Vorgehensweise. Es war gar nicht zu vermeiden, Nachwuchskräften Aufgaben und Entscheidungen anzuvertrauen, die ihnen unter saturierten Verhältnissen wohl erst in einem späteren Stadium ihrer Laufbahn übertragen worden wären. Das ist gut zu demonstrieren an Rompes Bemühungen um die möglichst frühe Etablierung der Kernforschung in der DDR – eines Gebietes, auf dem er nicht selbst als Forscher arbeitete. Bis 1955 unterlagen verschiedene Teile der Naturwissenschaften mit militärischer Relevanz, darunter auch die Kernphysik, in Deutschland einem strikten alliierten Forschungsverbot. Die Physiker waren jedoch bestrebt, zumindest bis an die Grenzen des bei Geltung dieses Verbotes Möglichen zu gehen, um den Anschluss an die internationale Entwicklung nicht ganz zu verlieren; auch die deutsche Politik (in beiden Staaten) wollte sich wegen der absehbaren wirtschaftlichen Bedeutung der Kernphysik die entsprechenden Optionen sichern.

In Ostdeutschland erfolgte der früheste bekannt gewordene Vorstoß schon kurz nach Gründung der DDR, und Rompe – damals Mitglied des Parteivorstandes der SED – war maßgeblich involviert. Thomas Stange berichtet über ein im Ministerium für Planung zwischen Staatssekretär Bruno Leuschner und Hauptabteilungsleiter Hans Wittbrodt geführtes Gespräch¹²³. Danach hatte Leuschner in diesem Gespräch Wittbrodt von der Absicht der Regierung unterrichtet, in der DDR Arbeiten auf dem Gebiet der Atomenergie durchführen zu lassen. Rompe und Wittbrodt verfassten daraufhin gemeinsam¹²⁴ ein Exposé für Leuschner, in dem sie vorschlugen, erstens auf dem

¹²² Alexander, *Erinnerungen* (wie Anm. 78), S. 76.

¹²³ Dieses Gespräch, auf das eine spätere Quelle (1952) rückblickend verweist, ist nicht genau datiert. Es muss aber jedenfalls vor der im Ergebnis der Volkskammerwahlen im Herbst 1950 erfolgten Umbildung der Regierung der DDR stattgefunden haben, in deren Rahmen aus dem Ministerium für Planung die Staatliche Plankommission (SPK) hervorging. Leuschner wurde 1. Stellvertreter des Vorsitzenden (ab 1952: Vorsitzender) der SPK, die von Wittbrodt geleitete Hauptabteilung wurde Bestandteil des der SPK zugeordneten Zentralamts für Forschung und Technik (ZFT).

¹²⁴ Der Physiker Wittbrodt hatte 1946 an der Technischen Universität Berlin (West) diplomiert und anschließend bis 1948 als Assistent Rompes an dessen Universitätsinstitut gearbeitet. Unter den Vertrauten Rompes war Wittbrodt der wohl wichtigste Akteur auf dem Feld der Wissenschaftsleitung; es wäre reizvoll, die von Wittbrodt ab 1953 in verschiedenen leitenden Funktionen an der DAW verantworteten Maßnahmen daraufhin zu analysieren, inwieweit in ihnen Intentionen Rompes umgesetzt worden

Akademiegelände in Berlin-Buch eine Hochspannungsanlage zur Produktion von Isotopen für medizinische Zwecke zu errichten und zweitens das ehemalige Institut für Kernphysik der Deutschen Reichspost in Miersdorf bei Zeuthen im Süden von Berlin wieder aufzubauen¹²⁵. Der Auftrag dazu erging an die DAW, deren Plenum im November 1950 den Aufbau des Instituts beschloss; dazu wurde mit einem Präsidiumsbeschluss der DAW vom Dezember 1951 ein Kuratorium eingesetzt, bestehend aus Möglich, Rompe, Georg Otterbein und Rudolf Seeliger, nach Burghard Weiss „der Spitze der zu diesem Zeitpunkt in der DDR verfügbaren Physiker“¹²⁶. Zu den jungen Physikern, die Rompe an das „Institut Miersdorf“ lenkte, gehörte auch Alexander, der bei Karl Wirtz in Göttingen diplomiert hatte. Dank dem langjährigen Vorlauf seit 1950 waren in der DDR die Vorbereitungen weit genug gediehen, um die Forschungen zur Kernenergetik nach der ersten Genfer Atomkonferenz 1955 offiziell starten zu können¹²⁷: „Kaum waren die Tagungsunterlagen im Lande, da organisierte Rompe eine Gruppe junger Leute, die dieses Material auswerten und Vorschläge machen sollten über den Aufbau entsprechender Forschungseinrichtungen in der DDR. [...] Unsere Gruppe [...] wurde in die Außenstelle des Instituts für Strahlungsquellen auf Hiddensee eingeladen, und wir schmiedeten dort mit einer bewundernswerten Naivität die ersten Pläne. Die wurden tatsächlich die Grundlage für Struktur und Themenprofil des Zentralinstituts für Kernforschung (ZfK)“¹²⁸. Zu dieser Gruppe, die im klassischen Sinn des Wortes „Brainstorming“ betrieb, gehörte neben Alexander und anderen auch Karl Lanius, der bei Rompe diplomiert und 1952 seine Arbeit im Institut Miersdorf aufgenommen hatte; Lanius entwickelte sich zu einem der führenden theoretischen Physiker der DDR. So lässt sich ein ganzes Netzwerk jüngerer Physiker finden, mit denen Rompe als ihr wissenschaftlicher Lehrer oder durch andere Formen der Zusammenarbeit verbunden war und über die seine strategischen Vorstellungen in den Wissenschaftsbetrieb Eingang fanden, ohne dass er immer selbst direkt als Akteur in Erscheinung treten musste. Zum Zentrum der Kernforschung in der DDR wurde allerdings nicht, wie ursprünglich angenommen werden konnte, der Standort Miersdorf, sondern der ganz neu erschlossene Standort Rossendorf bei Dresden. Hier wurde am 1.1.1956 das ZfK gegründet, und zwar nicht unter der Ägide der DAW, sondern unter der Oberhoheit einer durch Ministerratsbeschluss vom 10. November 1955 eigens geschaffenen Behörde, des Amtes für Kernforschung und Kerntechnik unter Karl Rambusch¹²⁹. Der gleiche Beschluss rief mit dem Wissenschaftlichen Rat für die friedliche Anwendung der Atomenergie auch ein wissenschaftliches Konsultativorgan ins Leben. Beide Gremien waren personell verknüpft, indem Rambusch zugleich als Sekretär des Rates fungierte¹³⁰. Diese Entwicklung des Feldes aus der DAW heraus bedeutete jedoch keineswegs, dass Rompes Einfluss geschwunden wäre. Er übte ihn sowohl „von unten“ über exzellente Mitarbeiter des ZfK (Alexander trat hier 1956 ein und übersiedelte von Berlin nach Dresden) als auch „von oben“ über

sind.

¹²⁵ Th. Stange: Die Reinstitutionalisierung der Kernphysik in der DDR. In: Physik im Nachkriegsdeutschland (wie Anm. 64), S. 155-165, hier S. 159-160. Zur Geschichte des Miersdorfer Instituts siehe: Th. Stange: Institut X. Leipzig/Wiesbaden 2001.

¹²⁶ B. Weiss: Kernforschung und Kerntechnik in der DDR. In: Naturwissenschaft (wie Anm. 5), S. 297-315, hier S. 298.

¹²⁷ Wie Weiss angibt, wurde mit dieser Konferenz die Proliferation der Kernenergie „von den Supermächten hier zu einer Frage des Prestiges und zu einem Instrument der konkreten politischen Einflussnahme gemacht. Die Sowjetunion versuchte dabei, die amerikanische Initiative durch noch größere Offenheit und beeindruckendere Geräte zu konterkarieren“ (ebd., S. 300).

¹²⁸ Alexander, Erinnerungen (wie Anm. 78), S. 77.

¹²⁹ Das ZfK verblieb allerdings nur wenige Jahre außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der DAW; nachdem die ehrgeizigen Pläne der Anfangsjahre (eigene Reaktorentwicklung usw.) begraben worden waren, wurde es 1963 in die DAW eingegliedert.

¹³⁰ B. Winde, L. Ziert: Organisation der Kernforschung und Kerntechnik in der Deutschen Demokratischen Republik. Leipzig 1961.

Konsultativgremien und Verwaltungsorgane aus. Rompe war stellvertretender Vorsitzender des von Gustav Hertz geleiteten Rates (dem übrigens auch Thiessen angehörte) und leitete gemeinsam mit Hertz die DDR-Delegation bei den multilateralen Verhandlungen in Moskau, die im März 1956 über die Errichtung des Vereinigten Instituts für Kernforschung in Dubna geführt wurden¹³¹.

3.1.4. Aufstieg in der akademischen Hierarchie

In der Person Rompes verbanden sich um 1950 zwei Erfahrungsbestände: die Einsicht in die Wissenschaftsintensität moderner Industriezweige und eine gewisse Kenntnis von Aufgaben und Möglichkeiten der allgemeinen Wissenschaftsverwaltung unter Bedingungen des Ressourcenmangels und der Improvisation. Weitaus früher als die Funktionäre des Führungszirkels der SED, die allein in Kategorien des politischen Kampfes dachten, war er sich deshalb darüber im klaren, dass Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der DDR künftig entscheidend von der wissenschaftlichen Fundierung ihrer Industrie abhängen würden; seine Äußerungen – auch zu wissenschaftspolitisch-strategischen Fragen – zeichneten sich überwiegend durch eine nüchterne, realistische, „unideologische“ Diktion aus. Damals galt die Physik sowohl innerhalb des Wissenschaftssystems als auch gegenüber der Technik weithin unbestritten als die Leitwissenschaft. Sie war in ihrem theoretischen Niveau und in ihrer methodischen Präzision vorbildlich, und sie wurde zudem in der öffentlichen Wahrnehmung vor allem mit der Vision eines künftigen Überflusses an Nutzenergie als Quelle grenzenlosen Wohlstandes assoziiert. Gemessen an diesem Ideal, war die Situation der Physik in der frühen DDR sehr bescheiden. Für einen abgestimmten Vorstoß, um ihre Lage grundlegend zu verbessern, erschien Rompe und anderen Physikern die Zeit um 1951/52 günstig. Die staatlichen Strukturen der jungen DDR hatten sich eingespielt, und die SED-Führung schickte sich an, sich von Rücksichtnahmen auf die zu bewahrende oder wiederherzustellende Einheit Deutschlands gänzlich zu lösen und einen am sowjetischen Modell orientierten gesellschaftspolitischen Entwicklungspfad zu beschreiten; diese Wendung wurde mit der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 besiegelt. Nach der Konferenz wurden Forderungen an die DAW erhoben, sich zielstrebig in diesen Aufbauprozess einzubringen. In dieses Klima passte eine 1952 von Rompe initiierte und von den Physikern Möglich, Otto Hachenberg und Rudolf Seeliger mitunterzeichnete Denkschrift zur Ausgestaltung der physikalischen Forschung an der DAW, die im Herbst dieses Jahres an den Akademiepräsidenten eingereicht und gleichzeitig an staatliche und Parteienstellen übermittelt wurde. Die Verfasser bezeichneten darin „die Aufwendungen der DAW für die Physik als zu bescheiden und nicht der Wichtigkeit des Gebiets entsprechend“. Die Aufmerksamkeit müsse jetzt nicht so sehr den relativ abgeschlossenen Teilgebieten der Physik gelten als vielmehr den „im vollen Fluss der Entwicklung befindlichen“. Gerade diese, „für die an den Forschungs- und Entwicklungsstellen der Industrie noch kein Platz gefunden werden kann, bedürfen der fürsorglichen Pflege der höchsten wissenschaftlichen Institution der DDR, der DAW“. Die Denkschrift nannte als wichtigste, ihrerseits in diverse Forschungsrichtungen untergliederte Fördergebiete Kernphysik, Festkörperphysik, Physik des Plasmas, Molekularphysik und Spektroskopie, Elektronik sowie Schwingungsforschung. Besonders die Elektronik als „eines der allermodernsten Gebiete der angewandten Forschung und physikalisch-technischen Entwicklung“ wurde hervorgehoben. Die Verbindung der Elektronik mit Kern-, Festkörper- und Plasmaphysik wurde für so entscheidend erachtet, „dass wir die Forderung erheben, die Elektronik als Forschungsgegenstand für die nächsten Jahre zur physikalischen Forschung zu rechnen. Die Elektronik von heute ist die Geburtsstätte der künftigen großen technischen Forschungs- und Produktionsgebiete, sie bedarf der pfleglichen Fürsorge der Physik und ist gleichzeitig für die experimentelle Physik

¹³¹ Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39), S. 149.

die beste Quelle des apparativen Fortschritts“. Diese weitsichtige Einschätzung stammt aus dem Jahr 1952 !

Die Denkschrift offenbart ein durchdachtes strategisches Konzept. Zunächst wurden die prinzipiell prioritären Gebiete definiert, dann wurde eine Selektion nach den gegebenen Bedingungen und eine Reihenfolge für ihren sukzessiven Ausbau vorgeschlagen. Nur die in der Physik stärksten Länder – die UdSSR und die USA – seien zur vollständigen Bearbeitung aller genannten Gebiete imstande: „Für uns bestünde die Möglichkeit, in einem einheitlichen Deutschland eine brauchbare Vertretung der meisten Gebiete zu realisieren. Im Augenblick wird man sich jedoch in der DDR – und auch in Westdeutschland – wohl mit einer Teilauswahl zu begnügen haben“. Für die DDR werde diese Teilauswahl durch den Wirtschaftsplan vorgegeben. Im laufenden Fünfjahrplan (1951 – 1955) sollten Festkörperphysik, Elektronik und Plasmaphysik [also gerade die Gebiete, die Rompe als Forscher persönlich vertrat – H.L.] vorrangig ausgebaut werden. Zugleich sei zu bedenken, „dass eine Neuaufnahme von Gebieten nur dann möglich sein wird, wenn wenigstens ‚Keimzellen‘ rechtzeitig vorbereitet worden sind“. Im jetzigen Fünfjahrplan sollten solche Vorbereitungen für die Kernphysik, die Molekularphysik und die Schwingungsphysik erfolgen, damit sie im folgenden Planjahr (1956 – 1960) ebenfalls zu Schwerpunktgebieten entwickelt werden könnten. Im weiteren Text der Denkschrift wurden unter anderem personelle und räumliche Desiderate behandelt¹³².

Die in der Denkschrift vorgetragenen Überlegungen waren ein bemerkenswerter Versuch, eine Strategie für ein großes, tiefgegliedertes Wissenschaftsgebiet zu entwerfen; die meisten anderen Wissenschaftsgebiete hatten damals in der DDR nichts der Physik Ebenbürtiges aufzuweisen. Für eine Wissenschaft wie die Physik war es vorteilhaft, wenn sie durch ihre prominenten Vertreter selbst ihre Zukunftsvorstellungen und ihre Ansprüche artikuliert, noch bevor ihr durch die politische Führung Zielstellungen von außen aufgenötigt werden konnten¹³³. Diese Praxis wurde in der physikalischen Forschung späterhin beibehalten, wobei sich der Kreis der Personen, die in den Meinungsbildungsprozess einbezogen wurden, bedeutend erweiterte. Ende der 1960er Jahre wurde so eine „Prognostische Einschätzung der Entwicklung der physikalischen Wissenschaft der für die DDR bedeutsamen Hauptrichtungen“ vorgelegt, aus der ein „Programm Physik einschließlich Kern- und Werkstoff-Technik“ hervorging, das laufend aktualisiert wurde und bis zum Ende der DDR galt¹³⁴. Um den wissenschaftsstrategischen Weitblick, den Rompe unzweifelhaft besaß, praktisch wirksam werden zu lassen, waren geeignete institutionelle Strukturen und persönliche

¹³² Denkschrift. In: Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 4. Zur Geschichte physikalischer, technischer und mathematischer Forschungsstätten der DAW zu Berlin in Berlin-Adlershof bis zum Ende der 1960er Jahre. Hrsg. von WITEGA e.V. Berlin-Adlershof 1998, S. 12-21.

¹³³ Rompe vertrat diesen Standpunkt mit Nachdruck und verteidigte damit die Interessen nicht nur der Physik, sondern der Naturwissenschaft überhaupt. Charakteristisch dafür ist ein Brief, den die Gruppe Grundlagenforschung beim Forschungsrat im Juli 1962 an den Staatssekretär für Forschung und Technik richtete und der von den beiden Physikern Rompe und Steenbeck, dem führenden Vertreter der medizinischen Biochemie Samuel Mitja Rapoport und dem Mathematiker Kurt Schröder unterzeichnet worden war. Darin wurde eine stärkere thematische Konzentration der Grundlagenforschung in der DDR angemahnt: „Die notwendige Beschränkung der Thematik kann nur von den wissenschaftlich arbeitenden Fachkollegen selbst vorgenommen werden, aber wenn dieser Weg nicht zum nötigen Erfolg führt, ist unter den bestehenden Umständen eine ‚Reglementierung‘ unvermeidlich – denn das muss auch die bestgemeinte Themenauswahl von Nicht-Fachleuten im Resultat sein. Die Themenauswahl soll von Fachgremien durchgeführt werden – das sind zur Zeit vor allem die Sektionen (bzw. deren Gruppen) bei der DAW, aber es ist wahrscheinlich nötig, noch weitere Gremien dieser Art für dort nicht ausreichend vertretene Fachrichtungen einzuschalten“. – Die Themenauswahl von Forschungsvorhaben. In: Spektrum 9 (1963) 11/12, S. 383-385, hier S. 384.

¹³⁴ Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39) , S. 210.

Gestaltungsmacht innerhalb dieser Strukturen erforderlich. Die oben erwähnte Gründung der Physikalischen Gesellschaft in der DDR und die Verleihung des Nationalpreises an Rompe – beide im Jahr 1952 – waren dafür wesentliche Schritte. Ein besonders wichtiger und folgenreicher Durchbruch für ihn aber war seine Wahl zum Ordentlichen Mitglied der DAW im Januar des folgenden Jahres, kurz vor der Sondersitzung des Akademieplenums über „Fragen der Beteiligung der Wissenschaft am Aufbau des Sozialismus“, mit der die Wendung der Akademie von der gesamtdeutschen wissenschaftlichen Repräsentanz zum dominanten DDR-Bezug forciert wurde. Diese Wendung sollte durch einen ungewöhnlich großen Zuwahlschub neuer Akademiemitglieder unterstützt werden. Rompe war einer von 28 neugewählten Akademikern¹³⁵. Damit stieg er endgültig aus der Position eines subalternen Institutsdirektors in jene Ebene der akademischen Hierarchie auf, in der strategisch agiert werden konnte. Schon ein Vierteljahr später konnte er die Gründung der Sektion Physik bei der Klasse Mathematik und allgemeine Naturwissenschaften unter seinem Vorsitz durchsetzen. Die 1952 verfasste Denkschrift hatte mit der Empfehlung geendet, die bereits damals erwogene Sektion baldmöglichst zu konstituieren: „Dieses Gremium wäre sicher auch in der Lage, den von uns in großen Zügen gemachten Vorschlag bis in jede erforderliche Einzelheit zu klären und durchzuführen“¹³⁶. Seit 1951 wurden bei den Klassen der Akademie sogenannte Sektionen gebildet, die bestimmte Fachgebiete vertraten (im allgemeinen waren jeder Klasse mehrere Sektionen zugeordnet). Diese Sektionen bestanden nicht nur aus Akademiemitgliedern, sondern auch aus weiteren Vertretern verschiedener wissenschaftlicher Einrichtungen der DDR; es war die Aufgabe einer Sektion, den Zustand des betreffenden Fachgebietes zu beurteilen, seine Perspektive zu diskutieren und Empfehlungen für seine weitere Entwicklung in der DDR zu unterbreiten¹³⁷. 1954 kam es zu einer Reorganisation des Klassensystems. Mit der Bildung der Klasse Mathematik, Physik und Technik, der auch die Sektion Physik zugeordnet wurde, erreichte Rompe eine noch höhere Stufe seines akademischen Einflusses; er wurde zum Sekretar dieser Klasse gewählt und blieb es bis 1963. Im Oktober 1963 wurde er vom Akademiepräsidium zum stellvertretenden Generalsekretär der DAW berufen.

Bis hierher wurde vor allem die Genese des *physikalischen* Imperiums erörtert, in dessen Zentrum Rompe stand. Sein wissenschaftsstrategischer Ehrgeiz ging jedoch weit über den Rahmen der Physik hinaus. In der Zeit des Bestehens der DDR vermittelten Rückblicke auf die Akademiegeschichte nach dem zweiten Weltkrieg stets den Eindruck, als sei das mit der DAW realisierte Prinzip, die außeruniversitären naturwissenschaftlichen Forschungsinstitute (außerhalb der Wirtschaft) mit der Gesellschaft der gewählten Akademiemitglieder zu einer „Forschungsakademie“ zu verbinden und damit einen anderen Weg der Forschungsorganisation als in Westdeutschland zu beschreiten, jederzeit unumstritten gewesen. Vor allem die Untersuchungen von Peter Nötzoldt haben in den 1990er Jahren jedoch gezeigt, dass die wirkliche Entwicklung wesentlich komplizierter und widersprüchlicher verlaufen ist. Dies hat zu einem nicht unwesentlichen Teil auch mit der Person Rompes zu tun. Zunächst wurde klar, dass in der unmittelbaren Nachkriegszeit, als der politische Kampf noch um die Dominanz in einem ungeteilten Deutschland und noch nicht um die Stabilisierung separater Staatsgebilde geführt wurde, die primäre Option der ostdeutschen Seite darauf hinauslief, über die Einsetzung von Robert Havemann als Leiter der vor-

¹³⁵ Nötzoldt, Ein tolles Gaunerstück (wie Anm. 64), S. 116.

¹³⁶ Denkschrift (wie Anm. 132), S. 21.

¹³⁷ Scheler, Von der Deutschen (wie Anm. 53), S. 173-177. – Die Sektionen waren ein Ausdruck der in den ersten beiden Jahrzehnten der DAW gepflegten Vorstellung, die Akademie sei die „höchste wissenschaftliche Einrichtung der DDR“ und zumindest in den Natur- und Technikwissenschaften für die Koordinierung der Grundlagenforschung im Maßstab des Landes zuständig. Mit der weiteren Ausgestaltung des zentralistischen Prinzips in der Wissenschaftsleitung ging diese Funktion mehr und mehr an die Organe des Forschungsrates über, bis schließlich die Sektionen bei den Klassen der DAW im Rahmen der Akademiereform 1968/69 auch formell aufgelöst wurden.

wiegend im Westen Berlins befindlichen Kaiser-Wilhelm-Institute die Kontrolle über die KWG als traditionsreiche, klassische Organisation der außeruniversitären naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung in Deutschland zu erlangen¹³⁸. Erst als diese – von vornherein abenteuerliche – Option offensichtlich gescheitert war, wurde die Idee der Forschungsakademie realisierbar¹³⁹. Rompe und weitere Naturwissenschaftler hielten aber an der Überzeugung fest, dass eine von der Akademie unabhängige Institution vom Charakter der KWG bzw. der in Westdeutschland aus dieser hervorgegangenen Max-Planck-Gesellschaft (MPG) im Prinzip die bessere Lösung sei. Sie erachteten den Aufbau naturwissenschaftlicher Forschungspotentiale bei der DAW für einen unter den gegebenen Umständen zeitweilig unvermeidlichen Umweg und warteten auf eine geeignete Gelegenheit, die wichtigsten dieser Institute wieder aus dem Akademieverband herauslösen zu können.

Eine erste Möglichkeit deutete sich Anfang 1951 an, als das Zentralamt für Forschung und Technik (ZFT) in der Staatlichen Plankommission (SPK), dessen stellvertretender Leiter Wittbrodt war, die naturwissenschaftlichen Potentiale der DAW de facto in ihre Planungshoheit zu übernehmen und so die Kompetenz des Akademiepräsidiums auszuhöhlen versuchte, ohne die Institute auch formell von der Akademie abzutrennen. Als Reaktion auf diesen Vorstoß bat die Akademieleitung um ihre direkte Unterstellung unter den Ministerpräsidenten, die jede formelle oder faktische Zuordnung zu einem speziellen Organ der Regierung, wie es die SPK war, von vornherein ausschloss. Mit der Gewährung dieses Wunsches Mitte 1951, die dem Akademiepräsidenten eine mit den Ministern gleichberechtigte Stellung verlieh, hatten die Befürworter des Gedankens der Forschungsakademie einen für die Zukunft der DAW wichtigen Sieg errungen: Einerseits erschien die Akademie nun zwar insgesamt staatsnäher als vorher, andererseits aber sah sie sich in ihrer Eigenständigkeit gegenüber den einzelnen Ressorts der Regierung gestärkt¹⁴⁰. Sie schied aus der Finanzhoheit des bis dahin für sie budgetär zuständigen Ministeriums für Volksbildung aus und erhielt einen eigenen Haushalt¹⁴¹.

Im Grunde war es nicht realistisch, den gerade erst geschaffenen akademischen Forschungsverbund von außen her – durch Aktionen staatlicher Verwaltungsorgane – wieder aufsprengen zu wollen, und zwar selbst dann nicht, wenn es im Parteiapparat der SED Funktionäre gegeben haben sollte, die diese Absicht unterstützten. Für diesen Verbund sprach vor allem seine strukturelle Übereinstimmung mit dem sowjetischen Modell der Forschungsorganisation. Ergänzend ließen sich dafür auch Argumente aus der Geschichte der Berliner Akademie anführen: Schon die Akademieidee ihres Gründers Gottfried Wilhelm Leibniz lief auf eine Forschungsakademie hinaus, auch wenn dieser Gedanke damals nicht realisiert werden konnte, und seit Beginn des 20. Jh. hatte sich die Akademie in wiederholten und stets vergeblichen Vorstößen immer wieder um eigene Forschungsinstitute bemüht¹⁴². Aussichtsreicher war ein Versuch, die naturwissenschaftlichen In-

¹³⁸ P. Nötzoldt: Wissenschaft in Berlin – Anmerkungen zum ersten Nachkriegsjahr 1945/46. In: Dahlemer Archivgespräche Bd. 1. Hrsg. von E. Henning. Berlin 1996, S. 115-130, hier S. 124-127; M. Heinemann: Der Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Neugründungen der Max-Planck-Gesellschaft (1945 – 1949). In: Forschung im Spannungsfeld (wie Anm. 52), S. 407-470, hier S. 424-426, 434-436, 454-456.

¹³⁹ Nötzoldt weist darauf hin, dass der Ausbau der Berliner Akademie zu einer Forschungsakademie mit eigenen Instituten wenige Tage nach der Einführung von Otto Hahn in das Amt des Präsidenten der KWG in Göttingen am 1.4.1946 beschlossen wurde. Die Installierung Hahns, der später auch Präsident der KWG wurde, war die endgültige Bestätigung für das Scheitern des Versuchs, von der SBZ aus bestimmenden Einfluss auf die KWG zu gewinnen. – Nötzoldt, Die DAW (wie Anm. 3), S. 51.

¹⁴⁰ Nötzoldt, Ein tolles Gaunerstück (wie Anm. 64), S. 117.

¹⁴¹ Nötzoldt, Die DAW (wie Anm. 3), S. 51.

¹⁴² B. vom Brocke: Verschenkte Optionen. Die Herausforderung der Preußischen Akademie durch neue Organisationsformen. In: Die Königlich Preußische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich.

stitute *innerhalb* der Akademie zu einem hochgradig selbständigen Cluster zu integrieren, für das die Akademie nur noch eine Art Holding darstellen würde; in einem weiteren Schritt würde es dann eventuell möglich sein, das so geschaffene Cluster auch noch juristisch zu verselbständigen. Ein solcher Versuch konnte auf Verbündete rechnen – unter den Naturwissenschaftlern ohnehin, aber auch unter den einflussreichen Wirtschaftsfunktionären, die an einer schlagkräftigen naturwissenschaftlich-technischen Forschungsorganisation im Dienst der Industrie eher interessiert waren als an einer repräsentativen Akademie, die das ganze Universum der Disziplinen zu vertreten trachtete.

1953 wechselte Wittbrodt vom ZFT auf die vakante Position des Akademiedirektors, so dass Rompe nunmehr in der wichtigsten Verwaltungsstelle der Akademie einen Vertrauten hatte. Die ursprüngliche Idee der Forschungsakademie¹⁴³ sah vor, die wissenschaftliche Entwicklung der Institute über die Klassen zu lenken und auch ihre Forschungsmittel über die Klassen zu verteilen. Für ein übersichtliches Ensemble kleiner, vorwiegend mit Erkundungsforschungen (Ausloten der Chancen neuer Forschungsrichtungen usw.) betrauter Institute hätte dieses Prinzip wahrscheinlich bedeutende Vorzüge gehabt¹⁴⁴; je größer und ausdifferenzierter aber der Bestand an Forschungsinstituten wurde, um so unflexibler wurde ihre inhaltliche Lenkung durch Klassen von auf Lebenszeit gewählten Akademiemitgliedern. Um 1955 waren sich nach Nötzoldt viele Naturwissenschaftler an der Akademie darüber einig, dass bei Fortbestehen dieser Strukturen für ihre Gebiete in der DDR kein internationales Niveau erreicht werden könnte. Dabei wurden verschiedene Änderungsvorschläge erörtert: „Die ‚Physikerclique‘ um Robert Rompe bevorzugte offenbar den Blick auf die westdeutsche – und damit auf die restaurierte traditionelle deutsche – Wissenschaftsorganisation, die es an Effizienz zu überflügeln galt“¹⁴⁵. In dem von ihrem Sekretar Rompe unterzeichneten Protokoll der Sitzung der Klasse für Mathematik, Physik und Technik vom 15.11.1956 hieß es zum Teilthema „Fragen der Organisation naturwissenschaftlicher und technischer Arbeiten bei der Akademie“ innerhalb des Tagesordnungspunktes 3 („Aussprache über die Verstärkung der technischen Wissenschaften an der Akademie“): „Es hat sich die Meinung gebildet, dass die heutige Organisationsform der Akademie der Bedeutung der Technik für die wissenschaftliche und kulturelle Weiterentwicklung der Deutschen Demokratischen Republik nicht genügend Rechnung trägt. Es wurde die Meinung vertreten, dass eine stärkere Zusammenfassung der drei naturwissenschaftlichen Klassen der Akademie – also einschließlich der medizinischen Wissenschaften – wünschenswert erscheint“¹⁴⁶.

Hier wurde der Gedanke der naturwissenschaftlichen Clusterbildung in der Akademie – noch auf die Klassen bezogen – erstmalig angedeutet. Unter Bezugnahme auf diese Klassensitzung formulierte Wittbrodt ein vertrauliches Papier, in dem zwei mögliche Varianten des institutionellen Umbaus skizziert wurden. In der *ersten* Variante sollten die drei naturwissenschaftlichen Klassen aus ihren aktiven Vertretern einen Verwaltungsrat bilden, der dann die Leitung der naturwissenschaftlich-technischen Institute übernehmen sollte; für die wissenschaftlich-organisatorische Ar-

Hrsg. von J. Kocka unter Mitarbeit von R. Hohlfeld und P. Th. Walther. Berlin 1999, S. 119-147.

¹⁴³ Seit den 1960er Jahren wurde der Terminus „Forschungsakademie“ in einem laxeren, weniger verbindlichen Sinn als Bezeichnung für das bloße Faktum der organisatorischen Assoziation von Forschungsinstituten und akademischer Gelehrten-gesellschaft gebraucht.

¹⁴⁴ H. Laitko: Betrachtungen zum Problem akademiespezifischer Forschung. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Bd. 3, Jg. 1995, H. 3, S. 19-38.

¹⁴⁵ Nötzoldt, Ein tolles Gaunerstück (wie Anm. 64), S. 119.

¹⁴⁶ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung der Klasse für Mathematik, Physik und Technik vom 15. November 1956. In: Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 3. Zur Geschichte der Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Einrichtungen der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Hrsg. von WITEGA e.V. Berlin-Adlershof 1997, S. 13-16, hier S. 15.

beit (heute würde man von „Forschungsmanagement“ sprechen) sollte eine „Zentraldirektion für die naturwissenschaftlich-technischen Einrichtungen der Akademie“ geschaffen werden. In der zweiten, weiter gehenden Variante wäre eine „Leibniz-Gesellschaft zur Förderung von Naturwissenschaft und Technik“ zu gründen gewesen: „In dieser Gesellschaft, die ähnlich wie die frühere Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder Max-Planck-Gesellschaft in der Bundesrepublik aufgebaut werden soll, sollen die naturwissenschaftlich-technischen Institute der Akademie, wie auch die einiger Ministerien vereinigt werden“. Die erste Variante sah zwar nur eine Umstrukturierung *innerhalb* der Akademie und kein Verlassen des akademischen Rahmens vor, aber tatsächlich sollte die Kompetenz des Präsidiums und der Klassen auf das Recht reduziert werden, „allgemeine Richtlinien für die Arbeit des Verwaltungsrates und der Zentral-Direktion zu geben. Diese Gremien haben nur allgemeine wissenschaftliche und repräsentative Aufgaben, ähnlich wie dies in der Akademie alten Stils üblich war“. Auch in der zweiten Variante hielt es Wittbrodt für möglich, die vorgeschlagene Gesellschaft „der Nomenklatur nach“ als einen Teil der Akademie zu deklarieren. „Auf der anderen Seite würden viele schwierige und auch unangenehme Entscheidungen aus dem Bereich der Akademie herausgenommen werden, so dass dadurch nicht der Friede und die Zusammenarbeit innerhalb der Akademie gestört würde“¹⁴⁷. Insbesondere der zuletzt angeführte Satz war geeignet, den Vorschlag für die Partei- und Staatsführung attraktiv erscheinen zu lassen, denn das streng verstandene Prinzip der Forschungsakademie – die über ihre Klassen wahrgenommene Verantwortung der Gemeinschaft der Akademiemitglieder für die Forschungsinstitute – galt dort nicht nur als wenig effizient, sondern auch als politisch heikel, weil sich unter den Akademiemitgliedern zahlreiche Bürger der Bundesrepublik befanden.

Der Vorstoß aus der Klasse Mathematik, Physik und Technik fand unter den übrigen Akademiemitgliedern keineswegs ungeteilte Zustimmung. Das zitierte Protokoll der Klassensitzung, das die Unterschrift Rompes trug, enthielt aber nur Andeutungen, während jenes Papier, in dem Klartext gesprochen wurde, von Wittbrodt signiert worden war. Folgerichtig wandte sich der Unmut der Kritiker dieses Vorstoßes vor allem gegen Wittbrodt und weniger gegen Rompe. Wittbrodts Stellung an der Akademie wurde sogar zeitweilig erschüttert, aber das Netzwerk um Rompe war stark genug, Wittbrodt in der Akademie zu halten. Einen großen Vorteil für die von Rompe verfolgten Pläne bedeutete es, dass wichtige Personen aus dem Kreis der gerade aus der Sowjetunion zurückgekehrten „Spezialisten“, allen voran Thiessen, die Errichtung einer eigenständigen naturwissenschaftlichen Forschungsgesellschaft unterstützten. Rompe wurde nach der Einschätzung von Nötzoldt „zur Lokomotive des Vorhabens. Die Politiker konnten nur noch auf den fahrenden Zug aufspringen und sich beim Stellen der Weichen betätigen“¹⁴⁸. Über die Rolle Thiessens wird in dem seine Person betreffenden Abschnitt berichtet; wenn Thiessen im Vordergrund agierte, so bedeutete dies für Rompe, dass er – wie es seinem Naturell am besten entsprach – weiter im Hintergrund die Fäden ziehen konnte. In der im Februar 1957 vom stellvertretenden Ministerpräsidenten Fritz Selbmann berufenen und von Thiessen geleiteten Kommission, die innerhalb weniger Wochen einen praktikablen Vorschlag zur Reorganisation der naturwissenschaftlichen und technischen Forschung an der DAW erarbeitete, wirkten Rompe und Stubbe als Mitglieder mit, und Wittbrodt war ihr Sekretar. Die nach der Empfehlung dieser Kommission am 16. Mai 1957 vom

¹⁴⁷ Gedanken zur weiteren Entwicklung der naturwissenschaftlich-technischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. In: Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 3 (wie Anm. 146), S. 17-19. – Wittbrodt hatte in seiner Skizze zwar die beiden Varianten dargelegt, aber eine klare Präferenz für eine eigenständige Gesellschaft erkennen lassen. Etwa aus der gleichen Phase stammt eine Niederschrift des Referenten der Klasse, Georg Otterbein, mit dem bezeichnenden Titel „Warum erscheint die Neugründung einer wissenschaftlichen Gesellschaft vorteilhafter als die Beibehaltung der bisherigen Organisation der Arbeit in der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin? Und was ist dabei zu berücksichtigen?“ (ebd., S. 20-24).

¹⁴⁸ Nötzoldt, Die DAW (wie Anm. 3), S. 59.

Akademieplenum beschlossene Bildung der „Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin“¹⁴⁹ war, obwohl von einer eigenen Gesellschaft außerhalb der Akademie nicht mehr gesprochen wurde, in allen wesentlichen Fragen ein Sieg der von Rompe vertretenen Linie. Der Vorsitzende der Forschungsgemeinschaft (erster Inhaber dieser Funktion war der Elektrotechniker Hans Frühauf) war zugleich einer der Vizepräsidenten der Akademie, doch die naturwissenschaftlichen und technischen Institute waren innerhalb der Forschungsgemeinschaft institutionell so stark integriert, dass sie im Gesamtrahmen der Akademie faktisch einen „Staat im Staate“ bildeten. Vor allem aber waren die Klassen der Akademie nicht mehr für die Planung und Koordination der Forschungsarbeit in den Instituten zuständig; dafür sorgten eigene Gremien der Forschungsgemeinschaft.

Das Jahrzehnt, in dem die Forschungsgemeinschaft bestand, markierte an der DAW das Apogäum relativer Autonomie der Naturwissenschaften; der Preis für diese exponierte Stellung war eine betont herausgestellte Wirtschaftsnähe, die – ganz im Sinne von Rompe – durch die Forschungsgesellschaft selbst aktiv bestimmt wurde und so Versuchen einer Instrumentalisierung der Institute durch die Industrie im großen und ganzen erfolgreich entgegenwirkte. Die Position Rompes in der Forschungsgemeinschaft war stark, nicht zuletzt deshalb, weil in ihr die physikalischen und physikalisch-technischen Einrichtungen, die über das ganze Territorium der DDR verstreut waren, das größte Gewicht hatten. Die Forschungsgemeinschaft war nach dem disziplinären Prinzip in Fachbereiche untergliedert. Wegen der Größe des Potentials mussten zwei physikalische Fachbereiche – Physik Nord und Physik Süd – gebildet werden, während die übrigen drei Fachbereiche (Reine und angewandte Chemie, Organische und biologische Chemie, Medizin) territorial nicht untergliedert waren. 1964 hatten die beiden physikalischen Fachbereiche insgesamt 24 Institute, 1 Zentralinstitut, 1 Zentrum und 15 Arbeitsstellen (kleinere Forschungseinrichtungen ohne Institutscharakter); die drei anderen Fachbereiche verfügten zusammen über 27 Institute und 10 Arbeitsstellen¹⁵⁰. Rompe gewann auch zunehmend internationales Renommee; so wurde er im November 1965 zum Auswärtigen Mitglied der ČSAV gewählt¹⁵¹. Da gegen Ende der 1960er Jahre an der DAW ein Präsidentenwechsel anstand, konnte Rompe, gestützt auf dieses fachliche Hinterland, nicht ohne Grund damit rechnen, sein Berufsleben mit der Präsidentschaft zu krönen. Kurze Zeit vor seinem Tod vertraute er Nötzoldt an, dass er dies tatsächlich erwartet hatte¹⁵².

Seine Erwartung blieb jedoch unerfüllt. In der SED-Führung entschied man sich nicht für den Genossen Rompe, der Mitglied des Zentralkomitees der Partei war, sondern für den parteilosen Faserstoffchemiker Hermann Klare. Welche Motive der Entscheidung gegen Rompe zugrunde lagen, lässt sich bisher nicht mit Sicherheit angeben. Sicher ist, dass Rompe für die Funktionäre an der Parteispitze nie ein bequemer Gefolgsmann war; auch als Akademiepräsident wäre er es nicht gewesen. Gerade seine sozialistische Überzeugung motivierte ihn dazu, zumindest auf den Feldern, auf denen er sich kompetent führte, ohne Rücksicht auf die gerade geltende „Linie“ beharrlich das zu vertreten, was ihm für die Gesellschaft, mit der er sein Lebenswerk verbunden hatte, das Beste zu sein schien¹⁵³. Von Havemann unterschied ihn, dass er es nicht demonstrativ, son-

¹⁴⁹ Scheler, Von der Deutschen (wie Anm. 53), S. 106-111.

¹⁵⁰ Ebd., S. 114.

¹⁵¹ Spektrum 12 (1966) 2, S. 47.

¹⁵² Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39), S. 243.

¹⁵³ Er tat dies auch, wenn auch in zurückhaltender und unpolemischer Sprache, in öffentlichen Äußerungen. So ging er beispielsweise in einem Aufsatz zum 15. Gründungstag der SED auf die von Funktionären ständig gestellte Forderung nach gesellschaftlicher Aktivität der Wissenschaftler folgendermaßen ein: „Das ist zweifellos richtig gesehen, aber für die meisten Wissenschaftler ist die wissenschaftlich-organisatorische Tätigkeit in den dafür vorgesehenen Gremien unseres Staates die beste gesellschaftliche Tätigkeit, die man von ihnen erwarten kann. Und man sollte dies besonders hoch anerkennen, da

dern diskret und diplomatisch tat – aber er tat es und hatte, wie es für der SED angehörende Wissenschaftler eher die Regel als die Ausnahme war, deshalb hin und wieder politische Schwierigkeiten. Für die Funktionäre der Parteiführung war der Umgang mit einem parteilosen Wissenschaftler, der sich an das Loyalitätsgebot hielt, einfacher als der Umgang mit einem Genossen, gegenüber dem man zwar an die Parteidisziplin appellieren konnte, der aber zugleich den Anspruch erhob, die Parteilinie selbst mitzugestalten, statt ihr passiv zu folgen.

Auf subalternen Ebene ist Rompe oft vorgehalten worden, nicht „parteilich“ genug zu agieren, doch zumindest einmal geriet er auch in den Grenzbereich ernsthafter politischer Verdächtigungen. 1950 erfassten ihn die Ausläufer der sogenannten Noel H. Field-Affäre. Auf dem III. Parteitag der SED wurde er nicht in das im Rahmen einer Reform der Partei gebildete Zentralkomitee (ZK) gewählt, obwohl er dem bis dahin bestehenden Parteivorstand seit 1946 angehört hatte. Im Dezember 1950 sprach die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) gegen ihn ein Verbot der Übernahme von Parteifunktionen aus. Für einen Gesellschaftswissenschaftler wäre mit einem solchen Vorgang die Karriere sehr wahrscheinlich beendet gewesen. Auf Rompe aber wollte die Parteiführung nicht wirklich verzichten; aufgrund einer Intervention des SED-Generalsekretärs Walter Ulbricht wurde das Funktionsverbot im September 1951 wieder aufgehoben; dennoch dauerte es bis 1958, ehe Rompe zum Mitglied des ZK der SED gewählt wurde. Indes ist es nicht so sehr dieser Vorgang, aus dem man Aufschlüsse über das Verhältnis von Politik und Wissenschaft bei Rompe gewinnen könnte. Wenn die politische Großwetterlage es der Parteiführung geraten erscheinen ließ, ein Exempel „ideologischer Wachsamkeit“ zu statuieren, dann konnte jedes beliebige prominente Mitglied der SED ganz ohne eigenes Zutun Gegenstand von Diszipliniierungsmaßnahmen wegen „partei-feindlichen“ oder „partei-schädigenden“ Verhaltens werden, und so dürfte es sich auch bei dem gerade erwähnten Vorgang verhalten haben. Wesentlich aussagekräftiger ist Rompes Verhalten im Alltag des Wissenschaftsbetriebes. In seinen Augen wäre es eine Fehldeutung der sozialistischen Idee gewesen, hätte man in ihrem Namen die Normen wissenschaftlicher Korrektheit verletzen oder auch nur Abstriche am Niveau der Forschung hinnehmen wollen. Vermutlich war es auch ihm nicht gleichgültig, ob sich unter seinen Mitarbeitern Mitglieder seiner Partei befanden oder nicht, aber der einzige gültige Maßstab, dem er seine Entscheidungen über die personelle Zusammensetzung seiner Kollektive unterordnete, war die wissenschaftliche Qualität. Von politischen Funktionären wurde ihm nicht selten vorgehalten, dass der Anteil von SED-Mitgliedern unter den Wissenschaftlern seines PTI besonders gering sei, dass er dort auch Westberliner – und das sogar in herausgehobenen Positionen¹⁵⁴ – beschäftige usw.¹⁵⁵. Begabte junge Physiker konnten auch dann damit rechnen, von Rompe gefördert zu werden, wenn er wusste, dass ihre politischen Überzeugungen den seinen entgegengesetzt waren. Auf eindrucks-

diese Art von gesellschaftlicher Tätigkeit sonst wohl von niemand geleistet werden kann...“ (R. Rompe: Die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – ein historischer Sieg des Marxismus-Leninismus. In: Spektrum 7 (1961) 3/4, S. 91-94, hier S. 93). Anders ausgedrückt, Rompe plädierte dafür, dass die Wissenschaftler neben ihrer Forschungsarbeit an der Organisation und Leitung der Wissenschaft teilnehmen sollten, statt ihre Zeit mit dem Dreschen politischer Phrasen zu verschwenden.

¹⁵⁴ Am PTI arbeiteten die in Westberlin wohnhaften Physiker Hellmut Simon und Franz-Xaver Eder als Bereichsleiter. Eder war Autor einer sehr geschätzten dreibändigen Standardmonographie über physikalische Meßmethoden: F.-X. Eder: Moderne Meßmethoden der Physik. Bd. 1 – 3. Berlin 1952, 1956, 1972.

¹⁵⁵ Zwischen Rompe und der SED-Parteiorganisation an der DAW kam es wiederholt zu Spannungen. Nötzoldt zitiert eine Einschätzung der Parteileitung des Forschungszentrums Berlin-Adlershof aus dem Jahr 1961, die die politische Situation an den physikalischen Instituten besonders negativ beurteilte und heftige Kritik an der Person Rompes übte (Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39), S. 172-173). Bis zu einer gewissen Grenze konnte er wohl auch mit Recht davon ausgehen, dass er als Mitglied des ZK der SED sich ohne Schaden über Kritiken untergeordneter Parteigremien hinwegsetzen durfte.

volle Weise bestätigte das sein Schüler Karl Wolfgang Böer¹⁵⁶, der später in die Bundesrepublik übersiedelte und 1972 die amerikanische Staatsbürgerschaft annahm, in einer von persönlicher Sympathie getragenen Gedenkrede, die er ein Jahr nach Rompes Tod hielt: „Obwohl er wusste, dass wir politisch wohl am entgegengesetzten Ende des Spektrums standen, hat er mich und meine Arbeitsgruppe, die wohl als eine Art von Oase im politischen Wirbel bekannt war, stets und uneingeschränkt unterstützt“¹⁵⁷.

Der Präsidentenwechsel 1968 war mit der Akademiereform verbunden, deren strukturelles Zentrum in einer weiteren Integration des Forschungspotentials auf der Institutsebene bei gleichzeitiger Desintegration auf der Zwischenebene zwischen Instituten und Präsidium bestand¹⁵⁸. Bis dahin hatten die Forschungsgemeinschaft und eine analoge, 1963 für die gesellschaftswissenschaftlichen Einrichtungen der DAW geschaffene „Arbeitsgemeinschaft“ diese Zwischenebene repräsentiert. Nunmehr wurden die weitgehend umgebildeten oder neu konstituierten Institute in sieben Forschungsbereiche gegliedert, von denen sechs das Potential der bisherigen Forschungsgemeinschaft umfassten. Die Naturwissenschaften an der Akademie hatten also keine geballte Vertretung mehr. Die Akademiereform von 1968 bedeutete daher eine weitgehende Rücknahme der Reformintention von 1956/57, zumal nun der Akademiepräsident und nicht etwa der jeweilige Forschungsbereichsleiter der *direkte* Dienstvorgesetzte der Institutsdirektoren war, so dass die Position der Forschungsbereiche in der Leitungspyramide eine entscheidende Schwäche aufwies. Zu seinem 65. Geburtstag im Jahre 1970 wurde Rompe bescheinigt, er sei an der Konzeption und Durchführung der Akademiereform „maßgeblich beteiligt“ gewesen¹⁵⁹. Es scheint geraten, diese Feststellung *cum grano salis* zu verstehen. Soweit sie sich auf seinen Anteil an der Schaffung des Zentralinstituts für Elektronenphysik bezieht, trifft sie sicher voll zu; der Gedanke der Schaffung leistungsfähiger Großinstitute entsprach nicht nur dem Zeitgeist, sondern auch seiner eigenen Überzeugung – schließlich war schon sein PTI das Produkt einer Fusion. Skepsis scheint hingegen in der Frage angezeigt, ob auch das strukturelle Gesamtkonzept der Reform von ihm mitinitiiert worden ist, obwohl es seinen ein Jahrzehnt früher mit Erfolg realisierten Intentionen deutlich zuwiderlief – auch wenn man zugestehen muss, dass Rompe flexibel genug war, um sich nicht unabänderlich auf ein einziges Modell der akademischen Forschungsorganisation festzulegen. Die Untersuchungen Nötzoldts ergaben, dass sich im Vorfeld der Akademiereform die Spannungen zwischen Rompe und der Akademieparteileitung erneut zuspitzten. Während die Parteileitung auf eine im Kampagnestil durchgedrückte zügige Reorganisation der Akademie drängte, setzte sich Rompe für ein behutsames und reflektiertes Vorgehen ein und schrieb dem 1. Sekretär der Akademieparteileitung in einem Brief vom 3.6.1967 ins Stammbuch: „Akademien sind höchst wertvolle, aber auch sehr empfindliche Einrichtungen, die nicht einfach von tüchtigen Praktikern organisiert werden können (leider!)“. Die Parteileitung reagierte mit einer „Komplexuntersuchung zur politisch-ideologischen Arbeit“ am PTI in der zweiten Jahreshälfte, die dem Institut schlechte Noten ausstellte und in eine gegen Rompe ausgesprochene Parteistrafe mündete, weil dieser die Parteileitung nicht über die besorgniserregenden Zustände an seinem Institut informiert hätte¹⁶⁰.

Weil der Parteiapparat der SED gerade in Fragen der Ideologie nicht selten irrational – also gegen sein wohlverstandenes Eigeninteresse – reagierte, ist es nicht völlig auszuschließen, dass diese Bagatelle dazu beigetragen haben könnte, Rompes Chancen für die Akademiepräsidenten-

¹⁵⁶ Reaktionskinetik von Elektronenprozessen in Festkörpern. Hrsg. von K. W. Böer. Berlin 1960. – Böer war auch Herausgeber der seit 1961 in Berlin erscheinenden Reihe *Physica status solidi*.

¹⁵⁷ K. W. Böer: Robert Rompe (10.09.1905 – 06.10.1993). In : Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 4 (wie Anm. 132), S. 41-46, hier S. 46.

¹⁵⁸ Die Grundzüge der Reform werden in einem kompakten Überblick charakterisiert in: Nötzoldt, Die DAW (wie Anm. 3), S. 74-77.

¹⁵⁹ Zum Geleit. In: Festschrift (wie Anm. 83), S. 8.

¹⁶⁰ Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39), S. 243.

schaft zu durchkreuzen. Aber sehr wahrscheinlich ist es nicht. Viel plausibler ist die Annahme, dass Rompe deshalb nicht Präsident wurde, weil er in den Auseinandersetzungen zwischen Vertretern divergierender Konzepte der Akademiereform zur unterlegenen Seite gehörte. Auch darauf geben Nötzoldts Untersuchungen einen Hinweis¹⁶¹. Einen aufschlussreichen Überblick über die Reihenfolge der verschiedenen Konzeptentwürfe mit Originalzitaten der wichtigsten Passagen findet man bei Scheler¹⁶². Rompe war Mitglied einer vom Sekretariat des ZK der SED im Januar 1968 beschlossenen und von Herbert Weiz geleiteten Arbeitsgruppe, die das Konzept für die beabsichtigte Akademiereform formulieren sollte. Der im März vorliegende Entwurf sah nicht nur die Beibehaltung der Forschungsgemeinschaft vor, sondern sogar ihre noch stärkere Autonomisierung. Nach der Einschätzung von Scheler postulierte die Vorlage „eine noch stärkere Entkopplung der *beigeordneten* Forschungsgemeinschaft und der Arbeitsgemeinschaft von der Gelehrten-gesellschaft, als sie schon vorhanden war. Mehr noch, die vorgeschlagene Orientierung beider Institutsgemeinschaften auf erhöhte Eigenverantwortung sah die praktische Trennung von Forschungsinstitution und Gelehrten-gesellschaft vor. Das Präsidium wäre damit ein Gremium ohne Vollmachten für die *Einheit der Akademie* gewesen“¹⁶³. Obwohl das Politbüro diese Vorlage sogar – allerdings mit Auflagen für ihre Überarbeitung – in erster Lesung gebilligt hatte, veränderte die nun in Aktion tretende und ausschließlich aus Spitzenpolitikern ohne direkte Beteiligung von Wissenschaftlern (diese wurden lediglich konsultiert) bestehende kleine Arbeitsgruppe die Zielrichtung grundlegend. Der von ihr ausgearbeitete Text wurde – leicht redigiert – vom Ministerrat der DDR und schließlich vom Plenum der DAW beschlossen¹⁶⁴. Danach wurden die oben erwähnten Forschungsbereiche gebildet, während die Forschungsgemeinschaft verschwand; diese Lösung konnte sogar noch als Vereinfachung und damit Entbürokratisierung der Forschungsleitung dargestellt werden, da es nun formal eine Leitungsebene weniger als früher gab, denn die Forschungsgemeinschaft war bekanntlich in Fachbereiche untergliedert. Man kann das mit Nötzoldt auch so ausdrücken, dass die Akademiereform „faktisch das Überstülpen des neuen Leitungs- und Organisationsmodells der Forschungsgemeinschaft auf die ganze Akademie“ bedeutete¹⁶⁵. Aber wenn man dies als einen Sieg des Modells der Forschungsgemeinschaft auf der ganzen Linie bezeichnen sollte, dann war es ein Pyrrhussieg, denn die Akademiezentrale, die in der Zeit des Bestehens der Forschungsgemeinschaft weitgehend und zielstrebig auf die Funktion einer Holding reduziert worden war, wurde nun wirklich zum dominierenden Machtzentrum des Wissenschaftsbetriebs in allen untergeordneten Bereichen.

Rompe war weder eitel noch geltungsbedürftig. Er verstand es zwar, Einfluss und Macht zu gewinnen, aber er genoss die Macht nicht um ihrer selbst willen und akzeptierte auch, wenn sein Ehrgeiz auf Grenzen traf, die er nicht überschreiten konnte. Nicht die eigene Person war ihm wichtig, er sah sich als Diener eines größeren, überpersönlichen Anliegens, und Politik und Wissenschaft galten ihm als zwei Wege, diesen Dienst zu leisten. Kurz vor seinem 65. Geburtstag fragte ihn die Publizistin Else von Kugelgen, ob er beabsichtige, eine Autobiographie zu schreiben: „Das möchte er nicht, erklärte er darauf, er habe keine Sorge, dass etwas Wesentliches aus seinem Leben verloren gehen könnte, denn er habe es immer geteilt mit geistig Verbundenen, beispielsweise mit seinen Schülern“¹⁶⁶. In den Versuchen mancher Wissenschaftler, gegen Ende ihres Le-

¹⁶¹ Ebd., S. 244.

¹⁶² Scheler, Von der Deutschen (wie Anm. 53), S. 117-123.

¹⁶³ Ebd., S. 120.

¹⁶⁴ Grundkonzeption und Struktur der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, beschlossen vom Plenum der Akademie am 25. Juli 1968. In: W. Hartkopf, G. Wangermann: Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1990. Berlin/Heidelberg/New York 1991, S. 544-555.

¹⁶⁵ Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39), S. 245.

¹⁶⁶ E. v. Kugelgen: Porträt Robert Rompe. In: Spektrum 1 (1970) 5, S. 20-21, hier S. 21.

bens ihre Gebiete in eine abschließende Vollendung zu zwingen, erblickte er eine Art von Tragik, und in seinem Schlusswort auf dem zu seinem 75. Geburtstag veranstalteten Kolloquium sagte er: „Wie soll man sich als Wissenschaftler ansehen? Ich persönlich würde sagen, ich habe den Stab in der endlosen Stafette ohne Schlussläufer, die die Wissenschaft darstellt, weitergegeben. [...] Und im Grunde genommen ist es eben so, dass dieses Gefühl, dass man den Stab beizeiten und ordentlich weitergeben muss, mich mein ganzes Leben beherrscht hat. Und ich glaube, das muss jeden Wissenschaftler beherrschen. Seine Rolle ist nicht die dominierende, es ist im Grunde genommen wie die Generationenfolge bei den Menschen in der körperlichen Fortpflanzung. Hauptsache, das Menschengeschlecht lebt weiter und lebt anständig und vernünftig weiter, und genau so muss es in der Wissenschaft sein. Das Weitergehen ist das wichtige“¹⁶⁷.

3.2. Hans Stubbe (7.3.1902 – 14.5.1989)

Hans Stubbe hat die Geschichte des von ihm begründeten und bis Anfang 1969 geleiteten Instituts für Kulturpflanzenforschung in Gatersleben bis zum Ende seiner Amtszeit selbst in einer umfangreichen, materialintensiven Monographie dargestellt¹⁶⁸. Dieses Werk ist in einem betont sachlichen Berichtsstil gehalten. Dennoch enthält es unbestreitbar auch einen autobiographischen Aspekt, denn ungeachtet der Vielfalt seiner Wirkungskreise bildete Gatersleben stets seinen Lebensmittelpunkt, und er prägte diesem Institut so sehr das Signum seiner Persönlichkeit auf, dass es – wie es in der Literatur oft geschieht – gerechtfertigt ist, von der „Ära Stubbe“ in der Institutsge­schichte zu sprechen. Auch eine wissenschaftliche Biographie Stubbes von Edda Käding liegt vor¹⁶⁹. Ferner gibt es Lebenserinnerungen Stubbes, die von ihm nur für den persönlichen Gebrauch seiner Kinder verfasst worden sind; einige Forscher durften jedoch in diesen als undatiertes Typoskript vorliegenden Text Einblick nehmen. Zu seinem 80. Geburtstag wurde ein repräsentatives Festkolloquium veranstaltet¹⁷⁰. Die insgesamt günstige Literatursituation wird dadurch komplettiert, dass sich Stubbes Nachfolger Helmut Böhme wiederholt als Zeitzeuge und als kritischer Historiker zur Instituts­geschichte und zur Persönlichkeit Stubbes geäußert und dass sich Gerald Diesener, teilweise in Kooperation mit Böhme, aus wissenschaftshistorischer Sicht dieser Thematik zugewandt hat. Der vorliegende Beitrag beabsichtigt nicht, das Wirken Stubbes als Forscher zu resümieren, sondern beschränkt sich, der Anlage dieser Arbeit entsprechend, auch in seinem Fall auf einige für die Aufhellung der Wechselbeziehungen von Naturwissenschaft und Politik besonders aufschlussreiche Punkte.

3.2.1. Stubbe und die Abwehr des Lysenkoismus

Im Januar und Februar 1951 unternahm Stubbe mit einer Delegation von Agrarwissenschaftlern und -technikern aus der DDR eine Studienreise in die Sowjetunion, bei der die Teilnehmer Institute der Allunions-Lenin-Akademie der Landwirtschaftswissenschaften in Moskau und Leningrad besuchten und auch von deren Präsidenten Trofim D. Lyssenko zu Gesprächen empfangen wurden¹⁷¹. Es war die erste Studiendelegation von Agrarwissenschaftlern der DDR, die in die

¹⁶⁷ R. Rompe: Schlusswort. In: *Ausgewählte Forschungsergebnisse* (wie Anm. 103), S. 77-80, hier S. 78-79.

¹⁶⁸ H. Stubbe: *Geschichte des Instituts für Kulturpflanzenforschung Gatersleben der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin (1943 – 1968)*. Berlin 1982.

¹⁶⁹ E. Käding: *Hans Stubbe, Genetiker und Züchtungsforscher. Eine Biographie*. Müncheberg 1999.

¹⁷⁰ Hans Stubbe – 80 Jahre. Fest-Kolloquium der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR. Berlin 1982; R. Hagemann: *Professor Hans Stubbe zum 80. Geburtstag und zur Ehrenpromotion durch die Fakultät für Naturwissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*. In: *Wiss. Zeitschrift der MLU Halle-Wittenberg* 33 (1984) 3, S. 95-145.

¹⁷¹ H. Böhme: *Einige Bemerkungen zu wissenschaftspolitischen Aspekten genetischer Forschungen der fünfziger Jahre in der DDR im Zusammenhang mit der Lysenko-Problematik*. In: *Sitzungsberichte der*

UdSSR fuhr. Ihr gehörten vor allem Persönlichkeiten an, die in der zur Gründung vorgesehenen Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften (DAL) eine zentrale Rolle spielen sollten. Ihre Aufgabe war es, sich mit Struktur und Funktion der sowjetischen Landwirtschaftsakademie vertraut zu machen¹⁷². Wie Jürgen Kocka, Peter Nötzoldt und Peter Th. Walther schreiben, entsprach unter den neben der DAW in der DDR gegründeten Fachakademien die DAL wohl am deutlichsten dem sowjetischen Vorbild¹⁷³ - eine Feststellung, die sich auf die Institutionalstruktur bezieht, keineswegs aber auf ihre Arbeitsweise unter der Präsidentschaft Stubbes. Lyssenko befand sich damals, noch zu Lebzeiten Stalins, auf dem Höhepunkt seiner Macht. Auch in der DDR wurde Lyssenkos „Agrobiologie“¹⁷⁴ - eine neolamarckistische Lehre, die er als „materialistisch“ und „fortschrittlich“ hinstellte und der als „reaktionärer Mendelismus-Morganismus“ verunglimpften Genetik entgegengesetzte - in der allgemeinbildenden Schule, in der populärwissenschaftlichen und politischen Lehr- und Publikationstätigkeit und teilweise auch in der Hochschullehre¹⁷⁵ verbreitet. Auch von Philosophen der DDR wurde der Lyssenkoismus zunächst unterstützt, aber schon bald machten sich hier - unter der Einwirkung des sich verstärkenden Dialogs von Philosophen und Naturwissenschaftlern - differenziertere Betrachtungsweisen geltend¹⁷⁶. Der Einfluss dieser Lehre Lyssenkos außerhalb der Fachwelt war damit verbunden, dass sie der Genetik vorwarf, „formal“ und „praxisfremd“ zu verfahren, selbst aber eine schnelle Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion versprach; bei der extremen Nahrungsmittelknappheit der Nachkriegsjahre war dieses Versprechen verführerisch, und es war unpopulär, gegen eine Lehre zu argumentieren, die solche Hoffnungen weckte. Böhme belegt an den Beispielen von Bert Brecht und Georg Lukács, die als naturwissenschaftliche Laien der Faszination dieser Demagogie unterlagen, „wie auch falsche wissenschaftliche Behauptungen, populistisch verpackt, zu einer intellektuellen Verführung sonst sehr kritischer Geister werden können“¹⁷⁷. Kurz nach der erwähnten Reise veranstaltete im Februar 1951 die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) in Jena einen zentralen „Lehrgang für Agrobiologie“, auf dem unter anderem die Einführung der lyssenkoistischen

Leibniz-Sozietät Bd. 29, Jg. 1999, H. 2, S. 55-79, hier S. 60. Dieser Aufsatz Böhmes gibt einen Überblick über die Wirkungen des Lyssenkoismus außerhalb der Sowjetunion und geht detailliert auf die Geschichte der Lyssenko-Rezeption und Lyssenko-Kritik in der DDR ein. - Weitere Studienreisen Stubbes im Rahmen von Delegationen nach Moskau folgten 1954 und 1957 und später.

¹⁷² A. Herbst, W. Ranke, J. Winkler: So funktionierte die DDR Bd. 1. Reinbek b. Hamburg 1994, S. 28-32.

¹⁷³ J. Kocka, P. Nötzoldt, P. Th. Walther: Resümee. Die Berliner Akademien 1945 - 1990. In: Die Berliner (wie Anm. 3), S. 363-457, hier S. 422.

¹⁷⁴ Die wichtigsten Schriften Lyssenkos waren in deutscher Übersetzung verfügbar: T. D. Lyssenko: Die Situation in der biologischen Wissenschaft. Stenographischer Bericht von der Tagung der W. I. Lenin-Akademie der Landwirtschafts-Wissenschaften der Sowjetunion vom 31. Juli bis 7. August 1948 (Sowjetwissenschaft, Beiheft 2). Berlin 1948; ders.: Agrobiologie. Arbeiten über Fragen der Genetik, der Züchtung und des Samenbaus (Sowjetwissenschaft, Beiheft 10). Berlin 1951.

¹⁷⁵ So berichtet Jörg Schulz über ein von Werner Rothmaler entworfenes und im November 1952 vom Staatssekretariat für Hochschulwesen zugelassenes und in den Studienplan „Biologie und Biologie Oberstufenlehrer“ aufgenommenes Vorlesungsprogramm „Abstammungslehre und schöpferischer Darwinismus“.. - J. Schulz: Gatersleben im Spannungsfeld zwischen internationaler Genetik-Forschung, offiziell vorgegebenen Forschungsrichtungen und politischen Einflüssen. In: Wissenschaft und Politik - Genetik und Humangenetik in der DDR (1949 - 1989). Dokumentation zum Arbeitssymposium in Münster, 15. - 18.03.1995. Hrsg. von K. Weisemann, P. Kröner und R. Töllner. Münster 1997, S. 49-57, hier S. 50.

¹⁷⁶ Ein ausgewogenes Bild dieser Entwicklung gibt Reinhard Mocek. - R. Mocek: Naturwissenschaft und Philosophie in der DDR - ein Balanceakt zwischen Ideologie und Kognition. In: Wissenschaft und Politik (wie Anm. 175), S. 97-115.

¹⁷⁷ Böhme, Einige Bemerkungen (wie Anm. 171), S. 72.

„Agrobiologie“ als Lehr- und Prüfungsfach an den Hochschulen der DDR gefordert wurde¹⁷⁸. Wie Diesener berichtet, forderte daraufhin auch der Rektor der Martin-Luther-Universität Halle von den Ordinarien der Landwirtschaftlichen Fakultät Stellungnahmen an. Stubbe als Ordinarius für theoretische und angewandte Genetik bemerkte dazu, er habe in seinen erst kurz zuvor erfolgten Besprechungen mit Lyssenko feststellen müssen, dass viele der dort erörterten Auffassungen noch nicht jenen Grad an wissenschaftlicher Sicherheit und Zuverlässigkeit besäßen, der erforderlich sei, um den Stoff vorlesungsreif und für Studenten geeignet präsentieren zu können. Geschickt führte er das rasche Veralten der Ansichten auf die „stürmische Entwicklung“ in der Agrobiologie zurück¹⁷⁹.

Stubbe und seine ersten Mitarbeiter hatten sich bereits unmittelbar nach Kriegsende damit auseinandergesetzt. Vor dem Datum der erwähnten Reise weist die Liste der Institutskolloquien Vorträge von Grebenščikov (Abteilung Genetik und Cytologie) über Arbeiten von Lyssenko (19.7.1946), von Stubbe über Jarowisation und die Phasenlehre Lyssenkos (8.12.1948), wiederum von Stubbe über die genetische These Lyssenkos (25.2.1949) und von Grebenščikov über I. J. Gluščenkos Arbeiten zur vegetativen Bastardisierung bei Pflanzen (9.11.1949) aus¹⁸⁰. In Gatersleben trat man den von Lyssenko vertretenen Vorstellungen vorurteilsfrei und unpolemisch gegenüber und behandelte sie – unbeeindruckt von dem ideologischen Pathos, mit dem sie verkündet wurden – als zwar wenig wahrscheinliche, aber nichtsdestoweniger prüfungswürdige naturwis-

¹⁷⁸ Über das Ausmaß, in dem der Lyssenkoismus in seiner Blütezeit die Hochschullehre in der DDR beherrschte, über die Rigidität, mit der seine Verfechter dabei voringen, und die Entschiedenheit, mit der das politische System seinen Monopolanspruch stützte, werden – nicht nur von Historikern, sondern auch von Zeitzeugen – differierende Ansichten vertreten. Selbst über das Auftreten einzelner Vertreter des Lyssenkoismus schwanken die Urteile erheblich. Dies sei am Beispiel des Jenenser Zoologen Georg Schneider veranschaulicht. Stubbe fügte über ihn in seine Institutsgeschichte eine ausführliche Fußnote ein, die mit dem folgenden Absatz begann: „In der DDR war ein besonders radikaler Vertreter der ‚neuen Biologie‘, der sich nicht scheute, erfahrene Genetiker ständig in Wort und Schrift anzugreifen und den Wert ihrer Arbeiten herabzusetzen, der Dozent Dr. Georg Schneider (Zoologe) von der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Er übernahm völlig kritiklos alles, was er für bewiesen hielt, und verbreitete den größten Unsinn in zahlreichen Vorträgen und Aufsätzen“ (Stubbe, *Geschichte* (wie Anm. 168), S. 107). Schneider muss durch sein Auftreten den größten Unmut Stubbes hervorgerufen haben, denn die Diktion dieser Passage kontrastiert auffallend mit dem sachlich-zurückhaltenden Ton der Monographie. Hingegen sagte Jörg Schöneich, der einen Teil seines Zoologiestudiums in Jena absolviert hatte und 1960 nach Gatersleben gekommen war, in einem Interview: „Jena war damals sehr interessant, da dort gleichzeitig Lyssenkoisten lehrten, z. B. Georg Schneider, der bei Olga Lepeshinskaja in der Sowjetunion gearbeitet hatte. Obwohl er Lyssenkoist war, konnte man sich mit ihm über Mendel, Genetik, Lyssenkoismus durchaus in aller Öffentlichkeit, auch in der Vorlesung, streiten, ohne Repressalien fürchten zu müssen“ (Interview Prof. Schöneich. In: *Wissenschaft und Politik* (wie Anm. 175), S. 242-256, hier S. 243). An verschiedenen Universitäten wurden jedenfalls wie in Jena „schöpferischer Darwinismus“ und klassische Genetik nebeneinander gelehrt. Eine besonders starke Position hatte die klassische – und zugleich einzig moderne – Genetik an der Martin-Luther-Universität in Halle durch das dortige Ordinariat Stubbes; dort hielt zunächst Stubbe selbst die Vorlesung und wurde ab 1956/57, als seine Belastung durch seine Verpflichtungen als Präsident der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR immer weiter anwuchs, durch Helmut Böhme vertreten, der diese Vorlesung später auch offiziell übernahm. Auch an anderen Universitäten wurde Genetik gelesen. – Schulz, Gatersleben (wie Anm. 175), S. 51-52.

¹⁷⁹ G. Diesener: *Kulturpflanzenforschung und Pflanzengenetik in Gatersleben von der Mitte der vierziger bis zum Ende der sechziger Jahre. Entwicklungen, Konstellationen, Probleme*. In: *Auf dem Weg zur „Produktivkraft Wissenschaft“*. Hrsg. von C. Burrichter und G. Diesener. Leipzig 2002, S. 165-211, hier S. 191-192.

¹⁸⁰ Stubbe, *Geschichte* (wie Anm. 168), S. 308-310.

senschaftliche Hypothesen¹⁸¹. Dieses Vorgehen war zunächst und vor allem wissenschaftlich geboten. Man würde es sich zu leicht machen, wollte man das Verhältnis zwischen Anhängern und Gegnern Lyssenkos *in jener Zeit* (und nicht aus dem sicheren historischen Abstand, aus dem wir heute urteilen) einfach als Gegensatz von Inkompetenz und Kompetenz deuten. Unter den Anhängern befanden sich durchaus auch Biologen, die nicht nur über eine solide biologische Fachbildung verfügten, sondern sogar selbst in genetischen Instituten geforscht hatten, beispielsweise der Botaniker Werner Rothmaler, der in den frühen Jahren bis 1948 an Stubbes Institut tätig war. Helmut Böhme nennt den russischen Biologen N. I. Nušdin, der selbst klassisch-genetische Forschungen an *Drosophila* ausgeführt hatte und trotzdem ein noch dogmatischerer Lyssenkoist war als Lyssenko selbst¹⁸². Von den Ideen Lyssenkos muss eine gewisse Faszination ausgegangen sein, der nicht nur Laien auf den Leim gingen, sondern gegen die auch Fachleute nicht von vornherein immun waren. In einer subtilen Untersuchung zur Geschichte des Lyssenkoismus, die sowohl den wissenschaftshistorischen als auch den politischen und ideologischen Aspekt des Geschehens in Betracht zieht und beide zueinander in Beziehung setzt, hat Nils Roll-Hansen neuerdings gezeigt, dass die gemeinhin in den Vordergrund gestellten rein politischen Gesichtspunkte zur Erklärung dieses Phänomens nicht ausreichen: „But an explanation that refers primarily to the political suppressions of genuine science is not enough. Such accounts set Soviet Lysenkoism too much apart from normal science and prevent interesting comparison with contemporary as well as present science in the West“¹⁸³. Gegenüber Loren Graham und David Joravsky, die solche vorrangig politischen Erklärungsschemata verwendet haben, macht er geltend, „that genuine scientific issues and genuine scientific results had a more formative role in the development of Lysenkoism...“¹⁸⁴. Einerseits waren damals die biochemischen Mechanismen der Vererbung noch nicht entschlüsselt; die Argumente der Genetiker, so überwältigend und logisch korrekt sie auch immer waren, blieben indirekter Natur, so lange die molekulare Ebene der Genetik noch nicht zuverlässig erkannt war. Das gab dem Gedanken von der Vererbung erworbener Eigenschaften und seinen verschiedenen Konkretisierungen (vegetative Hybridisation usw.) den Status einer zwar verwegenen und äußerst unwahrscheinlichen, aber dennoch nicht von vornherein und ungeprüft zu verwendenden Hypothese. Wollte man dies ignorieren, so würde man den wissenschaftlichen Rang der in Gatersleben bei der Widerlegung dieser Behauptungen vollbrachten Leistung verkleinern. Andererseits stand die Genetik – wenn auch unmittelbar die Human- und nicht die Pflanzengenetik –

¹⁸¹ Böhme bringt den experimentell prüfbareren Sachgehalt der Lehren Lyssenkos auf die folgende präzise, „ideologiefreie“ Formulierung: „1. Die Vererbung ist eine Eigenschaft des gesamten Organismus. Es existieren keine diskreten Erbanlagen oder Gene. 2. Durch veränderte Umwelt- und Lebensbedingungen können erbliche Veränderungen induziert werden. Der Charakter der Veränderungen ist dem Charakter der induzierenden Bedingungen adäquat. 3. In der Auseinandersetzung mit den Umweltbedingungen erworbene Eigenschaften werden vererbt. 4. Bei Pflanzen können gezielte Veränderungen durch Pfropfung im Prozess der vegetativen Hybridisation induziert werden; es existiert kein prinzipieller Unterschied zur sexuellen Hybridisation. 5. Durch Aufzucht von Winterformen ohne Kälteschock können bei Getreide erbliche Sommerformen erzielt werden“. – Böhme, Einige Bemerkungen (wie Anm. 171), S. 58. – Spiegelbildlich dazu bringt er die Vorwürfe, die der Genetik seitens des Lyssenkoismus gemacht wurden, auf eine kompakte Formel. – H. Böhme: Genetik in der Klammer von Politik und Ideologie – Persönliche Erinnerungen. In: Acta Historica Leopoldina 36 (2000), S. 111-132, hier S. 123. – Eine äquivalente Formulierung der lyssenkoistischen Kernthesen stammt schon von Stubbe selbst. – Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 106. – In beiden Fällen ist charakteristisch, dass der naturwissenschaftliche Gehalt, der eine empirische Prüfung zuließ, strikt vom Wust der pseudophilosophischen Interpretationen abgetrennt wurde, mit dem die gängigen Darstellungen der „neuen Biologie“ Lyssenkos durchsetzt waren.

¹⁸² Böhme, Genetik in der Klammer (wie Anm. 181), S. 123-124.

¹⁸³ N. Roll-Hansen: The Lysenko effect. The politics of science. Amherst, NY 2005, S. 281.

¹⁸⁴ Ebd., S. 293.

in den Nachkriegsjahren in einem gewissen Zwielflicht. Das Naziregime hatte seine rassistische Praxis auf „rassenhygienische“ und diese wiederum auf genetische („Erbgesundheit“) Argumente gestützt. Obwohl diese Behauptungen theoretisch nicht haltbar waren und die klassische Genetik nicht für die nazistischen Irrlehren und erst recht nicht für die verbrecherische Praxis des Nationalsozialismus verantwortlich gemacht werden kann, ist es ein geschichtliches Faktum, dass sich in den Jahrzehnten vor der nationalsozialistischen Machtübernahme Genetik und eugenische bzw. rassenhygienische Lehren eng nebeneinander entwickelt haben. Es gab bedeutende Genetiker, die für rassenhygienische Gedanken offen waren – so auch Stubbes Lehrer Erwin Baur, der gemeinsam mit Eugen Fischer und Fritz Lenz Herausgeber des 1921 (4. Aufl. 1936) erschienenen Standardwerkes *Grundriss der menschlichen Erblichkeitslehre und Rassenhygiene* war, auch wenn man dem Ende 1933 verstorbenen Baur vielleicht eine gewisse ideologische Leichtfertigkeit, keineswegs aber eine bewusste Vertretung menschenfeindlicher Doktrinen zum Vorwurf machen kann¹⁸⁵. Von diesem Verdacht eventueller Verstrickung in die geistigen Grundlagen des Naziregimes war die „neue Biologie“ Lyssenkos frei. Georg Melchers – einst zusammen mit Stubbe Assistent bei von Wettstein am KWI für Biologie – mahnte ausdrücklich, bei der historischen Urteilsbildung nicht zu übersehen, „dass die Diskussion um Grundlagen und Folgerungen aus der Genetik zu einer Zeit stattfand, als die Nazis, die die grauenvollen Konsequenzen, die sie meinten, aus der Genetik ziehen zu dürfen, und damit den bis dahin größten Völkermord der Menschheit motivierten, eben erst und nicht zuletzt durch die Sowjetunion niedergekämpft waren“¹⁸⁶. Dieser zeitweilige Platzvorteil des Lyssenkoismus wird in neueren Untersuchungen zu diesem Thema kaum in Betracht gezogen.

In dieser unklaren Situation genügten verbale Argumente allein nicht, um endgültig Klarheit zu schaffen. Vielmehr war eine aufwendige experimentelle Widerlegung der Lyssenko-Doktrin unumgänglich, um ihr den Rang einer wissenschaftlich vertretbaren Hypothese ein für allemal und auf eine für jeden ernsthaften Wissenschaftler überzeugende Weise zu nehmen. Junge Biologen wurden mitunter unmittelbar durch die im angedeuteten Kontext erfahrene Unklarheit der Lage motiviert, sich selbst forschend der Genetik zuzuwenden. So bemerkt Helmut Böhme in einem autobiographischen Text, seine Erfahrungen und die seiner Familie (er war von der Praxis der nazistischen „Rassengesetze“ familiär betroffen) „hatten sehr wohl mein Interesse an Kritiken der biologischen Theorien geweckt, die offensichtlich eine Mitverantwortung an der Rassengesetzgebung und -praxis des Nationalsozialismus trugen“¹⁸⁷. Darauf gründete sich sein ursprüngliches Interesse an den Lehren Lyssenkos, das so stark war, dass er bereits während seines Studiums in Halle aus eigenem Antrieb experimentelle Untersuchungen zur Prüfung dieser Lehren durchführte. Diese Arbeiten setzte er nach Abschluss seines Studiums bei Stubbe in Gatersleben fort,

¹⁸⁵ „Nichts wissend über dieses wissenschaftliche ‚Vorleben‘ Baur, haben auch wir in Gatersleben ihn in mannigfaltiger Weise geehrt. Ein Platz in unserer Wohnsiedlung wurde nach ihm benannt und ich habe 1958 Prof. Stubbe vorgeschlagen, eine Serie von internationalen Symposien durchzuführen....“ (Böhme, *Genetik und Gesellschaft*. In: *Biologisches Zentralblatt* 110 (1991), S. 249-262, hier S. 253). Seit 1959 fanden im Abstand von zwei bis drei Jahren regelmäßig Erwin-Baur-Gedächtnisvorlesungen statt. Dabei handelte es sich nicht um einzelne Vorlesungen, sondern um anspruchsvolle Konferenzen mit repräsentativer internationaler Besetzung. Unter dem Direktorat Stubbes waren sie den Themen „Chemische Mutagenese“ (1959), „Strahleninduzierte Mutagenese“ (1961), „Struktur und Funktion des genetischen Materials“ (1963) und „Induzierte Mutationen und ihre Nutzung“ (1966) gewidmet (Stubbe, *Geschichte* (wie Anm. 168), S. 304-307).

¹⁸⁶ G. Melchers: *Vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung zum Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung. Rückblick und Ausblick*. In: *Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihre Institute. Studien zu ihrer Geschichte: Das Harnack-Prinzip*. Hrsg. von B. vom Brocke und H. Laitko. Berlin/New York 1996, S. 575-580, hier S. 578-579.

¹⁸⁷ Böhme, *Genetik in der Klammer* (wie Anm. 181), S. 124.

der während der 1950er Jahre zusammen mit mehreren seiner Mitarbeiter einen erheblichen Teil der Arbeitszeit und umfangreiche materielle Ressourcen dieser experimentellen Prüfung widmete¹⁸⁸; auch weitere maßgebende Biologen aus anderen Instituten der DDR identifizierten sich mit Stubbes Vorgehen¹⁸⁹. Die Arbeiten dienten dem Ziel, „mit einwandfreier, Fehlerquellen ausschließender Methodik eindeutige und wissenschaftlich reproduzierbare Ergebnisse für die bereits begonnenen und noch zu erwartenden wissenschaftspolitischen Auseinandersetzungen zu erhalten“¹⁹⁰. In der Wahl einer experimentellen Strategie zur Auseinandersetzung mit Lyssenko zeigte sich Stubbes wissenschaftliche Solidität, aber auch sein charakterliches Format, denn in einer gesellschaftlichen Atmosphäre allgemeiner Lobpreisung der „neuen Biologie“ war es nicht leicht, diese Arbeitsrichtung an seinem Institut zu initiieren und durchzuhalten, auch wenn die ländliche Abgeschiedenheit der Gemeinde Gatersleben seinen Entschluss erleichtert haben mag. Zugleich war dieses Vorgehen, das sich ausdrücklich jeglicher ideologischen Polemik enthielt, der vielleicht einzig mögliche, auf jeden Fall aber der sicherste Weg, die Billigung führender Funktionäre der SED zu erreichen. Prägnant hat aus westdeutscher Sicht Melchers diesen Zusammenhang mehrere Jahre nach Stubbes Tod rückblickend charakterisiert: „Der Direktor des Instituts und etliche seiner Mitarbeiter waren jedoch nicht einem sozialistischen Aufbau in diesem Teil Deutschlands feindlich gesinnt. Aber was die wissenschaftliche Arbeit angeht, so blieben sie fest bei den seit Galilei erfolgreichen glaubens- und/oder ideologiefreien Grundsätzen der Naturwissenschaft. Junge überzeugte Kommunisten, die ins Institut kamen, um, wie es damals hieß, ‚fortschrittlich‘ (also marxistisch-leninistisch ideologisch nach Lyssenko, Gluščenko und den maßgeblichen Sowjetphilosophen) zu arbeiten, bekamen Gelegenheit, in sauberen Experimenten Ergebnisse der Lyssenkoisten zu wiederholen. Es kann nicht genug hervorgehoben werden und verdient heute breiteste Öffentlichkeit: Die mit Sorgfalt und in großem Umfang nachgeprüften Ergebnisse der Sowjetforscher wurden nicht bestätigt, und diese Tatsachen wurden normal und sehr ausführlich publiziert in Zeitschriften, die auch in der DDR erschienen“¹⁹¹.

Im Mai 1951 veranstaltete das Zentralkomitee der SED eine Expertentagung zu Fragen der Agrarwissenschaften, die der Auswertung der im Winter dieses Jahres durchgeführten Studienreise gewidmet war. Stubbe kritisierte in seinem Beitrag entschieden die unqualifizierten und inkompetenten öffentlichen Attacken gegen die „formale“ Genetik; sachlich ging er zur lyssenkoistischen Propaganda auf Distanz und äußerte Zweifel an den sowjetischen Erfolgsmeldungen über angeblich gelungene Umwandlungen von Getreidearten ineinander. Alle Vorträge dieser Tagung, auch der von Stubbe gehaltene, wurden in einem Protokollband veröffentlicht¹⁹². Schon diese Tatsache weist darauf hin, dass es in der Führung der SED – obwohl sie der Besatzungsmacht Gefolgschaft leisten musste – eine gewisse Bereitschaft gab, sich dem Rat der Wissenschaftler des eigenen Landes nicht zu verschließen¹⁹³. Umgekehrt hoben solche Erfahrungen das Selbstbewusstsein der

¹⁸⁸ Stubbe, *Geschichte* (wie Anm. 168), S. 106-108; Böhme, *Einige Bemerkungen* (wie Anm. 171), S. 60-62. – Der damit verbundene Arbeitsaufwand war enorm. So berichtet Böhme: „Allein in meinen Versuchen kamen in den Jahren 1951 bis 1954 mehrere 1000 Pflanzungen verschiedener Tomaten-Genotypen nacheinander zur Ausführung, und es erfolgte die Nachkommenschaftsanalyse bei über 150.000 Pflanzen. In vergleichbarer Größenordnung führte Stubbe entsprechende Untersuchungen an Tomaten-Mutanten durch“. – Böhme, *Genetik und Gesellschaft* (wie Anm. 185), S. 258.

¹⁸⁹ E. Höxtermann: *Biologen in der DDR zwischen Tradition und Innovation, Wissenschaft und Politik*. In: *Naturwissenschaft* (wie Anm. 5), S. 233-259, hier S. 252-254.

¹⁹⁰ Böhme, *Genetik in der Klammer* (wie Anm. 181), S. 126.

¹⁹¹ Melchers, *Vom Kaiser-Wilhelm-Institut* (wie Anm. 186), S. 578.

¹⁹² H. Stubbe: *Über einige Fragen der Genetik*. In: *Die sowjetische Agrarwissenschaft und unsere Landwirtschaft*. Berlin 1952, S. 96-112.

¹⁹³ Die Eigenart der Situation bestand darin, dass häufig Funktionäre der unteren und mittleren Ebene den ideologischen Parolen, die jeweils die „Linie“ repräsentierten, wortgetreu oder sogar „hundertfünfzig-

Naturwissenschaftler¹⁹⁴. Man muss in Betracht ziehen, dass Stubbe auf dieser Tagung als designierter Präsident der DAL sprach, die am 17. Oktober 1951 (rückwirkendes Gründungsdatum 1.1.1951) eröffnet wurde. Da sowohl der Errichtung dieser Akademie als auch den damit verbundenen zentralen Personalentscheidungen Festlegungen der Führung der SED zugrunde lagen¹⁹⁵, wird man wohl so weit gehen müssen zu sagen, dass die Parteiführung bewusst einen profunden wissenschaftlichen Gegner Lyssenkos an die Spitze der DDR-Landwirtschaftsakademie stellte¹⁹⁶. Formal gesehen war Stubbe im Institutionensystem der DDR somit das Pendant Lyssenkos als des damals allmächtigen Präsidenten der sowjetischen Landwirtschaftsakademie oder, anders ausgedrückt, ein Schritt formaler „Sowjetisierung“ im wissenschaftlichen Institutionensystem wurde dazu benutzt, inhaltlich eine Gegenstrategie zu fundieren. Auf dieser Grundlage war es in der DDR – und zwar mit politischem Rückhalt in der SED-Führung – möglich, die genetische Forschung und Lehre zu verteidigen und die Lyssenko-Doktrin abzuwehren. Das war in erster Linie eine Leistung der Biologen selbst – nicht Stubbes allein, aber er spielte mit seinen Gaterslebener Mitarbeitern dabei eine herausragende Rolle –, doch Diesener sieht in diesem Erfolg auch ein Indiz dafür, „dass die Wissenschaftspolitik den Stimmen der Fachleute mehr Gehör schenkte, als zumeist erinnert wird“. Die sorgfältige experimentelle Widerlegung der Behauptungen Lyssenkos war ein Argument, das auch auf politische Funktionäre seine Wirkung nicht verfehlte: „Die Demonstration, dass sich die wissenschaftliche Rationalität auch unter ungünstigen Rahmenbedingungen gegen politischen Dogmatismus durchsetzen kann, wurde hier zur zentralen Mitgift für zukünftige Generationen von Wissenschaftlern“¹⁹⁷. Diese Prägung nahmen Stubbes Schüler in ihre eigenen Laufbahnen mit, unter ihnen auch sein Gaterslebener Amtsnachfolger Böhme.

Stubbe selbst hat in seiner in der DDR veröffentlichten Institutsgeschichte in aller Offenheit von einer durch den Lyssenkoismus verursachten dreißigjährigen Krise in der sowjetischen Biolo-

prozentig“ folgten und damit Wissenschaftlern wie Stubbe Schwierigkeiten bereiteten und sie in einen zähen Kleinkrieg verwickelten, während Spitzenfunktionäre wie Ulbricht, die eher strategisch und pragmatisch dachten, den Interventionen solcher Wissenschaftler in gewissem Maße zugänglich waren. Auch in der DAW fand er keineswegs nur Unterstützer. Ein Beispiel für die Reserve, der er auch in der Akademieleitung begegnete, ist die folgende Passage aus einem Bericht über die DAW, den der Akademiedirektor Josef Naas im Mai 1951 verfasste: „Kompliziert gestaltet sich die Arbeit im Institut für Kulturpflanzenforschung unter Prof. Stubbe, da hier die ideologischen Fragen der Genetik noch nicht zu einer ersten Klärung geführt haben. Der Stab der Mitarbeiter dieses Instituts setzt sich aus hervorragend geschulten Fachleuten zusammen und bietet die Voraussetzung für eine ausgezeichnete Entwicklung, wenn in Verbindung mit den übrigen Landwirtschaftsinstituten die Praxis zur Anerkennung sowjetischer biologischer Methoden führt“ (Bericht von Josef Naas über die DAW zu Berlin vom Mai 1951. In: Geplante Wissenschaft (wie Anm. 81), Dok. Nr. 85, S. 365-378, hier S. 372).

¹⁹⁴ In dem von der Abteilung Landwirtschaft des ZK der SED unterzeichneten Vorwort zu diesem Band wurde zwar eindeutig für die „neue Biologie“ Lyssenkos Stellung bezogen, aber immerhin eine konziliante Haltung gegenüber Vertretern anderer Ansichten angemahnt; die Diskussionen müssten „in kameradschaftlicher Weise geführt werden und nicht in der Form eines Kampfes, wie man ihn führt mit Vertretern der feindlichen Ideologien, die für die westliche Agentur arbeiten“. – Zit. in: Diesener, Kulturpflanzenforschung (wie Anm. 179), S. 196.

¹⁹⁵ Beschluss des Sekretariats des Zentralkomitees der SED über die Satzungen der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften vom 11. Januar 1951. In: Geplante Wissenschaft (wie Anm. 81), Dok. Nr. 79, S. 338-344.

¹⁹⁶ Diese Position war auch materiell außerordentlich günstig ausgestattet. Wie Ralph Jessen angibt, stieß Stubbe mit einem Monatseinkommen von 12.000 M im Bereich der DAL als einziger in die „Gipfelregion der Wissenschaftlergehälter“ vor. – R. Jessen: Akademie, Universitäten und *Wissenschaft als Beruf*. Institutionelle Differenzierung und Konflikt im Wissenschaftssystem der DDR 1949 – 1968. In: Die Berliner Akademien (wie Anm. 3), S. 95-113, hier S. 100.

¹⁹⁷ Diesener, Kulturpflanzenforschung (wie Anm. 179), S. 198.

gie gesprochen und rückblickend seine Entscheidung, über längere Zeit einen beträchtlichen Teil der Gaterslebener Institutskapazität der experimentellen Widerlegung der Behauptungen Lyssenkos und seiner Anhänger zu widmen, mit dem dringenden Wunsch legitimiert, einen Beitrag zur Überwindung dieser Krise zu leisten¹⁹⁸. Das Exempel Stubbes und seines erfolgreichen Kampfes gegen den Lyssenkoismus veranschaulicht, dass es nicht zutreffend wäre, die Naturwissenschaftler in der DDR als passive Objekte einer zentralistischen Wissenschaftspolitik zu betrachten. Sie konnten diese Politik mitgestalten, nicht nur dann, wenn sie wie Rompe selbst dem politischen System angehörten, sondern auch dann, wenn sie wie der parteilose Stubbe eher am Rand dieses Systems standen. Dabei identifizierte sich Stubbe – nach Höxtermanns Worten „streitbarer Doyen der Wissenschaft in der Politik“¹⁹⁹ –, der nicht in Kategorien der Parteipolitik dachte, aber nach Böhme „ein in hohem Grade politischer Mensch“, ein „Citoyen“ war²⁰⁰, durchaus mit der Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit, die dem Sozialismusgedanken zugrunde lag, und konnte sich von diesem Ausgangspunkt her mit den Verhältnissen in der DDR arrangieren. Doch er verhehlte auch nicht seinen Unmut über die zunehmende staatliche Bürokratie in der DDR, und seine innere Bindung an diese Gesellschaft ging nicht so weit, dass er sich nicht auch vorstellen konnte, als Wissenschaftler im anderen deutschen Staat zu arbeiten²⁰¹. Nötzoldt hat dazu ein bemerkenswertes Detail aus dem für Stubbes Nachkriegskarriere außerordentlich wichtigen Jahr 1950/51 aufgefunden: einen Brief an den Heidelberger Astronomen Johann Kienle, der Mitglied der DAW war, vom 12.3.1951, also aus der Zeit zwischen der Delegationsreise an die sowjetische Landwirtschaftsakademie und der vom ZK der SED im Mai 1951 veranstalteten Tagung, auf der er zur Lage in der Genetik sprach. Aus diesem Brief geht hervor, dass sich Stubbe – verärgert über den administrativen Umgang mit seinem Gaterslebener Institut – einige Monate zuvor um einen Wechsel zur MPG bemüht hatte. Die MPG ließ ihn – wie Stubbe vermutete, unter dem Druck einflussreicher Quertreiber – jedoch ohne Antwort: „Wenn die Max-Planck-Gesellschaft sich allerdings derartiges bieten lässt, tut sie mir leid, und ich kann nur noch ‚Götz von Berlichingen‘ zitieren. Fast jeder maßgebende Mensch in der Max-Planck-Gesellschaft kennt mich. Möge mir also in Zukunft keiner mehr einen Vorwurf machen, dass ich noch hier bin! Ich muss ja befürchten, dass ich auch als

¹⁹⁸ „Die durch den Einfluss der Persönlichkeit und der Arbeiten Lyssenkos bedingte 30jährige Krise in der Biologie der Sowjetunion und anderer Länder machte es erforderlich, die Vorstellungen Lyssenkos zu einigen Fragen der Genetik an großem Material zu überprüfen, obwohl nach den äußerst exakten Untersuchungen der klassischen Genetik sehr wahrscheinlich war, dass seine Behauptungen einer ernsthaften Nachprüfung nicht standhalten würden. [...] Wir haben unsere Versuche zu einigen der genannten Probleme stets als einen Beitrag zur Überwindung der Krise aufgefasst, die über viele Jahre das wissenschaftliche Leben in der Sowjetunion entscheidend gestört und deren Volkswirtschaft schwer geschädigt hat. Diese Krise griff auch auf andere Länder über und erfasste Menschen, die entweder nur sehr geringe Kenntnisse und Erfahrungen auf dem Gebiet der Genetik hatten oder die glaubten, sich als Propagandisten einer neuen Lehre beliebt zu machen“. – Stubbe, *Geschichte* (wie Anm. 168), S. 106-107.

¹⁹⁹ Höxtermann, *Biologen* (wie Anm. 189), S. 254.

²⁰⁰ H. Böhme: Gedanken zum 100. Geburtstag von Hans Stubbe. In: *Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät*, Bd. 55, 2002, H. 4, S. 115-128, hier S. 126; H. Böhme: Hans Stubbe (1902 – 1989) – Mutationsforschung und Pflanzenzüchtung. In: *Sachsen-Anhalt – eine Wiege der Pflanzenzüchtung*. Hrsg. von M. Stein. o. O. 1998, S. 61-68.

²⁰¹ Ekkehard Höxtermann bemerkt dazu: „Stubbe, wie auch andere Biologen seiner Generation und Fassung, hätten leicht grenzüberschreitend ausweichen können. Die eigentlichen Gewinner ihres Festhaltens an wissenschaftlichen Positionen und Prinzipien waren daher die jüngeren Biologen der DDR, die auch fürderhin den exakten, internationalen Standards ihrer Fachgebiete genügten und bei aller politischen Loyalität zwischen Ideologie und Methodologie zu differenzieren suchten“. – Höxtermann, *Biologen* (wie Anm. 189), S. 254.

Steineklopfer dort drüben nicht mehr Anstellung finde, weil ich kommunistisch infiziert bin“²⁰². Es ist nicht auszuschließen, dass gerade diese Erfahrung Stubbe endgültig dazu bewegt hat, seine weitere wissenschaftliche Laufbahn mit der DDR zu verbinden, um so mehr, als sie mit der komplementären Erfahrung einherging, in der DDR etwas durchsetzen zu können. Ihren Entschluss, das Potential der agrarwissenschaftlichen Forschung institutionell zu konzentrieren, hatte die Führung der SED auf ihrem III. Parteitag im Juli 1950 verkündet. Dort hatte dieser Plan allerdings noch die Gestalt einer beabsichtigten weiteren Stärkung der DAW. Ulbricht erklärte in seinem Referat, es solle ein Zentralinstitut für Wissenschaft und Forschung in der Landwirtschaft geschaffen werden, dem alle Forschungs- und Versuchsanstalten zu unterstellen wären und das seinerseits der DAW angegliedert werden sollte. Die DAW hatte dafür schon wesentliche Voraussetzungen geschaffen – sie hatte 1949 eine Klasse Landwirtschaftliche Wissenschaften gegründet, zu deren Sekretar Eilhard Mitscherlich gewählt wurde, und sie hatte zwei bedeutende Institute mit relevantem Profil in ihren Bestand aufgenommen, nämlich das von Stubbe geleitete Institut für Kulturpflanzenforschung und das Institut zur Steigerung der Pflanzenerträge unter Mitscherlich in Paulinenaue. In den Monaten nach dem III. Parteitag änderte sich aber die Position der SED-Führung in dieser Frage: Nunmehr sollte die Agrarwissenschaft insgesamt aus der DAW herausgenommen und in einer neu zu gründenden Landwirtschaftsakademie zusammengefasst werden. Dieser Beschluss war offenbar hinter dem Rücken der DAW ausgehandelt worden und wurde dieser als ein Diktat verkündet, wie aus Stubbes erwähntem Brief an Kienle hervorgeht: „Während meiner Abwesenheit in der Sowjet-Union haben die Minister einen Beschluss gefasst – mein Institut von der Deutschen Akademie in die Landwirtschaftsakademie, die gerade geboren wird zu überführen. Ich erfuhr dies aus der Verlesung des Protokolls aus dem Munde des Herrn Präsidenten und musste mich bis zum Ende der Sitzung beherrschen, dann habe ich zum erstenmal im Plenum gebrüllt mit dem Erfolg, dass viele Kollegen mich hinterher beglückwünschten. Man hält es also nicht einmal für nötig, den Erbauer dieses Instituts, der sich seit sechs Jahren mit dem Ausbau herumquält, um seine Ansicht zu fragen“²⁰³. Die DAW nahm dieses Diktat, vielleicht aufgrund des vehementen Protestes von Stubbe, jedoch nicht ohne weiteres hin, so dass sich die DDR-Führung zu einer Revision ihres Vorgehens gezwungen sah. Zwar wurde die DAL wie vorgesehen als selbständige Organisation gegründet, doch die beiden Institute blieben bei der DAW – das Institut in Paulinenaue bis zum Tod seines Direktors Mitscherlich (1957 wurde es in die DAL überführt), das Institut in Gatersleben bis zum Ende der DDR. Wie Nötzoldt schreibt, wurde Stubbe in diesem Zusammenhang die Präsidentschaft der DAL angeboten²⁰⁴. Aber unabhängig davon, ob dies tatsächlich eine Antwort auf Stubbes vehementen Protest gewesen ist oder ob er nicht vielleicht doch schon von vornherein als Präsident der neuen Akademie vorgesehen war – seine Doppelstellung als Präsident einer eigenen Akademie und als Direktor eines sehr großen und weltweit hochangesehenen DAW-Instituts hob ihn jedenfalls in die Spitzengruppe der wissenschaftspolitisch einflussreichen Naturwissenschaftler der DDR. Zugleich förderte sie eine weitgefächerte Kooperation zwischen DAW und DAL, die dem wissenschaftlichen Niveau der letzteren zugute kam²⁰⁵. Die DAL zu Berlin (ab 1972: Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR) war in struktureller Hinsicht ähnlich wie die DAW eine Verbindung einer Gelehrtengesellschaft aus gewählten Mitgliedern mit einer Forschungsorganisation und verfügte über eine bedeutende Kapazität; voll ausgebaut, betrug ihre Mitarbeiterzahl etwa zwei Drittel von jener der DAW – gegen Ende der DDR waren es knapp 10.000 Personen.

²⁰² H. Stubbe an J. Kienle, 12.3.1951. Zit. in: Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39), S. 83.

²⁰³ Ebd.

²⁰⁴ Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39), S. 83.

²⁰⁵ Scheler, Von der Deutschen (wie Anm. 53), S. 285-286.

3.2.2. Startkonditionen in Ostdeutschland

Der Umstand, dass Stubbes Nachkriegslaufbahn im Osten und nicht im Westen Deutschlands begann, war wie bei vielen Menschen seiner Generation vom Zufall bestimmt. Sein Institut war 1943 als Kaiser-Wilhelm-Institut für Kulturpflanzenforschung in Wien gegründet worden²⁰⁶. Als sich die militärische Niederlage und der politische Zusammenbruch Hitlerdeutschlands abzeichneten und damit auch abzusehen war, dass der Anschluss Österreichs an Deutschland hinfällig werden würde, bot sich Stubbe durch Vermittlung von Gustav Becker, der früher Assistent bei von Wettstein war und seit 1935 die genetische Forschungsabteilung des Quedlinburger Saatzuchtbetriebes Gebrüder Dippe AG leitete²⁰⁷, die Gelegenheit, Forschungsmaterial und Ausrüstungen des Instituts nach Mitteldeutschland zu evakuieren, zunächst provisorisch nach Stecklenberg im Harz²⁰⁸. Dieser Ort war zwar von amerikanischen Truppen besetzt worden, wurde aber im Sommer 1945 entsprechend den Vereinbarungen zwischen den vier Mächten über die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen an die sowjetischen Behörden übergeben.

Bis Kriegsende hatte Stubbe seine gesamte wissenschaftliche Laufbahn innerhalb der KWG absolviert. Als Schüler und Mitarbeiter des renommierten Pflanzengenetikers und Agrarwissenschaftlers Erwin Baur²⁰⁹ – des Initiators einer Forschungsrichtung, die man heute mit Böhme genetisch orientierte Kulturpflanzenforschung nennen könnte²¹⁰ – hatte er sie in dessen 1927 gegründetem KWI für Züchtungsforschung in Müncheberg bei Berlin begonnen. Als er 1936 nach einem inszenierten Konflikt, dessen eigentlicher Grund die NS-konforme Regulierung der internen Machtverhältnisse am Müncheberger Institut nach Baur's frühem Tod war, seinen bisherigen Arbeitsplatz verlassen musste, fand sich für ihn innerhalb der KWG ein Ausweg. Fritz von Wettstein „interessierte sich nicht für die gegen Stubbe erhobenen Vorwürfe der politischen Unzuverlässigkeit und übernahm ihn an sein Institut. Er gewann damit den führenden deutschen Experten auf dem Gebiet der pflanzlichen Mutationsforschung“²¹¹. Im KWI für Biologie in Berlin-Dahlem fand Stubbe einen sicheren Hafen, und von hier aus ebnete ihm von Wettstein später auch den Weg an die Spitze des von ihm initiierten Wiener Instituts. In den ersten Nachkriegsmonaten war das weitere Schicksal des Instituts zunächst ungewiss. Wie Stubbe mitteilt, wurden verschiedene Möglichkeiten erwogen und geprüft, insbesondere eine Rückführung nach Wien und eine Verlagerung nach Berlin-Dahlem. Über die Zukunft des Instituts entschieden habe schließlich die im Herbst 1945 in der SBZ durchgeführte Bodenreform: „Der mitteldeutsche Raum als Zentrum der

²⁰⁶ Die Frage, warum die KWG überhaupt die Idee verfolgte, *neben* ihrem großen Institut für Züchtungsforschung in Müncheberg noch ein gesondertes Institut für Kulturpflanzenforschung zu gründen, statt das erstere weiter auszubauen, muss hier offen bleiben. Ich vermag nicht zu beurteilen, inwieweit Sachfragen einer sinnvollen Komplettierung des Themenspektrums der KWG oder eher politische Spannungen oder persönliche Rivalitäten den Ausschlag gaben. Bernd Gausemeier hat nachgewiesen, dass es in dieser Frage zwischen Wilhelm Rudorf, dem Direktor des Müncheberger Instituts (KWIZ), und Wettstein zu einem ernsthaften Konflikt kam: „1939 ergab sich ein schwerwiegender Konflikt, als Wettstein begann, ein genetisches Institut für die Sammlung und Bearbeitung von Wildpflanzen zu planen. KWIZ-Direktor Rudorf betrachtete dies, nicht zu Unrecht, als Angriff auf ‚sein‘ Terrain und lief bei allen Würdenträgern Sturm gegen das ‚Konkurrenzunternehmen‘“. – B. Gausemeier: *Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933 – 1945*. Göttingen 2005, S. 137.

²⁰⁷ Diesener, *Kulturpflanzenforschung* (wie Anm. 179), S.177. – Die Zusammenarbeit zwischen Stubbe und Becker war auch weiterhin sehr eng. Im ersten Jahrzehnt der DAL-Präsidentschaft Stubbes stand Becker als Vizepräsident an seiner Seite.

²⁰⁸ Stubbe, *Geschichte* (wie Anm. 168), S. 21.

²⁰⁹ H.-P. Kröner, R. Toellner, K. Weisemann: *Erwin Baur. Naturwissenschaft und Politik*. Köln 1994.

²¹⁰ Böhme, *Genetik und Gesellschaft* (wie Anm. 185), S. 253.

²¹¹ Gausemeier, *Natürliche* (wie Anm. 206), S. 138.

deutschen Saatzuchtbetriebe schien für seine künftige Lage besonders geeignet. Dank der eindeutigen Unterstützung durch die Sowjetische Administration in Halle, vertreten durch Major Pashkin, wurde dem Institut Ende 1945 die über 500 ha große Domäne Gatersleben im Kreise Quedlinburg [...] als neue Arbeitsstätte übergeben“²¹². Der Beschluss der sowjetischen Militärverwaltung, die Domäne Gatersleben aus dem zur Aufteilung bestimmten Bodenfonds der Bodenreform herauszulösen und ungeteilt an das Institut zu übertragen, war für dessen Zukunft in der Tat entscheidend. Böhme hebt ausdrücklich hervor, dass die sowjetische Unterstützung auf die politisch-administrative Sicherstellung der Existenz des Instituts beschränkt blieb und dessen wissenschaftliche Autonomie von Anfang an strikt respektiert wurde: „In die inhaltliche Gestaltung der wissenschaftlichen Tätigkeit haben sich Offiziere der SMAD in keiner Weise, weder materiell noch intellektuell, eingeschaltet“²¹³. Die Übersiedlung der Mitarbeiter von Stecklenberg nach Gatersleben erfolgte zwischen Oktober 1945 und Januar 1946. Allerdings war dieser Umzug noch keineswegs mit einer bewussten Trennung von der KWG verbunden, deren Perspektive zu jener Zeit auch in den westlichen Besatzungszonen noch ganz und gar unentschieden war. Auf Veranlassung der DZVV wurde das Institut im Spätherbst 1945 der Martin-Luther-Universität Halle (deren Betrieb damals noch ruhte) als der nächstgelegenen Universität zugeordnet, und bei deren offizieller Wiedereröffnung am 1.2.1946 bestand Stubbe auf der offiziellen Bezeichnung „KWI für Kulturpflanzenforschung, angegliedert der MLU Halle/Wittenberg“²¹⁴. Für das ungebrochene Gefühl institutioneller Verbundenheit sprach auch, dass Stubbe – wie er ausdrücklich erwähnt, mit Genehmigung der zuständigen Behörden – in den Hungerjahren 1945 und 1946 aus den Überschüssen der Abteilung Landwirtschaft seines Instituts mehrfach Lebensmittel für die Mitarbeiter der Berliner Kaiser-Wilhelm-Institute zur Verfügung stellte²¹⁵. Zunächst berichtete er über die Tätigkeit des Instituts weiterhin an die (in jener Zeit ihrer Rechtsstellung nach allenfalls halboffiziellen) Verwaltungsorgane der KWG, und er scheint auch ungeachtet aller bis dahin erfahrenen Unterstützung den Zusicherungen der sowjetischen Organe nicht ganz getraut zu haben. Elvira Scheich zitiert aus einem Bericht Stubbes vom 1.1.1946 („Die gegenwärtige Lage des KWI für Kulturpflanzenforschung“), in dem dieser schrieb, er würde es begrüßen, wenn das Institut seinen Standort im westlichen Besatzungsgebiet hätte. Der Grund dafür liege in der Unberechenbarkeit der russischen Maßnahmen: „Wenngleich das Institut bisher in vollem Maße von der russischen Besatzung respektiert wurde, so besteht doch die latente Gefahr eines Abtransportes von Menschen und Material nach Osten, vornehmlich dann, wenn die von den Russen gewünschten Vertragsabschlüsse unter einem gewissen Zwang zustande kommen sollten. Ganz allgemein schafft die russische Mentalität nicht die Voraussetzung für stetige wissenschaftliche Arbeit“²¹⁶.

Als das Institut 1948 an die DAW zu Berlin übergang, war der Bezug auf die KWG aus seiner offiziellen Bezeichnung verschwunden. Die Gestaltung der Versuchsflächen, der Baulichkeiten und der Infrastruktur in Gatersleben war in dieser Zeit bereits so weit vorangeschritten, dass es töricht gewesen wäre, eine abermalige Verlegung des Instituts auch nur als Gedankenspiel zu erwägen. 1949 wurde Stubbe auf Vorschlag von Eilhard Mitscherlich zum Ordentlichen Mitglied der DAW gewählt, und er erhielt den in diesem Jahr erstmalig verliehenen Nationalpreis der DDR. Die aus seiner Tradition herrührende gesamtdeutsche Bindung des Instituts aber blieb – in den Formen, die in der DDR jeweils möglich waren – weiterhin erhalten und wurde von Stubbe mit

²¹² Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 22.

²¹³ H. Böhme: Brief an Rainer Hohlfeld. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Bd. 26, Jg. 1998, H. 7, S. 123-125, hier S. 124.

²¹⁴ Diesener, Kulturpflanzenforschung (wie Anm. 179), S. 180.

²¹⁵ Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 23.

²¹⁶ Zit. in: E. Scheich: Elisabeth Schiemann (1881 – 1972). Patriotin im Zwiespalt. In: Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus. Hrsg. von S. Heim. Göttingen 2002, S. 250-279, hier S. 276 Fußn. 92.

Sorgfalt gepflegt. Er bemühte sich auch um kollegiale Beziehungen zur Max-Planck-Gesellschaft, die in Westdeutschland die Nachfolge der KWG übernommen hatte. Bereits 1952 und dann wieder 1955 besuchte er das KWI für Biologie in Tübingen. In den nachfolgenden Jahren unternahm sowohl Stubbe als auch verschiedene seiner Mitarbeiter wiederholt Studien- und Vortragsreisen in die Bundesrepublik Deutschland, nicht nur an Max-Planck-Institute, sondern auch an Universitäten²¹⁷. In den Gaterslebener Institutskolloquien traten häufig Vortragende aus der Bundesrepublik auf (auch der Mauerbau brachte hier keine wesentliche Veränderung); zwischen 1950 und 1968 fanden weit mehr als einhundert selbständige Vortragsveranstaltungen mit Referenten aus den verschiedensten wissenschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik statt²¹⁸. Eine ganz wesentliche Rolle für die innerdeutschen Verbindungen spielten mehrere traditionsreiche biologische Fachzeitschriften, deren Wiedererscheinen nach dem Krieg Stubbe in komplizierten Verhandlungen durchgesetzt hatte: *Biologisches Zentralblatt*, *Zeitschrift für induktive Abstammungs- und Vererbungslehre* (ZIAV, ab 1967: *Molecular and General Genetics*), *Der Züchter* (ab 1968: *Theoretical and Applied Genetics*), *Zeitschrift für Pflanzenzüchtung*. Für alle diese Zeitschriften übte Stubbe die Funktion des Schriftleiters aus, für die ZIAV gemeinsam mit Georg Melchers (Tübingen), und die Redaktionskollegien waren in allen Fällen gesamtdeutsch besetzt²¹⁹: „Die Redaktion der eben genannten Zeitschriften war lange Jahre in unserem Haus, obwohl die herausgebenden Verlage, mit denen eine hervorragende Zusammenarbeit organisiert war, sich in West-Berlin oder West-Deutschland befanden. Wir alle, die Gaterslebener Wissenschaftler, profitierten übrigens davon in der schwierigen Situation hinsichtlich der Versorgung mit Fachliteratur bei kontinuierlichem Mangel an West-Devisen“²²⁰. Die im Trend liegende Erweiterung der Rezensionsteile brachte in Gestalt von Besprechungsexemplaren zahlreiche wichtige internationale Neuerscheinungen in die Gaterslebener Institutsbibliothek. In gewissem Sinne kann man davon sprechen, dass Gatersleben in den 1950er und 1960er Jahren – also auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges – immer eine Art gesamtdeutsches Institut geblieben ist. Das war in der DDR zu jener Zeit auch für Akademieinstitute nicht selbstverständlich, sondern eine seltene Ausnahme.

Im Februar 1953 erhielt Stubbe sogar ein Angebot des MPG-Präsidenten Otto Hahn, die Leitung eines neuen Instituts für Genetik zu übernehmen. Hätte ihn im Winter 1950/51 ein solches Angebot erreicht, dann hätte er es mit Sicherheit ernsthaft erwogen und vielleicht sogar angenommen. Nunmehr, als Präsident der DAL, dürfte er es von vornherein lediglich als Argument gegenüber Staats- und Parteigremien der DDR eingesetzt haben. Letzteres tat er jedenfalls mit großem Geschick – wie Diesener bemerkt, auf eine Weise, „die eine neue Qualität seines Umgangs mit der Partei- und Staatsführung der DDR bedeutete“²²¹. Zunächst ließ er den Direktor der DAW brieflich wissen, dass er dem Ruf in die BRD folgen wolle, da die ständigen öffentlichen Angriffe gegen die Genetik in der DDR unerträglich seien und sich der Ausbau seiner genetischen Abteilung am Gaterslebener Institut zu einem leistungsfähigen Forschungszentrum infolge häufiger Kürzungen der zugesagten Investitionsmittel unzumutbar verzögere. Danach trug er die Situation in Berlin

²¹⁷ Nach der Errichtung der Mauer fanden zunächst keine Reisen in die BRD mehr statt; 1964 setzte diese Reisetätigkeit wieder – und zwar recht lebhaft – ein und umfasste eine größere Anzahl von Gaterslebener Wissenschaftlern als vor 1961. Es gab sogar Reisen nach Westberlin; das ist eine bemerkenswerte Tatsache, denn dienstliche Reisen dorthin waren in der DDR noch weitaus schwieriger zu realisieren als in das eigentliche BRD-Gebiet. – Eine vollständige namentliche Übersicht aller Teilnahmen von Wissenschaftlern des Instituts an internationalen Tagungen von 1947 bis 1968 ist enthalten in: Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 330-361.

²¹⁸ Eine komplette namentliche und thematische Aufstellung aller am Institut von 1944 bis 1968 veranstalteten Colloquien und Vorträge befindet sich in: Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 308-326.

²¹⁹ Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 295-303.

²²⁰ Böhme, Gedanken (wie Anm. 200), S. 124-125.

²²¹ Diesener, Kulturpflanzenforschung (wie Anm. 179), S. 200.

Walter Ulbricht und Paul Wandel in einem persönlichen Gespräch vor. Das Ergebnis dieses Vorgehens war die Zusage erhöhter Mittel für die schnelle Fertigstellung der Institutsgebäude in Gatersleben und der Beschaffung der erforderlichen Forschungsapparaturen; allein für das laufende Jahr 1953 erhielt er eine Nachbewilligung von knapp einer Viertelmillion Mark²²².

Vermutlich haben die Juniereignisse 1953 dazu beigetragen, dass Stubbes immerhin nicht ganz risikolose Drohung gegenüber den Behörden einen so schnellen und durchgreifenden Erfolg hatte. Doch es ist anzunehmen, dass Stubbe auch ohne diese temporäre Erschütterung der politischen Macht der SED zum Ziel gekommen wäre. Für die DDR bedeuteten er und sein Gaterslebener Institut in mehrfacher Hinsicht sehr viel, und das war der politischen Führung voll bewusst. Einerseits nötigte die Devisenlage des Landes zu einem möglichst hohen Grad an Eigenversorgung mit Nahrungsmitteln; dabei hatte das Institut für Kulturpflanzenforschung auf lange Sicht eine Schlüsselstellung inne. Zum anderen benötigte die DDR kulturelle „Leuchttürme“, um ihr internationales Ansehen zu verbessern und die Auswirkungen des diplomatischen Boykotts zu entschärfen, dem die NATO-Staaten im Kalten Krieg die DDR unterworfen hatten und der in Gestalt der sogenannten Hallstein-Doktrin zum Bestandteil der Staatsräson der BRD geworden war. Während der ganzen hier betrachteten Periode hatte die DDR allein zu den Ländern des Ostblocks diplomatische Beziehungen; seitens des Westens – und unter dessen Druck auch seitens der übrigen Welt – war sie diplomatisch isoliert²²³. Institute vom Rang Gaterslebens waren ebenso wie der Leipziger Thomanerchor oder das Brecht-Theater (Berliner Ensemble) geeignet, dem Anspruch der DDR auf Normalität in den internationalen Beziehungen Nachdruck zu verleihen. Das alles muss in Betracht gezogen werden, um zu erklären, weshalb sich Stubbe und andere prominente Naturwissenschaftler mit internationalem Renommee gegenüber der DDR-Führung mit ihren Forderungen oft relativ leicht durchsetzen konnten, ungeachtet der in der DDR herrschenden notorischen Knappheit an Mitteln. Nicht selten war es so, dass zunächst untergeordnete Instanzen Kürzungen und Restriktionen verhängten, diese aber wieder aufgehoben wurden, sobald sich Persönlichkeiten wie Stubbe direkt bei Ulbricht oder anderen Spitzenfunktionären darüber beklagten. Aufschlussreich ist eine unscheinbare Notiz, die 1957 im *Mitteilungsblatt der DAW* zu lesen war: „Das *Institut für Kulturpflanzenforschung* in Gatersleben (Direktor: Prof. Dr. H. Stubbe, Verwaltungsleiter: Herr Dümichen, Investitionsverantwortlicher: Herr Kinast) hat auch im letzten Jahr wieder seinen Investitionsplan voll, d.h. ohne Überhang, erfüllt. Damit konnte das Institut vier Jahre lang ohne Unterbrechung alle in den einzelnen Jahresplänen enthaltenen Investitionen restlos verwirklichen. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als es keiner anderen Einrichtung unserer Akademie bisher gelungen ist, eine derart gute Planerfüllung zu erreichen“²²⁴.

3.2.3. Das Werden einer Forscherpersönlichkeit und seine geschichtlichen Umstände

Als die DDR gegründet wurde, verfügte Stubbe bereits über ein unbestrittenes internationales Ansehen. Es spricht für seine ungewöhnliche Begabung, dass er sich dieses Ansehen unter den Bedingungen der Naziherrschaft erarbeiten konnte, denn er hatte erst wenige Jahre vor dem

²²² Ebd.

²²³ In dieser Situation des internationalen Boykotts konnten Wissenschaftler aus der DDR die für Reisen in das westliche Ausland erforderlichen Papiere nur beim Allied Travel Office in Westberlin beantragen und erhalten. Wenn eine Reise von den Behörden der DDR genehmigt worden war, konnte diese Behörde ihre Zustimmung ohne weiteres versagen. Solche Restriktionen trafen auch weltweit geachtete Wissenschaftler wie Stubbe. In den frühen 1960er Jahren wurde eine Reise Stubbes an verschiedene Universitäten und Forschungsinstitute der USA, von denen dieser mit der Zusicherung der Kostenübernahme eingeladen worden war, auf diese Weise blockiert. – Kocka, Nötzoldt, Walther, Resümee (wie Anm. 173), S. 428.

²²⁴ *Mitteilungsblatt der DAW* zu Berlin 3 (1957) 4, S. 77.

Machantritt Hitlers sein Studium abgeschlossen, und das für seine eigenen Forschungsleistungen entscheidende Jahrzehnt seiner Karriere verlief ganz unter den Bedingungen des NS-Staates. Freilich bezeugt dies auch, dass er sich die bestehenden Bedingungen mit großem Geschick zunutze zu machen verstand, ohne die Grenzen eines distanzierten Verhältnisses zum Nationalsozialismus zu überschreiten. In historischen Arbeiten über die Wissenschaft im „Dritten Reich“, die Stubbes Tätigkeit berühren, wird ihm dies allgemein bescheinigt. Wie Susanne Heim schreibt, ist seine Person „für eine Untersuchung über das Verhältnis von Wissenschaft und Macht während des Nationalsozialismus von besonderem Interesse, da Stubbe der nationalsozialistischen Herrschaft eher ablehnend gegenüberstand und dadurch auch manche Nachteile in Kauf zu nehmen hatte, aber dennoch eine beachtliche Karriere machte“²²⁵. Hans-Peter Kröner, Richard Toellner und Karin Weisemann bemerken, dass Stubbe – ähnlich wie Hermann Kuckuck und Rudolf Schick, die ebenfalls bei Baur arbeiteten – eher sozialdemokratisch orientiert war, ganz im Gegensatz zu Baur Schwiegersohn Klaus von Rosenstiel, der schon vor 1933 der SS angehörte und am Aufbau einer NSDAP-Betriebsgruppe in Müncheberg beteiligt war²²⁶. Die drei Autoren analysieren die Hintergründe der Entlassung von Stubbe, Schick und Kuckuck im Jahre 1936 aus dem Müncheberger Institut und besonders die denunziatorische Rolle, die das NSDAP-Mitglied Bernhard Husfeld dabei spielte²²⁷. Nach dem plötzlichen Tod Baur hatte der KWG-Präsident Max Planck zunächst Stubbe mit der kommissarischen Leitung des Instituts betraut, dann aber mit einem Schreiben vom 5.12.1933 diese Entscheidung widerrufen und stattdessen Husfeld zum kommissarischen Leiter ernannt. 1936 beschuldigte dieser die drei jungen Wissenschaftler der „Aufhetzung der Gefolgschaft gegen den Betriebsführer und der Gefolgschaftsmitglieder unter sich“: „Hauptangriffsziel war Stubbe, dem vorgeworfen wurde, er habe vor 1933 Tucholsky zitiert, sich über das Militär lustig gemacht, die Parteiabzeichen der NSDAP als Garderobenmarke bezeichnet und die Einführung des ‚Eintopfsonntages‘ als ‚Knechtung der persönlichen Freiheit‘ gebrandmarkt“²²⁸. An Stubbes innerer Distanz zum Naziregime kann kein Zweifel bestehen.

Sein wissenschaftlicher Ruf gründete sich vor allem auf seine Forschungen über strahleninduzierte Mutationen, eine Arbeitsrichtung, die um 1930 die Forschungsfront in der Genetik markierte. Sein prägendes Erlebnis war wohl der von Baur organisierte V. Internationale Kongress für Vererbungswissenschaften in Berlin 1927, an dem er – noch als Student – teilnahm und auf dem Hermann J. Muller über die Steigerung der Mutationsrate bei *Drosophila* vortrug. Zudem war er mit dem russischen Genetiker Nikolai W. Timoféeff-Ressovsky befreundet, der am KWI für Hirnforschung in Berlin-Buch arbeitete und sich dort mit strahlenbiologischen Untersuchungen an *Drosophila* befasste. Auf höhere Pflanzen ließ sich die Methodik der *Drosophila*-Untersuchungen nicht unverändert übertragen. Es war Stubbes große Leistung, präzise strahlenbiologische Methoden der experimentellen Mutationsforschung in der Pflanzengenetik entwickelt zu haben. Das Objekt, das im Zentrum seines Experimentalsystems stand, war die von Baur in die Vererbungs-forschung eingeführte Art *Antirrhinum majus* (Löwenmäulchen)²²⁹, von der das Müncheberger

²²⁵ S. Heim: Forschung für die Autarkie. Agrarwissenschaft an Kaiser-Wilhelm-Instituten im Nationalsozialismus. In: Autarkie (wie Anm. 216), S. 145-177, hier S. 157. – Als wesentlich unausgewogener kritisieren Böhme und Diesener das von Heim in einem 2003 erschienenen Buch (S. Heim: Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933 – 1945. Göttingen 2003) gezeichnete Bild Stubbes. Sie verwahren sich insbesondere dagegen, ihn als einen „Diener“ der Macht zu bewerten. – Böhme, Diesener, Kulturpflanzenforschung (wie Anm. 7), S. 46.

²²⁶ Kröner, Toellner, Weisemann, Erwin Baur (wie Anm. 209), S. 85.

²²⁷ Ebd., S. 104-106.

²²⁸ Ebd., S. 105.

²²⁹ H. Stubbe: Entwicklung und Stand der Mutationsforschung in der Gattung *Antirrhinum*. In: Die Naturwissenschaften 22 (1934), S. 260-264; ders.: Spontane und strahleninduzierte Mutabilität. Leipzig

Institut über ein geeignetes Sortiment verfügte: „Es war ein nicht zu unterschätzender Prestigefaktor, dass die Müncheberger Arbeitsgruppe sozusagen Exklusivbesitzer eines der genetisch am besten bekannten Modellorganismen war“²³⁰. Die zentrale Bedeutung gut ausgewählter Modellorganismen für die genetische Forschung, die von Hans-Jörg Rheinberger am Beispiel der Forschungen von Alfred Kühn über die Mehlmotte *Ephestia kühniella* Zeller grundsätzlich diskutiert wird²³¹, war in Stubbes Denken ein wichtiges Thema: „Der Einführung neuer, besonders geeigneter Objekte in die genetische Forschung galt seine besondere Aufmerksamkeit...“²³². Die Mutationsforschung gehörte zu jenen Gebieten, die durch den Reichsforschungsrat des „Dritten Reiches“ besonders gefördert wurden; man erwartete, dass mit Hilfe experimentell erzeugter Mutationen ertragreiche neue Kulturpflanzen für das Autarkieprogramm der deutschen Landwirtschaft beschleunigt gezüchtet werden könnten²³³. Stubbe beschränkte sich nicht auf die Strahlengenetik, sondern ging, nachdem er diese als in ihren Grundzügen abgeschlossen eingeschätzt hatte, zur Untersuchung der möglichen mutagenen Wirkung natürlicher Gifte und pharmazeutischer Produkte über und befasste sich weiter auch mit dem Einfluss der unterschiedlichen Zusammensetzung von Böden auf das Auftreten von Mutationen²³⁴.

In seinen Arbeiten plädierte er dafür, dass in der Genetik der Zellkern nicht isoliert untersucht, sondern die Zelle als Ganzheit betrachtet werden solle, und beschäftigte sich mit der Bedeutung des Zellplasmas für die Vererbung. Um 1937 neigte er auch zu der Auffassung, dass es ungeachtet aller Erkenntnisse über den Zufallscharakter des Auftretens von Mutationen möglich sein könnte, durch geeignete Versuchsbedingungen die Richtung von Mutationen zu beeinflussen (Idee der „Mutationslenkung“) und so Mutanten mit gewünschten Eigenschaften herzustellen. In einem Schreiben an die DFG vom 6.2.1937 äußerte er im Zusammenhang mit Versuchen zur chemischen Behandlung von Pflanzensamen die Hoffnung, „spezifisch wirkende Verbindungen zu finden, d.h. Stoffe, durch die mit Sicherheit ganz bestimmte Mutationen erzeugt werden können“²³⁵. Bernd Gausemeier konstatiert: „Es ist für Stubbes weitere wissenschaftliche Entwicklung bedeutsam, dass solche Hoffnungen enttäuscht wurden“²³⁶. Vielleicht war dieses Stadium seiner Überlegungen maßgebend dafür, dass er später die Behauptungen Lyssenkos einer ernsthaften experimentellen Prüfung für würdig erachtete und sie nicht einfach von vornherein als pseudo-wissenschaftliche Ideologie verwarf.

Als sich die Hoffnung auf die Erzeugung gerichteter Mutationen nicht erfüllte, orientierte sich die deutsche Züchtungsforschung stärker auf den zweiten großen Leitgedanken, der Stubbe schon zu Beginn seiner Laufbahn fasziniert hatte. Auf dem Berliner Genetikerkongress 1927 hatte auch der später von Lyssenko und dessen Anhängern bekämpfte und 1943 im Gefängnis verstorbene sowjetische Genetiker Nikolai I. Wawilow referiert und mit dem Vortrag *Geographische Grenzen unserer Kulturpflanzen* seine Genzentrentheorie vorgestellt. Danach war die Rückkreuzung der Kulturpflanzen mit ihren wilden Ursprungsformen eine wichtige Methode der Züchtung, um

1937.

²³⁰ B. Gausemeier: Mit Netzwerk und doppeltem Boden. Die botanische Forschung am KWI für Biologie und die nationalsozialistische Wissenschaftspolitik. In: Autarkie (wie Anm. 216), S. 180-205, hier S. 195.

²³¹ H.-J. Rheinberger: Ephestia: Alfred Kühns experimenteller Entwurf einer entwicklungsphysiologischen Genetik. In: Dahlemer Archivgespräche Bd. 4. Hrsg. von E. Henning. Berlin 1999, S. 81-118.

²³² Wie Böhme berichtet, schätzte Stubbe die *Ephestia*-Arbeiten Kühns sehr und behandelte sie in seiner Hallenser Genetik-Vorlesung ausführlich. – Böhme, Gedanken (wie Anm. 200), S. 122.

²³³ Th. Wieland: „Die politischen Aufgaben der deutschen Pflanzenzüchtung“. NS-Ideologie und die Forschungsarbeiten der akademischen Pflanzenzüchter. In: Autarkie (wie Anm. 216), S. 35-56, hier S. 46.

²³⁴ Gausemeier, Natürliche (wie Anm. 206), S. 138-141.

²³⁵ Zit. in: Ebd., S. 142.

²³⁶ Gausemeier, Mit Netzwerk (wie Anm. 230), S. 196.

der mit dem Anbau relativ weniger hochgezüchteter Sorten verbundenen Tendenz zur Abnahme der genetischen Mannigfaltigkeit entgegenzuwirken. Der Zugang zu Regionen, in denen die Wildformen von Kulturpflanzen in großer Vielfalt vorkommen (eben den „Genzentren“), wurde so zu einer entscheidenden Option für Züchtungsforschung und Züchtungspraxis und damit zu einem Politikum ersten Ranges²³⁷. Dieser Gedanke, dem von Wettstein große Bedeutung beimaß, wurde auch von der nationalsozialistischen Forschungspolitik aufgegriffen. Nachdem auf einer unter Leitung des Zoologen und SS-Sturmbannführers Ernst Schäfer 1938/39 im Auftrag der SS durchgeführten Expedition nach Tibet umfangreiche Pflanzensortimente zusammengetragen worden waren, wurde der Gedanke, ein Institut für Kulturpflanzenforschung zu gründen, auch vom Reichsführer der SS Heinrich Himmler und der ihm unterstehenden Lehr- und Forschungsorganisation „Das Ahnenerbe“ unterstützt.

Nach der Okkupation weiter Gebiete der Sowjetunion durch die deutsche Wehrmacht wurden diese Pläne forciert, um das auf die Anregungen Vavilovs zurückgehende weitgefächerte Netz von Pflanzenzuchtinstituten und Versuchsanstalten zu übernehmen. Dabei gehörte von Wettstein – einerseits ein vielseitiger Gelehrter von bedeutendem Format, andererseits dem äußeren Anschein nach im Einverständnis mit der nationalsozialistischen Eroberungspolitik – zu den treibenden Kräften²³⁸. Wie Wieland mitteilt, war zeitweilig sogar an ein gemeinsam von der SS und der KWG getragenes Institut für Kulturpflanzenforschung gedacht²³⁹. Schließlich wurden doch zwei voneinander unabhängige Institute parallel gegründet – ein Institut der SS auf Schloss Lannach bei

²³⁷ M. Flitner: Sammler, Räuber und Gelehrte. Die politischen Interessen an pflanzengenetischen Ressourcen 1895 – 1995. Frankfurt a.M./ New York 1995.

²³⁸ Es ist ein unbestreitbares Faktum, dass von Wettstein in einem Brief an den Geschäftsführenden Vorstand der KWG Ernst Telschow vom 9.3.1942 eine ausführliche Liste der russischen biologischen Stationen übermittelte, die von der KWG „in Anlehnung“ an das zu gründende KWG für Kulturpflanzenforschung unter Stubbe übernommen werden sollten, und ihn dafür um seine Unterstützung bat. Der Brief ist von Günter Wendel im Wortlaut publiziert worden (G. Wendel: Forschungen zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft in der DDR. Persönliche Erfahrungen. In: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (wie Anm. 186), S. 61-126, hier S. 110-111). Auf einem anderen Blatt steht aber die Frage, *aus welchen Motiven* von Wettstein so gehandelt hat. Die erste, nächstliegende Antwort wäre, ihm Kollaboration mit dem Naziregime und grundsätzliches Einverständnis mit dessen Eroberungs- und Gewaltpolitik vorzuwerfen; solche Vorwürfe werden nur zu leicht pauschal erhoben. Wenn aber ein deutscher Wissenschaftler unter dem Naziregime, der sich in einer für diesen Zweck genügend einflussreichen Position befand, tatsächlich die ernste Absicht hatte, das in diesem Stationennetz verkörperte Lebenswerk Vavilovs für die Zukunft nach dem Ende des Naziregimes zu retten – was hätte er unter den gegebenen historischen Umständen tun sollen? Musste er nicht alles Menschenmögliche unternehmen, um dieses wertvolle Gut in den Einflussbereich der KWG zu bringen, wenn die reale Alternative nicht Rückgabe an die rechtmäßigen Besitzer, sondern Vernichtung durch die Wehrmacht oder allenfalls Übernahme durch die SS hieß? Man darf wohl von Wettstein auch nicht ohne weiteres unterstellen, dass er im Frühjahr 1942 noch vom „Endsieg“ überzeugt gewesen sein könnte. Gewiss ist auch diese Überlegung nur spekulativ, aber sie ist nicht von vornherein von der Hand zu weisen. Böhme mahnt mit vollem Recht an, solche heiklen Probleme „in fairer Weise“ und „nicht emotional beladen“ zu diskutieren (Böhme, Genetik in der Klammer (wie Anm. 181), S. 120-121). – Während des Krieges gab es in anderen Disziplinen vergleichbare Situationen. So gelang es dem von Walther Bothe geleiteten Institut für Medizinische Forschung in Heidelberg, vom Heereswaffenamt die Aufsicht über das von Frédéric Joliot-Curie geleitete Laboratoire de Physique et Chimie Nucléaire in Paris zugewiesen zu erhalten. Mit dieser Aufgabe wurde Bothes Mitarbeiter Wolfgang Gentner betraut, der schon Mitte der 1930er Jahre als Gast in Paris gearbeitet hatte; in kollegialem Zusammenwirken mit Joliot-Curie konnte das Laboratorium mit seiner wertvollen Ausstattung für die französische Wissenschaft gerettet werden (W. Gentner: Gespräche mit Frédéric Joliot-Curie im besetzten Paris 1940 – 1942. Manuskriptdruck MPI für Kernphysik 1980).

²³⁹ Wieland, „Die politischen (wie Anm. 233), S. 49-50.

Graz unter Leitung von Heinz Brücher und das KWI für Kulturpflanzenforschung in Wien²⁴⁰. Für die Leitung des letzteren war zunächst Elisabeth Schiemann im Gespräch, die führende Spezialistin für Geschichte der Kulturpflanzen²⁴¹; schließlich erhielt aber Stubbe das Direktorat, nachdem er 1941 und 1942 im Auftrag des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) und mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zwei Expeditionen in das von der deutschen Wehrmacht und verbündeten Truppen besetzte Südosteuropa (Albanien und Griechenland) geleitet hatte, die sowohl Wildformen von Kulturpflanzen sammelten als auch aktuelle Fragen der Nahrungsmittelversorgung für das in Südosteuropa und Nordafrika stationierte Militär bearbeiteten. Durch diese Entwicklung war Stubbe der Entscheidung enthoben, sich zu einem gemeinsam von der KWG und der SS betriebenen Institut positionieren zu müssen. Wie Uwe Hossfeld und Carl-Gustav Thornström mitteilen, war zeitweilig erwogen worden, Brücher in Stubbes Institut zu übernehmen; dieser zog es jedoch vor, „auf SS-Ebene seine Karriere zu forcieren und darüber hinaus Leiter eines separaten Instituts zu werden...“ Nach Angaben der beiden Autoren finden sich in den Akten keinerlei Hinweise auf eine etwaige Zusammenarbeit zwischen den zwei Instituten²⁴².

Dieser nur in wenigen Sätzen skizzierte geschichtliche Zusammenhang ist in höchstem Grad aufschlussreich für das Verständnis der fundamentalen Ambivalenz der Wissenschaftsentwicklung in Nachkriegsdeutschland – nicht nur im östlichen, sondern ebenso im westlichen Teil des Landes. Man konnte das Wissenschaftssystem nach 1945 nicht allein und auch nicht vorrangig mit Remigranten aufbauen; die jüdischen und anderen antinazistischen Wissenschaftler, die vom Naziregime außer Landes getrieben worden waren, hatten sich oft mit großer Mühe in den Aufnahmeländern eine neue Existenz geschaffen und kehrten bis auf wenige Ausnahmen nicht wieder nach Deutschland zurück. Die hochkompetenten Wissenschaftler aber, die in Deutschland geblieben waren, hatten sich in jedem Fall in einem bestimmten Maß mit der nationalsozialistischen Politik arrangieren und die von dieser bereitgehaltenen Möglichkeiten nutzen müssen – anders hätten sie nicht als Wissenschaftler arbeiten oder gar Karriere machen können. Wo verlief die Grenze zwischen einem gerade noch moralisch zulässigen Arrangement und einer moralisch zu verurteilenden Kollaboration, die eine Einbeziehung in den Wissenschaftsaufbau der Nachkriegszeit verbot? In den ersten Jahren und Jahrzehnten nach Kriegsende half man sich mit einer einfachen Dichotomie: Auf der einen Seite waren die wenigen gewissenlosen Karrieristen, die unmittelbar nachweislich an nazistischen Verbrechen teilgenommen hatten und dafür strafrechtlich verfolgt wurden; auf der anderen Seite waren die vielen, die sich, wie man zu sagen pflegte, nur äußerlich angepasst (etwa, indem sie ihre dienstliche Post mit dem Hitlergruß signierten), im übrigen aber den Geist echter Wissenschaft unverfälscht bewahrt hatten und – gegebenenfalls nach Durchlaufen einer Prozedur der „Entnazifizierung“ – ihre wissenschaftliche Arbeit fortsetzen durften.

Erst im historischen Rückblick wurde sehr viel später die lange verdrängte Einsicht zum Gemeingut, dass es in Hitlerdeutschland keine klare Scheidelinie zwischen Gut und Böse gegeben hatte, sondern einen unmerklichen, fließenden Übergang von unumgänglicher Anpassung, der sich niemand entziehen konnte, der im Lande blieb, zu aktiver Kollaboration mit dem Regime, die

²⁴⁰ Nach Angaben von Eckart Henning und Marion Kazemi fasste der Senat der KWG am 23.5.1939 den Beschluss, in Österreich eine „Centralstelle für Wildformen und Primitivrasen der Kulturpflanzen“ zu gründen. Später wurde der Name „KWI für Kulturpflanzenforschung“ gewählt. Die beiden für den Gründungsprozess wichtigsten Daten sind die Berufung Stubbes zum Direktor am 1.4.1943 und die Zuweisung von Versuchsgelände auf dem Tuttenhof bei Korneuburg in Niederösterreich am 1.7.1943. – Zeittafel zur Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft und ihrer Institute (1901) 1911 – 1986. In: *Forschung im Spannungsfeld* (wie Anm. 52), S. 913-951, hier S. 925-926.

²⁴¹ Scheich, Elisabeth Schiemann (wie Anm. 216), S. 269.

²⁴² U. Hossfeld, C.-G. Thornström: „Rasches Zupacken“. Heinz Brücher und das botanische Sammelkommando der SS nach Russland 1943. In: *Autarkie* (wie Anm. 216), S. 119-144, hier S. 137.

mit Mut und Geschick vermeidbar gewesen wäre. Ohne das Gaterslebener Institut wäre Stubbe wahrscheinlich nicht zu einem der führenden Biologen der DDR aufgestiegen. Gatersleben war eine Konsequenz des Wiener Kaiser-Wilhelm-Instituts, und dieses Institut wäre – noch dazu in einem fortgeschrittenen Stadium des Krieges, als die Mittel überall knapp wurden – niemals gegründet worden, hätte es sich nicht in das Programm der deutschen Ostexpansion eingefügt. Stubbe wiederum wurde nur deshalb Direktor dieses Instituts, weil er die Protektion von Wettsteins hatte, der seinerseits über beste Beziehungen zu den führenden NS-Agrarpolitikern Konrad Meyer und Herbert Backe verfügte, für die seine Idee eines von Deutschland gelenkten europa-übergreifenden biologischen Forschungsimperiums gut in den Kontext der nationalsozialistischen Eroberungspolitik passte²⁴³. Für von Wettstein bestand nach dem Urteil von Gausemeier „kein Widerspruch zwischen den Erfordernissen der Autarkiewirtschaft im Großraum Europa und seinem Ziel, ein innovatives wissenschaftliches Konzept zu etablieren“²⁴⁴. So wurde Stubbe, ungeachtet seiner subjektiven Distanz zur Naziherrschaft, durch die von der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik hergestellten Arrangements in seiner Karriere objektiv nachhaltig gefördert, mit einer Langzeitwirkung, die weit über das Ende des NS-Regimes hinausreichte. Ohne den Schutz, den ihm von Wettstein gewährte, hätte er nach seiner Entlassung in Müncheberg weder seine Forschungsarbeiten in Deutschland fortsetzen noch das Wiener KWI übernehmen können; auch nachdem es seine Arbeit aufgenommen hatte, war es wiederholt politischen Angriffen der NSDAP-Gauleitung in Wien ausgesetzt²⁴⁵. Spätere Generationen neigen in ihrem rückblickenden Urteil zu moralischem Rigorismus; für jene aber, die in der Not der Nachkriegszeit neu beginnen wollten, war es nachvollziehbar, wenn sie die bedrückenden Verwicklungen ihrer Arbeit im „Dritten Reich“ weitgehend verdrängten und sich auf die Aufgaben des Tages konzentrierten.

Auf der anderen Seite war es ein Glücksfall für Stubbe, dass das Institut für Kulturpflanzenforschung 1943 nicht als eine gemeinsame Einrichtung von SS und KWG gegründet worden war. Ein Institut, bei dem eine so sehr im Zentrum des NS-Terrors stehende Organisation wie die SS ihre Hand im Spiel hatte, hätte in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR um keinen Preis weitergeführt werden können. Die KWG hingegen galt als eine zwar konservative, wissenschaftlich aber über jeden Zweifel erhabene Adresse, an die man gern anknüpfte. Das Gaterslebener Institut führte seine Tradition ganz selbstverständlich auf die Wiener Gründung zurück, es „konnte niemals verleugnen, woher es stammte“²⁴⁶. So drückte es Melchers aus, der seinerzeit als Direktor am Tübinger MPI für Biologie in Gatersleben an den Feierlichkeiten zum 25jährigen Bestehen des dortigen Instituts teilgenommen hatte, die eben im Bewusstsein dieser Tradition im Jahre 1968 stattfanden. Er sprach diese Worte ein weiteres Vierteljahrhundert später als Emeritus auf der Eröffnungsfeier des Blaue-Liste-Instituts (heute: Leibniz-Institut) für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung, das aus Stubbes einstiger Wirkungsstätte hervorgegangen war, am 10. Juni 1993. Man muss es als einen unikalen Vorgang werten, dass nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik, der das wissenschaftliche Institutionensystem der DDR rigoros atomisierte, un-

²⁴³ Zu den forschungsstrategischen Intentionen Wettsteins schreibt Gausemeier: „Wettstein machte ganz explizit den Vorschlag, die russischen Pflanzenzuchtinstitute zu ‚übernehmen‘. Er erklärte sie zu herrenlosem und gefährdetem Kulturgut, das man vor den Sowjets ‚retten‘ müsse, da ihr Organisator Vavilov seit 1941 in Stalins Lagern verschollen war. Der von ihm angeregte Raub war daher nicht einfach als ein schnöder Zuwachs an wertvollem Samenmaterial zu verstehen, sondern als ‚kulturelle Aufgabe besonderen Ranges‘. Wettstein wollte die russischen Institute in ein Forschungsimperium eingliedern, das ganz Europa umfasste – ein Institutsnetzwerk, das von marinebiologischen Stationen am Mittelmeer bis in die Tundra reichte“. Diese Passage bezieht sich auf einen Brief Wettsteins an den KWG-Präsidenten Albert Vögler vom 13.10.1941. – Gausemeier, *Natürliche* (wie Anm. 206), S. 144.

²⁴⁴ Ebd., S. 145.

²⁴⁵ Stubbe, *Geschichte* (wie Anm. 168), S. 21.

²⁴⁶ Melchers, *Vom Kaiser-Wilhelm-Institut* (wie Anm. 186), S. 577.

zählige Arbeitszusammenhänge auflöste und zahlreiche wissenschaftliche Laufbahnen endgültig beendete, gerade das Gaterslebener Institut in seiner Grundstruktur erhalten blieb und lediglich seine Rechtsform änderte. Zwar kam es auch an anderer Stelle des öfteren vor, dass einzelne Arbeitsgruppen mehr oder minder komplett übernommen wurden, doch unter den zahlreichen naturwissenschaftlichen Instituten der AdW der DDR war Gatersleben das einzige, das das Ende des ostdeutschen Staates als ganzes überstand.

3.2.4. „...das Odium und das Privileg der Besessenheit“. Hans Stubbe und die Gaterslebener Institutsidee

Der entscheidende Grund dieser institutionellen Persistenz dürfte in der außerordentlichen Stärke der Institutsidee gelegen haben, die nicht nur im „Geist von Gatersleben“ ideell präsent, sondern auch in der sorgfältig ausgestalteten wissenschaftsgeographischen Infrastruktur dieser einzigartigen Anlage materialisiert ist und damit ein Eigengewicht gewonnen hat, das sich in den politischen Turbulenzen der Zeit behaupten konnte. Diese Institutsidee ist ein kollektives Produkt der Arbeit vieler, aber stärker und nachhaltiger als jeder andere der „Gaterslebener“ hat sie Stubbe mit seiner Persönlichkeit geprägt²⁴⁷. Von sich selbst vor allem, aber auch von seinen Mitarbeitern hat er Außerordentliches verlangt: „Wer nicht zu den wissenschaftlichen Gewerbetreibenden gehören will, muss das Odium und das Privileg der Besessenheit auf sich nehmen unter Verzicht auf verschiedene Einrichtungen des normalen bürgerlichen Lebens. Wehe dem, der nicht den Mut hat, das Risiko des Vorstoßes in unbekanntes Neuland zu unternehmen, und wehe der Wissenschaftsorganisation, die den Mut zum Risiko durch allzu bürokratische Forderungen unterbindet“²⁴⁸. In nuce war die Idee des Gaterslebener Instituts schon in der Wiener Gründung verkörpert²⁴⁹; eben deshalb war die Zurechnung dieser Gründung zur Gesamtgeschichte des Instituts keine Geste einer bloß äußerlichen Traditionspflege, sondern Ausdruck des Bewusstseins inhaltlicher Kontinuität. Die DDR hatte hier von der KWG nicht nur ein paar Wissenschaftler, ein wertvolles Kulturpflanzenassortiment, eine bescheidene Bibliothek und einige Gerätschaften übernommen, die aus Österreich in den Harz gebracht worden waren, sondern vor allem auch einen zukunftsfähigen Forschungsansatz. In der DDR ist dieser Ansatz respektiert worden. Das war eine Leistung Stubbes und seiner Mitarbeiter, die dem politischen System diesen Respekt abgenötigt haben, doch es war auch Ausdruck eines vernünftigen Realismus der Politiker, der sie Stubbe den Respekt erweisen ließ, der seiner Leistung gebührte.

Die Elemente der Forschungsstrategie, die Stubbe seinem Institut zugrunde legte, hatten sich in den vorhergehenden fünfzehn Jahren seiner Lebensgeschichte sukzessiv aufgebaut, in einer – rückblickend betrachtet – so glücklichen Reihung (und dabei in einer Zeit, in der die politische Großwetterlage alles andere als glücklich war), dass man versucht sein könnte, an Prädestination zu glauben. Am Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn – in einem Alter, in dem ein Wissenschaftler für profilbildende Prägungen besonders empfänglich ist – stand das ihm durch seinen Lehrer und Mentor Baur vermittelte einzigartige Erlebnis des internationalen Genetikerkongresses in Berlin, der ihm mit den Vorträgen von Muller und Vavilov²⁵⁰ die besondere Attraktivität jener

²⁴⁷ Das Bewusstsein dieser Prägung war den Mitarbeitern des Instituts selbstverständlich und allgegenwärtig. So sagte Schöneich 1995 in einer Diskussion: „Natürlich war die Person Stubbe das Entscheidende der ganzen Entwicklung von Gatersleben. Und dass die Nachfolge von Stubbe auf Böhme übergegangen ist, war auch ein ganz wesentlicher Faktor dafür, dass die Entwicklung so positiv weitergegangen ist“. – In: Wissenschaft und Politik (wie Anm. 175), S. 65.

²⁴⁸ H. Stubbe: Schlussansprache des scheidenden Direktors. In: Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 376–379, hier S. 377.

²⁴⁹ Böhme, Diesener, Kulturpflanzenforschung (wie Anm. 7), S. 48.

²⁵⁰ Böhme bemerkt, Vavilovs Institut sei in gewisser Weise eines der Vorbilder bei der Konzipierung des

beiden Forschungsfelder vor Augen führte, die fortan die Koordinaten seines wissenschaftlichen Profils bilden sollten: der Kulturpflanzenforschung und der experimentellen Mutationsforschung. In dem thematischen Raum, der von diesen beiden Koordinaten aufgespannt wurde, bewegte sich sein eigenes Forschungsprogramm, das sich später zum Programm seines Instituts entfaltete. In diesem Raum verkörperte sich die epistemische Spannung von natürlichem Ablauf der Evolution und aktivem Eingriff des Menschen in das Naturgeschehen und zugleich die Polarität von Erkenntnissuche und Bedienung praktischer Zwecke. Diese Spannung steckte bereits im Zuschnitt der beiden biologischen Institute, über die die KWG damals verfügte, und in ihrem von Jonathan Harwood untersuchten komplementären Verhältnis zueinander²⁵¹. Obwohl Stubbes Übergang vom KWI für Züchtungsforschung zum KWI für Biologie keineswegs freiwillig erfolgt war, erwies es sich als ein für seine intellektuelle Biographie außerordentlich günstiger Umstand, dass er in seinen jungen Jahren *beide* Institutstraditionen in sich aufnehmen konnte. Die Verbindung dieser Impulse in intensiver Forschungsarbeit führte zu einer grundlegenden Erkenntnis: der Einsicht in die Korrespondenz von *natürlicher* Evolution und *künstlich* induzierter Mutation. Für die in Gatersleben hauptsächlich untersuchten Kulturpflanzenarten drückte Stubbe diese Erkenntnis folgendermaßen aus: „Als es uns in jahrelanger Arbeit im Gaterslebener Institut gelang, mit Hilfe der experimentellen Mutationsforschung die gesamte Formenfülle der Gerste, der Sojabohne und Tomate, die auf der Welt vorhanden ist, wieder zu erzeugen, waren wir berechtigt zu schließen, dass auch die spontan entstandene Formenfülle grundsätzlich durch die gleichen Prozesse bedingt wurde“²⁵². Verallgemeinernd heißt es dazu bei Böhme: „Aus einer Kulturpflanzen-Zuchtsorte kann in aufeinander folgenden Mutationsexperimenten ein Spektrum von Mutanten hergestellt werden, das in hohem Maße der im Weltsortiment der entsprechenden Kulturpflanzen-Art vorhandenen Merkmalsvariabilität entspricht“²⁵³. Diese Erkenntnis bildete zugleich die programmatische Folie, auf der sich die Gaterslebener Forschungen entwickelten.

Instituts für Kulturpflanzenforschung gewesen (Böhme, Gedanken (wie Anm. 200), S. 122), und Melchers drückt sich noch entschiedener aus: „Es gab für dieses Institut nur einen Paten: Das war das Institut der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften für angewandte Botanik und Pflanzenforschung von Nikolai Vavilov (1887 – 1943) bei Leningrad...“ (Melchers, Vom Kaiser-Wilhelm-Institut (wie Anm. 186), S. 577).

²⁵¹ J. Harwood: Eine vergleichende Analyse zweier genetischer Forschungsinstitute: die Kaiser-Wilhelm-Institute für Biologie und für Züchtungsforschung. In: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (wie Anm. 186), S. 331-348.

²⁵² Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 15. – Näher dazu: H. Stubbe: Considerations on the genetical and evolutionary aspects of some mutants of *Hordeum*, *Glycine*, *Lycopersicon* und *Antirrhinum*. In: Cold Spring Harbor Symposia on Quantitative Biology 24 (1959), S. 31-40.

²⁵³ Böhme, Gedanken (wie Anm. 200), S. 118. – Näher dazu: H. Stubbe: О связях между естественным и искусственно полученным многообразием форм и о некоторых экспериментальных исследованиях по эволюции культурных растений. In: **Генетика 11 (1966), S. 9-30; H. Stubbe: On the relationships between the spontaneous and experimentally induced form diversity and on some experiments on the evolution of cultivated plants.** In: Induzierte Mutationen und ihre Nutzung. Hrsg. von H. Stubbe. Erwin-Baur-Gedächtnisvorlesungen IV, 1966. Abh. DAW zu Berlin. Klasse für Medizin 1967, Nr. 2, S. 99-121. – Dieser Gedanke ist die logische, durch Einbeziehung der Perspektive der experimentellen Mutationsforschung möglich gewordene Fortsetzung eines 1935 von Vavilov ausgesprochenen Prinzips: „Wenn Darwin die Lehre von der Evolution und die Theorie der natürlichen Zuchtwahl in bedeutendem Maße auf den Daten der Selektion als Kunst des Züchters aufbaute, so muss die Selektion als wissenschaftliche Disziplin zur Erhellung des Evolutionsprozesses umso bedeutender sein“. – N. I. Vavilov: Botaniko-geografičeskie selekcii. Moskva/Leningrad 1935, S. 8. Zit. in: J. Schulz: **Begründung und Entwicklung der Genetik nach der Entdeckung der Mendelschen Gesetze.** Kap. 17 von: Geschichte der Biologie. Theorien, Methoden, Institutionen, Kurzbiographien. Hrsg. von I. Jahn. 3., neubearb. und erw. Aufl. Heidelberg/Berlin 2000, S. 537-557, hier S. 554.

Wollte man versuchen, die aus Stubbes eigener Forscherbiographie herausgewachsene Gaterslebener Institutsidee nach ihren allgemeinen Merkmalen zu beschreiben, so wären drei solcher Charakteristika nach meiner Ansicht notwendig, aber auch hinreichend, um ihre wesentlichen Züge auszudrücken:

(1) Integration von Grundlagen- und Anwendungsorientierung.

Wenn die Kulturpflanze als Produkt menschlicher Selektions- und Züchtungsbemühungen, dem der vom Menschen gesetzte Zweck inhärent ist, zum zentralen Untersuchungsgegenstand gemacht wird, dann tragen Forschungen an diesem Gegenstand notwendig einen Zweckbezug, der über das rein kognitive Motiv hinausgeht. Wenn aber zugleich vorausgesetzt wird, dass der Züchter im Prinzip nicht anders verfahren kann als die natürliche Evolution und jedes wissenschaftliche Bemühen, die Züchtungspraxis zu verbessern, auf ein tieferes Eindringen in die Mechanismen der Evolution und dabei insbesondere in das Verhältnis von Vererbung und Evolution angewiesen ist, dann dringt die forschende Beschäftigung mit dieser Problematik unausweichlich zu Grundlagenproblemen vor und erhält von dort immer wieder Impulse, ohne die sie verdorren müsste. Rainer Hohlfeld hob den in seinem Leitbild verkörperten bipolaren Ansatz des Instituts hervor: „In der ‚Ära Stubbe‘ wurde ein bestimmtes Forschungsprofil des Instituts geprägt, welches sich sowohl durch seine wissenschaftliche Relevanz (Evolution der Kulturpflanzen, theoretische Fragen der Pflanzen- und Bakteriengenetik) als auch seine praktisch-gesellschaftliche Relevanz (Ressourcen und Methoden für die Züchtung neuer Kulturpflanzensorten) auszeichnete“²⁵⁴. Böhme meint, es habe vielleicht „etwas mit seiner beruflichen Herkunft aus der Landwirtschaft und dem Bedürfnis dieses Wirtschaftszweigs nach relativ kurzfristig anwendbaren Leistungen dieser Wissenschaft zu tun: immer achtet Stubbe bei der Bestimmung seiner eigenen Forschungsziele und auch bei der Vergabe von Arbeitsthemen an beginnende wissenschaftliche Assistenten darauf, dass sowohl Ergebnisse mit einem möglichst hohen theoretischen Erkenntnisgewinn als auch direkt oder mittelbar z.B. in der Züchtungsforschung oder praktischen Züchtungsarbeit zu verwertende Ergebnisse zu erwarten sind“²⁵⁵. Stubbe selbst hat gegenüber der Tendenz zu einem oberflächlichen Praktizismus, die sich in der Wissenschaftspolitik der DDR häufig geltend machte, oft vor allem den Grundlagencharakter seines Instituts betont, der durch die Zugehörigkeit zur DAW auch institutionell garantiert war. Das dortige Forschungsprogramm war so fest in den Grundlagen der Genetik verankert, dass es auch durch einen stärkeren Praxissog nicht aus der Bahn geworfen werden konnte. Zugleich sicherte diese fundamentale Orientierung dem Institut taktische Flexibilität gegenüber wechselnden Anforderungen der Wissenschaftspolitik.

(2) Traditionsstärke und Erneuerungsfähigkeit.

Die forschende Beschäftigung mit der Kulturpflanze im Spannungsfeld zwischen den Grundlagen der Vererbung und Evolution auf der einen und dem mannigfachen Nutzen der Pflanzenwelt für menschliche Zwecke auf der anderen Seite, die das Generalthema des von Stubbe geschaffenen Instituts bildete, ist kein irgendwie terminierbares Programm, sondern ein unbegrenzt zukunftsoffenes Anliegen, das sich nicht erschöpft, solange der Mensch mit der Pflanzenwelt lebt und ihrer bedarf. In diesem Rahmen können zeitlich begrenzte Forschungsprogramme definiert und bearbeitet werden, aber die Vollendung jedes beliebigen dieser Programme bedeutet nicht, dass das generelle Anliegen des Instituts damit abgeschlossen wäre. Entsprechend den beiden epistemischen Koordinaten, zwischen denen sich das Forschungsprofil des Instituts bewegt,

²⁵⁴ R. Hohlfeld: Zwischen Autonomie und staatlichem Dirigismus: Genetische und biomedizinische Forschung. In: Naturwissenschaft (wie Anm. 5), S. 213-232, hier S. 216.

²⁵⁵ Böhme, Gedanken (wie Anm. 200), S. 118.

kommen die Impulse zu seiner ständigen Erneuerung von zwei Seiten: von den methodischen und theoretischen Fortschritten bei der Aufklärung der Lebensprozesse und von den situativen und säkularen Verschiebungen im Verhältnis von Mensch und Pflanzenwelt. Die Kunst der wissenschaftlichen Leitung eines solchen Instituts, wie sie von Stubbe ein Vierteljahrhundert lang praktiziert wurde, besteht darin, die von diesen beiden Seiten ausgehenden Impulse kreativ zu verknüpfen, so dass sich daraus Forschungsprobleme mit hohem Anspruch ergeben, an deren Bearbeitung neue Wissenschaftlergenerationen wachsen können. So hat Stubbe frühzeitig und zielstrebig die Ausdehnung der Kulturpflanzenforschung auf die molekulargenetische Ebene in die Wege geleitet, indem er an seinem Institut auch der Bakteriengenetik Raum gab²⁵⁶. Andererseits kann es für das Profil der Kulturpflanzenforschung nicht ohne Konsequenzen bleiben, wenn etwa bei der Nutzung von Kulturpflanzen nicht mehr nur Zwecke menschlicher und tierischer Ernährung im Zentrum gesellschaftlicher Aufmerksamkeit stehen, sondern beispielsweise auch die Erzeugung nachwachsender Rohstoffe für Nichternährungszwecke oder die Bewertung der Eigenschaften von Kulturpflanzen unter Umwelt- und Klimaschutz Gesichtspunkten an Gewicht gewinnen. Zufällig koinzidierte die aus wissenschaftsinternen Entwicklungen hervorgehende Notwendigkeit, die traditionelle Kulturpflanzenforschung molekularbiologisch zu vertiefen, mit den Forderungen der Akademiereform nach einer Neuprofilierung der Institute. Die Gaterslebener Wissenschaftler konnten die Gelegenheit der politisch induzierten Reform nutzen, um die selbst angestrebte Profilerweiterung institutionell zu verankern²⁵⁷. Nach dem Ende der „Ära Stubbe“ wurde dieser Vorgang auch in einer Erweiterung der Institutsbezeichnung fixiert: Aus dem Institut für Kulturpflanzenforschung wurde 1969 das *Zentralinstitut für Genetik und Kulturpflanzenforschung*. Böhme und Diesener schreiben dazu: „Auch aus heutiger Sicht erscheint der 1969 eingeschlagene Entwicklungsweg nicht als Bruch, sondern als weitgehend gelungenes Bemühen um eine folgerichtige Fortsetzung der 25jährigen Institutsgeschichte unter neuen wissenschaftlichen, wissenschaftspolitischen und gesellschaftlichen Bedingungen“²⁵⁸. Die Verwurzelung in einer starken und lebensfähigen Tradition ermöglichte echte Neuerungen, aber sie verhinderte, dass das Institut kurzlebigen Moden oder

²⁵⁶ Bereits 1956 wurde der Neubau der Abteilung Genetik und Cytologie abgeschlossen, zu dem auch Laboratorien für mikrobiologisch-genetische Arbeiten gehörten. – Stubbe, *Geschichte* (wie Anm. 168), S. 109.

²⁵⁷ Das war ein komplizierter, mit strukturellen Umgestaltungen der gesamten Forschungslandschaft der DDR verflochtener Prozess, auf den hier nicht näher eingegangen werden kann. In den frühen 1960er Jahren hatte sich unter den prominenten Biologen der DDR zunehmender Unmut gegenüber der Unterbewertung der Biologie im Verhältnis zu den als industrieforschungsnah geltenden physikalischen und chemischen Disziplinen geregt, auch Stubbe hatte mehrfach interveniert (Diesener, *Kulturpflanzenforschung* (wie Anm. 179), S. 206-207). Als ein geeigneter Hebel, um gegen diese Vernachlässigung anzugehen, erwies sich die starke internationale Beachtung der Molekularbiologie. 1964 wurde beim Forschungsrat der DDR eine „Kommission Molekularbiologie“ ins Leben gerufen, aus der sich die Gruppe Biologie des Rates entwickelte – als ein geeignetes Gremium, um die Entwicklungserfordernisse der Wissenschaften vom Leben kompetent und komplex zu reflektieren und mit gebührender Autorität zu vertreten. Im Rahmen dieser Gruppe bestanden mehrere Zentrale Arbeitskreise (ZAK), so der im November 1966 konstituierte Arbeitskreis „Genetik und Züchtungsforschung“, in dem das Gaterslebener Institut die entscheidenden Positionen innehatte (Schulz, *Gatersleben* (wie Anm. 175), S. 54). Die Gruppe Biologie war federführend für die im wesentlichen im Laufe des Jahres 1968 erarbeitete „Prognose zur Entwicklung der biologischen Forschung in der DDR 1970 – 1980 (Biologie-Prognose)“, an der Gaterslebener Wissenschaftler ebenfalls maßgebend beteiligt waren (Böhme, Diesener, *Kulturpflanzenforschung* (wie Anm. 7), S. 54-59). Diese vielschichtigen Strategiebildungsprozesse stellten den äußeren Hintergrund des Entwicklungsschrittes dar, den das Gaterslebener Institut mit dem Übergang seiner Leitung von Stubbe an Böhme vollzog.

²⁵⁸ Böhme, Diesener, *Kulturpflanzenforschung* (wie Anm. 7), S. 64.

einseitigen Orientierungen folgte und seine über Jahrzehnte akkumulierte wissenschaftliche Substanz preisgab. Das wird auch von außenstehenden Beobachtern anerkannt. Hohlfeld, der die Weiterentwicklung des Instituts nach 1969 verfolgt hat, hebt hervor, dass die Einbeziehung molekularer Daten in laufende Forschungsprojekte zur Taxonomie und Evolution die Untersuchungen auf organismischer und Organ-Ebene nicht überflüssig gemacht habe; nur in Zusammenhang mit diesen sei eine sinnvolle Anwendung der molekulargenetischen Befunde sinnvoll gewesen: „In dieser Sichtweise wird ein Weg der Koexistenz von ‚Fortschritt und Tradition‘ aufgezeigt, wie er der Molekularbiologie aus dem Blick zu geraten drohte und droht und wie er wohl außerhalb der Gaterslebener Taxonomie nur noch selten zu finden ist“²⁵⁹. Der historische Sinn, der Stubbes Denkweise in einem für einen Naturwissenschaftler ungewöhnlichen Maß auszeichnete, beschränkte sich nicht auf das Bewusstsein der Tradition des eigenen Instituts und der Institutionen, denen es von seinem Ursprung her verpflichtet war²⁶⁰. Er befasste sich auch selbst forschend mit der Geschichte der Genetik²⁶¹. Das Gaterslebener Institut mit seinen ausgedehnten Versuchsflächen sah Stubbe nicht nur in der Geschichte der Wissenschaft verwurzelt, sondern auch in die historische Entwicklung einer alten Kulturlandschaft integriert; wie er selbst schrieb, setzen die Laboratorien und Gärten des Instituts „eine eineinhalbtausendjährige Arbeit an der kulturellen Entwicklung einer Landschaft und ihrer Menschen mit neuen Formen fort“²⁶². Dieser tiefe Respekt vor der kulturhistorischen Prägung des Milieus unterschied ihn markant von den gelehrten Kosmopoliten, die an den Standorten ihrer Institute allein deren funktionale Qualitäten interessieren. Deshalb legte er auch größten Wert darauf, sein Institut nicht als einen modernistischen Fremdkörper neben ein historisch gewachsenes Dorf zu stellen, sondern es behutsam in den Zusammenhang der Siedlung einzuordnen und Institut und Gemeinde zu einem sich gemeinsam entwickelnden Ganzen zu verbinden. 1954 erarbeitete die Stadt- und Dorfplanung des Bezirkes Halle gemeinsam mit dem eigenen Entwicklungsbüro des Instituts für Kulturpflanzenforschung einen Dorferweiterungsplan, „in dem die künftige Entwicklung des Dorfes mit den Bedürfnissen des Instituts abgestimmt wurde“²⁶³. Betrachtet man diese unterschiedlichen Aspekte in ihrem Zusammenhang, so kann man mit Böhmes Worten feststellen: „...die vor allem von Hans Stubbe geprägte Atmosphäre im Institut bestand darin: Naturwissenschaftliche Forschung und Kultur verbinden und sich auf die geschichtliche Kontinuität besinnen“²⁶⁴. Der programmatischen Kontinuität der Institutsentwicklung stellte Stubbe ihre personelle Kontinuität zur Seite. Helmut Böhme, der in Gatersleben den Stafettenstab von ihm übernahm, war von seinen Studententagen an Stubbes Schüler und Mitarbeiter. Stubbe bereitete seine eigene Ablösung sorgfältig vor. 1966 übertrug er Böhme die Leitung der Abteilung Genetik und Cytologie, die er bis dahin selbst innegehabt hatte, 1967 ließ er ihn zum stellvertretenden Institutsdirektor berufen, und als im Januar 1969 die feierliche Übergabe des Direktorenamtes erfolgte, warb er unter den Mitarbeitern um Vertrauen für sei-

²⁵⁹ Hohlfeld, Zwischen Autonomie (wie Anm. 254), S. 212-222.

²⁶⁰ Wie Wendel mitteilt, war Stubbe als einer der Gutachter des Lobes voll über die von Wendels damaligem Mitarbeiter Ulrich Sucker 1987 vorgelegte Habilitationsschrift (Dissertation B) zur Gründungsgeschichte des KWI für Biologie (Wendel, Forschungen (wie Anm. 238), S. 96-97). – U. Sucker: Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie. Seine Gründungsgeschichte, seine problemgeschichtlichen und wissenschaftstheoretischen Voraussetzungen (1911 – 1916). Stuttgart 2002.

²⁶¹ H. Stubbe: Kurze Geschichte der Genetik bis zur Wiederentdeckung der Vererbungsregeln Gregor Mendels. Jena 1963 (2. Aufl. 1965). – Damit eröffnete Stubbe die von ihm begründete und vom Fischer Verlag Jena herausgegebene Monographienreihe *Genetik – Grundlagen, Ergebnisse und Probleme in Einzeldarstellungen*.

²⁶² Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 35.

²⁶³ Ebd., S. 52.

²⁶⁴ Böhme, Gedanken (wie Anm. 200), S. 127.

nen Nachfolger als „einem der Unseren“²⁶⁵. Böhme verkörperte Tradition und Erneuerung in einem – als junger Wissenschaftler hatte er an Stubbes Seite einen großen Teil der Arbeiten zur experimentellen Arbeiten zur Widerlegung des Lyssenkoismus selbst ausgeführt, und er hatte mit dem Aufbau der mikrobengenetischen Laboratorien in Gatersleben entscheidend an der Ausdehnung der Forschungen auf die molekulargenetische Ebene mitgewirkt. Das Prinzip der personellen Kontinuität reicht bis in die Gegenwart weiter: Der heutige Institutsdirektor Ulrich Wobus war – noch unter Stubbe – 1966 als Assistent in das Institut eingetreten²⁶⁶. So besitzt die von Stubbe eingeführte Institutsidee – unter konzeptionellem wie unter personellem Aspekt – das Potential ständiger Selbsterneuerung. Seiner ganzen Anlage nach kann das Institut nicht als eine Projektorganisation aufgefasst werden, die nach der Erledigung eines bestimmten wissenschaftlichen Auftrages wieder aufgelöst wird; durch ihre institutionelle Bindung werden die befristeten Projekte, die in seinem Rahmen ablaufen, in das übergreifende Kontinuum der Wissenschaftsentwicklung eingebettet.

(3) *Interdisziplinarität und Komplexität.*

Stubbe bemerkte anlässlich seines Abschiedes aus dem Amt des Institutsdirektors, dass „die kollektive Arbeit verschiedener Wissenschaftsdisziplinen an einem Ort der Grundidee dieses Instituts entsprach, zu einer Zeit schon, als Gemeinschaftsarbeiten unter deutschen Wissenschaftlern noch wenig üblich und uns andere Länder in dieser Hinsicht weit voraus waren. Es ist eine der für mich wichtigsten Erfahrungen meines wissenschaftlichen Lebens, die ich schon als junger Wissenschaftler gemacht habe, dass große Entdeckungen heute meist nur in enger Zusammenarbeit sich gut ergänzender Spezialisten gemacht werden können“²⁶⁷. Stubbes hatte sich als Forscher frühzeitig und über längere Zeit fast ausschließlich auf den Modellorganismus *Antirrhinum* konzentrieren können. Mehrere der Assistenten Baur arbeiteten mit einem Teil ihrer Kapazität über diese Pflanze, aber Stubbe war nach Angaben von Harwood unter ihnen der einzige, der sich allein mit Mutationsuntersuchungen an *Antirrhinum* beschäftigen durfte²⁶⁸; später experimentierte er auch mit verschiedenen anderen Arten, doch er blieb bis zum Ausklang seiner experimentellen Arbeiten in den 1960er Jahren seinem ursprünglichen Objekt verbunden und resümierte abschließend den Weltstand der Forschungen an *Antirrhinum* in einer 1966 erschienenen Monographie²⁶⁹. Die große Aufmerksamkeit für diesen einen Organismus war für Stubbe mit der Intention verbunden, ihn unter den verschiedensten Perspektiven und mit unterschiedlichen und immer wieder neuen Methoden zu untersuchen und so zu einem Forschungsobjekt von großer Vielseitigkeit zu entwickeln. Dabei nutzte er auch seine persönlichen Beziehungen zu anderen Forschern – wie etwa zu Timoféeff-Ressovsky auf dem Gebiet der strahleninduzierten Mutationsauslösung – und ließ sich von ihnen anregen. Da die von ihm herangezogenen Methoden je nach dem Charakter der jeweils studierten mutagenen Einwirkungen in ganz unterschiedlichen Disziplinen verwurzelt waren, ergaben sich Interdisziplinarität und Komplexität als natürliche Desiderate der Entwicklung seines Ansatz-

²⁶⁵ Stubbe, Schlussansprache (wie Anm. 248), S. 379.

²⁶⁶ Im derzeitigen Wissenschaftssystem hat das Prinzip der personellen Kontinuität bekanntlich kaum noch Kredit. Wird eine Direktorenstelle vakant, so gilt es als Norm, dass die Nachfolgerin oder der Nachfolger per Ausschreibung aus einer anderen Institution rekrutiert wird und der bisherige Amtsinhaber so gut wie gar keinen Einfluss auf seine Nachfolge ausüben kann. Wie man darüber auch grundsätzlich denken mag – die Geschichte des Gaterslebener Instituts liefert jedenfalls ein starkes Indiz dafür, dass personelle Kontinuität bei gleitendem Übergang der Verantwortlichkeiten für das Leben eines Forschungsinstituts bedeutende Vorzüge haben kann.

²⁶⁷ Stubbe, Die Geschichte (wie Anm. 168), S. 378.

²⁶⁸ Harwood, Eine vergleichende (wie Anm. 251), S. 336-337.

²⁶⁹ H. Stubbe: Genetik und Zytologie von *Antirrhinum* L. sect. *Antirrhinum*. Jena 1966.

zes. Zunächst war es Stubbe selbst, der die unterschiedlichen Perspektiven zu einer inneren Einheit verband, ehe er sich die Gelegenheit schaffen konnte, diese Vielfalt in der Organisation eines Instituts arbeitsteilig zu entfalten. Es wäre nicht ohne Reiz, würde aber eine gesonderte Untersuchung erfordern, einmal im Detail zu verfolgen, inwieweit die Zielstellungen und Arbeitsweisen der verschiedenen in Gatersleben verfolgten Forschungsrichtungen in den Stadien und Façetten des persönlichen Forschungsansatzes wurzeln, die Stubbe in den 1930er Jahren durchlaufen hatte – oder, prospektiv betrachtet, wie sich eine zunächst an eine Person gebundene Forschungsintention unter geeigneten äußeren Bedingungen in ein tiefgegliedertes kollektives Unternehmen entfaltete. Die in den Nachkriegsjahren eingerichtete Abteilungsstruktur, die schon in der Wiener Gründung angelegt war, institutionalisierte die wichtigsten Perspektiven, unter denen damals das Objekt „Kulturpflanze“ forschend zu behandeln war. Stubbe legte größten Wert darauf, dass sich diese Abteilungen nicht gegeneinander verselbständigten. 1952 richtete er anlässlich seines fünfzigsten Geburtstages einen Brief an die Mitarbeiter des Instituts, in dem es hieß: „... der *wirkliche Sinn* unseres Institutes, der ihm einen einmaligen Ruf in der Welt geben kann, wird darin liegen, dass die Abteilungen alle eng miteinander arbeiten, dass sich Arbeitsgemeinschaften auf vielen Grenzgebieten entwickeln und dass sich alle Mitarbeiter zu einer verschworenen Gemeinschaft verbinden, in der jeder das Ganze sieht und nicht durch den Horizont seiner eigenen Aufgaben begrenzt wird“²⁷⁰. Er gab sich und seinen Mitarbeitern regelmäßig Rechenschaft über das Maß an Kooperation, das jeweils innerhalb dieses großen und schon wegen seiner Größe nicht leicht zu überschauenden Instituts realisiert wurde. Die intern praktizierte Interdisziplinarität bildete wiederum die Basis für äußere Kooperationsbeziehungen zu anderen Einrichtungen des In- und Auslandes²⁷¹, die in ihrer Intensität die

²⁷⁰ Brief Hans Stubbes an die Mitarbeiter des Gaterslebener Instituts, 20. März 1952. In: Diesener, Kulturpflanzenforschung (wie Anm. 179), S. 201.

²⁷¹ Die internationalen Austausch- und Kooperationsbeziehungen des Gaterslebener Instituts waren weitgefächert und schlossen viele Länder ein. Zu tschechischen und slowakischen Institutionen entwickelten sich die Arbeitsbeziehungen normal, aber nicht überdurchschnittlich. In der Mitte der 1950er Jahre liefen sie zögernd an. 1956 besuchte erstmals eine Gruppe von Mitarbeitern der Abteilung Chemische Physiologie verschiedene Institute der Tschechoslowakei (und Ungarns). Der erste in der Institutsgeschichte vermerkte Kongressbesuch im Nachbarland war die Teilnahme von Anneliese Romeike (Abt. Chemische Physiologie) am „Congressus pharmaceuticus“ der Societas Pharmaceutica Bohemoslovenia im September 1959 in Karlovy Vary. Seitdem fuhren Institutsangehörige regelmäßig zu Tagungen in die Tschechoslowakei und besuchten dort wissenschaftliche Einrichtungen. Während der Amtszeit Stubbes wurden insbesondere die folgenden Institute besucht: die Institute für Botanik, für experimentelle Botanik, für Genetik, für Organische Chemie und Biochemie und für Mikrobiologie der ČSAV; die Institute für experimentelle Botanik und für Zoologie der Karlsuniversität Prag; das Institut für Chemie der SAV in Bratislava; der Botanische Garten der Universität Bratislava; das Institut für Genetik der Universität Košice. Umgekehrt war es üblich, dass Wissenschaftler aus der Tschechoslowakei an Tagungen teilnahmen, die in Gatersleben bzw. in Verantwortung des Gaterslebener Instituts veranstaltet wurden. Seit 1964 sind längere Arbeitsaufenthalte tschechischer und slowakischer Kollegen in Gatersleben verzeichnet; in Stubbes Amtszeit kamen: V. Fučík (Prag), R. Hončariv (Košice), E. Horvatovič-Haspel (Bratislava), J. Kučera (Prag), J. Nečas (Třeboň), D. Pleskotová (Prag), A. Seidel (Košice), H. Seidel (Košice), J. Svachulová (Prag), J. Tomko (Bratislava), A. Vassová (Bratislava) und J. Ullmann (Prag). Stubbe selbst besuchte Ende 1961 im Rahmen einer Delegationsreise die ČSAV und die Tschechoslowakische Akademie der Landwirtschaftswissenschaften. 1963 wurde er Mitherausgeber der von der ČSAV edierten Zeitschrift *Biologia Plantarum*. Herta Sagromsky, Leiterin der Abteilung Physikalische Physiologie, übernahm 1967 die Mitherausgeberschaft der ebenfalls bei der ČSAV erscheinenden Zeitschrift *Photosynthetica*. Stubbe war auch Ehrendoktor der Universität Brno. Um die Mitte der 1960er Jahre intensivierte sich der Austausch. Im August 1965 nahm eine größere Abordnung aus Gatersleben unter Leitung von Stubbe am Mendel-Memorial-Symposium in Brno teil; bei dieser Gelegenheit verlieh ihm der Präsident der ČSAV die aus Anlass des Jubiläums gestiftete Mendel-

ganze Skala möglicher Abstufungen vom lockeren Informationsaustausch bis zu langjähriger Gemeinschaftsforschung überstrichen. Stubbe selbst hat dies für die Zeit bis 1968 in seiner instituts geschichtlichen Monographie minutiös dokumentiert. Die Gaterslebener Instituts idee schließt Offenheit für die Erweiterung des Ensembles der Disziplinen und Spezialgebiete ein, die in die dort jeweils konkret bearbeiteten Themen einbezogen werden, wann immer dies notwendig erscheint. Sie ist auch für kultur- und sozialwissenschaftliche Gebiete offen. Die Kulturpflanzen sind ja in ihrer heutigen Gestalt Produkt nicht nur der Natur-, sondern auch der Kulturgeschichte, sie haben die Geschichte der Weltkultur nachhaltig beeinflusst und tun es noch heute. In seinem Festvortrag „Sinn und Bedeutung der Kulturpflanzenforschung“, den er auf dem Leibniztag 1957 der DAW hielt, erörterte er einige Beispiele aus der Geschichte der Kulturpflanzen und zog daraus den Schluss, „wie notwendig die Zusammenarbeit natur- und geisteswissenschaftlicher Disziplinen auf dem Gebiet der Kulturpflanzenforschung ist, wie neben allem notwendigen Spezialistentum nur die Synthese die großen Zusammenhänge zwischen biologischen und gesellschaftlichen Prozessen bei der Entstehung und Ausbreitung einer Kulturpflanze erkennen lässt. Es muss leider gesagt werden, dass die Erkenntnis von der Notwendigkeit fruchtbarer Zusammenarbeit besonders in Deutschland noch immer auf Widerstand stößt...“²⁷². Unter seinem Direktorat hat die Geschichte der Kulturpflanzen im Profil des Instituts durchaus eine gewisse Rolle gespielt. Aber sie bildete doch eher eine Randaktivität in einer dominant naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtung; vielleicht hätte sie einen größeren Raum eingenommen, wenn sich Elisabeth Schiemann 1945 dazu entschlossen hätte, mit Stubbe nach Stecklenberg zu gehen. Aber diese Überlegung ist hier nicht mehr als ein Beispiel für die Plastizität des interdisziplinären Verbundes, den das von Stubbe begründete und von Böhme weitergeführte Institut verkörpert und die je nach Interessenlage eine Akzentverschiebung in unterschiedliche Richtungen erlaubt.

Ein gültiges Fazit seines Berufslebens hat Stubbe in seiner Ansprache auf der Festveranstaltung im Januar 1969 formuliert, als er das Amt des Institutsdirektors an seinen Nachfolger Helmut Böhme übergab: „Versenkung in die eigene Forschungsarbeit, die Schaffung einer Umwelt, in der der Strom schöpferischer Gedanken nicht versiegt, und gleichzeitig die Bewältigung großer organisatorischer und gesellschaftlicher Aufgaben, das war die Synthese, die seit Kriegsende immer wieder in neuen Kämpfen und in unermüdlichen Anstrengungen gefunden werden musste. Das ist auf eine kurze Formel gebracht der Inhalt des Lebens eines Wissenschaftlers meiner Generation in unserer Zeit... [...] Das war eine schwere, aber auch begeisternde Aufgabe, die wir gewollt haben, ohne die wir nicht zufrieden gewesen wären, denn sie gab uns die Gewissheit, wenn auch

Gedenkmedaille. Im Anschluss daran beteiligte sich eine repräsentative Delegation, ebenfalls von Stubbe geleitet, am „Symposium on the Mutational Process“ in Prag. Im September des gleichen Jahres fand in Smolenice ein Symposium über Chemie und Stereochemie der Steroid- und Indolalkaloide statt, das vom Institut für Chemie der SAV in Bratislava und der Abteilung Chemische Physiologie des Gaterslebener Instituts gemeinsam veranstaltet wurde. Erwähnt sei noch die Konferenz „Výzkum světových sortimentů kulturních rostlin“ (Erforschung der Weltsortimente der Kulturpflanzen) im Januar 1966 in Olomouc, auf der die Abteilung Systematik und Sortiment aus Gatersleben durch Christian Lehmann vertreten war. Lehmann verfasste zwei in tschechischer Sprache publizierte Aufsätze über das Institut. – Ch. O. Lehmann: Význam gaterslebenského sortimentu pro šlechtění v NDR (Die Bedeutung des Gaterslebener Sortiments für die Züchtung in der DDR). In: Studijní informace, zvláštní řada. Rostlinná výroba 4 (1966), S. 8-10; Ch. O. Lehmann: Výzkum světových sortimentů kulturních rostlin v NDR (Die Erforschung der Weltsortimente der Kulturpflanzen in der DDR). In: Genetika a šlechtění 4 (1968), S. 69-80. – Die Angaben sind entnommen aus: Stubbe, Geschichte (wie Anm. 168), S. 94, 156, 221, 262, 264, 266, 270-271, 299, 306, 318-322, 333, 339, 348, 351.

²⁷² H. Stubbe: Sinn und Bedeutung der Kulturpflanzenforschung. In: Mitteilungsblatt der DAW zu Berlin. 3 (1957) 6/7/8, S. 123-131, hier S. 127.

oft im Kampf gegen bürokratische und menschliche Schwächen, einer guten Sache zu dienen. Immer fanden wir auch Menschen, die, an entscheidender Stelle stehend, unsere Absichten verstanden und uns halfen, Schritt für Schritt das noch ferne Ziel in greifbare Nähe zu rücken“²⁷³. Stubbe war ein großer Gelehrter und Humanist, der in der DDR – und nicht gegen sie – seine wissenschaftliche und menschliche Erfüllung gefunden hat. Nicht jeder konnte diesen Weg gehen, doch eine unvoreingenommene Sicht der Geschichte darf nicht ignorieren, dass die Wirklichkeit der DDR für einen nichtkommunistischen Wissenschaftler auch diese Option bereithielt, wenn günstige Umstände und eigener Gestaltungswille glücklich zusammentrafen.

3.3. Peter Adolf Thiessen (6.4.1899 – 5.3.1990)

Über Thiessen liegt eine – allerdings unveröffentlicht gebliebene – Dissertation von Christine Eibl vor²⁷⁴; darin werden auch die von ihm 1972 niedergeschriebenen und ebenfalls nichtpublizierten autobiographischen Aufzeichnungen ausgewertet. Ferner gibt es eine ausführliche autobiographische Skizze von Klaus Beneke²⁷⁵. Weitere Hinweise sind auch Nachrufen und Erinnerungen von Zeitgenossen zu entnehmen²⁷⁶.

3.3.1. Thiessen und der Nationalsozialismus: eine pragmatische Liaison

1950 befand sich Thiessen in der Sowjetunion als einer der renommierten deutschen „Spezialisten“, die von der Besatzungsmacht zur wissenschaftlichen Mitarbeit am sowjetischen Atomwaffenprogramm verpflichtet worden waren. Es dauerte noch ein gutes halbes Jahrzehnt, bis er – dann aber massiv – in den Wissenschaftsbetrieb der DDR, seine Organisation und seine politische Steuerung eingreifen konnte. Bei Suchumi am Schwarzen Meer waren zwei Institute errichtet worden, in denen deutsche Wissenschaftler am Problem der Trennung von Uranisotopen arbeiteten; in einem dieser Institute war die Gruppe des Nobelpreisträgers Gustav Hertz tätig, im zweiten wirkten die Gruppen von Thiessen, Manfred von Ardenne²⁷⁷ und Max Steenbeck²⁷⁸. Die langjährige Zusammenarbeit auf engem Raum ließ ein Netzwerk entstehen, das später auf die Wissenschaftsstrategie der DDR einen bedeutenden Einfluss ausübte²⁷⁹. Thiessens Leistungen in der So-

²⁷³ Stubbe, Schlussansprache (wie Anm. 248), S. 377.

²⁷⁴ Ch. Eibl: Der Physikochemiker Peter Adolf Thiessen als Wissenschaftsorganisator (1899 – 1990). Eine biographische Skizze. Diss. Stuttgart 1998.

²⁷⁵ K. Beneke: Die Kolloidwissenschaftler Peter Adolf Thiessen, Gerhart Jander, Robert Havemann, Hans Witzmann und ihre Zeit. Mitteilungen der Kolloid-Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Kolloidchemie IX. Nehnten 2000, S. 24-174.

²⁷⁶ L. Kolditz: Peter Adolf Thiessen. Zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages. In: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät Bd. 30, Jg. 1999, H. 3, S. 156-158.

²⁷⁷ Barkleit, Manfred von Ardenne (wie Anm. 103), S. 88-129.

²⁷⁸ Albrecht, Heinemann-Grüder, Wellmann, Die Spezialisten (wie Anm. 61), S. 64-65.

²⁷⁹ Auf dem Kolloquium zum 65. Geburtstag Thiessens 1964, an dem als Gast auch V. Bažant (Direktor des Instituts für theoretische Grundlagen der chemischen Technik in Prag) teilnahm, hielt Steenbeck den Festvortrag und bemerkte im Rückblick auf jene Jahre: „Wenn die Mitarbeiter unserer damaligen deutschen Gruppe, gleichgültig wo sie jetzt sind, einmal zusammenkommen, dann sind wir immer noch ein Rudel von besonderer Art“. Steenbeck betonte „die menschliche Führungsrolle, die Thiessen dort, wahrscheinlich unbeabsichtigt, gespielt hat, mit der er stärker auf seine Umgebung wirkte, als es vielleicht ein bewusstes Einflussnehmenwollen getan hätte“ (M. Steenbeck: Festvortrag. In: Vorträge zum Festkolloquium anlässlich des 65. Geburtstages von Peter Adolf Thiessen. Abhandlungen der DAW zu Berlin. Klasse für Chemie, Geologie und Biologie. Jg. 1966, Nr. 5. Berlin 1966, S. 7-13, hier S. 13).

wjetunion wurden besonders hoch bewertet; 1951 erhielt er einen Stalin-Preis I. Klasse, Hertz hingegen hatte sich einen Preis II. Klasse mit zwei weiteren Forschern zu teilen²⁸⁰.

Während viele der „Spezialisten“ ohne ihr ausdrückliches Einverständnis und nicht selten unter Anwendung von Zwang in die Sowjetunion gebracht worden waren, erklärte Thiessen wiederholt, dass er diese Verpflichtung freiwillig eingegangen sei. Diese Aussage dürfte zutreffen, denn als hochdekoriertes Rückkehrer aus der Sowjetunion war er in der DDR automatisch dagegen gesichert, dass ihm seine nationalsozialistische Vergangenheit noch einmal zum Vorwurf gemacht werden könnte. Hätte er das Purgatorium des zehnjährigen UdSSR-Aufenthaltes nicht durchlaufen, dann wäre er nach seinem im Sommer 1945 erfolgten Ausschluss aus der Preußischen Akademie der Wissenschaften²⁸¹ mit ziemlicher Sicherheit in der DDR nicht mit irgendwelchen höheren wissenschaftsleitenden Funktionen betraut worden. Thiessen hatte, ähnlich wie Stubbe, bereits vor 1945 eine komplette Karriere bis hin zu repräsentativen wissenschaftlichen Stellungen durchlaufen, und wie dieser hatte er es zum Direktor eines Kaiser-Wilhelm-Instituts gebracht. Von Stubbe unterschied ihn aber, dass er dem Nationalsozialismus nicht wie dieser reserviert gegenübergestanden, sondern sich vielmehr aktiv – und dabei schon sehr früh – für ihn engagiert und im System der nationalsozialistischen Forschungslenkung eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt hatte.

Allerdings würde man der Persönlichkeit Thiessens nicht gerecht, wollte man annehmen, er hätte seine wissenschaftliche Karriere ausschließlich oder vorrangig seinen politischen Bindungen verdankt. Er war ein bedeutender, hochbegabter Wissenschaftler, der auch unter demokratischen Verhältnissen seinen Weg gemacht hätte. Eine Beurteilung, die sein Lehrer, der frühverstorbene Nobelpreisträger Richard Zsigmondy, 1928 über ihn abgab, schloss mit den Worten: „Diese ganz außerordentliche Vielseitigkeit seines Könnens und Wissens ist verbunden mit einem scharfen Blick für das Wesentliche eines Problems und einem genialen Instinkt für seine Lösungsmöglichkeiten. Beide Gaben vereinen das vielseitige Wissen und technische Können zur fruchtbaren Forschertätigkeit“²⁸². Thiessen ist ein Beispiel dafür, dass nicht nur wissenschaftlich unbegabte Karrieristen der Verführung durch den deutschen Nationalsozialismus unterlagen, sondern auch Personen von beachtlichem wissenschaftlichen Format. Er war ein durchaus aktiver, wenn auch nicht fanatischer Nationalsozialist. Die Motive, aus denen er sich in seiner Jugend der Nazibewegung angeschlossen hatte, sind nicht klar. In der DDR hat er sich, soweit mir bekannt ist, niemals öffentlich zu dieser Seite seiner Vergangenheit geäußert.

Sein 1919 in Breslau begonnenes Chemiestudium hatte ihn über Freiburg im Breisgau und Greifswald schließlich nach Göttingen geführt, wo er bei Richard Tammann und vor allem bei Zsigmondy jenen Forschungspfad fand, den er während seines ganzen Lebens verfolgte: die physikalische Chemie der kolloidalen Systeme und der Grenzflächen. 1964 sagte er rückblickend, von Profession sei er zwar ein Physikochemiker, seiner Konfession nach aber sei er ein Chemiker geblieben: „Ich will als Chemiker unter gar keinen Umständen Denkweise und Methode der Physik

²⁸⁰ Albrecht, Heinemann-Grüder, Wellmann, Die Spezialisten (wie Anm. 61), S. 75.

²⁸¹ Thiessen wurde 1939 auf Vorschlag von Max Bodenstein, Karl Andreas Hofmann und Otto Hahn zum Ordentlichen Mitglied der PAW gewählt (C. Grau, W. Schlicker, L. Zeil: Die Berliner Akademie in der Zeit des Imperialismus Teil III. Die Jahre der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945. Berlin 1979, S. 196-197). Die in der DDR publizierte Monographie über die Geschichte der PAW im „Dritten Reich“ endet mit einem Ausblick auf den Neubeginn nach Kriegsende, in dem es heißt: „Die neue Entwicklung vollzog sich unter harten Auseinandersetzungen, galt es doch, sich von jenen Ordentlichen Akademiemitgliedern und jenen Mitarbeitern zu trennen, die sich als exponierte Vertreter des Faschismus erwiesen hatten“ (ebd., S. 397). Die Namen der im Jahre 1945 Ausgeschlossenen wurden hier jedoch nicht erwähnt, so auch nicht der von Thiessen.

²⁸² Zitiert in: H. Klare: Laudatio. In: Peter Adolf Thiessen zum 85. Geburtstag. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR Jg. 1985, Nr. 2/N, S. 5-6, hier S. 6.

und der Mathematik entbehren. [...] Aber am Anfang und am Ende meiner eigenen chemischen Arbeit sehe ich die Verpflichtung, sauber zu analysieren und zu präparieren. Wir Chemiker einer älteren Schule wollen den Stoff nicht nur erkennen, sondern ihn am Ende unserer Betrachtungen möglichst in den Händen halten“²⁸³.

Die Göttinger Jahre haben Thiessen in jeder Hinsicht geprägt, wissenschaftlich wie politisch. Die Bewunderung für die wissenschaftliche Hochkultur, die Göttingen als eines der Weltzentren des Übergangs von der älteren Quantenphysik zur modernen Quantenmechanik in der Zeit der Weimarer Republik repräsentierte, war auch unter den Naturwissenschaftlern der DDR verbreitet und wurde mitunter als ein historisches Ideal dessen artikuliert, was man in der eigenen Arbeit anstreben müsste. So beschrieb Steenbeck auf dem erwähnten Festkolloquium die wissenschaftliche Atmosphäre, in der sich der junge Thiessen bewegte: „Das Göttingen der damaligen Zeit kennen viele als das Göttingen von Pohl, Franck, Born und bald auch der damals noch sehr jungen Heisenberg, Jordan, Hund. Aber das Bild wäre durchaus unvollständig, wenn man dieses Göttingen nicht auch sehen wollte als das Göttingen von Windaus, dem leider dann bald verstorbenen Zsigmondy, von Tammann und von Goldschmidt. Es war nicht nur das Göttingen der Atomphysik und der Quantenmechanik, es war auch das Göttingen, in dem in dieser Zeit wichtigste Vorstellungen über die chemische Bindung, über die Molekülbildung entstanden, mit dem Ergebnis wichtiger Aufschlüsse und Lösungsansätze über das, was wir heute Festkörperforschung nennen“²⁸⁴. Die wissenschaftlichen Anregungen, die Göttingen dem jungen Thiessen bieten konnte, gingen weit über die entgegenkommende Förderung hinaus, die er bei seinem unmittelbaren Lehrer Zsigmondy erfuhr, bei dem er 1923 mit der Arbeit *Kritische Untersuchungen am kolloiden Gold* promovierte. Zsigmondy, der ihn bald darauf als seinen Privatassistenten einstellte und als Koautor einer gemeinsamen Monographie heranzog²⁸⁵, vertraute ihm in Anbetracht seines immer weiter verschlechternden Gesundheitszustandes ab 1924 mehr und mehr die gesamte Vertretung seiner Institutsarbeit an. Thiessen, der sich zugleich als freier Mitarbeiter an dem von Tammann geleiteten physikalisch-chemischen Institut auf dem Gebiet der Metallkunde vervollkommnete, vier Semester lang intensive eigene Experimentalforschungen ausführte, sich auf der Basis dieser Untersuchungen 1926 zum Thema *Arbeiten über die Grundsätze, den zeitlichen Verlauf und die Bildung von Kristallisationskeimen in hoch übersättigten Metalllösungen* habilitierte und schließlich zum außerplanmäßigen Professor ernannt wurde, vertrat Zsigmondy auch nach dessen Tod 1929 noch vier Jahre bis zum Frühjahr 1933, wurde aber nicht auf den vakanten Lehrstuhl berufen.

In seiner Festrede erwähnte Steenbeck allerdings nicht, dass Göttingen mitten in seiner wissenschaftlichen Glanzzeit gleichzeitig eine jener deutschen Universitätsstädte war, in denen die Nazibewegung unter Studenten und jungen Wissenschaftlern besonders früh und besonders umfassend Einfluss gewann. In diesem Klima trat Thiessen extrem zeitig – bereits im Jahre 1922 – der NSDAP bei. 1926 verließ er sie wieder, weil nach Angaben von Klaus Beneke diese Mitgliedschaft seine angestrebte Habilitation gefährdet hätte²⁸⁶, stellte aber einige Monate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung einen neuen Antrag auf Parteiaufnahme. Diese biographischen Daten werfen einiges Licht auf die Persönlichkeit Thiessens. Sein Verhältnis zur Politik war offenbar ein pragmatisches. Er mied politische Bindungen nicht und hatte auch keine Bedenken, sie karrierefördernd zu nutzen, doch er war auch bereit, sie aufzugeben oder zu suspendieren, wenn sie seine Laufbahn zu behindern drohten. Diese Wendigkeit bedeutete zugleich, dass er als NS-

²⁸³ P. A. Thiessen: Physikalisch-chemische Grenzflächenmechanik. Mikro- und Submikrovorgänge. In: Vorträge zum Festkolloquium (wie Anm. 279), S. 15-80, hier S. 15.

²⁸⁴ Steenbeck, Festvortrag (wie Anm. 279), S. 8.

²⁸⁵ R. Zsigmondy, P. A. Thiessen: Das kolloide Gold. Leipzig 1925.

²⁸⁶ Beneke, Die Kolloidwissenschaftler (wie Anm. 275), S. 31.

DAP-Mitglied nicht zu den fanatischen Hardlinern zählte und seiner Gesinnung nach eher zu dem Personenkreis zu rechnen ist, dem in den „Entnazifizierungs“-Prozeduren der Nachkriegszeit ungeachtet einer früheren Zugehörigkeit zur Nazi-Partei die Möglichkeit eines Neubeginns eingeräumt wurde; allerdings kann Thiessen angesichts seiner im „Dritten Reich“ ausgeübten Ämter auch nicht einfach in die Kategorie der „Mitläufer“ eingestuft werden.

Die jungen, dem Nationalsozialismus zuneigenden Chemiker in Göttingen bildeten ein zuverlässig funktionierendes Netz. Schon als Thiessen in seiner Studentenzeit von Greifswald nach Göttingen wechselte, unterstützte ihn der sieben Jahre ältere Zsigmondy-Schüler Gerhart Jander, damals Abteilungsleiter bei Adolf Windaus (Nobelpreis 1928), bei der raschen Ablegung des ersten Verbandsexamens als Vorbedingung für die Promotion. Jander gehörte zu den Teilnehmern des „Marsches auf die Feldherrnhalle“ 1923 und wurde dafür später mit dem „Blutorden“ der NSDAP dekoriert²⁸⁷. Assistent Janders war wiederum der mit Thiessen befreundete Rudolf Mentzel, der 1930 Kreisleiter der NSDAP in Göttingen wurde und ab 1933 in einer steilen Karriere bis in die Spitze der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik aufstieg²⁸⁸. 1933 wurde Jander als kommissarischer Direktor des KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Berlin eingesetzt, nachdem dessen bisheriger Direktor Fritz Haber aus rassistischen Gründen zum Rücktritt gezwungen worden war. Bald fanden sich Mentzel und Thiessen in diesem Institut als Abteilungsleiter wieder, und ihr wissenschaftspolitischer Aufstieg begann annähernd parallel, als beide zu nebenamtlichen Referenten in das von Bernhard Rust geführte Reichserziehungsministerium berufen wurden – Mentzel zum Referenten für die Forschung, Thiessen zum Personalreferenten für die Universitäten. Während aber Mentzel unverzüglich in höchste Ämter aufstieg (1936 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft [DFG], der wichtigsten Organisation der Forschungsförderung in Deutschland) und zugleich in der Nazi-Eliteorganisation SS hohe Ränge erreichte (Obersturmbannführer, später Brigadeführer), blieb Thiessens Lebensmittelpunkt die wissenschaftliche Arbeit. 1935 übernahm er das Direktorat des KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie, an dem nach zeitgenössischen Urteilen unter seiner Leitung eine produktive und kollegiale Atmosphäre bestand. Gestützt auf seinen Ruf als Fachmann, konnte er im System der staatlichen Forschungslenkung zugleich mit beträchtlicher Autorität exponierte Funktionen ausüben. Im Reichsforschungsrat, der im März 1937 im Rahmen der von Hermann Göring geschaffenen Vierjahrplanbehörde unter der Präsidentschaft von General Karl Becker die Forschung in Deutschland im Sinne von Kriegsvorbereitung und Autarkie koordinieren sollte, wurde Thiessen Leiter der Fachsparte Chemie (1940: anorganische und physikalische Chemie). In den Fachsparten wurde für die jeweiligen Bereiche über die Verteilung der von der DFG bereitgestellten Forschungsmittel entschieden. Außerdem führte Thiessen in dem von Albert Speer geleiteten Rüstungsministerium den sogenannten „Chemiestab“. Dabei kooperierte er auf verschiedenen Ebenen mit Mentzel, mit dem sich die Familie Thiessen bis Kriegsende die frühere Dienstvilla Habers in Berlin-Dahlem teilte. Das Netzwerk erwies sich als effektiv, auch für Thiessens Institut, an dem ein großer Teil der Forschungen als kriegswichtig eingestuft und kurz nach Kriegsbeginn unter den Befehl des Heereswaffenamtes gestellt wurde. Zwischen 1937 und 1944 stiegen die von der DFG für die Chemie aufgewandten Forschungsmittel auf das Vierfache; den größten Zuwachs, eine Steigerung auf das Fünffache, erhielt Thiessens Fachgebiet, die physikalische Chemie²⁸⁹.

²⁸⁷ Ebd., S. 13.

²⁸⁸ B. vom Brocke: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs. In: Forschung im Spannungsfeld (wie Anm. 52), S. 17-162, hier S. 56.

²⁸⁹ U. Deichmann: Kriegsbezogene biologische, biochemische und chemische Forschungen an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Züchtungsforschung, für Physikalische Chemie und Elektrochemie und für medizinische Forschung. In: Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung. Hrsg. von D. Kaufmann. Göttingen 2000, S. 231-257,

3.3.2. Karriere in der DDR

Thiessen dürfte schon frühzeitig mit der Möglichkeit gerechnet haben, dass Hitlerdeutschland den von ihm entfesselten Aggressionskrieg verlieren könnte. Wie Beneke bemerkt, duldete er an seinem Institut Mitarbeiter, von deren sozialdemokratischer oder kommunistischer Einstellung er wusste²⁹⁰. Gegen Kriegsende verständigte er sich mit der am Institut tätigen antifaschistischen Widerstandsgruppe um den Chemiker und Kommunisten Alfred Wende²⁹¹. In den letzten Kriegstagen während der Kämpfe um Berlin gestattete Thiessen seinen Mitarbeitern, ihre Angehörigen im Institut unterzubringen²⁹². Am 12. Mai 1945 wurde er sogar durch die von den sowjetischen Besatzungstruppen eingesetzten deutschen Behörden mit der vorläufigen Leitung der KWG beauftragt (in Berlin befanden sich zahlreiche Kaiser-Wilhelm-Institute, die in den letzten Kriegsjahren allerdings überwiegend nach West- und Süddeutschland evakuiert worden waren). Dieser Aufgabe konnte er sich indes nicht nennenswert widmen; schon wenige Wochen später wurde sie an Havemann übertragen, während Thiessen sich auf die im Oktober 1945 erfolgte Übersiedelung in die Sowjetunion vorbereitete. Diese Entscheidung gab der nach Göttingen verlagerten Geschäftsstelle der KWG-Generalverwaltung unter dem früheren NSDAP-Mitglied Ernst Telschow, der seit 1937 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Gesellschaft war und in der Wissenschaftsverwaltung des „Dritten Reiches“ eine beachtliche Stellung eingenommen hatte, eine willkommene Gelegenheit, an ihrem überlebenswichtigen Nachkriegsmythos zu arbeiten: Man porträtierte die KWG als eine unpolitische Forschungsorganisation, die im wesentlichen unberührt und unbelastet durch das Nazireich gegangen sei; Thiessen und sein Institut wurden als ein Ausnahmefall hingestellt. Dies konnte man leicht tun, nachdem man Thiessen nicht mehr zur Verfügung hatte. Telschow versicherte in einem – von Manfred Heinemann in Auszügen publizierten – Schreiben vom 30.7.1945 dem hochbetagten Max Planck, der noch einmal das Präsidentenamt übernommen hatte, die KWG könne als Ganzes grundsätzlich erhalten bleiben; da lediglich Thiessen sich politisch hervorgetan habe, sei allein *ein* Institut vollkommen neu aufzubauen. Entsprechend erklärte Planck, sicher bona fide, im Zusammenhang mit der Übergabe der ersten von KWG-Mitarbeitern ausgefüllten Personalfragebögen an die britische Militärregierung in Göttingen, die Angestellten der KWG hätten sich fast durchweg von jeglicher politischen Tätigkeit ferngehalten; eine Ausnahmestellung hätte in dieser Hinsicht lediglich das Institut von Thiessen eingenommen²⁹³.

Während des ersten Nachkriegsjahrzehnts hatten sich die Verhältnisse grundlegend verändert. Spätestens 1955, als sich Thiessen noch in der Sowjetunion befand, wurden die Fäden zwischen ihm und der DAW gesponnen. Das Präsidium der DAW unterbreitete ihm den Vorschlag, für den Fall seiner Rückkehr in die DDR die Projektierung und Leitung eines physikalisch-chemischen Akademieinstituts zu übernehmen. Zugleich wurde entschieden, den 1945 erfolgten Akademieausschluss zu annullieren und Thiessen in der Liste der Akademiemitglieder weiterzuführen²⁹⁴. Das Thiessen gegebene Versprechen wurde umgehend eingelöst. Am 5.12.1956 traf er in Berlin ein, am 13.12. wurde er in der Klasse für Chemie, Geologie und Biologie als Akademiemit-

hier S. 239-244.

²⁹⁰ Beneke, Die Kolloidwissenschaftler (wie Anm. 275), S. 53.

²⁹¹ Nötzoldt, Wissenschaft in Berlin (wie Anm. 138), S. 118. – Wende war einer der ganz wenigen Wissenschaftler im Nachkriegsberlin, die der KPD angehörten. Er baute an der DAW ein Laboratorium für Kunststoffe auf, das in unterschiedlichen institutionellen Zusammenhängen, teilweise auch als eigenes Institut, bestand und 1966 im Institut für organische Hochpolymere aufging.

²⁹² Seine Tochter hat Erinnerungen aus dieser Zeit veröffentlicht: D. Florek: Erinnerungen an die Jahre 1944 – 1945 im Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie. In: Dahlemer Archivgespräche Bd. 9. Hrsg. von E. Henning. Berlin 2003, S. 174-197.

²⁹³ Heinemann, Der Wiederaufbau (wie Anm. 138), S. 419-422.

²⁹⁴ Nötzoldt, Ein tolles Gaunerstück (wie Anm. 64), S. 123, Fußn. 51.

glied begrüßt²⁹⁵, am 24.1.1957 fasste das Akademiepräsidium den Beschluss zur Gründung eines Instituts für physikalische Chemie, und am 7.2. gab der für die Akademie zuständige stellvertretende Ministerpräsident Fritz Selbmann seine Zustimmung²⁹⁶. Dieses Institut, das in Berlin-Adlershof errichtet wurde und das er bis zur Vollendung seines 65. Lebensjahres 1964 leitete, wurde bis zu seinem Tod 1990 seine neue und letzte wissenschaftliche Heimat. Unter dem Direktorat seines Nachfolgers Wolfgang Schirmer wurde es 1968 im Rahmen der Akademiereform mit zwei anderen Instituten zum Zentralinstitut für Physikalische Chemie (ZIPC) vereinigt. 1990 hatte es 643 Mitarbeiter²⁹⁷, im Zuge der deutschen Vereinigung wurde es wie fast alle Akademieinstitute aufgelöst.

Im Adlershofer Institut, in das auch einige frühere Mitarbeiter Thiessens aus dem KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie eintraten, konzentrierte er sich in seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit auf Vorgänge, die bei der tribomechanischen²⁹⁸ Bearbeitung der Grenzflächen von Festkörpern auftreten und für Verständnis und Design katalytischer Prozesse von enormer Bedeutung sind. Zur Erklärung von Entstehung und Wirkungen des Triboplasmas, das bei der Bearbeitung von Oberflächen durch Impaktstöße sowie bei Reibungsvorgängen entsteht, schuf Thiessen ein Modell submikroskopischer Verformungen; sein Modell erklärt widerspruchsfrei diese Prozesse, gegenüber denen die klassische Thermodynamik versagt²⁹⁹. Er interessierte sich für die verschiedensten Aspekte tribochemischer Vorgänge und erwog auch ihre mögliche Rolle bei der Entwicklung der Voraussetzungen für die Entstehung des Lebens auf der Erde³⁰⁰.

Sein Akademieinstitut war für Thiessen unentbehrlich, weil es ihn stets in lebendiger Verbindung mit der Forschung hielt, doch sein Ehrgeiz ging weit darüber hinaus. Die atemberaubende Geschwindigkeit, mit der er nach seiner Rückkehr aus der UdSSR Spitzenpositionen in der Forschungspolitik der DDR erreichte, deutet darauf hin, dass er sich wahrscheinlich noch während seines Aufenthaltes in Suchumi intensiv darauf vorbereitet haben dürfte, auf das Forschungsprofil eines ganzen Landes Einfluss zu nehmen. Er kam zu einem Zeitpunkt in die DDR, der für ein solches Vorhaben ausgesprochen günstig war. Wie schon im Zusammenhang mit Rompe dargelegt, arbeitete eine einflussreiche Gruppe unter den Naturwissenschaftlern der DDR, vor allem unter den Physikern, an einer gründlichen Reorganisation des Forschungspotentials, und eine solche Reorganisation wurde zugleich in der Partei- und Staatsführung unterstützt. Schon im Sommer 1956 hatte der Ministerrat der DDR einen Beschluss über eine Neuordnung auf dem gesamten Gebiet der Forschung und Entwicklung angenommen und dabei eine Verschiebung der Kompetenzen von der Akademie weg zu einem noch zu bildenden „Rat für Forschung und Technik“ ins Auge gefasst³⁰¹. Aber Struktur und Funktion dieses Rates blieben zunächst noch unklar. In der DDR herrschte zu jener Zeit ein gravierender Mangel an solchen Naturwissenschaftlern, die mit unbestrittener fachlicher Autorität zugleich organisatorisches Geschick und wissenschaftsstrategischen Weitblick verbanden. Da die angestrebte Reorganisation jedenfalls auf weitere Konzentration und Zentralisierung bei fortgesetztem kräftigen Wachstum der Potentiale hinauslief, mussten mit ihr auch neue Führungspositionen entstehen, die Personen mit einer solchen Kombination

²⁹⁵ Mitteilungsblatt der DAW zu Berlin 3 (1957) 1, S. 22.

²⁹⁶ Mitteilungsblatt der DAW zu Berlin 3 (1957) 4, S. 76. – An der Berliner Humboldt-Universität erhielt Thiessen eine ordentliche Professur.

²⁹⁷ Kurzcharakteristik des Instituts in: Scheler, Von der Deutschen (wie Anm. 53), S. 411-412.

²⁹⁸ Thiessen bevorzugte den von dem russischen Physikochemiker P. A. Rebinder stammenden Terminus „physikalisch-chemische Grenzflächenmechanik“. Einen umfassenden Überblick über seine diesbezüglichen Arbeiten gab er auf dem Kolloquium zu seinem 65. Geburtstag: Thiessen, Physikalisch-chemische Grenzflächenmechanik (wie Anm. 283).

²⁹⁹ Kolditz, Peter Adolf Thiessen (wie Anm. 276), S. 156-158.

³⁰⁰ P. A. Thiessen, K. Meyer, G. Heinicke: Grundlagen der Tribochemie. Berlin 1967.

³⁰¹ Nötzoldt, Ein tolles Gaunerstück (wie Anm. 64), S. 123.

von Eigenschaften verlangten. Hätte man nun eine der wenigen Persönlichkeiten, die – wie beispielsweise Rompe oder Stubbe – diesen Anforderungen entsprachen, aus ihrem bisherigen Aufgabenkreis herausgelöst, dann hätten sich dort wiederum Vakanzen ergeben. Deshalb war die Rückkehr der „Spezialisten“ aus der UdSSR für die DDR-Wissenschaftspolitik ein personalpolitisches Geschenk und für diese selbst eine einzigartige Gelegenheit, einflussreiche und gut ausgestattete Positionen zu erlangen.

Thiessen analysierte präzise die Situation und erkannte seine Chance darin, sich zwar in der gleichen Richtung wie Rompe und die anderen bisherigen Protagonisten der Reorganisation zu orientieren, aber dort, wo diese eher zögernd auf den Status quo Rücksicht genommen hatten, radikalere und damit auch einfachere Lösungen vorzuschlagen. Bereits Mitte Januar 1957 brachte er seine Vorstellungen der Akademieleitung und den Wissenschaftspolitikern im Parteiapparat der SED zur Kenntnis: Es komme darauf an, Strukturen zu schaffen, mit denen unter Einsatz hinreichend großer disponibler Sondermittel und frei von jeglicher Bürokratie der Industrie endlich und rasch gegeben werden könne, was sie von der Forschung braucht; ebenso sei sicherzustellen, dass die Forschung alles das erhält, was sie von der Industrie braucht; zu diesem Zweck seien alle in Frage kommenden Institute, die bisher der Akademie oder den Industrieministerien unterstanden, unter der Hoheit eines Kuratoriums für Wissenschaft und Forschung zusammenzufassen, dessen Mitglieder nicht in zeitraubenden Prozeduren gewählt, sondern vielmehr berufen werden sollten. Nötzoldt, der diesen von Thiessen nach seiner Ankunft in der DDR artikulierten Standpunkt darstellt, bemerkt dazu: „Mit diesen an den Reichsforschungsrat von 1937 angelehnten Vorstellungen stieß er bei den Politikern auf offene Ohren“³⁰².

Entsprechend wurde er – wenige Tage nach dem Beschluss über die Gründung seines Instituts – zum Vorsitzenden der von Selbmann berufenen Kommission „Forschungsorganisation der naturwissenschaftlich-technischen Institute“ ernannt. Dieser Kommission gehörten hochrangige Wissenschaftler an, unter ihnen auch Rompe und Stubbe. Sie arbeitete zügig; bereits im März lag ein Ergebnis vor, das zwar nicht in aller Konsequenz den ursprünglichen Ideen Thiessens folgte, aber eine grundlegende Neuformierung des naturwissenschaftlichen Potentials der DAW in Gestalt der Forschungsgemeinschaft vorsah. Der Gedanke dieser Neuformierung war zwar schon älter, aber offenbar gewann er erst unter der Regie von Thiessen ein so griffiges Profil, dass er bei der Führung der SED problemlos durchgesetzt werden konnte. Nach der konzeptionellen Arbeit, die diese Kommission als Beratungsorgan geleistet hatte, erfolgte – wie Nötzoldt beschreibt – die praktische Durchsetzung dieses Konzepts bereits in perfekt zentralistischer top-down-Manier: Zuerst beschloss das Sekretariat des Zentralkomitees (ZK) der SED die Bildung der Forschungsgemeinschaft; danach wurde dieser Beschluss vom Politbüro, dem innersten Machtzirkel der Partei, bestätigt; nachfolgend beriet die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED mit den leitenden Genossen der Akademie; erst dann wurde eine Sitzung des erweiterten Präsidiums der Akademie einberufen, auf der Thiessen über den Beschluss informierte und die Mehrheit sich dafür aussprach, dass die Forschungsgemeinschaft innerhalb der Akademie verbleiben und keine selbständige, akademieunabhängige Organisation bilden sollte³⁰³.

3.3.3. Vorsitzender des Forschungsrates

Mit der Bildung der Forschungsgemeinschaft war ein zweiter, weiterreichender Schritt verbunden, in dessen Mittelpunkt Thiessen noch prononcierter stand: Nachdem die Konstituierung der Forschungsgemeinschaft geregelt war, gab Selbmann auf einer Tagung von Vertretern aus Wissenschaft und Wirtschaft Ende August 1957 die Berufung des Forschungsrates der DDR unter dem

³⁰² Ebd..

³⁰³ Nötzoldt, Wolfgang Steinitz (wie Anm. 39), S. 142-143.

Vorsitz von Thiessen bekannt. Da dieses tiefgegliederte Gremium, an dem in dieser oder jener Weise die wichtigsten Vertreter aller einschlägigen Fachgebiete in der DDR beteiligt waren, nicht nur die Regierung zu beraten, sondern zugleich die gesamte naturwissenschaftliche und technische Forschung des Landes zu koordinieren hatte, ist es nicht übertrieben zu behaupten, dass Thiessen in den acht Jahren seiner Amtsführung (1965 ging der Vorsitz des Forschungsrates an Steenbeck über) auf die Profilierung und Vernetzung des Forschungspotentials der DDR einen prägenden Einfluss ausgeübt hat. Obwohl die Arbeitsweise des Forschungsrates nach seinem Ausscheiden nicht unverändert geblieben ist, hatten doch Grundzüge der von ihm eingeführten Konstruktion bis zum Ende der DDR Bestand. Insofern war es keine leere Geste, dass er am Ende seiner aktiven Amtszeit zum Ehrenvorsitzenden des Forschungsrates ernannt wurde.

Es ist hier nicht möglich, die Wirksamkeit des Forschungsrates unter Thiessen zu erörtern. Insgesamt dürfte seine Berufung in dieses Amt eine für die Naturwissenschaft der DDR vorteilhafte Lösung gewesen sein. Unzweifelhaft vertrat er eine große Industrienähe der Naturwissenschaft und ging insofern mit dem Kurs der SED-Führung konform. Zugleich aber machte er kein Hehl aus seiner Überzeugung, dass eine von der Bindung an kurz- und mittelfristige Praxisaufgaben frei gehaltene und großzügig geförderte Grundlagenforschung unentbehrlich ist, um das Erkenntnisreservoir, aus dem die Praxis für ihre Probleme innovative Lösungen schöpfen kann, immer wieder aufzufüllen und zu erweitern. Schon in seiner Rede auf der Tagung vom 23. August 1957, auf der die Bildung des Forschungsrates bekannt gegeben wurde, ließ er daran keinen Zweifel, und er wählte keinen Geringeren als den in der Bundesrepublik lebenden Nobelpreisträger Max von Laue zum Kronzeugen: „Seine Entdeckung, mit der er wechselseitig die räumlich geordnete Struktur der Kristalle und die Wellennatur der Röntgenstrahlen bewies, hatte zu einer klassischen Arbeit geführt, die er zusammen mit dem verehrten Vizepräsidenten unserer Deutschen Akademie der Wissenschaften, W. Friedrich, und einem jüngeren Mitarbeiter, P. Knipping, durchgeführt hatte. Meine eigene wissenschaftliche Entwicklung hat wesentlich im Zeichen dieser Entdeckung gestanden, die mir seit meinen Studienjahren als Vorbild einer großen synthetischen Idee erschienen ist. Die Tragfähigkeit dieses Gedankens ist bis heute nicht annähernd erschöpft. Wenn Herr von Laue sich heute etwa an das Steuer seines Kraftwagens setzt oder wenn er die U-Bahn benutzt, wenn er etwa am Radio ein Konzert genießt oder Fernsehbilder betrachtet, dann dürfte er mit Recht eine tiefe Genugtuung darüber empfinden, dass die hohe technische Vervollendung dieser Zivilisationsgüter ohne praktische Anwendung seiner Idee bisher nicht erreicht worden wäre“³⁰⁴. Es bedurfte der Statur Thiessens, um den mit diesem Exempel illustrierten Gedanken in der damaligen DDR mit Nachdruck zu vertreten³⁰⁵. Die inzwischen auch mit den Mitteln der politischen Propaganda allgemein verbreitete Einsicht, dass eine weitere erfolgreiche Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft nur auf wissenschaftlicher Grundlage möglich ist, setzte sich vor dem Hintergrund der chronischen Innovationsschwäche des Wirtschaftssystems bei vie-

³⁰⁴ P. A. Thiessen: Alle Wissenschaft muss dem Leben dienen. In: Mitteilungsblatt der DAW zu Berlin 3 (1957) 9/10, S. 201-208, hier S. 206.

³⁰⁵ Für Thiessen war diese Position nicht neu. Schon als Fachspartenleiter im Reichsforschungsrat hatte er sich gegen die einseitige Bevorzugung der angewandten Forschung gewandt. Manfred Rasch zitiert aus einem Brief, den Thiessen am 15.3.1943 an Friedrich Körber, den Direktor des KWI für Eisenforschung, gerichtet hatte: „Die schwierigsten Fragen entstehen, ...wenn zu entscheiden ist, ob Probleme der Grundlagenforschung zu fördern oder aufzuhalten sind. Hier habe ich stets die Erfahrung gemacht, dass man durch Förderung der Grundlagen-Forschung gewöhnlich sehr viel schneller zu brauchbaren Resultaten kommt als durch Behandlung des Problems von scheinbar an der Oberfläche liegenden Bedürfnissen“. – M. Rasch: Universitätslehrstuhl oder Forschungsinstitut? Karl Zieglers Berufung zum Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Kohlenforschung im Jahr 1943. Eine Studie zum Verhältnis von Wissenschaft, Wirtschaft und Staat im Dritten Reich. In: Die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft (wie Anm. 186), S. 469-504, hier S. 477.

len Wirtschafts- und Parteifunktionären in die Meinung um, alle vorhandenen wissenschaftlichen Kräfte müssten für die Arbeit an kurzfristig und mit geringem Aufwand zu verwirklichenden Verbesserungen der Produktion eingesetzt werden.

Diesem Druck des politischen common sense musste eine seriöse Interessenvertretung der Wissenschaftler widerstehen. Dazu war ein parteiloser Wissenschaftler wie Thiessen unter den Verhältnissen der DDR weitaus besser in der Lage als ein Mitglied der SED. Für ihn galten nicht die Normen der Parteidisziplin; andererseits hatte ihn sein bewegtes Leben gelehrt, intuitiv abzuschätzen, wie weit er in einer bestimmten Konstellation gehen konnte. Aus seinem Auftreten als Forschungsratsvorsitzender kann man schließen, dass er dieses Amt nicht nur als eine Schaltstelle für die Umsetzung zentraler Zielstellungen der Partei- und Staatsführung in den Wissenschaftsbetrieb, sondern umgekehrt auch als ein Medium verstand, durch das die Interessen der Wissenschaftler gegenüber der Politik geltend gemacht werden konnten. Auf dem V. Parteitag der SED 1958 beschwor Thiessen als Sprecher einer Abordnung von Wissenschaftlern die Delegierten: „Die wissenschaftliche Fundierung unserer Produktion ist nicht so stark, wie sie sein sollte und könnte“. Der Zuwachs an Wissenschaftlern sei zwar nicht gering, aber „vorerst weit hinter dem Bedarf zurück, den die bestmögliche Fundierung unserer Produktion erfordert. [...] Die Produktion ist in ihrem Wert ganz und gar abhängig von dem Betrag an Wissenschaft, der in ihr steckt“³⁰⁶. Auch auf der Chemiekonferenz des ZK der SED und der Staatlichen Plankommission (SPK) der DDR im November 1958 in Leuna hielt Thiessen, wenige Wochen davor mit dem Nationalpreis I. Klasse ausgezeichnet, eine Rede; darin wandte er sich entschieden gegen eine Passage im Entschließungsentwurf der Konferenz, in der gefordert wurde, von den Betrieben müssten die entscheidenden Impulse für die Richtung der gesamten Forschungsarbeit auch in den Instituten der DAW ausgehen: „Hier wird ein einseitiger Totalitätsanspruch ausgesprochen, wie er schärfer nicht vertreten werden kann – außerhalb des Vatikans. Ich brauchte Sie als chemisch Gebildete nicht auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die sich daraus ergeben. Sie kommen nämlich in erschreckender Weise der menschlichen Bequemlichkeit entgegen und führen notwendig zu einer betrieblichen Inzucht bei dieser Art von Aufgabenstellung“³⁰⁷.

Ähnliche Akzente setzte Thiessen in seinen Reden und Aufsätzen während seiner Tätigkeit im Forschungsrat wiederholt. Er berief sich dabei häufig auf die sowjetische Wissenschaftsstrategie und sein darüber während seiner Zeit in der UdSSR gesammeltes Insiderwissen, vor allem in den ersten Jahren nach der Rückkehr, und äußerte dabei bemerkenswerte Überlegungen. So hielt er vor dem Plenum der DAW auf seiner Festsitzung zum 40. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution am 7. November 1957 einen Vortrag, in dem er sagte: „Ich lernte geradezu als Axiom kennen, dass gute Beziehungen zwischen Deutschland und Russland die Grundlage für Frieden und Wohlstand sind. [...] Ich bin mit der Überzeugung zurückgekommen, dass sich die Sowjetunion und Deutschland, und zwar nicht nur die Deutsche Demokratische Republik, sondern auch die Deutsche Bundesrepublik – das ganze Deutschland also – auf zwanglose natürliche Weise ausgezeichnet ergänzen“³⁰⁸. Das waren mitten im Kalten Krieg ungewohnte Töne. Thiessen sah die Wissenschaftler als Vermittler zwischen den beiden Weltlagern und reklamierte dabei für die deutschen Wissenschaftler eine exponierte Rolle: „Als *deutsche* Wissenschaftler obliegt uns eine besondere Aufgabe. Wir sind durch unsere geographische Lage, durch unsere wissenschaftlichen Leistungen und den Stand unserer Technik, durch Grundlagen und Art unserer Produktion, die berufenen Vermittler zwischen Ost und West. Weder natürliche noch unnatürliche Grenzen, noch

³⁰⁶ Mitteilungsblatt der DAW zu Berlin 4 (1958) 6-8, S. 126.

³⁰⁷ P. A. Thiessen: Das erste deutsche Chemieprogramm. In: Mitteilungsblatt der DAW zu Berlin 5 (1959) 1, S. 9-14, hier S. 11.

³⁰⁸ P. A. Thiessen: Sowjetische Gegenwart, erlebt in Laboratorien und Betrieben. In: Mitteilungsblatt der DAW zu Berlin 3 (1957) 11/12, S. 257-266, hier S. 258.

künstliche ideologische Schranken sollten trennen, wo Verbindungen nötig sind“³⁰⁹. Wenn man diese Sätze als Ausdruck der damaligen Überzeugungen Thiessens ansehen kann – und es gab für ihn in dieser Situation keinen ersichtlichen äußeren Grund, aus bloßen Opportunitätsrücksichten an die Versöhnung zwischen den Lagern zu appellieren –, dann hat er seit seinen Studentenjahren in seinen Ansichten einen bemerkenswerten Weg zurückgelegt. Vermutlich unterstellten die Funktionäre der DDR im Umgang mit Thiessen immer, dass er in einem nicht genau abschätzbaren Ausmaß das Vertrauen der sowjetischen Seite besaß; damit konnte er auch als Inhaber einer hohen wissenschaftsleitenden Funktion Meinungen aussprechen, die andere, weniger gut abgesicherte Personen womöglich in Schwierigkeiten gebracht hätten.

4. *Agieren an den Grenzen des politischen Systems und Grenzüberschreitung:* *Robert Havemann*

Von und über Robert Havemann liegt als Konsequenz seines außergewöhnlichen Schicksals in der DDR eine Fülle von Literatur vor. Zentrum der Forschungen über Havemann ist die in Berlin ansässige Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.³¹⁰. In ihrem Besitz befindet sich ein umfangreicher Bestand von Dokumenten und Literatur zu Havemann, darunter der von Werner Theuer erschlossene Nachlass; die wissenschaftliche Zuständigkeit für diesen Bestand liegt bei Bernd Florath. Die Gesellschaft publiziert Studien und Dokumenteneditionen. Von besonderer Wichtigkeit für die folgenden Ausführungen ist die von Florath und Silvia Müller mit größter Sorgfalt zusammengestellte kommentierte Dokumentensammlung *Die Entlassung*, die die Vorgänge um Havemanns Entfernung aus der DAW minutiös belegt und die 1996 als erster Band in der Schriftenreihe des Robert-Havemann-Archivs erschienen ist³¹¹. Einen Überblick über die hauptsächlichen Stationen seines Lebensweges bietet der 1991 erschienene und noch immer unentbehrliche Band *Robert Havemann. Dokumente eines Lebens*; die verschiedenen Perioden seines Lebens werden in von unterschiedlichen Autoren verfassten Kapiteln dargestellt, und jedem dieser Kapitel ist eine dem betreffenden Lebensabschnitt zugehörige Dokumentenauswahl beigegeben³¹². Die Einleitungen der diversen Editionen von Havemann-Texten und auch zahlreiche Bücher und Aufsätze zu verschiedenen Phasen und Aspekten seines Wirkens enthalten weiteres biographisches Material. Eine detaillierte Havemann-Biographie, die akademischen Ansprüchen genügt, steht noch aus.

4.1. *Phänomenologie einer Ausgrenzung: der Ablauf des Geschehens*

Für den vierzigjährigen Physikochemiker Robert Havemann brachte das Jahr 1950 eine bedeutende Veränderung seiner Lebensumstände. Er übersiedelte aus Westberlin in die zur DDR gehörende Gemeinde Klein-Machnow am südlichen Stadtrand von Berlin, übernahm – zunächst kommissarisch – das Direktorat des Instituts für Physikalische Chemie der Humboldt-Universität, an dem er bereits seit 1949 eine Abteilung geleitet hatte³¹³, und stellte, gleichsam zur Bekräftigung des

³⁰⁹ Ebd., S. 266.

³¹⁰ Nähere Angaben unter: www.havemann-gesellschaft.de.

³¹¹ Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften 1965/66. Eine Dokumentation. Hrsg. von S. Müller und B. Florath.

³¹² Robert Havemann. Dokumente eines Lebens. Zusammengestellt und eingeleitet von D. Draheim, H. Hecht, D. Hoffmann, K. Richter, M. Wilke. Mit einem Geleitwort von H. Jäckel. Berlin 1991; siehe auch: K. Havemann, J. Widmann: Robert Havemann oder Wie die DDR sich erledigte. München 2003.

³¹³ Genauer lautet die Chronologie seiner Nachkriegsverpflichtungen an der früheren Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, die bei ihrer Wiedereröffnung 1946 auf den Namen des Preußenkönigs verzichtete und 1949 den Namen der Brüder Alexander und Wilhelm von Humboldt annahm: 1946 Professor mit vollem Lehrauftrag für das Fach Kolloidchemie; 1949 Abteilungsleiter am Institut für Physikalische Chemie; 1950 kommissarischer Direktor dieses Instituts; Wintersemester 1952/53 Entpflichtung von

Wandels seiner Verhältnisse, den Antrag auf Aufnahme in die SED. Dieser Aufnahmeantrag war keine opportunistische Entscheidung. Havemann hatte sich schon seit der Abschlussphase seines Chemiestudiums am Ende der Weimarer Republik im krisengeschüttelten Berlin, in dem überall die Vorzeichen der unmittelbar bevorstehenden Machtübernahme durch das Naziregime zu erkennen waren, selbst als Kommunist verstanden³¹⁴, und diese Überzeugung hatte ihn dazu motiviert, am illegalen Widerstandskampf teilzunehmen und dafür sein Leben zu riskieren. Während des zweiten Weltkrieges organisierte er gemeinsam mit seinen Freunden Georg Groscurth, Herbert Richter und Paul Rentsch die antifaschistische Widerstandsgruppe „Europäische Union“, die insbesondere unter den nach Deutschland gebrachten ausländischen Zwangsarbeitern tätig war und verfolgten Juden half.³¹⁵ Im September 1943 wurde die Gruppe von der Gestapo zerschlagen, im Dezember wurden alle vier vom „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt. Groscurth, Richter und Rentsch wurden am 8. Mai 1944 – ein Jahr vor der bedingungslosen Kapitulation Nazi-Deutschlands – hingerichtet. Die Vollstreckung des Urteils gegen Havemann wurde aufgeschoben, um ihn zunächst in einem eigens dafür in einer Zelle des Zuchthauses Brandenburg-Görden³¹⁶ eingerichteten Laboratorium im Auftrag des Heereswaffenamtes an einer für die Rüstungsforschung für wichtig erachteten Aufgabe arbeiten zu lassen. So überlebte Havemann und wurde im Frühjahr 1945 von der Roten Armee aus dem Zuchthaus befreit. Im Juni 2006 wurden Georg und Anneliese Groscurth, Robert Havemann, Paul Rentsch und Herbert Richter für die Hilfe, die sie verfolgten Juden unter eigener Lebensgefahr erwiesen hatten, von der israelischen Holocaust-Gedenkstätte YAD VASHEM in Jerusalem als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt.

Havemanns Übersiedelung in die DDR war eine unmittelbare Konsequenz der schnellen Eskalation der politischen Gegensätze im Kalten Krieg. Bis dahin hatte er, obwohl er auch in Ostberlin lehrte, sein eigentliches berufliches Arbeitsfeld als Abteilungsleiter in dem von Karl Friedrich Bonhoeffer geleiteten KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie in Westberlin³¹⁷. Den

der kommissarischen Institutsleitung, Professor mit Lehrstuhl für das Fach Angewandte Physikalische Chemie und Direktor des neu eingerichteten Instituts für Angewandte Physikalische Chemie; 1955 Zusammenlegung beider Institute, Direktor des vereinigten Instituts für Physikalische Chemie; 1956 Umwandlung seiner Professur in eine solche für Physikalische Chemie an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät. Während seiner Tätigkeit an der KWG in Westberlin nahm Havemann seine universitären Verpflichtungen nebenamtlich wahr. – W.-D. Bilke, H. Pietsch: Robert Havemann (11.03.1910 – 09.04.1982). In: Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 3 (wie Anm. 146), S. 149-160, hier S. 154. Ursprünglich veröff. in: Zeitschrift für physikalische Chemie (Leipzig) 271 (1990) 6, S. 1073-1082.

³¹⁴ Zur Datierung der Parteimitgliedschaft Havemanns finden sich in der Literatur unterschiedliche Angaben; in einem am 10.11.1967 von ihm selbst verfassten kurzen autobiographischen Text heißt es, er sei seit 1932 Mitglied der KPD und später Mitglied der SED gewesen. – Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. Nr. 155, S. 395.

³¹⁵ M. Wilke, W. Theuer: „Der Beweis eines Verrats lässt sich nicht erbringen“. Robert Havemann und die Widerstandsgruppe „Europäische Union“. In: Deutschland Archiv 32 (1999) 6, S. 899-912; S. Hanne-mann: Robert Havemann und die Widerstandsgruppe „Europäische Union“: eine Darstellung der Ereignisse und deren Interpretation nach 1945. Eine Studie. Berlin 2001.

³¹⁶ W. Uhlmann (Hrsg.): Sterben um zu leben. Politische Gefangene im Zuchthaus Brandenburg-Görden. Köln 1983.

³¹⁷ Der Alliierte Kontrollrat in Berlin hatte im Sommer 1946 noch die Auflösung der KWG beschlossen. Infolge des Zerfalls der Viermächteverwaltung kam der Beschluss jedoch nicht mehr zur Ausführung. Die amerikanische Militäradministration entschied daraufhin, die Zuständigkeit für die Forschungsinstitutionen im amerikanischen Sektor Berlins, zu dem Dahlem als Standort der meisten Kaiser-Wilhelm-Institute gehörte, der aus Vertretern der vier Siegermächte gebildeten Alliierten „Kommandantura“ zu entziehen und dem US-Stadtkommandanten zu übertragen. Infolge dieser Entwicklung bestand in Westberlin die KWG als Trägerin der dort befindlichen Forschungsinstitute vereinsrechtlich weiter,

Westberliner Behörden war Havemann unbequem, und sie suchten nach einer Gelegenheit, sich seiner zu entledigen³¹⁸. Diese ergab sich im Winter 1950, als der damalige US-Präsident Harry S. Truman den Beschluss zum Bau der Wasserstoffbombe verkündete, mit dem die nukleare Überlegenheit der USA wiederhergestellt werden sollte, nachdem die Sowjetunion im Sommer 1949 das US-Monopol auf dem Gebiet der Kernspaltungsbomben gebrochen hatte. Havemann schrieb dazu für die Zeitung *Neues Deutschland*, das Zentralorgan der SED in Ostberlin, einen Artikel, in dem er eine plausible Hypothese über den möglichen Mechanismus der in der angekündigten „Superbombe“ ablaufenden Kernfusion darlegte und seine Ansicht äußerte, dass es der Sowjetunion keine Schwierigkeiten bereiten würde, auch auf dieser Stufe des nuklearen Wettrüstens mit den USA gleichzuziehen, falls sie nicht – was Havemann für möglich hielt – das Prinzip der Wasserstoffbombe ohnehin schon beherrschte³¹⁹. In Westberlin regierte damals ein Koalitionsmagistrat, dem der sozialdemokratische Oberbürgermeister Ernst Reuter vorstand; sein Parteifreund Walter May, der als Stadtrat für Volksbildung für die Kaiser-Wilhelm-Institute zuständig war, nutzte die Chance, um Havemann die fristlose Entlassung auszusprechen, die mit dem Verbot des Betretens der Institutsräume verbunden war³²⁰. Bonhoeffer, der sich zu dieser Zeit in Göttingen aufhielt, schrieb

und zwar auch über die Gründung der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) als faktische Nachfolgerin (nicht Rechtsnachfolgerin) in Westdeutschland hinaus. Zunächst war die MPG nur für die Britische und die Amerikanische Zone konstituiert, im Sommer 1949 wurde ihre Satzung auch für die Französische Zone anerkannt. Die Verhandlungen über die Eingliederung der in Westberlin befindlichen Kaiser-Wilhelm-Institute in die MPG gestalteten sich langwierig, die Eingliederung erfolgte erst am 1. Juli 1953. Bis dahin firmierten diese Einrichtungen noch als Kaiser-Wilhelm-Institute. – Heinemann, *Der Wiederaufbau* (wie Anm. 138), S. 408-409, 454-455.

³¹⁸ Dass Havemann in Westberlin missliebig war, hing nicht nur mit seiner politischen Einstellung zusammen, sondern auch und vor allem mit dem Auftrag, mit dem er bald nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus dorthin gekommen war. Um die Zukunft der KWG als traditionsreicher Organisation der außeruniversitären Grundlagenforschung in Deutschland setzte schon bei Kriegsende der Kampf der konkurrierenden politischen Lager ein. Am 5. Juli 1945 betraute Otto Winzer, Stadtrat für Volksbildung im Berliner Magistrat, Havemann mit dem Amt des „vorläufigen Leiters“ der KWG, in der Erwägung, dass es vielleicht gelingen könnte, über die im Westteil der Stadt verbliebenen Restinstitute Einfluss auf das Institutennetz in ganz Deutschland zu gewinnen. Es war allerhöchste Zeit zum Handeln, denn am 4.7. waren das Gros der für Berlin bestimmten amerikanischen und britischen Besatzungstruppen sowie ein französisches Detachement in der Stadt eingetroffen; damit lief für die östliche Seite die kurzzeitig bestehende Möglichkeit aus, durch administrative Entscheidungen auf Entwicklungen in Westberlin Einfluss zu nehmen. Havemann stand mit der ihm übertragenen Aufgabe jedoch von vornherein auf verlorenem Posten. Sowohl der bereits im Februar 1945 nach Göttingen übergesiedelte Teil der KWG-Generalverwaltung, der mit amerikanischer Hilfe den als Gelehrten von Weltruf hochangesehenen greisen Max Planck für die kommissarische Übernahme des seit dem Freitod Albert Vöglers vakanten Präsidentenamtes gewinnen konnte, als auch die US-Militärregierung schränkten geschickt und systematisch die ohnehin sehr geringen Kompetenzen Havemanns immer weiter ein – bis hin zu seiner vollständigen Kaltstellung. Diese Periode der Tätigkeit Havemanns bedarf noch der näheren Untersuchung. – Heinemann, *Der Wiederaufbau* (wie Anm. 138), S. 425-428, 441; D. Hoffmann: *Physikochemiker und Stalinist (1945 – 1955)*. In: Robert Havemann. *Dokumente* (wie Anm. 312), S. 64-115, hier S. 65-78.

³¹⁹ R. Havemann: *Trumans großer Theaterdonner. Was die Wissenschaft zur „Wasserstoff-Superbombe“ sagt*. Nachdruck in: Robert Havemann. *Texte. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde*. Hrsg. von D. Hoffmann und H. Laitko. Berlin 1990, S. 88-90. Ursprünglich in: *Neues Deutschland*, 5.2.1950. – Auch in den folgenden Jahren äußerte sich Havemann wiederholt publizistisch zu markanten Ereignissen des nuklearen Wettrüstens und zu den Bemühungen um seine Eindämmung und Begrenzung: R. Havemann: *Die Wasserstoffbombe*. In: *Wissenschaft und Fortschritt* 3 (1953) 9, S. 261-263; R. Havemann: *Die Drohung mit der H-Bombe*. In: *Wissenschaft und Fortschritt* 4 (1954) 6, S. 1-3.

³²⁰ Mays Schreiben an Havemann vom 27.2.1950 hatte folgenden Wortlaut: „Ich habe mit Bedauern festgestellt, dass Sie das ‚Neue Deutschland‘ zu Ihrem Publikationsorgan gewählt haben [...], d.h. die Berliner

Havemann in vorwurfsvollem Ton, er hätte sich bemüht, das Institut „soweit als möglich aus den politischen Kämpfen in Berlin herauszuhalten, um den wissenschaftlichen Kontakt mit der Ostzone halten zu können“. Havemann aber habe durch seinen Aufsatz „das Institut in eine äußerst schwierige Situation gebracht. [...] Während ich mir noch überlegte, was zu tun sei, um die ungestörte Weiterarbeit des Institutes nicht zu gefährden, hat Herr Stadtrat May gehandelt. Ich habe seinem Schreiben nichts hinzuzufügen als das Bedauern, dass durch Ihr Ausscheiden das Institut ein Mitglied verliert, das in der Hitlerzeit seine Gegnerschaft gegen den Nazismus durch seinen aktiven Widerstand in so offenkundiger Weise erwiesen hat“³²¹. Dieser Brief Bonhoeffers macht die Kalamität deutlich, in der er sich befand. Auf einstimmigen Beschluss der Abteilungsleiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts forderte er vom Magistrat, die Suspendierung Havemanns vom Dienst aufzuheben, weil die von May gegebene Begründung eine Verletzung der demokratischen Prinzipien darstelle; freilich hatte er damit keinen Erfolg. Schließlich veröffentlichte Havemann im *Neuen Deutschland* eine Erklärung zu diesen Vorgängen, in der es hieß: „Es scheint mir mehr als bloßer Zufall zu sein, dass ich mich in demselben Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlem im Jahre 1933 in der gleichen Situation befunden habe. Auch damals wurde ich wegen meiner politischen und weltanschaulichen Überzeugung aus dem Hause gejagt“³²². Und heute, bereits fünf Jahre nach dem Ende der Hitlerherrschaft, fällt es einem angeblichen Sozialdemokraten ein, wieder in die Fußstapfen der Nazis zu treten, um mich wegen der Äußerung meiner politischen Meinung aus dem Hause zu jagen“³²³.

Mit dieser Episode begann Havemanns vierzehnjährige öffentliche Wirksamkeit in der DDR, und sie endete im Frühjahr 1964 noch abrupt, als sie 1950 begonnen hatte. Bis 1962/63 war sein Wirken öffentlich anerkannt, auch wenn sich in der zweiten Hälfte dieser Periode seine kritische Haltung zunehmend ausprägte und es bereits zu einigen Konfrontationen und Kollisionen mit dem Parteiapparat der SED kam. Wenn ihn damals äußerlich etwas vom Gros seiner naturwissenschaftlichen Fachkollegen unterschied, so waren es die große Zahl seiner politischen und wissenschaftspolitischen Verpflichtungen und vor allem die Intensität seines Auftretens in der Öffentlichkeit. Unter seiner Leitung wurde das physikalisch-chemische Institut der Humboldt-Universität wesentlich ausgebaut und in seinem Forschungsprogramm auf Magnetochemie und Photochemie profiliert. Der ihm 1960 verliehene Nationalpreis der DDR³²⁴ und seine 1961 stattgefundene Wahl zum Korrespondierenden Mitglied der DAW zu Berlin erschienen als folgerichtige

Tageszeitung, die systematisch die freiheitliche Bevölkerung Berlins und ihre Körperschaften mit Schmutz bewirft. Besonders die Einleitung Ihres Aufsatzes zeigt eine auffallende Anpassung an die im ‚Neuen Deutschland‘ übliche Terminologie. Ich kann darin nur einen von Ihnen bewusst herbeigeführten Affront erblicken, mit dem Sie das Vertrauen zerstören, das ich als Voraussetzung für Ihre Tätigkeit an einem Dahlemer Institut für unerlässlich halte. Ich suspendiere Sie daher mit sofortiger Wirkung von Ihrer Tätigkeit und Ihren sämtlichen Funktionen innerhalb der Forschungsgruppe Dahlem. Ihre Suspendierung schließt das Verbot des Betretens der Institutsräume ein“. – In: Robert Havemann. Dokumente (wie Anm. 312). Dokument 2-9, S. 106.

³²¹ Ebd., Dokument 2-10, S. 107.

³²² Havemann war im Sommer 1932 als Praktikant in das berühmte, von Fritz Haber begründete und zu jener Zeit noch immer geleitete KWI für Physikalische Chemie und Elektrochemie eingetreten, um an seiner Dissertation zu arbeiten. Er wurde der Abteilung des Kolloidchemikers Herbert Freundlich zugeordnet, sein unmittelbarer Betreuer war Georg Ettisch. Freundlich und Ettisch fielen nach der Machtübernahme durch das Hitlerregime ebenso wie der Institutsdirektor Haber unter die nazistischen Rasengesetze. Haber und Freundlich legten daraufhin von sich aus ihre Ämter nieder. In diesem Zusammenhang wurde auch Havemann die weitere Tätigkeit an diesem Institut untersagt.

³²³ R. Havemann: H-Bombe, Stadtrat May und Demokratie. Eine notwendige Erklärung, nur zum Teil in eigener Sache. In: Robert Havemann. Texte (wie Anm. 319), S. 91-94, hier S. 93.

³²⁴ H. Pietsch, K. Schiller, J. Wischniewski: Nationalpreisträger Prof. Dr. Robert Havemann. In: Wissenschaft und Fortschritt 10 (1960) 1, S. 34.

Schritte einer erfolgreichen Wissenschaftlerlaufbahn. Der vorliegende Aufsatz kann auf diesen Lebensabschnitt nicht systematisch eingehen und kommt im weiteren Text lediglich punktuell darauf zurück; zum biographischen Gesamtzusammenhang sei auf die vorliegende Literatur verwiesen³²⁵.

Den sichtbaren Wendepunkt in seinem Verhältnis zum politischen System der DDR bildete die Vorlesungsreihe „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“, die Havemann an der Berliner Humboldt-Universität im Studienjahr 1963/64 für Hörer aller Fakultäten hielt. Ungeachtet ihres wenig attraktiven Titels zog sie eine immer größere Schar von Hörern an – so viele, dass er schließlich vom Hörsaal seines eigenen Instituts in den größten Hörsaal umziehen musste, über den die chemischen Institute der Universität damals verfügten, und auch dort war, wenn Havemann sprach, jede Treppenstufe und jedes Fensterbrett besetzt. Noch mehr als die hier vorgetragenen unkonventionellen Thesen selbst beunruhigte den Parteiapparat der rasant wachsende Zulauf, der auch Havemann überraschte; anders als bei revisionistischen Äußerungen in kleinen Diskussionskreisen entzogen sich hier die möglichen Wirkungen jeder Kontrolle, zumal über die westlichen elektronischen Medien Nachrichten über diese Vorlesung und ihren Erfolg Millionen von Menschen in der DDR erreichten. Das gesteigerte Interesse an dieser Vorlesung war ein Symptom des politischen und ideologischen Orientierungsbedarfs, der in jenen Jahren unter den Studenten und der jungen Intelligenz der DDR deutlich zunahm. Das hatte mit der Widersprüchlichkeit der Signale zu tun, die nach dem Mauerbau von der politischen Führung ausgingen. Wie Hoffmann bemerkt, verstärkte die Abschottung des Landes nach außen einerseits die zentralistischen und dirigistischen Züge der Politik und damit auch die Disziplinierung der Intellektuellen, andererseits ermutigte sie aber auch dazu, auf bestimmten Gebieten, insbesondere in der Wirtschaft, nunmehr überfällige Reformen in Angriff zu nehmen, die eine Relativierung oder Revision bestimmter bis dahin unhinterfragt hingenommener Leitsätze des Marxismus-Leninismus erforderten³²⁶. Diese Situation veranlasste auch andere Naturwissenschaftler der DDR zu Überlegungen, die weit über die Grenzen ihrer jeweiligen Fachgebiete hinausgingen. Hoffmann macht darauf aufmerksam, dass der prominente Physiker Max Steenbeck ganz ähnliche Fragen wie jene, die etwas später Havemann in seiner Vorlesung behandelte, schon in einer (internen) Beratung der Sektion Philosophie der DAW zur Sprache gebracht hatte³²⁷. Eine persönliche Aussprache mit Kurt Hager hatte indes zum Ergebnis, dass der parteilose Steenbeck seine Gedanken in einer noch immer anregenden, aber deutlich entschärften und so für die Parteiführung politisch tolerierbaren Fassung veröffentlichte³²⁸. Auch mit Havemann führte Hager verschiedene Aussprachen³²⁹, doch sie brachten ihn nicht dazu, dass er Kompromisse einging und von sich aus

³²⁵ Robert Havemann. Dokumente (wie Anm. 312), S. 78-97, 116-141.

³²⁶ D. Hoffmann: Der Physikochemiker Robert Havemann (1910 – 1982) – eine deutsche Biographie. In: Naturwissenschaft (wie Anm. 5), S. 319-336, hier S. 324-325.

³²⁷ Ebd., S. 325.

³²⁸ M. Steenbeck: Essay eines Naturwissenschaftlers über Philosophie und Einzelwissenschaften. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 10 (1963) 12, S. 1472-1488.

³²⁹ „In persönlichen Gesprächen suchte ich ihn zu überreden, die Dinge nicht zu weit zu treiben“. – K. Hager: Erinnerungen. Leipzig 1996, S. 281. Hager widmet in seinen Erinnerungen Havemann einen eigenen kleinen Abschnitt (S. 279-283), doch er geht im wesentlichen nur auf die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten ein, die sich zwischen diesem und der Führung der SED herausgebildet hatten, nicht aber auf die gegen ihn verhängten Repressalien, die es ihm unmöglich machten, seine Ansichten in der DDR öffentlich zu vertreten und seine Differenzen mit dem Parteiapparat in kultivierten Diskussionen auszutragen. Lediglich auf die Absperrung seines Grundstückes in Grünheide bei Berlin und die zeitweilige erzwungene Beschränkung seines Aufenthaltes auf dieses Grundstück in den 1970er Jahren kommt Hager kurz zu sprechen: „Die in den 70er Jahren gegen ihn ergriffenen Maßnahmen gehörten in das Ressort der Justiz und des Ministeriums für Staatssicherheit. Sie beruhten nicht auf Beschlüssen des Politbüros oder Sekretariats des ZK. Havemanns Isolierung in Grünheide

darauf verzichtete, seine Überzeugungen in der Öffentlichkeit auszusprechen, solange ihm das möglich war. Der Parteiapparat unternahm eine Reihe von Schritten, um seinen Spielraum einzuschränken³³⁰, doch er selbst rechnete 1963/64 vermutlich damit, seine Redefreiheit im Rahmen seiner Vorlesung behaupten zu können, zumal ihn Werner Tzschoppe als 1. Sekretär der Universitätsparteileitung der SED ausdrücklich schützte.

Havemann war daran gewöhnt, seinen Hörern freimütig Rede und Antwort zu stehen, wenn sie ihm im Zusammenhang mit der Thematik seiner Vorlesung Fragen vorlegten. So geschah es, dass er Anfang März 1964 einem Mann ein Gespräch gewährte, der sich als interessierter Zuhörer ausgab, tatsächlich aber – was Havemann nach seiner eigenen wiederholten Bekundung nicht wusste – ein westdeutscher Journalist war. Auf der Basis des Gespräches erschien am 11.3. im *Hamburger Echo am Abend* ein als Interview mit Havemann aufgemachter, von diesem aber nicht autorisierter Text, in dem es hieß: „Frage: Es gibt Stimmen in der Bundesrepublik, die Sie als einen grundsätzlichen Gegner der DDR bezeichnen. *Havemann*: Ich kenne das Gerede. Manche meinen, ich sei vom Sozialismus enttäuscht. Sie sehen in mir so etwas wie einen ideologischen Konvertiten... *Frage*: Sindermann behauptet, Sie wollten den dialektischen Materialismus über Bord werfen³³¹... *Havemann*: Nichts davon trifft zu. Nicht als Enttäuschter des sozialistischen Gedankens, sondern als sein überzeugter Anhänger fordere ich die restlose Überwindung von Stalinismus und Dogmatismus in allen Erscheinungsformen. Das Ziel muss eine Gesellschaftsordnung sein, in der der freiheitliche Sozialismus verwirklicht ist. Was den dialektischen Materialismus betrifft, so halte ich ihn für die höchst entwickelte Form der Philosophie. Das kann jeder in meinen Vorlesungsmanuskripten nachlesen, die ich habe vervielfältigen lassen“³³². Wie Bernd Florath bemerkt, war dieses sogenannte Interview „der lange gesuchte Anlass, Havemann mundtot zu machen, ohne sich auf eine Debatte über seine politischen und theoretischen Herausforderungen einlassen zu müssen“³³³. Wiederholt ist die Vermutung geäußert worden, die ganze Situation könnte von Organen der DDR manipuliert gewesen sein, um Havemann eine Falle zu stellen. Für diese Vermutung haben sich, wie Florath bestätigt, in den Akten bisher jedoch keine Anhaltspunkte gefunden. Es hätte aus der Sicht des Parteiapparates auch keine zwingende Notwendigkeit bestanden, das Geschehen künstlich zu forcieren. Das lawinenartig anwachsende nationale und

war sadistisch. Ich habe nichts unternommen, um sie zu beenden, und ich hätte auch nichts erreicht“ (S. 283). Es ist schwer zu sagen, ob sich Hager, als er diese Zeilen schrieb, bewusst war, welches Urteil er damit über die politische Führung der DDR abgab, wenn er erklärte, dass nicht einmal ein Mitglied des Politbüros – also des innersten Führungszirkels – imstande gewesen sein sollte, die von ihm selbst als sadistisch bewertete Behandlung eines antifaschistischen Wissenschaftlers zu beenden.

³³⁰ Eine exponierte Rolle beim Vorgehen gegen Havemann spielte die Bezirksleitung Berlin der SED und besonders deren 1. Sekretär Paul Verner. Wie Hoffmann gezeigt hat, wies Verner den Ausschluss Havemanns aus der Universitätsparteileitung der SED, der dieser seit 1958 angehört hatte, im Sommer 1963 persönlich an, nachdem er erfahren hatte, dass der Verzicht des Direktoriums des Forschungszentrums Adlershof der DAW auf die Absendung einer offiziellen Grußadresse zum 70. Geburtstag Walter Ulbrichts auf den Einwand Havemanns zurückging, es habe keinen Sinn, bloße Lippenbekenntnisse abzugeben. – Hoffmann, *Der Physikochemiker* (wie Anm. 326), S. 326.

³³¹ Im Bericht des Politbüros an die 5. Tagung des ZK der SED im Februar 1964 hatte der Berichterstatter Horst Sindermann behauptet, Havemann hätte in seiner Vorlesung gefordert, dass „der dialektische Materialismus über Bord gehen müsste. Hier geht es also nicht mehr um schöpferische Diskussion, sondern um grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten mit der Linie der Partei und der Theorie des Marxismus-Leninismus“. – Robert Havemann. *Dokumente* (wie Anm. 312), Dok. 3-18, S. 185.

³³² „Wir Deutschen machen alles besonders gründlich“. In: Robert Havemann. *Texte* (wie Anm. 319), S. 189-191, hier S. 190. Ursprünglich in: *Hamburger Echo am Abend*, 11. März 1964.

³³³ B. Florath: *Das philosophische Argument als politischer Skandal: Die Herausforderung der SED durch Robert Havemann*. In: *Skandal und Diktatur. Formen öffentlicher Empörung im NS-Staat und in der DDR*. Hrsg. von M. Sabrow. Göttingen 2004, S. 157-193, hier S. 183.

internationale Echo auf die von Havemann gehaltenen Vorlesungen musste früher oder später Versuche westlicher Presseorgane hervorbringen, mit ihm – offen oder, wie im tatsächlich eingetretenen Fall, getarnt – publizistisch verwertbare Gespräche zu führen, und der Parteiapparat brauchte im Grunde nur abzuwarten, dass es dazu kam.

Unmittelbar nach dem Erscheinen des „Interviews“ wurde Havemann am 12. März 1964 durch Beschluss der Universitätsparteileitung der Humboldt-Universität aus der SED ausgeschlossen³³⁴, zugleich dekretierte der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen seine fristlose Entlassung aus seiner Dienststellung als Hochschullehrer an der Humboldt-Universität, die mit einem Hausverbot für diese Universität verbunden war. Pro forma wurde der Disziplinausschuss der Universität nachträglich damit befasst; nach außen wurde das Procedere aber so dargestellt, als sei der Beschluss zur Abberufung Havemanns das Ergebnis eines universitären Disziplinarverfahrens gewesen, das anschließend vom Staatssekretär bestätigt worden ist. Zum Parteiausschluss wurde eine Mitteilung veröffentlicht, in der Havemann – wie in solchen Fällen üblich – fortgesetztes parteifremdes und parteischädigendes Verhalten attestiert wurde. In dieser Mitteilung hieß es: „Prof. Dr. Havemann verletzte die Parteinormen, indem er über westliche Pressevertreter Angriffe gegen die Politik der Partei und unseres Arbeiter- und Bauern-Staates richtete. [...] Zu einem Zeitpunkt, in dem westdeutsche Publikationsorgane Herrn Prof. Dr. Havemann in den Mittelpunkt einer Hetzkampagne gegen die Deutsche Demokratische Republik gestellt hatten, hat er durch verantwortungslosen Umgang mit westdeutschen Publizisten schuldhaft zur Verstärkung dieser Hetze beigetragen...“³³⁵. Damit war das zentrale Argument formuliert, mit dem der Parteiapparat versuchte, unter der eigenen Mitgliedschaft und in der gesamten Bevölkerung Akzeptanz für das brachiale Vorgehen gegen Havemann zu erreichen. Auf der Delegiertenkonferenz der Berliner SED-Organisation der DAW am 25. und 26.4.1964 hieß es beispielsweise in dem von Heinrich Scheel, einem namhaften Historiker, vorgetragenen Rechenschaftsbericht: „Und dieser Tatbestand des Interviews mit der Westpresse war genau der Punkt, an dem die Partei aufhörte, mit Prof. Havemann zu diskutieren, und mit ihm brach“³³⁶.

Mit Havemanns fristloser Entlassung an der Humboldt-Universität und seinem Parteiausschluss wurden für ihn alle Möglichkeiten, sich in der Öffentlichkeit der DDR schriftlich oder mündlich zu philosophischen, politischen oder ökonomischen Fragen zu äußern, rigoros und lückenlos unterbunden. Eine kurze Antwort vom November 1963 auf einen Kommentar zu seiner Vorlesung blieb die letzte Wortmeldung Havemanns zu solchen Fragen, die in den DDR-Medien zu lesen war³³⁷; erst nach der politischen Umwälzung vom Herbst 1989 und kurz vor der Herstellung der deutschen Einheit wurden – acht Jahre nach seinem Tod – wieder Texte von ihm in der DDR gedruckt. Obwohl auch nach seiner Entlassung in Presseorganen der DDR weiterhin diverse explizite Kritiken an seinen Ansichten veröffentlicht wurden, wurde ihm jede Gelegenheit, darauf zu antworten, strikt verweigert; alle seine Bemühungen, dies zu tun, liefen ins Leere. Havemanns Ausschaltung aus dem öffentlichen Leben erfolgte größtenteils stillschweigend. Bestenfalls wurden lapidare, nichtssagende oder entstellende Mitteilungen an unauffälliger Stelle publiziert. So strich ihn die erfolgreiche populärwissenschaftliche Monatsschrift *Wissenschaft und Fortschritt* (*WiFo*), deren Redaktionskollegium er seit 1951 angehört hatte, in der zahlreiche Beiträge aus sei-

³³⁴ Dieser Ausschluss bedeutete eine Verletzung des Parteistatuts der SED; regulär konnte ein Mitglied nur im Ergebnis eines Parteiverfahrens ausgeschlossen werden, und den Beschluss dazu hatte die Grundorganisation zu fassen, der dieses Mitglied angehörte, nicht irgendeine übergeordnete Leitung.

³³⁵ Mitteilung zum Ausschluss von Prof. Havemann aus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In: Robert Havemann. Dokumente (wie Anm. 312), Dokument 3-21, S. 189-190, hier S. 189.

³³⁶ Rechenschaftsbericht der Berliner Parteiorganisation der SED der DAW zu Berlin. Berichterstatter: Gen. Prof. Dr. H. Scheel. In: Spektrum 10 (1964) Sonderheft, S. 2-13, hier S. 12.

³³⁷ R. Havemann: Ehrlich um Klarheit ringen. Zu den Bemerkungen von Dr. Bodo Wenzlaff zu meinen Vorlesungen. In: Humboldt-Universität, 29.11.1963, S. 6.

ner Feder erschienen waren und deren Profil er mehr als ein Jahrzehnt lang maßgeblich mitgestaltet hatte, mit der folgenden kleingedruckten Begründung aus ihrem Redaktionskollegium: „Auf Antrag der Redaktion unserer Zeitschrift beschloss das Sekretariat des Zentralrats der Freien Deutschen Jugend [die Jugendorganisation der DDR fungierte als Trägerin dieser Zeitschrift – H.L.], Prof. Dr. Havemann und Dr. Stehr aus dem Redaktionskollegium der Zeitschrift ‚Wissenschaft und Fortschritt‘ auszuschließen. Prof. Dr. Havemann hat das vom Verband der FDJ in ihn gesetzte Vertrauen gröblichst missbraucht, indem er die DDR, das wahre Vaterland der deutschen Jugend, beleidigte und unwahre Vorstellungen und wissenschaftlich falsche Behauptungen über unser Leben verbreitete. Damit hat er selbst das Recht verwirkt, im Kollegium der Zeitschrift mitzuarbeiten“³³⁸.

Unmittelbar nach dem Abschluss des Disziplinarverfahrens an der Humboldt-Universität befand das Sekretariat des ZK der SED (nach einer von der Abteilung Wissenschaften des ZK ausgearbeiteten Vorlage³³⁹) über Havemanns berufliche Zukunft. Der gesamte „Fall Havemann“ erschien den obersten Führungsgremien der Partei so wichtig, dass sie sich wiederholt damit befassten, bei seiner Bearbeitung straff Regie führten und den untergeordneten Parteiorganen und erst recht den staatlichen Instanzen dabei nur in eng gezogenen Grenzen eigenständiges Agieren gestatteten. Ein Berufsverbot für Havemann oder seine Abschiebung auf eine subalterne Hilfsarbeit wollte die Parteiführung zunächst nicht riskieren. Ihr Konzept lief in dieser Lage darauf hinaus, ihn unter materiell komfortablen Bedingungen politisch ruhig zu stellen und dabei seine Fähigkeiten als Naturwissenschaftler weiter zu nutzen. Als dafür geeignete Adresse erschien die DAW, in deren Instituten talentierte Wissenschaftler, die aus politischen Gründen nicht in der Hochschullehre tätig sein sollten, nicht selten untergebracht wurden. Havemann hatte zur Akademie bereits Arbeitsbeziehungen. 1960 wurde an der DAW – innerhalb ihrer Forschungsgemeinschaft der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Institute – eine Arbeitsstelle für Photochemie gegründet³⁴⁰. Sie gehörte zum Forschungszentrum Berlin-Adlershof der Forschungsgemeinschaft, und ihre Leitung wurde Havemann übertragen; er übte damals diese Funktion – neben seiner Haupttätigkeit an der Humboldt-Universität – nebenamtlich aus. Die Modernität der Aufgabenstellung und die Kompetenz Havemanns und seines Mitarbeiterstabes auf diesem Gebiet ließen eine künftige Institutsbildung durchaus wahrscheinlich erscheinen³⁴¹. Ein Jahr später erfolgte seine Wahl zum Korrespondierenden Mitglied der DAW. Der Wahlvorschlag nannte Havemanns Arbeiten zur Photosynthese, mit der er sich sowohl unter energetischen als auch unter stofflichen Aspekten befasste, an erster Stelle: „Zu unmittelbar technisch nutzbaren Ergebnissen haben die Arbeiten bisher noch nicht geführt. Es ist aber bereits zu erkennen, dass die weitere Verfolgung dieser Arbeiten die Möglichkeit einer künftigen technischen Anwendung der Photosynthese für die Schaffung von ‚Lichtakkumulatoren‘ und für die Erweiterung der menschlichen Er-

³³⁸ Mitteilung der Redaktion. In: *Wissenschaft und Fortschritt* 14 (1964) 4, S. 145.

³³⁹ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 2, S. 95-96.

³⁴⁰ Solche Arbeits- oder Forschungsstellen wurden an der Akademie im allgemeinen als Proto-Institute eingerichtet. Ihre Aufgabe war es, zu prüfen, ob auf bestimmten Gebieten die Gründung von Instituten sinnvoll sein würde, und bei einem positiven Ergebnis den Aufbau solcher Institute vorzubereiten.

³⁴¹ Im Beschluss des Kuratoriums der Forschungsgemeinschaft vom 17.3.1960 zur Gründung der Arbeitsstelle hieß es: „Die Problematik der Photochemie hat einen Umfang angenommen, der es nicht mehr gestattet, dieses Gebiet in einer Arbeitsgruppe eines physikalisch-chemischen Instituts zu bearbeiten. Vielmehr erweist es sich als notwendig, die Aufgaben des Forschungsgebietes Photochemie einem speziellen Institut zu übertragen. [...] Um eine gründliche Vorbereitung für die Bildung eines derartigen Institutes zu treffen, empfiehlt es sich, zunächst eine Arbeitsstelle für Photochemie zu schaffen“. – In: *Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter* 3 (wie Anm. 146), S. 102.

nährungsbasis verspricht. Diese Arbeiten entstanden im Rahmen umfassender Untersuchungen über die chemische Reaktionskinetik“³⁴².

Hier knüpfte die Vorlage der Abteilung Wissenschaften an. Der darauf beruhende Sekretariatsbeschluss wurde an der DAW umgesetzt, und Havemann wurde zum nunmehr hauptamtlichen Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie berufen. Die Vorgaben waren restriktiv (Reduzierung des Mitarbeiterbestandes, Pflicht zur Genehmigung jeder an der Arbeitsstelle beabsichtigten wissenschaftlichen Veranstaltung durch den Akademiepräsidenten usw.), das für Havemann vorgesehene Gehalt hingegen war außerordentlich großzügig. Ein mit ihm abgeschlossener Einzelvertrag garantierte ihm ein Monatseinkommen in Höhe von 4000 Mark; dieser Betrag lag weit über den damaligen Gehältern von Universitätsprofessoren, auch wenn es in der DDR zu jener Zeit wissenschaftliche und technische „Spezialisten“ gab, denen auf der Basis von Einzelverträgen noch weitaus höhere Summen gezahlt wurden. Havemann wurde damit ein Handel zugemutet: ein Leben in materiellem Wohlstand als Gegenleistung dafür, dass er sich in die Rolle des unpolitischen Naturwissenschaftlers schickte. Zweifellos hätte er in dieser Rolle auch weiter in der DDR publizieren können, sofern er sich auf rein fachwissenschaftliche Arbeiten beschränkt hätte. Nicht wenige Naturwissenschaftler wären auf einen solchen Handel bereitwillig eingegangen. Für Havemann, dessen ganzes Leben von seinen Berliner Studententagen an politisch bestimmt war und der für seine politische Grundüberzeugung sein Leben eingesetzt hatte, war er ganz undenkbar. Beiläufig bemerkt, führte die Parteiführung mit dieser Offerte ein zentrales und ständig wiederholtes Motiv ihrer Wissenschaftspolitik (die Wissenschaftler sollten den „Elfenbeinturm“ reiner Erkenntnis verlassen und gesellschaftliche Verantwortung übernehmen) auf groteske Weise ad absurdum. Folgerichtig hat Havemann, als er die hauptamtliche Leitung der Arbeitsstelle übernahm, auch nirgendwo zugesichert, sich fortan politischer Äußerungen zu enthalten. Im Gegenteil – er hat gegenüber Vertretern des Staatsapparates offen erklärt, dass er sich an das ihm auferlegte Verbot jeglichen Kontaktes zu westlichen Pressevertretern nicht zu halten gedenke. Nachdem die Druckfassung seiner Berliner Vorlesungen im Hamburger Rowohlt-Verlag erschienen war³⁴³ und das westdeutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ ein Interview mit ihm veröffentlicht hatte³⁴⁴, wurde auf Weisung des Sekretariats des ZK der SED (Sitzung vom 20.1.1965) Havemann in das Büro des Ministerrats der DDR vorgeladen; dort wurde ihm eine Erklärung verlesen³⁴⁵, in der es hieß: „Es wird von Ihnen erwartet, dass Sie sich künftig ganz Ihren wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiet der Fotochemie widmen und alles unterlassen, was dem Ansehen der DDR Schaden zufügt, insbesondere haben Sie keine Beziehungen zu Korrespondenten aus Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern zu unterhalten. Sollte dies nicht geschehen, so sind Sie selbst für die sich daraus ergebenden Konsequenzen verantwortlich“. Die über den Ablauf dieses Gespräches angefertigte Aktennotiz gibt auch Havemanns Entgegnung wieder, darunter die folgende Passage: „Er sehe sich außerstande, den Hinweis ‚keine Beziehungen zu

³⁴² Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 1, S. 94.

³⁴³ R. Havemann: Dialektik ohne Dogma? Naturwissenschaft und Weltanschauung. Reinbek b. Hamburg 1964. – Im März 1990 erschien im Deutschen Verlag der Wissenschaften eine von Dieter Hoffmann besorgte DDR-Ausgabe. Sie enthielt nicht nur die Vorlesungen selbst, sondern auch weitere Arbeiten Havemanns zur Philosophie der Naturwissenschaften sowie eine Reihe von Dokumenten, die den Kontext und die Wirkung der Vorlesungen beleuchten. Im vorliegenden Beitrag werden die Vorlesungen nach der Berliner Ausgabe zitiert: R. Havemann: Dialektik ohne Dogma? Aufsätze, Dokumente und die vollständige Vorlesungsreihe zu naturwissenschaftlichen Aspekten philosophischer Probleme. Hrsg. von D. Hoffmann. Mit einem Essay von H. Hecht. Berlin 1990.

³⁴⁴ R. Havemann: Der Marxismus leidet an Sklerose. In: Der Spiegel 18 (1964) 51, S. 37-49.

³⁴⁵ Die Praxis, Havemann betreffende Festlegungen lediglich in seiner Gegenwart zu verlesen, ihm aber ihre Aushändigung in schriftlicher Form zu verweigern, wurde wiederholt angewandt, um ihn so daran zu hindern, die authentischen Texte über westliche Medien publik zu machen.

Korrespondenten aus Westdeutschland und anderen kapitalistischen Ländern zu unterhalten' einzuhalten. Mit allen Personen, die sich legal in der DDR aufhalten und die sich mit ihm unterhalten wollen, würde er auch weiterhin sprechen. Alles andere wäre für ihn eine Einschränkung der verfassungsmäßigen Rechte³⁴⁶. Gegen das Kontaktverbot protestierte er im Februar und März 1965 auch in Briefen an Ministerpräsident Willy Stoph und Volkskammerpräsident Johannes Dieckmann; diese Briefe wurden nicht beantwortet³⁴⁷.

Damit war vorprogrammiert, dass Havemanns Arbeitsverhältnis an der DAW eine Episode bleiben und der Konflikt zwischen ihm und der Parteiführung sich bis zum Eklat zuspitzen würde. Dieser ereignisreiche Prozess, der sich auf wenige Monate zusammenballte und mit der vollständigen Isolierung Havemanns in der DDR endete, ist von Sylvia Müller und Bernd Florath präzise und minutiös dokumentiert und analysiert worden; er gehört zu den besterforschten Abschnitten seines Lebens. An dieser Stelle ist es nicht möglich, in die Details zu gehen, die Darstellung muss sich mit einer summarischen Charakteristik des Ablaufes begnügen. Havemanns Vorladung in das Büro des Ministerrats war seitens der Parteiführung als eine letzte Warnung an seine Adresse und als eine massive Drohung gedacht. Auch in seinem unmittelbaren Arbeitsumfeld sollte er den Ernst der Drohung spüren; das Sekretariat des ZK verfügte zugleich, die Arbeitsstelle für Photochemie „auf die unbedingt notwendige kadermäßige Größe zu reduzieren“³⁴⁸. Der endgültige Eklat wurde durch einen Artikel ausgelöst, den Havemann auf Anregung eines westdeutschen Journalisten schrieb und der kurz vor Weihnachten 1965 im Hamburger Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ erschien³⁴⁹. Dieser Artikel, der sich mit dem Problem der KPD in der Bundesrepublik beschäftigte, intervenierte frontal in eines der für die Parteiführung der SED allersensibelsten Politikfelder; politisch und ideologisch war er noch brisanter als die Kritik an den inneren Verhältnissen der DDR, mit der Havemann bis dahin hervorgetreten war. In der Geschichte der Wissenschaft haben Fälle, in denen Naturwissenschaftler in vergleichbarer Konkretheit zu derart sensiblen Themen der Politik Stellung bezogen, Seltenheitswert. Das westdeutsche Bundesverfassungsgericht hatte 1956 die KPD verboten; seitdem agierte sie – mit sinkender Akzeptanz in der vom westdeutschen Nachkriegs-„Wirtschaftswunder“ faszinierten Bevölkerung – illegal, und ihre führenden Persönlichkeiten lebten, in weitgehender finanzieller und ideologischer Abhängigkeit von der SED, im DDR-Exil. Das Parteiverbot wurde auf der Basis des Grundgesetzes ausgesprochen, der Verfassung des westdeutschen Staates, an deren Ausarbeitung die KPD innerhalb des Parlamentarischen Rates acht Jahre zuvor selbst teilgenommen hatte. Es war ein Phänomen des Kalten Krieges und beschädigte den hohen demokratischen Standard, den der westdeutsche Staat für sich in Anspruch nahm. Florath charakterisiert den historischen Platz dieser Maßnahme mit folgenden Worten: „Das Verbot der KPD war innenpolitisch nicht gerechtfertigt. Sie stellte schon 1952 keine Gefahr für den Bestand der Demokratie in der Bundesrepublik dar. 1956 war sie faktisch zu einer politischen Randgruppe geschmolzen. Das Verbot war gleichwohl als permanente Drohung und Mittel zur Diffamierung der linken Opposition dienlich“³⁵⁰. Folgerichtig begann Havemann seinen Artikel auch mit der Aufzählung einer Reihe von Gründen, die für eine Aufhebung des KPD-Verbots sprachen. Alle repräsentativen westlichen Demokratien „leisten sich ihre KP“; die Bundesrepublik begeben sich mit ihrem Parteiverbot in die Gesellschaft der „totalitären Regimes“ in Spanien und Portugal, die als einzige westeuropäische Län-

³⁴⁶ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 6, S. 102.

³⁴⁷ Ebd., S. 103.

³⁴⁸ Ebd., Dok. 4, S. 99.

³⁴⁹ R. Havemann: Die Partei ist kein Gespenst. Plädoyer für eine neue KPD. In: Der Spiegel 19 (1965) 52 vom 22.12.1965, S. 30-32. – Nachdruck in: Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 15, S.116-122. Im vorliegenden Beitrag wird der Artikel nach diesem Nachdruck zitiert.

³⁵⁰ B. Florath: Opposition und Widerstand. In: Deutsche Zeitgeschichte (wie Anm. 40), S. 354-411, hier S. 372.

der ihre kommunistischen Parteien verboten hatten³⁵¹. Die Behauptung der Bundesregierung, sie sei von den beiden deutschen Regimes das einzig demokratische, werde so selbst für notorische Antikommunisten unglaubwürdig: „Staatliche Demokratie verträgt sich nicht mit einer Verurteilung der Kommunisten zu Illegalität und Konspiration. Die Behauptung, das Verbot der KPD diene dem Schutz der Demokratie, ist ein Widersinn. Schon einmal begann in Deutschland das Ende der Demokratie mit dem Verbot der kommunistischen Partei. Es war der erste Schritt ins Tausendjährige Reich“³⁵².

Schärfer hätte man das geltende KPD-Verbot nicht verurteilen können. Havemann blieb dabei jedoch nicht stehen. Er zog auch in Betracht, dass die Bundesregierung selbst dann, wenn ihr dieses Verbot nun nicht mehr zweckmäßig erscheinen sollte, doch vor dem Gesichtverlust zurückschrecken könnte, der mit der Aufhebung dieser erst wenige Jahre vorher getroffenen fragwürdigen Maßnahme verbunden wäre. Deshalb schlug er vor, eine andere Variante der Problemlösung in Betracht zu ziehen, „nämlich die Gründung einer neuen kommunistischen Partei der Bundesrepublik, für deren Zulassung gemäß dem Grundgesetz das Verbot der alten kein Hinderungsgrund sein muss“³⁵³. Damit hatte Havemann ungewöhnlichen realpolitischen Weitblick bewiesen, denn mit der Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in einer Situation, in der durch die Ereignisse des Jahres 1968³⁵⁴ die politischen Verhältnisse der Bundesrepublik in unerwartete Bewegung geraten waren, wurde genau dieser Weg beschritten, um in Westdeutschland für Kommunisten wieder legale Betätigungsmöglichkeiten herzustellen³⁵⁵. Dieser Schritt bedeutete zwangsläufig, die Führungsriege der alten KPD noch weiter zu marginalisieren, als sie ohnehin schon war. Dass Havemann 1965 diese Möglichkeit explizit ins Gespräch brachte, alarmierte sowohl die Führung der SED als auch die von dieser unmittelbar abhängige KPD-Spitze. Am 21. Dezember wurde unter dem Titel „Havemann will die KPD spalten“ eine Erklärung des Politbüros des ZK der KPD veröffentlicht, die am Vortag auf einer außerordentlichen Sitzung des Politbüros des ZK der SED sanktioniert worden war. Die Erklärung war in einer rüden, demagogischen Sprache gehalten und vermittelte den irreführenden Eindruck, Havemann hätte gegen die Aufhebung des KPD-Verbotes votiert: „Herr Havemann wendet sich in seinem Artikel gegen die Aufhebung des KPD-Verbotes in der westdeutschen Bundesrepublik und schlägt vor, die KPD aufzulösen und an ihrer Stelle eine neue Kommunistische Partei der Bundesrepublik zu schaffen. Diese Partei soll nach der Meinung Havemanns vollständig von allen marxistisch-leninistischen Ideen gereinigt sein und als eine Art Hilfstruppe des Verfassungsschutzes wirken“. Er selbst habe sich „den Agenten des westdeutschen Verfassungsschutzes zu Spaltungsversuchen zur Verfügung gestellt“³⁵⁶. Die Erklärung scheute vor einer offenkundigen Lüge in der zentralen Frage des Artikels nicht zurück, denn Havemann hatte darin ausdrücklich bekräftigt, dass auch im Fall einer Neugründung die neue Partei selbstverständlich die Aufhebung des Verbotes der alten fordern müsste: „Eine kommunistische Partei, die das Karlsruher Verbot der KPD anerkennt, ist keine kommunistische Partei. Hic Rhodus, hic salta!“³⁵⁷.

Die Frage, ob man sich vorrangig auf den Kampf für die Aufhebung des bestehenden Verbotes oder aber auf die Gründung einer neuen Partei orientieren sollte, war für Havemann ein eher taktisches Problem, das je nach der gegebenen politischen Situation so oder so zu lösen war. Weit aus

³⁵¹ Havemann, Die Partei (wie Anm. 349), S. 116.

³⁵² Ebd., S. 117.

³⁵³ Ebd., S. 117.

³⁵⁴ I. Gilcher-Holtey (Hrsg.): 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Göttingen 1998.

³⁵⁵ W. Abendroth, H. Ridder, O. Schönfeldt (Hrsg.): KPD-Verbot oder Mit Kommunisten leben? Reinbek 1968.

³⁵⁶ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 17, S. 124-125.

³⁵⁷ Havemann, Die Partei (wie Anm. 349), S. 118.

wichtiger war für ihn eine strategische Grundsatzentscheidung, die nach seiner Überzeugung in jedem Fall getroffen werden sollte, einerlei, ob es zu einer Wiederzulassung der KPD oder zu einer Neugründung käme. Die Partei, die über einen dieser Wege in die Arena westdeutscher politischer Legalität eintreten würde, müsste eine „von Grund auf neue, gewandelte kommunistische Partei sein“³⁵⁸. Es müsste ihr gelungen sein, „sich von dem Odium einer radikalen Umsturzpartei zu befreien, deren Ziel die Errichtung einer totalitären Diktatur ist. Sozialismus mit weniger demokratischen Rechten und Freiheiten, als sie bereits der bürgerliche Staat verwirklicht hat, ist ein Zerrbild. Es muss klar sein, dass die neue Partei einen Sozialismus anstrebt, der die demokratischen Errungenschaften der Bourgeoisie nicht zerstört, sondern sichert und ihnen neue hinzufügt“³⁵⁹. Diese Sätze enthalten die Quintessenz der gesellschaftlichen Zielvorstellung, zu der sich Havemann im Laufe mehrerer Jahre durchgerungen hatte; seine Idee eines demokratischen Sozialismus war den Intentionen des „Prager Frühlings“ nahe verwandt.

Die Führung der SED war darauf vorbereitet, dass sich Havemann in dieser Weise im „Spiegel“ äußern würde. Dafür hatte Havemann selbst gesorgt, als er das Politbüromitglied Kurt Hager, Chef der Ideologischen Kommission und zuständig für das Feld der Wissenschaftspolitik, in einem Brief vom 4.11.1965 von der Anfrage des „Spiegel“ in Kenntnis setzte und um Unterstützung bei der Abfassung des Artikels bat: „Ich würde sehr gern mit Genossen unserer Partei oder der KPD, die über den Fragenkomplex gut orientiert sind, vorher sprechen. [...] Ich glaube, dass es notwendig ist, dass Ihr mir in dieser Sache beisteht und dabei alle Differenzen mit mir einmal gänzlich außer Acht lasst“³⁶⁰. Havemann erhielt den erbetenen Beistand nicht, der Brief wurde nicht beantwortet. Auf diese Weise vorab informiert, wäre die Parteiführung vermutlich in der Lage gewesen, diese Publikation zu unterbinden. Dass sie es nicht tat, legt die Annahme nahe, sie könnte sich dafür entschieden haben, das Erscheinen des Artikels im „Spiegel“ in Kauf zu nehmen und als Gelegenheit zu benutzen, um den „Fall Havemann“ in ihrem Sinne endgültig und brachial abzuschließen. Dafür gibt es ein starkes Indiz. Als einen der Gründe, die aus seiner Sicht für eine Aufhebung des KPD-Verbotes sprechen, führte Havemann in seinem Text das Argument an, das Verbot erwecke den Anschein, die KPD wäre eine für die staatliche Ordnung der BRD gefährliche Partei, während ihre Wiederzulassung zu Wahlen nur ihre Schwäche offenkundig machen würde. Hier schloss sich in der gedruckten Version der folgende Satz an: „Das könnte in Konsequenz auch die Frage einer neuen SPD in der DDR aufwerfen“³⁶¹. Dieser Satz stammte nicht von Havemann; gegen seine Einfügung erhob er bei der Redaktion Protest. Müller und Florath bemerkten dazu, dass sich der fragliche Satz in keinem der im Nachlass erhalten gebliebenen Entwürfe zu diesem Artikel findet. Sie äußern die Vermutung, dass er von der Staatssicherheit der DDR lanciert worden sei³⁶². Die Forderung nach einer neuen SPD in der DDR berührte unmittelbar das Gründungsverständnis der SED und damit gleichsam ihr Allerheiligstes. Da sie 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands durch Fusion von KPD und SPD entstanden war, musste die erwähnte Forderung die Legitimität der Parteigründung selbst in Frage stellen. Damit war Vorsorge dafür getroffen (sofern es einer solchen Vorsorge überhaupt noch bedurfte), dass kein Mitglied des Politbüros mehr für irgendeine Art von Nachsicht mit Havemann eintreten würde, denn einen Angriff auf das Axiom, die SED verkörpere politisch die „Einheit der Arbeiterklasse“, konnte keiner ihrer Spitzenfunktionäre hinnehmen.

Das Szenarium, das nun ablief, war im wesentlichen eine Kopie desjenigen, das schon bei Havemanns Entfernung aus der Humboldt-Universität durchgespielt worden war. Florath und Mül-

³⁵⁸ Ebd., S. 118.

³⁵⁹ Ebd., S. 121.

³⁶⁰ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 10, S. 109.

³⁶¹ Havemann, Die Partei (wie Anm. 349), S. 117.

³⁶² Die Entlassung (wie Anm. 311), S. 115, S. 117 – Fußn. 7.

ler fanden im Akademiearchiv, an die Dokumente der laufenden Vorgänge angeheftet, eine als „streng vertraulich“ gekennzeichnete Ausarbeitung vom Juli 1964: „Die Modalitäten zur Abberufung des Kritikers lagen seit fast anderthalb Jahren in den Schubladen bereit. Aus den alten Papieren wurden zahlreiche Formulierungen übernommen“³⁶³. Vor den Weihnachtstagen 1965 hatte es die Parteiführung so eilig, dass sie nicht einmal mehr die Form wahrte, sondern unter Umgehung der staatlichen Hierarchie direkte Anweisungen von Parteiorganen an Einrichtungen der DAW geben ließ. Dabei handelte es sich keinesfalls um Übereifer irgendwelcher subalternen Funktionäre. Am 21.12. übermittelte Werner Schubert von der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED, nachdem er sich schon am Vortag mit dem Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaft Hermann Klare in Verbindung gesetzt hatte, an Hans-Heinz Schober, den Direktor der Hauptverwaltung der Forschungsgemeinschaft, im Auftrag von Politbüromitglied Hager die Anweisung, die Gehaltszahlungen an Havemann sofort zu sperren; ferner vertrat er die Ansicht, dass Havemann für das Gelände der Akademie Hausverbot zu erteilen sei³⁶⁴. Am 23.12. berief Klare Havemann von seiner Position als Leiter der Arbeitsstelle für Photochemie ab (bei gleichzeitiger Aufhebung des mit ihm im April 1964 abgeschlossenen Einzelvertrages). Am 24.12. untersagte ihm Wolfgang Schirmer, Vorsitzender des Rates der Direktoren der zum Forschungszentrum Adlershof gehörenden Institute, das Gelände zu betreten. Das Hausverbot wurde am 29.12. von Generalsekretär Rienenäcker auf sämtliche Gebäude und Grundstücke der DAW ausgedehnt; den Empfang dieser Nachricht musste Havemann quittieren. Die Einsprüche Havemanns gegen diese Willkürmaßnahmen wurden zurückgewiesen, die Aushändigung schriftlicher Begründungen wurde ihm verweigert.

Ende des Jahres 1965 war Havemann ohne Arbeitsverhältnis und somit (bis auf die ihm zustehende Ehrenpension als Verfolgter des Naziregimes) ohne reguläre Einkünfte, da in der DDR als einem Land mit garantierter Vollbeschäftigung eine Arbeitslosenversicherung nicht existierte. Dieser Zustand widersprach eklatant dem in der DDR geltenden Recht auf Arbeit. Am 14.2.1966 wandte sich Havemann brieflich an Hans Wittbrodt, den ständigen stellvertretenden Vorsitzenden der Forschungsgemeinschaft, der ihm bei der Darlegung der Gründe für seine fristlose Entlassung zugesagt hatte, dass für ihn eine neue Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden würde, und schrieb ihm: „Ich bin bereit, jede Arbeit anzunehmen, die meiner Qualifikation entspricht“³⁶⁵. Klare notierte dazu, er bitte feststellen zu lassen, was in dieser Angelegenheit geschehen ist: „Ich bestehe darauf, dass hier gesetzlich vorgegangen wird. *Recht auf Arbeit!!!*“³⁶⁶. Wenn die leitenden Persönlichkeiten der Forschungsgemeinschaft bereit waren, sich für eine Beschäftigung Havemanns als Wissenschaftler außerhalb von Akademie und Universität einzusetzen, so waren die Hardliner in der Parteiführung entschlossen, die Demütigung Havemanns auf die Spitze zu treiben und ihm auch das selbstverständliche Recht auf Arbeit zu verweigern. Das Sekretariat des ZK beschäftigte sich am 23.2.1966 mit dem weiteren Vorgehen in dieser Frage. Der auf Vorarbeiten der Abteilung Kultur und der Abteilung Wissenschaften des ZK beruhende Beschlussentwurf enthielt noch den Satz: „Havemann ist eine geeignete Arbeitsstelle als Chemiker in einem chemischen Großbetrieb, möglichst außerhalb Berlins, anzubieten“³⁶⁷. Im tatsächlich angenommenen Beschluss war dieser Passus gestrichen; seine Arbeitslosigkeit war also gewollt, und die mit ihm noch bis 1968 geführten Verhandlungen über eine eventuelle Beschäftigung als Industriechemiker waren bloße Camouflage.

³⁶³ Ebd., S. 134.

³⁶⁴ Ebd., S. 127.

³⁶⁵ Ebd., S. 248.

³⁶⁶ Ebd.

³⁶⁷ Ebd., S. 256.

Mitte 1964 hatte der Forschungsrat der DDR einen Kurzbericht zur Situation der photochemischen Forschung angefordert, der im wesentlichen von Herward Pietsch, einem von seinem Lehrer hochgeschätzten Schüler und langjährigen Mitarbeiter Havemanns, nach Konsultation mit seinem Lehrer verfasst wurde³⁶⁸. Der Bericht verwies auf die 1955 vom Zentralen Arbeitskreis Photochemie getroffene Feststellung, dass bereits um 1960 nicht mehr alle auf diesem Sektor in der DDR hergestellten Erzeugnisse international konkurrenzfähig sein würden. Durch betriebliche Forschungs- und Entwicklungsarbeit sei die Konkurrenzfähigkeit nur zu sichern, „wenn darüber hinaus ein genügend großer Vorlauf an photochemischer Grundlagenforschung vorhanden ist“. Bei einer hochentwickelten Industrie bildeten Probleme der Betriebsforschung und der Grundlagenforschung stets eine Einheit. Zudem seien auch die in den photochemischen Werken der DDR vorhandenen Kapazitäten der Betriebsforschung sehr knapp bemessen. Angesichts des expandierenden Forschungsaufwandes der photographischen Industrie in den kapitalistischen Ländern, für den der Bericht Beispiele nannte, „müssen alle vorhandenen Forschungskapazitäten in der DDR sorgsam erhalten und planmäßig erweitert werden“. Daher sei mit Unterstützung der Filmfabrik Wolfen am Physikalisch-chemischen Institut der Humboldt-Universität und an der Akademie-Arbeitsstelle mit dem Aufbau eines Kollektivs begonnen worden, das Grundlagenforschung für die chemische Industrie durchführt. Wie der Bericht ausdrücklich betonte, arbeiteten alle Mitarbeiter in *beiden* Einrichtungen „als geschlossenes Kollektiv nach einer einheitlichen wissenschaftlichen Aufgabenstellung. [...] Eine schnelle Klärung der Perspektive der *gesamten* Arbeitsgruppe ist dringend erforderlich...“ Da der neue Direktor des Instituts für Physikalische Chemie der Humboldt-Universität keine photochemischen Arbeiten durchführen werde, sei es notwendig, alle photochemischen Arbeiten und Arbeitskräfte an der Akademie zu konzentrieren. Aus diesem Bericht geht eindeutig hervor, dass sich auch nach Havemanns Abberufung als Direktor des Universitätsinstituts die Mitarbeiter der dortigen photochemischen Arbeitsgruppe weiterhin gemeinsam mit denen der Arbeitsstelle an der Akademie als ein Gesamtkollektiv unter seiner wissenschaftlichen (wenn auch nicht mehr administrativen) Leitung verstanden. In einer am 15.6.1964 von dessen stellvertretendem Vorsitzenden Wolfgang Schirmer abgegebenen Stellungnahme des Forschungsrates der DDR zu diesem Bericht wurde der darin vertretene Standpunkt unterstützt. Der Forschungsrat halte es für dringend erforderlich, „alle in der DDR bestehenden Forschungskapazitäten der Fotochemie zu erhalten und, wenn möglich, zielstrebig weiter auszubauen. Es erscheint als das zweckmäßigste, die Grundlagenforschung in der Arbeitsstelle für Photochemie der DAW weiterhin zu konzentrieren, wobei diese Dienststelle einen Kontakt mit der Industrie pflegen müsste. Es ist umgehend notwendig, einer Zerstreung der auf diesem Gebiet tätigen Kräfte entgegenzuwirken und alles zu tun, dass eingearbeitete Fachleute der Forschung auf dem Sektor ‚Photochemie‘ erhalten bleiben“³⁶⁹.

Eine kompakte Ansiedlung des Potentials an der DAW hätte zweifellos die photochemische Grundlagenforschung gestärkt und vielleicht innovative Durchbrüche ermöglicht, wie sie Havemann im Vorfeld der Gründung seiner Arbeitsstelle erwogen hatte. Das Staatssekretariat für Forschung und Technik nutzte jedoch die aus rein politischen Erwägungen ohne sachlichen Grund erteilte Auflage der Parteiführung, die noch von Havemann geleitete Arbeitsstelle personell zu reduzieren, um das in Ostberlin vorhandene photochemische Forschungspotential insgesamt aus der akademischen Sphäre herauszunehmen und der Zuständigkeit der Industrie zu unterstellen. Vermutlich wurden hier vor dem Hintergrund der Maßregelung Havemanns noch andere institutionelle Rivalitäten ausgetragen. Nach den Auflagen der Parteiführung war bereits im Laufe des Jahres 1965 der größere Teil der Spezialisten für Photochemie, die zuvor sowohl an der Humboldt-

³⁶⁸ Kurzer Situationsbericht. In: Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 3 (wie Anm. 146), S. 104-108.

³⁶⁹ Wissenschaftshistorische Adlershofer Splitter 3 (wie Anm. 146), S. 109.

Universität als auch an der Akademie unter der Leitung Havemanns gearbeitet hatten, in die Zuständigkeit der VVB Chemiefaser und Fotochemie überführt worden. Sie bildeten den personellen Grundstock eines am VEB Chemische Werke Berlin-Köpenick angesiedelten Industrieforschungszentrums. Staatssekretär Herbert Weiz wurde am 12.4.1965 von der Abteilung Chemie und Leichtindustrie seiner Dienststelle davon in Kenntnis gesetzt, dass mit Wirkung vom 1.4. zehn Arbeitskräfte aus der Arbeitsstelle in die VVB übernommen worden seien; mit dem Abschluss der ersten Ausbaustufe am 3.5. würden auch 7 Arbeitskräfte aus dem Physikalisch-chemischen Institut der Humboldt-Universität dort ihren Arbeitsplatz finden, und bis zum ersten Quartal 1966 sollte der Rest der bis dahin universitären Arbeitsgruppe nach Köpenick umziehen³⁷⁰. Die Arbeitsstelle für Photochemie an der DAW wurde aufgelöst. Seitdem sie 1964 Havemann hauptamtlich übertragen worden war, hatte sie für die politische Strategie nur noch eine mit der Person Havemanns verbundene Alibifunktion; von der ursprünglich in Aussicht genommenen Gründung eines Akademieinstituts war keine Rede mehr. Das bestätigte Weiz in einem Schreiben, das er unverzüglich nach Havemanns fristloser Entlassung an Klare richtete: „Die im Bereich der DAW verbliebene stark reduzierte Arbeitsstelle für Photochemie war demzufolge als eine mit der Person Havemanns verbundene, ausschließlich nach politischen Gesichtspunkten geschaffene Lösung anzusehen. Vom ökonomischen Standpunkt her wäre eine vollständige Konzentration auch schon damals erforderlich gewesen“³⁷¹. Der Vorgang illustriert, dass in der DDR politisch-ideologische Rücksichten im Konfliktfall den Vorrang vor wissenschafts- und wirtschaftsstrategischen Interessen hatten. Die Photochemie war für die Wirtschaft der DDR, die auf innovative, exportfähige Erzeugnisse angewiesen war, ein sensibles Feld; nichtsdestoweniger wurde im Fall Havemann auch sie zur Manövriermasse machtpolitischer Erwägungen, und seine persönliche Ausschaltung war der SED-Führung wichtiger als die Nutzung seiner wissenschaftlichen und wissenschaftsorganisatorischen Kompetenzen. Nur insofern wurde Schirmers Standpunkt berücksichtigt, als das von Havemann geschaffene photochemische Forschungskollektiv nicht zerstreut wurde, sondern – nun ohne ihn – im wesentlichen beisammen blieb, jetzt allerdings als Einrichtung der Industrieforschung.

Nachdem Havemann aus dem Berufsleben entfernt worden war und die daraus resultierenden institutionellen Konsequenzen gezogen worden waren, blieb nur noch ein kleiner Schritt zu gehen, um seinen Ausschluss aus der Öffentlichkeit der DDR zu vollenden, und die Parteiführung war sich sicher, dass dieser Schritt, sorgfältig vorbereitet, nicht die geringsten Schwierigkeiten bereiten würde. 1961 war Havemann, vornehmlich in Anerkennung seiner Leistungen auf photochemischem Gebiet, zum Korrespondierenden Mitglied der DAW gewählt worden. Diese Mitgliedschaft berechtigte ihn, am wissenschaftlichen Leben der Klasse für Chemie, Geologie und Biologie, der er angehörte, und des Plenums regelmäßig teilzunehmen; das schloss auch das Recht auf Publikation seiner dort gehaltenen Vorträge in den Schriften der Akademie ein. Dies kollidierte aber mit dem gegen ihn ausgesprochenen Hausverbot, und Havemanns legitimes Verlangen, die Sitzungen von Klasse und Plenum besuchen zu können, veranlasste die Akademieleitung zu peinlichen Eiertänzen. So war das Akademiepräsidium daran interessiert, sich des unbequemen Mitgliedes so bald wie möglich zu entledigen. Der Ablauf ist bei Florath und Müller minutiös dokumentiert; diese Dokumentation ist vor allem insofern aufschlussreich, als sich darin die Manöver der verschiedenen beteiligten Akteure, mit denen sie eine für alle unangenehme Lage zu überstehen suchten, im einzelnen verfolgen lassen.

Die Aberkennung der Akademiemitgliedschaft hätte sich als rein administrativer Akt durch eine Anweisung des Ministerpräsidenten vollziehen lassen. Die Wahl eines Akademiemitgliedes durch das Plenum war, wie der DAW-Justitiar Herbert Grossgebauer in einer für das Akademie-

³⁷⁰ Ebd., S. 110.

³⁷¹ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 30, S. 145.

präsidium angefertigten Expertise darlegte, nur „schwebend wirksam“, solange ihr nicht durch die Bestätigung des Ministerrates definitive Rechtskraft verliehen worden war. Nach dem Akademiestatut von 1954 bedurften nur Ordentliche Mitglieder einer solchen Bestätigung, das neue Statut von 1963 dehnte die Bestätigungspflicht auch auf die Korrespondierenden Mitglieder aus³⁷². Als Havemann zum Korrespondierenden Mitglied gewählt worden war, galt noch das Statut von 1954. Nach der Deutung von Grossgebauer waren mit dem Erlass des neuen Statuts alle damals bestehenden korrespondierenden Mitgliedschaften „schwebend wirksam“ geworden, die Bestätigung durch den Ministerrat musste also nachgeholt werden³⁷³. Es wäre somit formal möglich gewesen, dass die DAW beim Ministerrat der DDR 1966 um Bestätigung der korrespondierenden Mitgliedschaft Havemanns nachgesucht und dieser seine Zustimmung versagt hätte. In diesem Fall wäre das Ausscheiden Havemanns aus der akademischen Gelehrtenengesellschaft durch einen Akt der DDR-Regierung bewirkt worden. Die Verantwortung dafür hätte bei der Regierung und nicht bei der Akademie gelegen, und Kritiker im In- und Ausland hätten das Akademiepräsidium nicht wegen seiner aktiven Handlungen, sondern allenfalls wegen des Unterlassens eines Protestes gegen einen solchen Regierungsentscheid kritisieren können. Verschiedene Akademiemitglieder sprachen sich auch dafür aus, gerade so zu verfahren.

Die Führung der SED entschied sich jedoch gegen ein solches administratives Vorgehen, das aller Wahrscheinlichkeit nach komplikationslos über die Bühne gegangen wäre. Sie wollte die Abrechnung mit Havemann obendrein benutzen, um die Akademiemitglieder politisch zu disziplinieren und sie selbst und das Präsidium in die Rolle der verantwortlichen Akteure zu drängen. Vom Glauben an ihre Fähigkeit verleitet, alle Vorgänge in der DDR nach Belieben steuern zu können, handelte sie sich so auf dem Panier ihrer Omnipotenz den hässlichen Fleck eines Misserfolges ein. Nicht im Akademiepräsidium, sondern in der Abteilung Wissenschaften des ZK wurde die Dramaturgie des Geschehens entworfen und die Regie geführt. Unmittelbar zuständig war dafür Werner Schubert, ein erfahrener und scharfsinniger Analytiker. Wie am Spieltisch erwog er vorab die unterschiedlichen möglichen Verhaltensweisen Havemanns und der anderen Akteure im Ausschlussverfahren und entwarf für die verschiedenen Fälle entsprechende Reaktionen³⁷⁴. Es sollte so verfahren werden, dass die Klasse Chemie, Geologie und Biologie, die wenige Jahre zuvor Havemanns Zuwahl empfohlen hatte und der er selbst angehörte, nunmehr seinen Ausschluss vorschlug; dieser Verfahrensschritt gelang auch wie vorgesehen. Für den weiteren Verlauf gab es indes noch zwei unkalkulierbare Risiken. Erstens wurden im Plenum der Akademiemitglieder Abstimmungen über Zuwahlen und Ausschlüsse geheim durchgeführt, so dass das Abstimmungsverhalten der Ordentlichen Mitglieder nicht kontrolliert werden konnte; zweitens schrieb das geltende Statut für den Ausschluss eine Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen vor (§ 31)³⁷⁵. Daran scheiterte der subtil ausgearbeitete Plan.

Am 24. März 1966 fand die Plenarsitzung der DAW statt, in der über den Antrag auf Ausschluss Havemanns abgestimmt wurde. 85 Akademiemitglieder nahmen an der geheimen Abstimmung teil; weitere 16, die nicht zu der Sitzung kamen, hatten ihre Stimme vorher brieflich abgegeben. Die laut Statut für einen Ausschluss erforderliche Dreiviertelmehrheit wurde um 6 Stimmen verfehlt. Neben 13 Gegenstimmen gab es auch 17 Enthaltungen³⁷⁶. Dabei war seitens des Präsidiums vorbereitend massiv darauf hingewiesen worden, dass jede Enthaltung im Ergebnis wie eine Gegenstimme wirke und man deshalb vom statuarischen Recht auf Stimmenthaltung

³⁷² Statut der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 2. Mai 1963. In: Hartkopf, Wangermann; Dokumente (wie Anm. 164), S. 166-177, hier S. 177.

³⁷³ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 132, S. 354-355.

³⁷⁴ Ebd., Dok. 57, S. 196-200.

³⁷⁵ Statut (wie Anm. 372), S. 174.

³⁷⁶ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 124, S. 344.

keinen Gebrauch machen möge. Präsident Werner Hartke wollte noch weiter gehen und den Ausweg der Stimmenthaltung ganz verschließen. Er erklärte auf einer Sitzung des Akademiepräsidiums am 10.3., die der Vorbereitung der zwei Wochen später stattfindenden Plenarsitzung diene, er habe sich entschieden, „dass eine Stimmenthaltung auf dem Stimmzettel nicht vorgesehen wird“. Der Physiker Max Steenbeck hielt ihm jedoch entgegen: „Wenn in anderen Fällen eine Enthaltung vorgesehen ist und in diesem Falle nicht, dann kann durchaus hieraus konstruiert werden, hier würde der Versuch einer Manipulation gemacht“. Darauf sah sich Hartke gezwungen, seinen Vorstoß zurückzuziehen; wenn Steenbeck meine, dass andernfalls der Vorwurf einer Manipulation erhoben werden könnte, dann müsse die Enthaltung aufgenommen werden³⁷⁷. Im Akademiepräsidium hatte Steenbeck schon mehrfach regelkonformes Vorgehen angemahnt. Diese Eigenwilligkeit wurde ihm im Parteiapparat angekreidet. In einer von Schubert verfassten auswertenden Information über die Angelegenheit vom 14.4.1966 heißt es: „Prof. Steenbeck hat wesentlichen Anteil daran, dass sich das Präsidium immer wieder vor neue ‚Argumente‘, Situationen und Entscheidungen gestellt sah. Er stellte ständig in pedantischer Weise Verfahrensfragen zur Diskussion und trieb die ‚Demokratie‘ auf die Spitze. So kämpfte er hartnäckig darum, dass der Stimmzettel die Rubrik ‚Enthaltung‘ enthalten müsse“³⁷⁸. Allerdings musste sich der Parteiapparat in diesem Fall damit begnügen, seinen Unmut intern zu artikulieren; mit dem parteilosen Steenbeck, der zudem Thiessen in der einflussreichen Funktion des Vorsitzenden des Forschungsrates nachgefolgt war, konnte er nicht auf die gleiche Art und Weise umgehen, wie er der SED angehörende Wissenschaftler zu disziplinieren pflegte.

Die Episode veranschaulicht, dass zunächst versucht wurde, den Ausschluss Havemanns aus der Akademie in formaler Übereinstimmung mit den Regelungen des Statuts zu arrangieren. Daran hatte das Akademiepräsidium größtes Interesse, denn bereits die fristlose Entlassung Havemanns hatte unerwünschtes internationales Aufsehen erregt. Das Desaster der geheimen Abstimmung im Plenum durchkreuzte diese Absicht. Da Havemann auf jeden Fall aus den Reihen der Akademiemitglieder entfernt werden sollte, blieb als ultima ratio nur die Verletzung des geltenden Statuts. Bereits vor der Abstimmung hatte die Klasse für Chemie, Geologie und Biologie die Empfehlung verabschiedet, Havemann auszuschließen, und damit bekundet, nicht mehr mit ihm zusammenarbeiten zu wollen. Nach der Plenarsitzung wurden pro forma die Sekretare der anderen Klassen befragt, ob sie bereit wären, ihn aufzunehmen. Diese Anfrage konnten sie begründet ablehnen, da Havemann keines der in ihnen zusammengefassten Fachgebiete vertrat. Darauf wurde ein „akademischer Notstand“ proklamiert³⁷⁹, den es durch einen Akt des Präsidiums zu beheben gelte. In der für ihn typischen Präzision brachte Schubert in einem Bericht an Hager vom 29.3.1966 die dabei verfolgte Strategie auf eine kurze Formel: „Ein Akademiemitglied, das keiner Klasse zugeordnet werden kann, weil es in keiner Klasse gewünscht wird, ist aber statutenwidrig. Um diesen Zustand zu beenden, bleibt nichts anderes übrig als *die Streichung* dieses Akademiemitgliedes. In Anbetracht der durch die Umstände bedingten Lage, die das Statut der Akademie gefährdet, bittet das Präsidium den Ministerpräsidenten, diese Maßnahme zu bestätigen, die erforderlich ist, um das Statut wiederherzustellen“³⁸⁰. So verfuhr das Präsidium am 31. März 1966. In der Beschlussvorlage hieß es zur Situation nach dem gescheiterten Ausschlussverfahren: „Damit ist ein

³⁷⁷ Ebd., Dok. 99, S. 302.

³⁷⁸ Ebd., Dok. 153, S. 392.

³⁷⁹ Der DAW-Justitiar Herbert Grossgebauer hatte das passende juristische Vokabular zur Hand: „Damit ist ein ‚akademischer Notstand‘ eingetreten, dessen Lösung unter primärer Beachtung der Gesamtinteressen der Akademie angestrebt werden muss. Die akademische Gemeinschaft und ihr Interesse an einer reibungslosen und durch keine negativen Konflikte belasteten Durchführung der ihr durch das Statut auferlegten hohen wissenschaftlichen Aufgaben hat in dieser Interessen- und Rechtskollision den unbedingten Vorrang“. – In: Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 132, S. 355.

³⁸⁰ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 133, S. 359.

im Statut nicht vorgesehener Zustand in Bezug auf ein AkM eingetreten, für dessen Beendigung es auch keine Bestimmung im Statut gibt. Die Verantwortung für diesen statutenwidrigen Zustand liegt bei Prof. Havemann, der durch sein Verhalten sich selbst von allen in Frage kommenden Klassen getrennt hat. Im Interesse des Ansehens der Akademie sieht das Präsidium seine Pflicht und die moralische Berechtigung darin, den unhaltbaren statutenwidrigen Zustand zu bereinigen und volle Klarheit zu schaffen³⁸¹. Der vorgebliche „Notstand“, der durch Streichung Havemanns zu beseitigen sei, war mehr als eine gewagte juristische Konstruktion, die sich vielleicht noch irgendwie rechtfertigen ließ. Wollte das Präsidium im rechtlichen Rahmen bleiben, so hätte es nach dem Scheitern seines Ausschlussantrages im Plenum das Resultat, dass Havemanns akademischer Status als Korrespondierendes Mitglied weiterhin besteht, hinnehmen müssen. Seine Streichung aus der Liste der Mitglieder war ein unbestreitbarer Bruch des Statuts. Havemann war im Recht, als er in seinem Schreiben an die Mitglieder des Präsidiums vom 2.5.1966 erklärte, dass er nach dem Statut weiterhin Mitglied der DAW sei: „Das Statut sieht nicht vor, dass die Beendigung einer Mitgliedschaft durch das Votum der Klassen herbeigeführt werden kann“³⁸². Dreiundzwanzig Jahre später, am 16. November 1989, beschloss das Plenum der AdW der DDR³⁸³, die Streichung Havemanns posthum rückgängig zu machen. Eine Woche nach der Öffnung der Berliner Mauer war der Handlungsdruck enorm. Die Halbherzigkeit, mit der Havemanns Rehabilitation erfolgte, war sicher auch der Hast geschuldet, mit der nun gehandelt wurde, aber sie bleibt ein Faktum – in der Empfehlung der Klasse Chemie, die dem Beschluss zugrunde lag, war keine Rede vom früheren Bruch des Statuts; es hieß lediglich, die Streichung hätte dem Ansehen der Akademie geschadet und sei sachlich nicht tragbar gewesen³⁸⁴.

4.2. Von der philosophischen zur politischen Kritik: Genese einer Dissidenz

Den unmittelbaren Anlass für den Beginn der Maßregelung Havemanns hatte, wie weiter oben ausgeführt, seine im Wintersemester 1963/64 an der Humboldt-Universität für Hörer aller Fakultäten gehaltene Vorlesung geboten³⁸⁵. Es handelte sich dabei um eine *philosophische* Vorlesung. Auch wenn der eigentliche Grund für die Repressionsmaßnahmen, denen er unterworfen wurde, in seinen *politischen* Äußerungen und Handlungen zu suchen ist, waren seine philosophischen Überlegungen dafür keineswegs irrelevant. Manche der Kritiker Havemanns griffen zu kurz, wenn sie ihm vorhielten, er benutze die Philosophie lediglich, um damit seinen handfesten politischen und ideologischen Revisionismus zu kaschieren. In seinem Schlusswort auf dem 11. Plenum des ZK der SED am 18. Dezember 1965 erklärte Walter Ulbricht, dass Havemann, die mit ihm befreundeten Künstler Stefan Heym und Wolf Biermann und andere Intellektuelle zielstrebig einen politischen Kampf gegen die Arbeiter- und Bauern-Macht führten; es gehe dabei nicht um Literatur und nicht um höhere Philosophie, sondern um den politischen Kampf zwischen zwei Systemen³⁸⁶. Im Offenen Brief des DAW-Präsidenten Werner Hartke, den dieser am 15. Februar 1966 an die Ordentlichen Mitglieder der Akademie richtete, um sie auf den beabsichtigten Ausschluss Havemanns einzustimmen, nahm er auch darauf Bezug, dass dieser schon immer philo-

³⁸¹ Ebd., Dok. 135, S. 361.

³⁸² Ebd., Dok. 154, S. 394.

³⁸³ 1972 wurde die DAW in Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR umbenannt.

³⁸⁴ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 157, S. 402.

³⁸⁵ Auch in den vorhergehenden Jahren wurde, wie in der über ihn vorliegenden Literatur erörtert wird, Havemann wiederholt kritisiert und reglementiert. Das alles bewegte sich jedoch im Rahmen jener Disziplinierungsmaßnahmen, mit denen ein der SED angehörender Intellektueller generell rechnen musste. Erst mit seiner fristlosen Entlassung aus der Humboldt-Universität wurde dieser Rahmen endgültig und unwiderruflich überschritten.

³⁸⁶ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 14, S. 113.

sophische und methodologische Fragen aufgeworfen habe: „Soweit die Philosophie dabei nicht zur Verbrämung anderer Gesichtspunkte benutzt wird, müssten und hätten wir darüber lange – auch mit Hrn. Havemann – diskutieren können, wenn, was ich auf Grund von Erfahrungen bezweifle, Hr. Havemann zu einer ernststen, tiefgehenden Diskussion dieser Seite überhaupt bereit ist“³⁸⁷.

Die genuin philosophischen Erwägungen bildeten bei Havemann keineswegs eine „Verbrämung anderer Gesichtspunkte“. Vielmehr war die Kritik am politischen System der DDR eine Implikation seiner philosophischen Gedankenführung. Diese Feststellung trifft sowohl für den inneren gedanklichen Zusammenhang seiner Vorlesungen als auch lebensgeschichtlich für seine intellektuelle Biographie zu. Diese innere Logik seines Denkens folgte durchaus dem Strukturparadigma des Marxismus, wonach Philosophie (dialektischer und historischer Materialismus), Politische Ökonomie und Gesellschaftslehre (wissenschaftlicher Sozialismus) zu einer geistigen Formation von höherer Komplexität integriert sind. Die Analytiker in der Abteilung Wissenschaften des ZK der SED, die bei der Maßregelung Havemanns die unmittelbare taktische Regie führten, zogen diesen Zusammenhang präzise in Betracht. In einer Dokumentation zum „Fall Havemann“, die in dieser Einrichtung im Februar 1966 zusammengestellt wurde, kam dies deutlich zum Ausdruck³⁸⁸. In der DDR haben sich Hunderte von Naturwissenschaftlern mit philosophischen Aspekten ihrer jeweiligen Disziplinen oder auch der Naturwissenschaft im ganzen befasst. Diese Arbeiten mündeten im Vorschlägen zur Entwicklung der epistemologischen, logischen und methodologischen Grundlagen des Erkennens, in wissenschaftshistorischen Untersuchungen, allenfalls in Gedanken zur Prognose und Planung der Wissenschaft oder zur Etablierung der Wissenschaftsforschung (science of science). Nur bei Havemann führte die Beschäftigung mit den Grundlagen des naturwissenschaftlichen Erkennens folgerichtig und bruchlos zur prinzipiellen Kritik gerade jenes politischen Systems, dem er sich von seiner ganzen Lebensgeschichte her zutiefst verbunden fühlte. In dieser Hinsicht war Havemann in der DDR unikal, und mir ist auch aus anderen Ländern kein Pendant bekannt. Man würde der Integrität seiner Persönlichkeit nicht gerecht, wollte man ihn nur als *politischen* Dissidenten behandeln und die Genese seiner philosophischen Überzeugungen außer Betracht lassen; zumindest in Umrissen muss darauf eingegangen werden. Seine Biographie offenbart eine Seite des Verhältnisses von Naturwissenschaftlern und politischer Macht in staatssozialistischen Gesellschaften, die – jedenfalls für die DDR – an keiner anderen Person so gut studiert werden kann.

Über Havemanns philosophische Ansichten ist viel geschrieben worden; grundlegend ist hier eine neuere Studie von Guntolf Herzberg, die – auch unter Bezugnahme auf ältere Publikationen – die Genese seiner philosophischen Position in ihren politischen und ideologiegeschichtlichen Zusammenhängen eingehend darstellt³⁸⁹. Es ist nicht genau bekannt, wann und unter welchen Umständen sich Havemanns Interesse an philosophischen Aspekten der naturwissenschaftlichen Erkenntnis herausbildete³⁹⁰. Die ersten publizistischen Äußerungen zu diesem Themenkreis fallen in die frühen 1950er Jahre kurz nach seiner Übersiedelung nach Ostberlin. Für die Parteizeitschrift *Einheit* rezensierte er 1952 die gerade erschienene erste vollständige Ausgabe der *Dialektik der Natur* von Friedrich Engels³⁹¹. Bis hin zu seiner Vorlesung von 1963/64 blieb Engels in philosophischen Fragen Havemanns wichtigster Referenzautor. Liest man zuerst seine *Dialektik ohne*

³⁸⁷ Ebd., Dok. 74, S. 233-234.

³⁸⁸ Ebd., Dok. 71, S. 218-224.

³⁸⁹ G. Herzberg: Robert Havemanns Probleme mit der marxistischen Philosophie. In: Denkversuche (wie Anm. 34), S. 337-367.

³⁹⁰ Nach Einschätzung von Herzberg entstanden seine Vorstellungen von Philosophie erst in der Nachkriegszeit (ebd., S. 337).

³⁹¹ R. Havemann: Dialektik der Natur. Zum Erscheinen der ersten vollständigen Ausgabe des genialen Werkes von Friedrich Engels. In: Einheit 7 (1952) 9, S. 42-55.

Dogma? und danach seine frühen Aufsätze, dann drängt sich der Eindruck auf, dass seine Ansichten über Inhalt und Aufgaben der Philosophie, ihre Stellung im und zum System der Wissenschaften und in der Gesellschaft insgesamt 1956 im wesentlichen ausgereift waren; auch Herzberg bemerkt, sie hätten im folgenden Jahrzehnt „an Substanz kaum dazugewonnen“³⁹². So geschah es, dass Positionen, die er tatsächlich schon bedeutend früher vertreten hatte, erst dann als Provokation empfunden wurden, als er sie – wie in seinem Leipziger Vortrag 1962 – in eine polemisch zugespitzte Sprache kleidete.

Seine frühen Texte lassen auch erkennen, dass sich Havemann nicht etwa in einem jähen Paradigmenwechsel von der Schematik des dialektischen und historischen Materialismus löste, die er später als „Dogmatismus“ bekämpfte, sondern seine philosophische Position in fließenden Übergängen entwickelte. So pries er in einem 1953 veröffentlichten Artikel noch den „genialen Stalin“ und dessen „klare Formulierung“ der vier Grundsätze der materialistischen Dialektik, die „sämtlich durch die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaft bestätigt werden“³⁹³, aber zugleich hob er hervor, „dass die dialektisch-materialistische Philosophie nicht ein System vorgefasster Meinungen, sondern im wesentlichen eine Methode darstellt...“³⁹⁴. Vor allem aber findet man bereits hier – in einem Text, der die Lehren von Lyssenko und Lepschinskaja als Muster erfolgreicher Anwendung der dialektischen Methode auf die naturwissenschaftliche Erkenntnis lobte! – in nuce seine Stellung zum Determinismusproblem als jenem philosophischen Topos, der ihn wie ein roter Faden bis hin zur Kritik am politischen System der DDR führte: „Der unzureichende Kausalitätsbegriff des mechanischen Materialismus läuft auf einen absurden Determinismus hinaus, demzufolge alle Ereignisse für alle Zukunft durch eine ununterbrochene Kette von Ursache und Wirkung festgelegt sind. Die Quantentheorie gibt uns ein wissenschaftliches Verständnis für den Begriff des Zufalls und der Zufälligkeit, der nicht in einem logischen Widerspruch zu dem Begriff der Gesetzmäßigkeit steht“³⁹⁵. Ähnliche Stellen sind auch in anderen frühen Texten enthalten. Sie zeigen, dass zu einer Zeit, als er noch voll unter dem Einfluss der marxistisch-leninistischen Schematik stand, sein Denken bereits in Bewegung war. Die Widersprüchlichkeit dieser Bewegung belegt zudem, dass Havemann nicht etwa zu einem Standpunkt konvertierte, der bei irgendeinem anderen Autor bereits fertig ausgearbeitet vorlag, sondern sich den Wandel seiner Ansichten buchstäblich selbst erarbeitete, mit aller Lebendigkeit und Frische, aber auch mit allen Unzulänglichkeiten, die ein auf sich allein gestelltes Philosophieren fern von allen professionellen philosophischen Diskursen haben musste.

Die unter dem Eindruck des XX. Parteitages der KPdSU – dem Auftakt und gleichzeitig bis zur Perestroika in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre nicht wieder erreichten Höhepunkt der Auseinandersetzung dieser Partei mit Stalin, seinem Regime und dessen Verbrechen – ausgelöste politische und intellektuelle Unruhe, die auch Havemann erfasst hatte, war vermutlich maßgebend dafür, dass seine selbst errungene philosophische Position 1956 ihre durchgestaltete und im folgenden gültige Form erreichte. Einen kompakten Ausdruck fand diese Position in einem Artikel, den Havemann im Juli 1956 in der Parteizeitung *Neues Deutschland* veröffentlichte³⁹⁶. Hier hatte er sich vollständig von der Auffassung gelöst, dass die Anwendung von Grundsätzen der Dialektik eine fruchtbare Problembearbeitung in den Fachwissenschaften garantiere und dass der dialektische Materialismus befugt sei, letztinstanzliche Urteile über Wert oder Unwert

³⁹² Herzberg, Robert Havemanns Probleme (wie Anm. 389), S. 337.

³⁹³ R. Havemann: Karl Marx und die Naturwissenschaften. In: Robert Havemann. Texte (wie Anm. 319), S. 123-128, hier S. 126. Ursprünglich in: Wissenschaft und Fortschritt 3 (1953) 12, S. 353-355.

³⁹⁴ Ebd., S. 125.

³⁹⁵ Ebd., S. 126.

³⁹⁶ R. Havemann: Meinungsstreit fördert die Wissenschaften. Idealistische Wurzeln des Dogmatismus. In: Robert Havemann. Texte (wie Anm. 319), S. 133-141. Ursprünglich in: Neues Deutschland vom 8.7.1956.

fachwissenschaftlicher Theorien abzugeben. Die Auffassung von Philosophie, die er selbst vertrat, sollte die kognitive Souveränität der Fachwissenschaften sicherstellen und dabei ausschließen, dass künftig noch irgendwelche Philosophen auf der Basis vorgefasster Ansichten und zudem mit mangelhafter Sachkenntnis in die Domäne der Fachwissenschaften hineinzuregieren versuchten. Lyssenkos Lehren erschienen ihm nun nicht mehr als Beweis für die Überlegenheit der Sowjetwissenschaft, aber er verwarf dessen Erkenntnishaltung auch noch nicht in Bausch und Bogen, sondern bemühte sich um ein differenziertes Urteil. Lyssenkos Dogmatismus-Vorwurf an die Adresse der „Mendel-Morgan-Weismannisten“ sei nicht ganz unberechtigt, doch er habe alle Tatsachen und Beweismittel der Lehre von den Genen wie ein Kind mit dem Bade ausgeschüttet, sei von einigen dogmatisierten Sätzen des dialektischen Materialismus ausgegangen und so „das Opfer seines eignen, ganz anders gearteten Dogmatismus“ geworden³⁹⁷. Was Havemann auch immer als Sätze des dialektischen Materialismus oder der materialistischen Dialektik ansah – zentral war für ihn nun das Desiderat, diese Sätze grundsätzlich als Hypothesen aufzufassen, die sich stets der Überprüfung durch wissenschaftliche Erkenntnisse (bzw. durch Erfahrungen anderer Lebensbereiche wie der Kunst oder der politischen Praxis) stellen und für davon induzierte Veränderungen offen sein müssen. Seine implizite Auffassung der Erkenntnis war induktiv (induktivistisch): Positive Erkenntnis wird in den Fachwissenschaften gewonnen, nicht in der Philosophie, und lebendiges Philosophieren ist daran gebunden, dass es in ständiger Verbindung mit der positiven Erkenntnis bleibt. Eine eigenständige Geltung unabhängig von dieser Verbindung kommt demnach philosophischen Sätzen nicht zu, die Behauptung einer solchen Geltung ist Dogmatismus, den es grundsätzlich zu überwinden gilt. Das trifft nach Havemanns nunmehr gewonnener Überzeugung auch auf die Intention zu, in den Wissenschaften überall und immer nach „Bestätigungen“ für den dialektischen Materialismus zu suchen: „Ein wissenschaftliches Ergebnis nur daraufhin zu untersuchen, wie und ob es den dialektischen Materialismus bestätigt, ist fruchtlos und philosophischer Dogmatismus. Ziel muss vielmehr sein, aus einer neuen wissenschaftlichen Erkenntnis eine neue, tiefere philosophische Einsicht zu gewinnen. Purer Dogmatismus ist es aber, wenn sich ein Philosoph der Wissenschaft gegenüber als Richter der letzten Instanz aufspielt, womöglich noch dazu ohne gründliche sachliche Kenntnis“³⁹⁸.

Den Vorwurf eines solchen Dogmatismus adressierte Havemann wiederholt an Viktor Stern, der 1947 eine noch ganz an Stalins „Grundzügen“ orientierte Einführung in den dialektischen und historischen Materialismus³⁹⁹ veröffentlicht und in späteren Publikationen Einsteins Definitiv-

³⁹⁷ Ebd., S. 135-136.

³⁹⁸ Ebd., S. 139. – In seinem Leipziger Vortrag 1962 ging er noch einen Schritt weiter und erklärte abschließend: „Weder hat die Wissenschaft die Aufgabe, die Sätze der Philosophie zu bestätigen, noch ist die Philosophie der geistige und ideologische Wächter über die Irrungen und Wirrungen der Wissenschaft. Wir werden die Engherzigkeit und Unfruchtbarkeit im Bereich der Philosophie überwinden, sobald auch unsere Philosophen es als das größte Glück empfinden werden, wenn in der Wirklichkeit etwas entdeckt wird, das unvereinbar ist mit ihren bisherigen Ansichten“. – R. Havemann: Hat Philosophie den modernen Naturwissenschaften bei der Lösung ihrer Probleme geholfen? In: Havemann, Dialektik ohne Dogma? (wie Anm. 343), S. 43-55, hier S. 55. – Der Anklang an den Falsifikationismus Karl R. Poppers ist wohl unbeabsichtigt; in Havemanns Texten aus jener Zeit gibt es keinen Hinweis darauf, dass er sich mit Popper beschäftigt hätte.

³⁹⁹ V. Stern: Grundzüge des dialektischen und historischen Materialismus. Berlin 1947. – Ironischerweise war gerade dieses Buch, das Havemann ein Jahrzehnt später als ein Muster engstirnigen Dogmatismus erschien, nach seinem Erscheinen mit dem Vorwurf mangelnder philosophischer Parteilichkeit kritisiert worden. Kurt Hager berichtet in seinen Erinnerungen, dass im Sommer 1948 am damaligen Zentralinstitut für wissenschaftlichen Sozialismus beim Zentralvorstand der SED eine Diskussion über dieses Buch stattfand, in der bemängelt wurde, dass es sich nicht gründlich mit der bürgerlichen Philosophie der Gegenwart auseinandersetze: „Außerdem wurde eine umfassende Darstellung des Klasseninhalts und der Parteilichkeit aller bisherigen Philosophie sowie des Charakters und der Rolle der durch

on der Gleichzeitigkeit und davon ausgehend dessen spezielle Relativitätstheorie kritisiert hatte⁴⁰⁰. Diese Kritik erfolgte vom Standpunkt der vorrelativistischen Physik unter Berufung auf den dialektischen Materialismus, der für die Verteidigung eines unter Physikern obsoleten Standpunktes in Anspruch genommen wurde. Havemann begann hier mit der Modellierung eines Bildes vom professionellen marxistischen Philosophen („offizieller Vertreter des dialektischen Materialismus“), das konfrontativ angelegt war und dazu beigetragen haben dürfte, dass ihm aus diesem Lager die Unterstützung verweigert wurde, als er ihrer dringend bedurft hätte: des Bildes eines Gralshüters dogmatisierter allgemeiner Sätze, dem wissenschaftliche Sachkenntnis und Verständnis für die Denk- und Arbeitsweise von Fachwissenschaftlern fehlen und der stattdessen danach trachtet, diese zu bevormunden⁴⁰¹. Nun vertrat der (1955 pensionierte und 1958 verstorbene) Stern zwar die Philosophie an der Parteihochschule, aber er hatte von 1904 bis 1908 in Wien Mathematik und Physik studiert. Fehlende physikalische Sachkenntnis konnte ihm schwerlich vorgeworfen werden. Der Übergang von der klassischen, letztlich auf Newton zurückgehenden zur relativistischen Raum-Zeit-Auffassung bedeutete einen Paradigmenwechsel, der nicht nur naturwissenschaftlichen Laien, sondern auch vielen Physikern die größten Schwierigkeiten bereitete. Bei den letzteren beruhten diese Schwierigkeiten natürlich nicht auf Unkenntnis der Fakten, sondern auf ihrer Ablehnung des neuen Paradigmas – so wie sich Albert Einstein, der selbst bedeutende Beiträge zur Herausbildung der Quantenphysik geleistet hatte, außerstande sah, die Kopenhagener Interpretation der Quantenmechanik und die mit ihr verbundene Anerkennung der Irreduzibilität des Zufalls im mikrophysikalischen Geschehen anzunehmen. Nicht wenige Physiker sträubten sich jahrzehntelang, die relativistische Raum-Zeit-Auffassung zu akzeptieren, und sie bemühten dazu auch die verschiedensten philosophischen Argumente und Konzepte⁴⁰²; in diese Gruppe reihte sich Stern, der als Referenzphilosophie für die Verteidigung der klassischen Raum-Zeit-Auffassung den dialektischen Materialismus heranzog, der Sache nach ein⁴⁰³. Nach dem Krieg

den Marxismus vollzogenen Umwälzung der Philosophie vermisst. Die philosophische Abteilung des Instituts kam zu dem Schluss, dass Stern eine Neubearbeitung seiner Schrift vornehmen müsse und die Schrift ‚in der gegenwärtigen Form aus dem Gebrauch an unseren Parteischulen zurückzuziehen ist‘. – Hager, Erinnerungen (wie Anm. 329), S. 135.

⁴⁰⁰ V. Stern: Erkenntnistheoretische Probleme der modernen Physik. Berlin 1952; ders.: Raum, Zeit, Bewegung im Lichte der modernen Naturwissenschaft. Berlin 1955.

⁴⁰¹ Hartmut Hecht diskutiert die Frage, warum es zwischen Havemann und den ernsthaft an erkenntnistheoretischen und methodologischen Fragen der modernen Naturwissenschaften interessierten Philosophen, die es in der DDR um 1960 durchaus gab, nicht zu einer Zusammenarbeit gekommen ist: „Zu einem guten Teil ist diese Situation durch Havemanns Auftreten selbst verschuldet. Wer über Jahre hinweg als kühner Streiter im Kampf gegen den Dogmatismus auftritt und dabei auch gleich noch die gesamte Philosophie als ‚offiziell‘ abqualifiziert, muss sich über wenig freundliche Reaktionen nicht wundern“. – H. Hecht: „Dialektik ohne Dogma?“ – Eine philosophische Alternative? In: Havemann, Dialektik ohne Dogma? (wie Anm. 343), S. 11-25, hier S. 15.

⁴⁰² K. Hentschel: Interpretationen und Fehlinterpretationen der speziellen und der allgemeinen Relativitätstheorie durch Zeitgenossen Albert Einsteins. Basel 1990.

⁴⁰³ Zu Sterns Schrift *Erkenntnistheoretische Probleme der modernen Physik* hatte Havemann bereits 1953 Stellung genommen, in seiner überhaupt ersten Veröffentlichung zu philosophischen Fragen der Physik. Er bezeichnete Stern darin als einen Philosophen und Nichtphysiker und übte sachlich zutreffende Kritik an dessen Versuch, im Namen des dialektischen Materialismus die Idee des absoluten Raumes zu rechtfertigen. Diese Veröffentlichung ist ein weiterer Beleg für die Ansicht, dass sich Havemanns kritische Position allmählich, Schritt für Schritt herausgebildet hat, denn in diesem Beitrag berief er sich noch ausdrücklich auf die Schriften Stalins. – R. Havemann: Über philosophische Fragen der modernen Physik. In: Robert Havemann. Rückantworten an die Hauptverwaltung „Ewige Wahrheiten“. Hrsg. von H. Jäckel. München 1971, S. 9-15. Ursprünglich in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 1 (1953) 2, S. 378-381. – Havemann kritisierte Stern in einer moderaten Tonlage und deutete nur an, dass die Mängel seiner Schrift nicht gerade dazu beitragen würden, Fachleute auf dem Gebiet der Relativitätstheorie

standen in Ostdeutschland praktisch keine akademisch ausgebildeten Philosophen zur Verfügung, die bereit gewesen wären, den dialektischen Materialismus in Lehre und Forschung zu vertreten: „Die Verfasser der ersten Überblicksschriften zur marxistischen Philosophie in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR kamen aus der Generation der Antifaschisten und Kommunisten der 30er und 40er Jahre und waren zudem Naturwissenschaftler: Gerhard Harig und Klaus Zweiling waren Physiker, ebenso Viktor Stern...“⁴⁰⁴. Es ist merkwürdig, dass Havemann diese hier von Reinhard Mocek vermerkte und keineswegs verborgene Tatsache nicht zur Kenntnis genommen hat.

Nichtsdestoweniger vertrat Havemann eine positive Einschätzung der Philosophie überhaupt und des dialektischen Materialismus im besonderen. Er äußerte sich ironisch über die bei vielen Naturwissenschaftlern verbreitete naive Leugnung der Philosophie, die in der Behauptung zum Ausdruck komme, die Naturwissenschaften seien „ideologiefrei“: „Zweifellos sind für jeden Wissenschaftler gewisse allgemeine Vorstellungen und Denkbestimmungen, also philosophische Konzeptionen, inhärentes Material seines wissenschaftlichen Denkprozesses, ob er sich dessen bewusst ist oder nicht“. Bei allen wissenschaftlichen Erkenntnissen leiste die Philosophie Geburtshelferdienste, „wenn auch oft als unsichtbarer Gast“⁴⁰⁵. Während er so einerseits der Dialektik und dem Materialismus seine Wertschätzung bekundete, sprach ihnen Havemann andererseits einen eigenen Gegenstand ab: „Die Philosophie ist, wenn wir von der besonderen Behandlung ihrer Geschichte und von der noch längst nicht abgeschlossenen schöpferischen Auseinandersetzung mit dem Idealismus und den Ideologien absehen, keine spezielle Wissenschaft mit einem bestimmten Gegenstand. Sie hat alle Gegenstände zum Gegenstand, aber diese wiederum nur vermittelt aller anderen einzelnen Wissenschaften von diesen Gegenständen. Der Reichtum ihrer Ideen ist der Reichtum der ganzen Wissenschaften. Ihre gegenwärtige Hauptfrage liegt darin, zu helfen, dass allen Wissenschaftlern die Dialektik und der Materialismus bewusst werde“⁴⁰⁶. Sobald dies aber erreicht sei, bedürfe es keiner selbständigen Philosophie mehr. Damit wurde der Philosophie strenggenommen nur noch eine temporäre Existenz als selbständiges Gebiet zugebilligt – so lange, bis die „positiven Wissenschaften“ Materialismus und Dialektik ganz und gar in sich aufgenommen hätten⁴⁰⁷. Ein eigenständiges Gebiet für Spezialisten würde dann nur noch die Geschichte der Philosophie bleiben, die sich – ähnlich wie die Geschichte des Altertums oder die Geschichte des Mittelalters – mit einem historisch abgeschlossenen Gebiet von Phänomenen zu beschäftigen hätte. Keineswegs würde damit aber etwa die Entwicklung der Philosophie aufhören;

zur Diskussion zu ermutigen. Neun Jahre später – Stern war bereits verstorben, und die fragliche Schrift spielte keine Rolle mehr – hielt es Havemann in seinem Leipziger Vortrag 1962 für angezeigt, auf diese Diskussion zurückzukommen. Nun war der Ton nicht mehr moderat. Er bezeichnete es jetzt als peinlich, „von derlei Schriften überhaupt Kenntnis nehmen zu müssen“, und sagte, er habe sich aus „purer Höflichkeit“ an der Diskussion darüber beteiligt, obwohl er eigentlich hätte ablehnen müssen. – Havemann, *Hat Philosophie* (wie Anm. 398), S. 48.

⁴⁰⁴ R. Mocek: Zum marxistischen Naturverständnis in den 60er Jahren. In: *Denkversuche* (wie Anm. 34), S. 133-156, hier S. 136-137.

⁴⁰⁵ Havemann, *Meinungsstreit* (wie Anm. 396), S. 138.

⁴⁰⁶ Ebd., S. 140. – Später bezeichnete er diese Formulierung als „eigentlich noch sehr freundlich“. – R. Havemann: *Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme*. In: Havemann, *Dialektik ohne Dogma?* Hrsg. von D. Hoffmann (wie Anm. 343), S. 65-212, hier S. 174.

⁴⁰⁷ Seine gleichsam letztgültige Formulierung dieses Standpunktes in seinen Vorlesungen lautet: „Indem wir die ursprüngliche Einheit der Wissenschaften wiederherstellen, brauchen wir keine besondere Wissenschaft dieser Einheit mehr. Wir brauchen kein besonderes System von philosophischen Lehrsätzen und Behauptungen. Wir brauchen nur die positiven Wissenschaften und das Bewusstsein ihres großen inneren Zusammenhangs“. – Havemann, *Naturwissenschaftliche Aspekte* (wie Anm. 406), S. 210.

sie würde von nun an nur ganz und gar innerhalb der Fachwissenschaften⁴⁰⁸ bzw. der anderen Bereiche gesellschaftlichen Erfahrungsgewinns⁴⁰⁹ vor sich gehen.

Diese 1956 im wesentlichen ausgeformte Auffassung von Philosophie behielt Havemann bei, so lange er sich überhaupt zum Verhältnis von Philosophie und Naturwissenschaften äußerte. Seine Diktion wurde polemischer, aber in der Sache änderte sich hier kaum noch etwas. Dabei berief er sich auf einige wenige – und zudem fragwürdige oder zumindest interpretationsbedürftige – Passagen von Engels, die er in mehreren Publikationen wiederholte, um seine These vom Aufgehen der Philosophie in den positiven Wissenschaften zu erhärten und in den historischen Kontext des Marxismus zu stellen⁴¹⁰. Das war gewiss auch ein taktisches Zugeständnis an den herrschenden Zitatenskult, denn ein Konzept, das als Explikation von Aussagen eines „Klassikers“ auftrat, konnte nicht ohne weiteres als „unmarxistisch“ abgewertet werden. Aber es ist kaum zu bezweifeln, dass Havemann sich selbst auch inhaltlich mit den herangezogenen Engels-Stellen identifizierte. Dieses unorthodoxe Verständnis von Philosophie rief Einwände von Philosophen auf den Plan. Havemann antwortete darauf mehrfach und wehrte sich gegen den Vorwurf, er sei ein Positivist und wolle die Philosophie abschaffen. Der Positivismusvorwurf traf in der Tat nicht wirklich seine Intentionen; während der Neopositivismus die Probleme der Philosophie als metaphysische „Scheinprobleme“ denunziert hatte, sah Havemann solche Problemstellungen grundsätzlich als real und sinnvoll an, doch er bestand darauf, dass sie durch empiriebezogenes Denken, insbesondere in den Fachwissenschaften, nicht aber auf der abgehobenen Denkebene philosophischer Abstraktionen bearbeitet und gelöst werden müssten. Zugleich versicherte er seinen Diskussionspartnern, dass es ihm dennoch nicht um eine Abschaffung des Berufsstandes der Philosophen ginge. Man brauche auch Philosophen: „Diese Philosophen aber dürfen keine dogmatischen Sachwalter von Allgemeinheiten sein, die sie nicht begreifen, weil sie nicht wissen, woraus und auf welche Weise sie gewonnen wurden. Unsere Philosophen müssen gute, möglichst hervorragende Wissenschaftler und Kenner des menschlichen Lebens sein, die auf bestimmten Gebieten tief in den Problemen der Menschen und der Dinge drinstecken. Solche Philosophie und solche Philosophen brauchen wir. Was wir aber nicht mehr brauchen, das sind Philosophen, die weiter nichts sind als *nur* Philosophen“⁴¹¹.

⁴⁰⁸ Die Philosophie wird nach Havemann „im dialektischen Sinne aufgehoben. Dadurch erst wird sie lebendig. Sie ergreift nun von allem Besitz. Sie durchdringt alles menschliche Denken. [...] Jede Einzelwissenschaft wird sich dadurch selbst des Gesamtzusammenhangs bewusst“. – R. Havemann: Philosophie und Dogmatismus. In: Robert Havemann. Texte (wie Anm. 319), S. 142-148, hier S. 146.

⁴⁰⁹ „Unsere Philosophie durchdringt aber nicht nur die Wissenschaften, sie durchdringt unseren ganzen Kampf um die sozialistische Revolution, sie durchdringt die Kunst und alles menschliche Denken und Handeln. Und umgekehrt erhält unsere Philosophie ihre Kraftimpulse nicht nur aus den Wissenschaften, sondern weit darüber hinaus aus dem ganzen menschlichen Leben“ (ebd., S. 147).

⁴¹⁰ Die zwei wichtigsten dieser wiederholt verwendeten Aussagen von Engels (die erste aus der *Dialektik der Natur*, die zweite aus dem *Anti-Dühring*) waren die folgenden: „Die Naturforscher fristen der Philosophie noch ein Scheinleben indem sie sich mit den Abfällen der alten Metaphysik behelfen. Erst wenn Natur- und Geschichtswissenschaft [aft] die Dialektik in sich aufgenommen, wird all der philosophische Kram – außer der reinen Lehre vom Denken, überflüssig, verschwindet in der positiven Wissenschaft“. – In: MEGA. I. Abt., Bd. 26. Berlin 1985, S. 66. – „Sobald an jede einzelne Wissenschaft die Forderung herantritt, über ihre Stellung im Gesamtzusammenhang der Dinge und der Kenntniß von den Dingen sich klar zu werden ist jede besondere Wissenschaft vom Gesamtzusammenhang überflüssig. Was von der ganzen bisherigen Philosophie dann noch selbstständig bestehen bleibt, ist die Lehre vom Denken und seinen Gesetzen – die formelle Logik und die Dialektik. Alles andre geht auf in die positive Wissenschaft von Natur und Geschichte“. – In: MEGA. I. Abt., Bd. 27. Berlin 1988, S. 235.

⁴¹¹ R. Havemann: Rückantworten an die Hauptverwaltung „Ewige Wahrheiten“. In: Robert Havemann. Texte (wie Anm. 319), S. 149-156, hier S. 156.

Aus der Sicht des theoretischen Ansatzes, den Havemann vorgestellt hatte, war das allerdings nicht mehr als ein pragmatisches Zugeständnis. Wenn Philosophie keinen eigenen Gegenstand hat, dann gibt es auch keinen Grund für die Profession des Philosophen. Um eine kognitive Reglementierung der Naturwissenschaften im Namen des dialektischen Materialismus abzuwehren, hatte Havemann eine Konzeption entworfen, die in sich nicht konsistent war. Die von ihm vertretene dialektische Aufhebung der Philosophie in den positiven Wissenschaften sollte ja nicht das Ende der Philosophie, sondern einen radikalen Wechsel ihrer Daseins- und Entwicklungsform bedeuten; dazu mussten innerhalb der fachwissenschaftlichen Wissensgebäude philosophische und nichtphilosophische Komponenten unterscheidbar bleiben, es musste ein Kriterium dieser Unterscheidung geben (andernfalls hätte es keinen Sinn zu behaupten, dass die fachwissenschaftliche Arbeit selbst Fortschritte der *philosophischen* Erkenntnis bewirken kann), und dieses Kriterium würde auch den Weg zur Konstituierung eines spezifischen Gegenstandes der Philosophie und zur inneren Systematik des philosophischen Wissens weisen. Ein solches Wissenssystem musste keineswegs starr, abgeschlossen und dogmatisch sein, wogegen sich Havemann zu Recht wandte; es konnte, worauf seine Intentionen im Grunde auch hinausliefen, ebenso ein offenes, flexibles und entwicklungsfähiges System sein, aber auch dann müsste es sich von den fachwissenschaftlichen Theorien qualitativ unterscheiden. Es ist schwer vorstellbar, dass Havemann diese theoretische Inkonsistenz seines eigenen Ansatzes nicht gesehen haben sollte. Vielleicht hat er sie um der provokativen Wirkung willen in Kauf genommen, getragen von seinem leidenschaftlichen Wunsch, die erstarrte marxistisch-leninistische Schematik der Philosophie in Fluss zu bringen. Übrigens ist auch aus der Lektüre der Texte Havemanns ersichtlich, dass er mitunter selbst über längere Strecken rein philosophisch argumentierte, indem er Kategorien und Kategorienpaare der Dialektik unter Bezugnahme auf Hegel deutete und zueinander in Beziehung setzte.

Wie Herzberg feststellte, brachen die lebhaften Pressediskussionen mit Havemann um diesen Fragenkreis „mitten in einer politisch aufgeregten Atmosphäre, ohne politische Fragen (oder Verdächtigungen) zu berühren, Ende Oktober 1956 plötzlich ab“⁴¹². Die Erschütterungen, die die auf dem XX. Parteitag der KPdSU vollzogene Enthüllung eines Teils der stalinistischen Verbrechen in Ungarn und in Polen ausgelöst hatten und die auch in der DDR ein Echo fanden, ließen es der SED-Führung geraten erscheinen, zur Sicherung ihrer Macht den innenpolitischen Kurs zu verschärfen. Drastischster Ausdruck dieser Verschärfung war die Verhaftung des Philosophen Wolfgang Harich, gegen den – ironisch apostrophiert als Vertreter der „Hauptverwaltung ‚Ewige Wahrheiten‘“ – Havemann noch kurz vorher in einem Presseartikel aufgetreten war. Damit verschlechterten sich die Bedingungen für offene philosophische Diskussionen, die Jagd auf „Revisionisten“ wurde intensiviert, und Vertreter unorthodoxer philosophischer Ansichten liefen Gefahr, nicht mehr nur theoretisch kritisiert, sondern – was für die Betroffenen weitaus riskanter war – auch politisch verdächtigt zu werden. In dieser zugespitzten Situation trug sich ein von Herzberg analysiertes Ereignis zu, das anscheinend einen nicht mehr zu überwindenden Bruch zwischen Havemann und den marxistischen Philosophen der DDR auslöste. In einer gut besuchten Veranstaltung am 14. Dezember 1956 am Philosophischen Institut der Humboldt-Universität stellte Havemann ein von ihm verfasstes Thesenpapier über sein Philosophieverständnis zur Diskussion. Während der Debatte griff der Diskussionsleiter Klaus Zweiling⁴¹³ Havemann (sowie den Wissenschaftshistoriker Friedrich Herneck) persönlich an und warf beiden – unter Vergleich mit

⁴¹² Herzberg, Robert Havemanns Probleme (wie Anm. 389), S. 343.

⁴¹³ Zweiling, der damals das Philosophische Institut der Humboldt-Universität leitete, hatte bei Max Born in theoretischer Physik promoviert; auch in seiner Person stand Havemann kein Philosoph ohne naturwissenschaftliche Sachkenntnis gegenüber; die Konfrontation dürfte unmittelbar politisch motiviert gewesen sein. – Zu Zweiling vgl.: P. Ruben: Klaus Zweiling., der Lehrer. In: Anfänge der DDR-Philosophie. Ansprüche, Ohnmacht, Scheitern. Hrsg. von V. Gerhardt und H.-Ch. Rauh. Berlin 2001, S. 360-387.

dem als konterrevolutionär geltenden Budapester Petöfi-Kreis – ideologische „Aufweichung“ vor; daraufhin verließen die Angegriffenen und ihre Sympathisanten unter Protest den Hörsaal. Nach Einschätzung Herzbergs war mit diesem Eklat „ein bisher so noch nicht feststellbarer Bruch zwischen ihm und den marxistischen Philosophen vollzogen, der auch die nachfolgenden Auseinandersetzungen zwischen ihnen in den 60er Jahren prägen sollte“⁴¹⁴. In den folgenden Jahren war von diesem Zerwürfnis zunächst zwar wenig zu spüren, doch es war keineswegs beigelegt. Auf der im September 1962 in Leipzig durchgeführten Tagung „Die fortschrittlichen Traditionen in der deutschen Naturwissenschaft des 19. und 20. Jahrhunderts“ trat es erneut in Erscheinung, und zwar schärfer und unversöhnlicher als zuvor. Eigentlich handelte es sich um eine wissenschaftshistorische Veranstaltung, wenn auch philosophisch akzentuiert und mit Teilnahme von Philosophen; in einer Tagung dieses Zuschnitts hätte man kaum eine aufgeheizte ideologische Kontroverse erwarten sollen. Das Unerwartete trat jedoch ein. In seinem Vortrag „Hat Philosophie den modernen Naturwissenschaften bei der Lösung ihrer Probleme geholfen?“ nahm Havemann sein Generalthema von 1956 wieder auf. Nach Ansicht verschiedener Autoren wurde er dazu von der neuen Welle kritischer Aufklärung über das stalinistische Herrschaftssystem angeregt und ermutigt, die der XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 ausgelöst hatte⁴¹⁵. So entschloss er sich zu einem Rundumschlag gegen die philosophische Gängelung der modernen Naturwissenschaften, die er den „offiziellen Vertretern“ des dialektischen Materialismus vorwarf: „Etwas Furchtbares ist geschehen: Der dialektische Materialismus ist jahrzehntelang durch seine offiziellen Vertreter bei allen Naturwissenschaftlern der Welt einschließlich der führenden Naturwissenschaftler der Sowjetunion in zunehmendem Maße diskreditiert worden“⁴¹⁶. Die Beispiele, die Havemann dafür aufbieten konnte, waren allerdings größtenteils zu diesem Zeitpunkt nicht mehr aktuell. Vor allem nahm er die Wende in den Beziehungen von Philosophie und Naturwissenschaften, die sich seit den späten 1950er Jahren nicht nur in der Sowjetunion, sondern auch in der DDR angebahnt hatte⁴¹⁷, nicht ernsthaft zur Kenntnis, so dass sich verschiedene Teilnehmer der Leipziger Tagung – im wesentlichen Historiker der Naturwissenschaft, den Naturwissenschaften nahestehende Philosophen und Naturwissenschaftler – von Havemanns ebenso scharfen wie pauschalen Angriffen brüskiert fühlten⁴¹⁸. In seinem Hang zu polemischer Zuspitzung überschritt Havemann mitunter auch die Grenzen des wissenschaftlich Zulässigen⁴¹⁹. Die Auseinandersetzung nahm einen extrem

⁴¹⁴ Herzberg, Robert Havemanns Probleme (wie Anm. 389), S. 344.

⁴¹⁵ Später schrieb er rückblickend zur Situation kurz nach dem Bau der Mauer: „Anfänglich schien es noch so, als ob innerhalb der durch die Mauer für die staatliche Existenz geschaffenen größeren Sicherheit nun ein freieres geistiges Klima möglich sein würde“. – R. Havemann: Die DDR in den zwanzig Jahren nach Stalins Sturz. In: Robert Havemann. Texte (wie Anm. 319), S. 238-251, hier S. 240-241. – Auch diese illusionäre Annahme, die 1961/62 viele Intellektuelle in der DDR teilten, mag ihn motiviert haben.

⁴¹⁶ Havemann, Hat Philosophie (wie Anm. 398), S. 50-51.

⁴¹⁷ Laitko, Produktivkraft (wie Anm. 34), S. 511-540.

⁴¹⁸ „Die überhitzten Reaktionen in Leipzig hatten also auch einen ganz sachlichen Grund, einen Grund, der darin bestand, dass Havemann weder die veränderten philosophischen Realitäten in der Sowjetunion noch in der DDR über seinen berechtigten Dogmatismusvorwurf hinaus zur Kenntnis nehmen wollte. Das wiederum zeitigte politische Wirkungen, die jener, sich gerade zaghaft entwickelnden Kontaktaufnahme zwischen Naturwissenschaftlern und Philosophen entgegenwirkten“. – H. Hecht: Philosoph und Kritiker (1956 – 1964). In: Robert Havemann. Dokumente (wie Anm. 312), S. 116-159, hier S. 145.

⁴¹⁹ Um die deformierende Wirkung des „offiziellen“ dialektischen Materialismus zu belegen, erklärte er: „Ein so intelligenter Physiker wie Blochinzew wurde dazu verleitet zu behaupten, die Quantenmechanik wäre eine Theorie von Teilchenensembles“. Dadurch habe er sich bei ernsthaften Physikern um seinen Kredit gebracht, „nur weil er sich einigen Herren auf philosophischen Lehrstühlen zuliebe, um ihnen ihre Theorie von der absoluten Determiniertheit aller Erscheinungen zu retten, diese Geschichte mit den Ensembles ausgedacht und sogar in ein Lehrbuch hineingeschrieben hat“. – Havemann, Hat Philosophie (wie Anm. 398), S. 50. – Gegenüber Dmitri I. Blochinzew, einen seriösen Vertreter der

unglücklichen Verlauf. Nach hitzigen und unsachlichen Wortgefechten auf der Tagung reagierte der Tagungsleiter Gerhard Harig überschießend, indem er Havemann die Aufnahme seines Beitrages in den Protokollband verweigerte und damit einen Präzedenzfall für die später von der SED-Führung generell praktizierte Ausgrenzung Havemanns aus der Öffentlichkeit der DDR schuf. Havemann sah sich gezwungen, Kopien seines Vortragstextes an Wissenschaftler im In- und Ausland zu versenden, um seinen Gedanken wenigstens ein Minimum an Verbreitung zu sichern.

Herzberg nennt Havemanns Vortrag „eine der wichtigen Zäsuren in der Geschichte der DDR-Philosophie“⁴²⁰. In welchem Sinne kann man das sagen? Eine Wende hin zum Dialog zwischen Philosophie und Naturwissenschaften hat der Vortrag nicht befördert – diese Wende war schon im Gange, und so stark Havemann in seiner Kritik früherer Bevormundungen war, so hat er für die positive Gestaltung des Dialogs doch, wie Herzberg konstatiert, „selbst durch sein starres Festhalten an Engels wenig beitragen können“⁴²¹. Dennoch würde ich seiner Einschätzung zustimmen. Wenn es überhaupt noch eine Chance gegeben haben sollte, das Verhältnis zwischen Havemann und der Gemeinde der Philosophen zu normalisieren – mit dem Ausschluss seines Vortrages aus dem Tagungsprotokoll war sie endgültig vertan. Spätestens von nun an standen beide auf entgegengesetzten Seiten – der rebellische Naturwissenschaftler auf der einen, die Phalanx der Philosophen auf der anderen. Hier war Havemann bereits der Dissident, der er bald auch auf eigentlich politischem Terrain wurde. Ihn mag diese Erfahrung darin bestärkt haben, nunmehr mit aller Konsequenz die gesellschaftstheoretischen und politischen Implikationen seiner philosophischen Sicht der Naturwissenschaften zu entwickeln. Die Beschäftigung mit den Naturwissenschaften im Rahmen der Philosophie hingegen enthielt sich auf längere Sicht einer solchen Erweiterung ihres Horizontes; sie beschränkte sich im wesentlichen auf die epistemologischen und methodologischen Grundlagen des naturwissenschaftlichen Erkennens, hier wurde sie zunehmend produktiv und professionell, und hier funktionierten auch Austausch und Kooperation mit interessierten Vertretern vieler naturwissenschaftlicher Disziplinen.

Zwischen 1957 und 1962 hatte sich auch Havemanns philosophisches Interesse vor allem auf die Interpretation naturwissenschaftlicher Theorien konzentriert. Sein 1957 veröffentlichtes Lehrbuch der chemischen Thermodynamik enthielt auch philosophische Betrachtungen zum Entropiesatz⁴²². Dieses Buch erregte Aufmerksamkeit als eines der ersten in der DDR neugeschaffenen naturwissenschaftlichen Hochschullehrbücher, das den staatlichen Bestrebungen zur Einsparung von Devisen entgegenkam, weil die Rechte der meisten Lehrbücher, die traditionell im Hochschulstudium verwendet wurden, bei westdeutschen Verlagshäusern lagen. Am meisten aber fesselte ihn die Quantenmechanik – als Fundament der Quantenchemie auch für die von ihm vertretene Physikalische Chemie von zentraler Bedeutung –, deren begriffliche Grundlagen sich noch weiter vom Alltagsdenken und von der Denkweise der klassischen Physik entfernten, als es die spezielle und die allgemeine Relativitätstheorie tat. Obwohl die Theorie selbst schon in den 1920er Jahren entstanden war, dauerte die philosophische Diskussion ihrer Grundlagen mehrere Jahrzehnte und

Quantenphysik und der Theorie der Elementarteilchen, war diese Unterstellung ehrenrührig. Unter den sowjetischen theoretischen Physikern gab es zu jener Zeit einen breiten Fächer von Interpretationen der Quantenmechanik – von einer probabilistischen, weitgehend mit der Kopenhagener Interpretation übereinstimmenden (Wladimir A. Fock) bis zu einer eher mechanistischen (Jakow P. Terletzki) – und eine lebhafte Diskussion zwischen ihren Vertretern. Blochinzew nahm mit seiner „Ensembletheorie“ eine vermittelnde Position ein. – D. I. Blochinzew: Grundlagen der Quantenmechanik. Berlin 1961. – So illegitim es war, die Kopenhagener Interpretation philosophisch zu verdammen, so unangemessen war es auch, ihr von vornherein das Deutungsmonopol zuzusprechen.

⁴²⁰ Herzberg, Robert Havemanns Probleme (wie Anm. 389), S. 347.

⁴²¹ Ebd., S. 348.

⁴²² R. Havemann: Einführung in die chemische Thermodynamik. Berlin 1957, S. 153-165.

war auch in den 1950er Jahren noch nicht abgeschlossen. Havemann griff in diese Diskussion ein, und zwar auf einem theoretischen Niveau, das dem geltenden Standard des philosophischen Gedankenaustausches zwischen führenden Physikern jener Zeit entsprach. Zu dieser Thematik konnte er 1957 einen Aufsatz in der angesehenen westdeutschen Zeitschrift *Physikalische Blätter* placieren⁴²³, und ein Jahr später trug er dazu auf der Hauptjahrestagung und Theoretiker-Konferenz der Physikalischen Gesellschaft in der DDR in Leipzig vor⁴²⁴, die im April 1958 im Anschluss an die Feierlichkeiten zum 100.Geburtstag von Max Planck stattfand und an der internationale Koryphäen wie Paul Dirac und Werner Heisenberg teilnahmen⁴²⁵.

Bei der Bearbeitung dieses Fragenkomplexes erkannte Havemann die enge Verwandtschaft zwischen der dialektischen Traditionslinie in der Philosophie und der Überwindung des mechanischen (klassischen) Determinismus durch die Kopenhagener Deutung der Quantenmechanik (Komplementaritätskonzeption). Um diese Einsicht zu vertiefen, trieb er Studien über die Darstellung der Dialektik bei Hegel⁴²⁶ – ein für einen Naturwissenschaftler um die Mitte des 20.Jhs. ungewöhnlicher Schritt. Auch in seinen 1963/64 gehaltenen Vorlesungen zollte er Hegel wiederholt seine Hochachtung und erklärte, bisher sei er „als Dialektiker noch von niemandem erreicht oder gar überboten worden“⁴²⁷. Dem Netz derjenigen Kategorien, mit dem Determinationsbeziehungen zwischen Erscheinungen ausgedrückt werden, galt seine besondere Aufmerksamkeit; die Explikation dieses Netzes bildete das Zentrum seines eigenständigen Philosophierens. Schon 1956 hob er gegenüber Harich die fundamentale Bedeutung der Komplementaritätstheorie hervor: „Während sich einige unserer Philosophen noch in scholastischen Streitereien darüber ergehen, ob der Zufall durch die Kreuzung oder Überkreuzung verschiedener Gesetzmäßigkeiten zustande kommt, hat die Physik eine komplette Theorie von Möglichkeit und Wirklichkeit, Zufälligkeit und Gesetzmäßigkeit für die Mikrophysik entwickelt“. Diese würde uns „unendlich tiefer in die objektive Dialektik der Natur – und damit auch der Gesellschaft und des Denkens – hineinführen“⁴²⁸. Die Intention, sich nicht mit der Deutung naturwissenschaftlicher Theorien zu bescheiden, sondern die von den modernen Naturwissenschaften herbeigeführten Veränderungen in den Grundlagen unseres Denkens als einen Schlüssel für die Veränderung unserer Auffassungen über die Gesellschaft zu nutzen, war also bei Havemann von Anfang an vorhanden. Er wurde darin auch durch die Kopenhagener Interpretation der Quantenmechanik bestärkt, deren Schöpfer – und zugleich philosophisch produktivste Vertreter – Niels Bohr und Werner Heisenberg immer wieder betonten, dass die Naturwissenschaft Teil der Auseinandersetzung des Menschen mit der Natur sei; dies bedeutete, dass die Interpretation einer naturwissenschaftlichen Theorie nicht nur auf die Natur, deren Erkenntnis sie dient, sondern zugleich auf den Menschen und die gesellschaftlichen Quellen seiner Aktivität, die im Prozess des naturwissenschaftlichen Erkennens zur Geltung kommt, Bezug nehmen muss.

In diesem Aufsatz ist es nicht möglich, Havemanns Interpretation der Quantenmechanik im einzelnen darzulegen. Ihr liegt ein komplexes Begriffsschema zugrunde, in dem die dialektischen Kategorienpaare Notwendigkeit und Zufall, Möglichkeit und Wirklichkeit, Kontinuität und Diskontinuität, Allgemeines und Einzelnes aufeinander bezogen wurden und der Kausalitätsbegriff entsprechend neu gefasst wurde⁴²⁹. Dieses Schema erschien ihm geeignet, um den mechanischen

⁴²³ R. Havemann: Bemerkungen zur quantenmechanischen Komplementarität. In: Havemann, *Dialektik ohne Dogma?* (wie Anm. 343), S. 26-34. Ursprünglich in: *Physikalische Blätter* 1957, H. 7, S. 289-296.

⁴²⁴ R. Havemann: Zur Interpretation der Quantenmechanik. In: *Dialektik ohne Dogma?* (wie Anm. 343), S. 35-44.

⁴²⁵ Gipfelkonferenz der Physiker. In: *Wissenschaft und Fortschritt* 8 (1958) 7, S. 241-243.

⁴²⁶ Herzberg, Robert Havemanns Probleme (wie Anm. 389), S. 345.

⁴²⁷ Havemann, *Naturwissenschaftliche Aspekte* (wie Anm. 406), S. 70.

⁴²⁸ Havemann, *Rückantworten* (wie Anm. 411), S. 151.

⁴²⁹ R. Havemann: Über Kausalität. In: *Naturwissenschaft und Philosophie*. Hrsg. von G. Harig und J.

Determinismus mit seiner Verabsolutierung der Notwendigkeit, der das Weltbild der klassischen Physik bestimmt hatte, aber auch dem Alltagsbewusstsein tief eingepägt war, überzeugend und endgültig zu überwinden. Damit lag Havemann im Mainstream der internationalen Diskussion. Die Besonderheit seiner Gedankenführung gegenüber jener zahlreicher westlicher Physiker bestand aber in der Demonstration der Einsicht, dass die Dialektik als Denkform, obwohl lange vor der Quantentheorie von Philosophen formuliert, der erkenntnistheoretischen Problematik der Quantenmechanik nicht nur gewachsen, sondern geradezu auf diese zugeschnitten, also alles andere als obsolet war. Dabei konnte er sich auf Engels und auf Hegel berufen⁴³⁰.

Dreh- und Angelpunkt des von Havemann entwickelten Konzepts ist die nichtempiristische Auffassung der Theorie: Sie ist für ihn keine Beschreibung wirklicher Vorgänge, sondern legt dar, „was in der Wirklichkeit möglich ist“⁴³¹. Für die strenge Gesetzmäßigkeit der Natur genügt es, „dass die in ihr liegenden Möglichkeiten und die Chancen ihrer Verwirklichung gesetzmäßig sind“⁴³². Der Akzent auf dem Möglichkeitsbegriff gestattete die Erweiterung des für die Naturwissenschaft konstitutiven Gesetzeskonzepts: Gesetzmäßig sind nicht allein notwendig stattfindende Ereignisse und Ereignisfolgen, sondern auch zufällig eintretende, sofern theoretisch formulierte Gesetze deren Möglichkeit ausdrücken oder gar, wie es in der Quantenmechanik der Fall ist, Wahrscheinlichkeiten als quantitatives Maß der Möglichkeiten zu bestimmen erlauben. Ein solcher erweiterter Gesetzesbegriff schließt den objektiven (nicht auf menschlicher Unkenntnis beruhenden, sondern in der Natur der Dinge selbst liegenden) Zufall ein: „Die Gesetze besagen also nicht, was wirklich geschieht und geschehen wird, sie geben nur an, was geschehen kann“⁴³³. In den Unbestimmtheitsrelationen der Quantenmechanik findet die Irreduzibilität des Zufälligen einen kompakten theoretischen Ausdruck.

Havemann formulierte zwei wesentliche Konsequenzen aus der philosophischen Interpretation der Quantenmechanik für das Verständnis des Menschen und der Gesellschaft – einerseits für die Selbstevolution der Gesellschaft, andererseits für das zielstrebige menschliche Handeln. Vom Standpunkt der Naturgesetze ist es zufällig, welche der in ihnen enthaltenen Möglichkeiten verwirklicht werden.. Das menschliche Handeln setzt Bedingungen, unter denen sich gewisse dieser Möglichkeiten realisieren, und erreicht so seine Zwecke, und wenn dies in Kenntnis der Naturgesetze geschieht, dann kann man sagen, dass sich der Mensch den objektiven Zufall bewusst zunutze macht und dass sich eben darauf seine Freiheit gegenüber der Natur gründet. So werden technische Gegenstände geschaffen, deren spontanes Zustandekommen in der Natur so unwahrscheinlich ist, dass sie praktisch niemals „von selbst“ entstehen, die aber nichtsdestoweniger naturgesetzlich möglich sein müssen, um zweckmäßig zu funktionieren⁴³⁴. Havemann interpretierte Hegels von Engels übernommenes Diktum, Freiheit sei Einsicht in die Notwendigkeit, auf wirklich dialektische Weise und wandte sich dabei – zunächst implizit, später auch deutlicher – gegen die ideologische Verwendung dieses Diktums in der Propaganda der SED, wonach Freiheit darin bestehe, sich dem vom Politbüro für notwendig Erachteten zu fügen⁴³⁵. Fortschritt beruht, wie

Schleifstein. Berlin 1960, S. 113-128.

⁴³⁰ Zum Kausalitätsproblem bemerkte er, es sei „außerordentlich interessant und für die moderne Naturwissenschaft von größter Bedeutung, dass die Lösung dieser zentralen Frage der modernen Physik wirklich in den grundlegenden Ideen von Hegel zu finden ist“. – Havemann, Naturwissenschaftliche Aspekte (wie Anm. 406), S. 128.

⁴³¹ Havemann, Bemerkungen (wie Anm. 423), S. 27.

⁴³² Ebd., S. 33.

⁴³³ Havemann, Naturwissenschaftliche Aspekte (wie Anm. 406), S. 129.

⁴³⁴ Havemann, Bemerkungen (wie Anm. 423), S. 27.

⁴³⁵ „Dieser Satz ist oft sehr einseitig, sehr mechanisch, sehr armselig interpretiert worden. Er hat dann den Charakter eines lehrerhaften Dünkels“. – Havemann, Naturwissenschaftliche Aspekte (wie Anm. 406), S. 141.

Havemann darlegte, auf der Entdeckung immer neuer Möglichkeiten in der Natur, doch die gesellschaftliche Aneignung und Nutzung dieser Möglichkeiten ist, wie er 1958 vor den theoretischen Physikern der DDR sagte, ambivalent: „Denn ist es nicht das Wesen des Menschen, wodurch er sich von den anderen Lebewesen unterscheidet, dass er in der Natur immer neue Möglichkeiten zu entdecken fähig ist, die – so natürlich sie sind – doch erst durch den Menschen selbst verwirklicht werden können? Dass diese vom Menschen entdeckten Möglichkeiten der Natur nicht alle gut und segensreich sind, sondern auch Möglichkeiten unendlicher Grausamkeit und entsetzlichen Verbrechens, das ist das welthistorische Problem unserer Tage. Das ist zwar kein Problem allein der Naturwissenschaft mehr. Zu seiner Lösung genügt es nicht, nur die Natur zu begreifen, sondern es gilt nun auch die Natur des Menschen zu begreifen“⁴³⁶.

Von großer kognitiver Bedeutung und ideologischer Brisanz waren die Konsequenzen, die Havemann aus der Behandlung des Determinismusproblems in der Quantenmechanik für das Verständnis der Selbstevolution der Gesellschaft zog. Diese Konsequenzen waren in seinen Texten zunächst nur angedeutet, erst in seinen 1963/64 gehaltenen Vorlesungen wurden sie entfaltet. Mit der Quantenmechanik wurde „zum ersten Mal in der Physik die mechanische Naturauffassung überwunden“, die Natur erscheint nun nicht mehr als ein ewig laufendes Uhrwerk: „Die Zukunft ist nicht bereits durch die Vergangenheit gänzlich vorherbestimmt. Vorherbestimmt sind nur die immer neu sich entwickelnden gesetzmäßigen Möglichkeiten des Geschehens“⁴³⁷. Damit war der klassische (Laplacesche) Determinismus, der das Weltbild des mechanischen Materialismus geprägt hatte, prinzipiell überwunden und verworfen. Havemann befand sich hier so vollständig in Einklang mit der Dialektikauffassung von Karl Marx und Friedrich Engels – Marx hatte sich bereits in seiner Doktorarbeit *Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie* von der Denkweise des klassischen Determinismus prinzipiell distanziert⁴³⁸, und Engels hatte sich später direkt mit dem Laplaceschen Determinismus auseinandergesetzt⁴³⁹ –, dass die ideologische Brisanz der zitierten Passage (wie auch ähnlicher Äußerungen an anderen Stellen) auf den ersten Blick gar nicht erkennbar war. In der Ideologie des Marxismus-Leninismus hatte der klassische Determinismus jedoch eine geschichtsphilosophische Renaissance erfahren; die gesamte Doktrin

⁴³⁶ Havemann, Zur Interpretation (wie Anm. 424), S. 44.

⁴³⁷ Ebd., S. 41.

⁴³⁸ Während sich die hypothetischen, als kleinste unteilbare Einheiten der Materie vorgestellten Atome nach Demokrit notwendig und unabänderlich auf geradlinigen Bahnen bewegen, sind sie nach Epikur imstande, spontan von diesen Bahnen abzuweichen. Der junge Marx interpretierte die Differenz der beiden Denkmodelle als Ausdruck des Unterschiedes von Fremdbestimmung und Selbstbestimmung: „Wir betrachten jetzt die *Consequenz*, die aus der Declination des Atoms unmittelbar hervorgeht. Es ist in ihr ausgedrückt, dass das Atom alle Bewegung und Beziehung negiert, worin es als ein besonderes Dasein von einem andern bestimmt wird“ – MEGA. Erste Abt., Bd. 1, S. 38.

⁴³⁹ Da zu jener Zeit die Physik noch keinen direkten Anknüpfungspunkt für eine solche Auseinandersetzung bot, ließ sich Engels dazu von der Evolutionstheorie Darwins anregen. Er charakterisierte den „Determinismus, der aus dem französischen Materialismus in die Naturwissenschaft übergegangen, und der mit der Zufälligkeit fertig zu werden sucht indem er sie überhaupt abläugnet, Nach dieser Auffassung herrscht in der Natur nur die einfache, direkte Nothwendigkeit“. Danach sind die trivialsten Ereignisse „Thatsachen, die durch eine unverrückbare Verkettung von Ursache und Wirkung, durch eine unerschütterliche Nothwendigkeit hervorgebracht sind, so zwar, dass bereits der Gasball, aus dem das Sonnensystem hervorging, der Art angelegt war dass diese Ereignisse sich so und nicht anders zutragen mussten. Mit dieser Art Nothwendigkeit kommen wir auch nicht aus der theologischen Naturauffassung heraus“. Ganz anders verfährt die neue Abstammungslehre: „Darwin, in seinem epochemachenden Werk, geht aus von der breitesten vorgefundnen Grundlage der Zufälligkeit. Es sind grade die unendlichen zufälligen Verschiedenheiten der Individuen innerhalb der einzelnen Arten“, die ihn zwingen, den Artbegriff in seiner bisherigen metaphysischen Starrheit und Unveränderlichkeit in Frage zu stellen. – MEGA. Erste Abt., Bd. 26, S. 138-140.

der marxistisch-leninistischen Parteien, soweit sie sich an diese theoretische Konstruktion hielt, beruhte auf der Vorstellung vom deterministischen Zwangsablauf der Geschichte und insbesondere von der historischen Alternativlosigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus⁴⁴⁰. Havemann hingegen näherte sich, von der epistemologischen Botschaft der Quantenmechanik bestärkt, der Vorstellung von der Optionalität, vom Alternativcharakter der historischen Entwicklung und damit von den immanenten Risiken aller politisch-strategischen Zielstellungen. Auch für die Parteiideologen war die Determinismusproblematik heikel: Gegen ihre dialektische Behandlung konnte, da sie zum Erbe der marxistischen „Klassiker“ gehörte, nichts eingewendet werden, so lange sie auf abstrakt-philosophischer Ebene (Theorie der Dialektik) blieb oder sich auf die Sphäre der naturwissenschaftlichen Erkenntnis (Interpretation der Quantenmechanik oder der biologischen Evolutionslehre) beschränkte. Es blieb dem Geschick eines Autors überlassen, seinen Lesern Schlussfolgerungen auf die Gesellschaft nahe zu legen, ohne sie direkt auszusprechen.

1957/58 waren Havemanns Auffassungen zum Determinismusproblem im wesentlichen ausgereift. Sein als spektakulär geltender Leipziger Vortrag 1962 trug dazu keine neuen Akzente bei. Einen zentralen Platz nahm dieses Thema hingegen in den 1963/64 gehaltenen Vorlesungen ein. Das Neuartige dieser Vorlesungsreihe, das ihr ungewöhnliche Aufmerksamkeit sicherte, war die Entwicklung der politischen und gesellschaftstheoretischen Konsequenzen des bereits vorliegenden philosophischen Ansatzes. Gleich zu Beginn erklärte er, im weiteren werde er sich unvermeidlich auch zu Fragen äußern, „die vielleicht nicht in das Ressort eines Naturwissenschaftlers gehören“⁴⁴¹. Damit vollzog er gegenüber dem bisherigen Stil dieser Vorlesung – er hatte sie, strikt auf die philosophische Problematik der naturwissenschaftlichen Erkenntnis beschränkt, seit mindestens 1960 vor einem sehr kleinen Hörerkreis gehalten – eine Grenzüberschreitung. Hecht meinte 1990, Havemann habe sich bewusst für die politische Dimension des Philosophierens entschieden, „weil er erkannte, wie sich theoretischer und politischer Dogmatismus gegenseitig voraussetzen“⁴⁴², und er unterstrich „die Konsequenz seines Denkens, die dem gesellschaftstheoretischen Argument den gleichen Philosophiebegriff unterlegt wie dem naturphilosophischen“⁴⁴³. Bereits in der dritten Vorlesung zog er eine gedankliche Linie vom Determinismusproblem in der Physik zum Problem der menschlichen Freiheit, nach Herzberg „ein unvermuteter, aber ganz sicher wohlkalkulierter Sprung. [...] Dieser Sprung war gewagt, denn er erreichte staatlich tabuisierte Gefilde“⁴⁴⁴. Der Inhalt dieser Vorlesungen ist weitgefächert und nicht immer sehr systematisch. Das hängt wesentlich damit zusammen, dass Havemann mit wenigen Notizen frei sprach, dabei der Spontaneität seiner Einfälle folgte und die schriftliche Fassung durch die Transkription der Tonbandaufzeichnungen zustande kam. Es ist daher nicht leicht, die Grundidee zu finden, die diese Vielfalt zusammenhielt.

Natürlich war die brisante Spitze seiner Argumentationen, die damals eine ungewöhnlich große Zahl von Hörern in die Vorlesung lockte und die retrospektiv zuerst ins Auge fällt, die prin-

⁴⁴⁰ Wie Hans-Peter Krüger in einem im Dezember 1989 in Berlin gehaltenen Vortrag bemerkte, hat der für den Marxismus-Leninismus charakteristische Ökonomismus „davon abgehalten, den von Marx noch vorgesehenen Anschluss der materialistischen Geschichtsauffassung an die naturwissenschaftliche Evolutionsforschung zu leisten. Die Synthese zwischen den Theorien der natürlichen und der soziokulturellen Evolution ist seit Jahrzehnten einer der thematischen Schwerpunkte der internationalen Wissenschaftsentwicklung, die der historische Materialismus verschlafen oder an den sog. ‚Dia-Mat‘ delegiert hat“. – H.-P. Krüger: *Moderne Gesellschaft und „Marxismus-Leninismus“* schließen einander aus. In: H.-P. Krüger: *Demission der Helden. Kritiken von innen 1983 – 1992*. Berlin 1992, S. 170-181, hier S. 172.

⁴⁴¹ Havemann, *Naturwissenschaftliche Aspekte* (wie Anm. 406), S. 67.

⁴⁴² Hecht, „Dialektik ohne Dogma?“ (wie Anm. 401), S. 19.

⁴⁴³ Ebd., S. 23.

⁴⁴⁴ Herzberg, *Robert Havemanns Probleme* (wie Anm. 389), S. 352.

zipielle Kritik am politischen System der DDR (wie des Sozialismus sowjetischen Typs überhaupt) und seinem ideologischen Selbstverständnis. Dabei sollte aber die tiefer lotende Frage, *aus welcher Perspektive er dieses System kritisierte*, nicht aus den Augen verloren werden. In dem kurzen Vorwort, das er im April 1964 – nach seiner fristlosen Entlassung aus der Humboldt-Universität und nach seinem Ausschluss aus der SED – für die beabsichtigte Publikation der Vorlesungen schrieb, bezeichnete er ihr Konvolut ausdrücklich als „ein kommunistisches Buch“⁴⁴⁵. Havemann betrachtete sich selbst als einen zutiefst überzeugten Kommunisten. Sein Vorwurf an die SED-Führung war nicht etwa, dass diese kommunistische Verhältnisse eingeführt habe oder einzuführen beabsichtige, sondern vielmehr, dass sie die Idee des Kommunismus verfälscht und diskreditiert habe. Diese Idee war für ihn ein hoher Wert, und er wäre mit Sicherheit nicht erfreut, hätte er den rein negativen Gebrauch des Wortes „Kommunismus“ im ideologischen Mainstream der Gegenwart noch zur Kenntnis nehmen können: „Der Kommunismus ist der alte Traum der Menschheit von einem Gemeinwesen, in dem nicht ein Teil Rechte hat, die einem anderen Teil vorenthalten sind. Er ist der Traum von einer menschlichen Welt, in der alle die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben, wo der Mensch gut sein kann, ohne sich opfern zu müssen“⁴⁴⁶. Der große, übergreifende Trend der Weltgeschichte war für ihn der Übergang „von der langen historischen Epoche der Ausbeutergesellschaften zu der neuen langen Epoche der verschiedenen kommunistischen Gesellschaften“. Mit der Verwendung des Plurals „kommunistische Gesellschaften“, ungewöhnlich für die marxistische Orthodoxie, drückte Havemann seine Überzeugung aus, dass der Kommunismus keine normierte Einheitsgesellschaft, sondern eine Vielfalt von Lebensformen sein würde⁴⁴⁷. Der Sozialismus, der diesen Übergang vermittelt, war in seiner Sicht „nur ein Weg, kein Ziel“⁴⁴⁸ – eine klare Kontraposition zu der Tendenz der zur Herrschaft gelangten marxistisch-leninistischen Parteien, sich in erstarrenden Machtstrukturen einzurichten. Das Motiv des Übergangs zum Kommunismus sah er nicht nur im Imperativ sozialer Gerechtigkeit, sondern nicht minder im Gebot ökologischer Stabilität. In der fünften Vorlesung, die dem Problem von Endlichkeit und Unendlichkeit der Zeit gewidmet ist, findet sich eine bemerkenswerte, aber kaum beachtete Stelle. Havemann stellt fest, dass das historische Zeitmaß der menschlichen Gesellschaft eine außerordentliche Inkonzanz aufweist: „Wir müssen fürchten, wenn die Zunahme des Tempos so weitergeht, gelangt unsere jetzige Entwicklung asymptotisch an eine Unendlichkeitsstelle. Energieerzeugung und Bevölkerungszahl, alle technischen und ökonomischen Maßzahlen wachsen seit einigen Jahrzehnten, in einem exponentiellen Anstieg immer steiler werdend, in die Höhe. Man wagt kaum, sich auszurechnen, welche Zustände etwa in tausend Jahren bei gleichem Tempo eintreten müssten. Es muss irgendein großer Bruch erfolgen“⁴⁴⁹.

Diese Passage klingt wie eine Antizipation des ersten Berichtes an den Club of Rome, der für den Fall unveränderter Beibehaltung der bestehenden Wachstumstrends mittelfristig einen globalökologischen Kollaps des Weltsystems als reale Möglichkeit prognostizierte⁴⁵⁰. Man könnte Havemanns Überlegungen so interpretieren, dass der Übergang zum Kommunismus für ihn als ein Pfad evolutionärer Transformation erschien, der die Gesellschaft aus einer Ökonomie des unbegrenzten Wachstums in eine stationäre, ökologisch stabile Ökonomie⁴⁵¹ überführt und so die

⁴⁴⁵ Havemann, *Dialektik ohne Dogma* (wie Anm. 343), S. 63.

⁴⁴⁶ Havemann, *Naturwissenschaftliche Aspekte* (wie Anm. 406), S. 156.

⁴⁴⁷ „In einer Welt der sozialen Gleichheit aber, die allen Menschen die gleichen Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer geistigen Potenzen bietet, wird eine heute kaum vorstellbare Variabilität des Menschen zutage treten.“ – Ebd., S. 181.

⁴⁴⁸ Ebd., S. 194.

⁴⁴⁹ Ebd., S. 112.

⁴⁵⁰ D. H. Meadows, D. L. Meadows, J. Randers, W. H. Behrens III: *The Limits to Growth*. New York 1972.

⁴⁵¹ Das Modell einer stationären Wirtschaft ist später von Herman Daly und anderen im Detail ausgearbeitet worden: *Steady State Economics*. Hrsg. von H. Daly. Washington, DC 1991.

Katastrophe des „großen Bruchs“ vermeidet. Im Ideal des Kommunismus konvergierten für ihn das moralische Desiderat sozialer Gerechtigkeit und das ökologische Desiderat der Überlebenssicherung der Menschheit zu einer programmatischen Vision. Der Kapitalismus war nach seiner Überzeugung strukturell ungeeignet, diese evolutionäre Herausforderung zu meistern, weil sein Grundprinzip in der unbegrenzten Eskalation des Zirkels von Güterproduktion, Konsumtion und Reproduktion konsumtiver Bedürfnisse und damit im schrankenlosen Wachstum besteht: „Das Ideal der kapitalistischen Wirtschaft ist der Mensch mit maximalen Bedürfnissen, die er ununterbrochen befriedigt. [...] Der Mensch verwandelt sich in einen vollendeten Sklaven seiner Bedürfnisse. Auf der Schattenseite dieses phantastischen Lebens erscheint die Loslösung des Menschen von allem Geistigen, von all dem, was nicht zu technisieren ist und sich nicht in Güter des Massenbedarfs umwandeln lässt“⁴⁵². Er kritisierte die Idee, der Sozialismus müsse danach streben, in Produktion und Konsum mit dem Kapitalismus gleichzuziehen oder diesen gar zu überflügeln, und vertrat die Ansicht, „dass wir uns in dieser zukünftigen Gesellschaft von der sklavischen Unterwerfung unter materielle Bedürfnisse befreien müssen. Vielleicht wird dies in der ersten Phase des Aufbaus des Kommunismus ein tiefer Konfliktstoff sein. Denn so leicht wird sich der Mensch von der magischen Verführung des Habens und Herrschens nicht befreien“⁴⁵³. Der westdeutsche Politologe und Philosoph Peter Christian Ludz, der kurz nach dem Erscheinen von *Dialektik ohne Dogma?* bei Rowohlt die wohl erste ausführliche Analyse der Vorlesungen Havemanns – eine ebenso kenntnis- wie gedankenreiche Arbeit – lieferte, schrieb in diesem Zusammenhang, Havemann deute „die Utopie des Marxismus der ersten Stunde im Sinne eines asketischen Kommunismus der Bedürfnislosigkeit, der sich vom Wohlstandskommunismus Chruschtschows ebenso deutlich abgrenzt, wie er offenbar gewisse Motive chinesischen Denkens [Havemann bezog sich oft auf Laotse – H.L.] aufnimmt“⁴⁵⁴. „Asketisch“ ist indes kein wirklich treffendes Wort: Havemann entwarf das Ideal einer materiell suffizienten Gesellschaft, deren Mitglieder sich vom grenzenlosen Habenwollen verabschiedet haben und ihr Interesse im humanen Miteinander auf Erwerb und Entwicklung geistig-kulturellen Reichtums richten, dessen Status als öffentliches Gut gesichert und unbestritten ist. Es liegt auf der Hand, dass die ersten Berichte an den Club of Rome (bereits nach dem hier zu behandelnden Zeitraum) Havemanns allergrößtes Interesse finden mussten. In Auseinandersetzung damit schuf er das Buch *Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie*, das zwei Jahre vor seinem Tod in der Bundesrepublik erschien und so zu seinem Vermächtnis wurde. Darin ist eine – in die literarische Form einer Erzählung gekleidete – visionäre Darstellung des Lebens in einer möglichen Zukunftsgesellschaft enthalten, die den Ausstieg aus den Konkurrenz-, Wachstums- und Herrschaftszwängen vollzogen hat und eine „entschleunigte“, auf humanes Zusammenleben und kulturellen Reichtum zentrierte Lebensform pflegt⁴⁵⁵. Neuerdings ist Sandra Thieme in einer vergleichenden Studie über verschiedene moderne Utopien unter dem Gesichtspunkt des Nachhaltigkeitsparadigmas wieder auf diese Vision Havemanns zurückgekommen⁴⁵⁶. Sie bemerkt, dass Havemann hier veränderte Bewusstseins- und Bedürfnisstrukturen voraussetzte, „um sicher zu stellen, dass die gesellschaftlichen Bedürfnisse in

⁴⁵² Havemann, Naturwissenschaftliche Aspekte (wie Anm. 406), S. 194.

⁴⁵³ Ebd., S. 195.

⁴⁵⁴ P. Ch. Ludz: Freiheitsphilosophie oder aufgeklärter Dogmatismus? Politische Elemente im Denken Robert Havemanns. In: P. Ch. Ludz: Ideologiebegriff und marxistische Theorie. Ansätze zu einer immanenten Kritik. Opladen 1976, S. 266-303, hier S. 270. – Der zitierte Text ist ein geringfügig veränderter Nachdruck eines im Dezember 1964 publizierten Aufsatzes: SBZ.Archiv 13 (1964) 12.

⁴⁵⁵ R. Havemann: Die Reise in das Land unserer Hoffnungen. In: R. Havemann: Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie. Frankfurt a.M. 1982, S. 77-179. Erstveröffentlichung: München/Zürich 1980.

⁴⁵⁶ S. Thieme: Perspektiven ökologisch-nachhaltiger Entwicklung. Zur Aktualität utopischen Denkens. Schkeuditz 2004, S. 119-135.

Utopia nicht ‚ausufern‘. Mit anderen Worten: Setzte man die materiellen Bedürfnisse unserer gegenwärtigen Konsumgesellschaft voraus, wäre Utopia zum Scheitern verurteilt“⁴⁵⁷. Eben die Möglichkeit eines solchen Bewusstseins- und Bedürfniswandels war das Problem, das Havemann selbst in das Zentrum seiner theoretischen Überlegungen stellte.

Die kategorialen Werkzeuge, die er aus der Denktradition der Dialektik in Verbindung mit der Erkenntnisproblematik der modernen Physik gewonnen hatte, setzte Havemann ein, um die systemischen Eigenschaften der Gesellschaft zu erwägen, die für ihren Übergang zu der erstrebten Entwicklungsform relevant sind. Es ist bewundernswert, wie sehr er sich dabei an manchen Stellen der Denkweise der späteren Theorien der Selbstorganisation näherte, ohne diese Theorien bereits zur Verfügung zu haben. *Aus dieser Perspektive* kritisierte er den „Realsozialismus“, weil er ihn vom Standpunkt der anstehenden Transformation des Gesellschaftssystems und ihrer Desiderate als eine Fehlentwicklung betrachtete; es hieße, Havemanns gesellschaftstheoretische Denkleistung zu verkleinern, wollte man ihn als einen bloßen „Regimekritiker“ behandeln. Ihm war klar, dass das System, um dessen historische Transformation es ging, weder die DDR noch der Sowjetblock für sich genommen war, sondern die Weltgesellschaft insgesamt, in der Kapitalismus und Sozialismus bei aller Gegensätzlichkeit durch gegenseitige Einwirkungen und Abhängigkeiten zu einem Ganzen integriert waren: „Wir bilden ja doch historisch eine große Einheit. In dem Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus, der heute vordergründig in Erscheinung tritt, als ob nur dieser Gegensatz wäre, liegt zugleich auch Einheit“. Der „historische Prozess, den wir in diesem Jahrhundert durchlaufen, bedeutet nicht nur dort die Welt im Untergang und hier eine im Aufstieg. Nein, beide Teile der Welt beeinflussen einander – nicht nur durch Störung –, in gewissem Sinne bedürfen sie einander, sind voneinander historisch nicht nur abhängig, sondern ihre Entwicklung, ihre weitere Umwandlung ist ein einheitlicher Gesamtprozess der menschlichen Geschichte. Eine ständige intensive Berührung zwischen diesen beiden Teilen der Welt, nicht eine Isolierung und Abtrennung voneinander wird die Umwandlung beschleunigen. Darin sehe ich den tieferen Sinn der friedlichen Koexistenz“⁴⁵⁸. Das war eine außerordentliche Einsicht für eine Zeit, in der der Kalte Krieg partikuläre und konfrontative Sichtweisen produzierte – „Antimperialismus“ auf der einen, „Antikommunismus“ auf der anderen Seite. Das Exzeptionelle dieses Gedankens hebt auch Herzberg hervor: „Wirkliche Weitsicht bewies er in einer damals geradezu unvorstellbaren Interpretation des Ost-West-Konfliktes“⁴⁵⁹. Wer diesen Standpunkt teilte, der musste auch die Konsequenz bejahen, dass die praktizierte Abschottung und Isolierung für die

⁴⁵⁷ Ebd., S. 130.

⁴⁵⁸ Havemann, *Naturwissenschaftliche Aspekte* (wie Anm. 406), S. 148-149.

⁴⁵⁹ Herzberg, *Robert Havemanns Probleme* (wie Anm. 389), S. 352. – Auch dieser Gedanke war bei Havemann stufenweise gereift. Etwa drei Jahre früher schrieb er in einem Artikel zum Weltraumflug Juri Gagarins, die Bemühungen der Amerikaner auf diesem Gebiet seien zweifellos durch die sowjetischen Erfolge angetrieben: „Das gilt übrigens nicht nur auf dem Gebiet des Weltraumflugs, sondern die Existenz des sozialistischen Lagers, die Existenz der Sowjetunion bedeutet überhaupt für die Entwicklung des modernen Kapitalismus etwas sehr Wichtiges. Unsere Existenz zwingt der kapitalistischen Entwicklung bestimmte Züge auf, die ihr nicht von Natur aus innewohnen, sondern die ihr erst aufgeprägt werden durch unsere Anwesenheit, durch unsere Arbeit, durch die Erfolge, den Fortschritt, die Entwicklung des Sozialismus auf der Erde. Dazu gehört auch die Möglichkeit, den Kapitalismus in vielen Fragen zu zähmen und zu bändigen, seinen gefährlichen Charakter einzuschränken“. – R. Havemann: *Der Flug Juri Gagarins beweist den Sieg des Sozialismus*. In: *Wissenschaft und Fortschritt* 11 (1961) 1, S. 417-421, hier S. 418. – Der Vergleich dieser beiden Äußerungen zeigt deutlich die Genese seines Denkens: In beiden wird der objektive Zusammenhang der konkurrierenden Weltsysteme betont; während aber im Gagarin-Artikel der Sozialismus die aktive, der Kapitalismus die nur noch reagierende Seite ist, akzentuiert die Passage aus der Vorlesung ihre Interdependenz.

sozialistischen Gesellschaften selbst kontraproduktiv war und dass ihnen die Abriegelung gegenüber anderen Gedanken am allermeisten schadete.

Aus der Kritik des mechanischen Determinismus, für den die Zukunft vollständig und zwingend durch die Vergangenheit determiniert ist, die „Weltuhr“ keine Möglichkeit hat, „auch nur im kleinsten Teil sich anders zu verhalten, als es durch die Gesetze vorherbestimmt wurde“⁴⁶⁰, und für die Freiheit des menschlichen Willens und des menschlichen Handelns kein Raum bleibt, hat Havemann – wie weiter oben dargelegt – den Schluss gezogen, dass frühere Zustände der Welt nur die Möglichkeit, nicht aber die Wirklichkeit späterer Zustände determinieren, dass diese Möglichkeiten im allgemeinen einen Fächer bilden, der sich nur im Grenzfall auf eine einzige Möglichkeit verengt, dass die Realisierung bestimmter Möglichkeiten aus diesem Fächer zufällig ist und dass die Bestimmung dieser Möglichkeiten den Inhalt der Naturgesetze bildet. Besonders in komplexen Systemen, die menschliches Handeln einschließen, ist der Fächer der ihnen inwohnenden Möglichkeiten reichhaltig und vielfältig: „Nur solche Ereignisse haben einen hohen Grad von Determiniertheit, auf die wir keinen Einfluss ausüben können“⁴⁶¹. Mit diesem kategorialen Rüstzeug durchdachte Havemann die Problematik der gesellschaftlichen Entwicklung und stellte die programmatische Zukunftsgewissheit, die ein konstitutives Element des Marxismus-Leninismus bildete, grundsätzlich in Frage: „In welchem Ausmaß ist die Zukunft der Menschheit schon heute determiniert? [...] Ist der Kommunismus das unausweichliche Schicksal der Menschheit, ist er die einzige historische Möglichkeit unserer Zeit? ...oder kann es auch sein, dass er trotz aller Anstrengungen nie Wirklichkeit wird?“⁴⁶². Jeder Versuch, die Gesellschaft zielstrebig zu verändern, ist mit einem hohen Risiko verbunden: „Die Welt zu verändern ist kein Unternehmen mit Sicherheitsgarantie, sondern mit ungewissem Ausgang“⁴⁶³.

Nach Havemanns Auffassung müsste man mit der Unbestimmtheit, der Multioptionalität und dem Risikocharakter der gesellschaftlichen Entwicklung auch dann rechnen, wenn man deren Gesetzmäßigkeit hinreichend erkannt hätte. Aber auch diese Voraussetzung, die der Marxismus-Leninismus selbstverständlich für sich in Anspruch nahm, bestritt er, und zwar mit zwei Gruppen von Argumenten. Erstens machte er darauf aufmerksam, dass der Versuch, der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Spur zu kommen, in einer ganz anderen kognitiven Situation stattfindet als die naturwissenschaftliche Gesetzeserkenntnis: „Der historische Prozess unterscheidet sich vom Naturprozess – von den Vorgängen in der Natur – durch seine Einmaligkeit. In dieser Einmaligkeit und Endgültigkeit des historischen Prozesses liegt eine der Hauptschwierigkeiten, die Gesetzmäßigkeiten dieses Ablaufes zu erfassen“. Zwar habe der Marxismus bedeutend dazu beigetragen, das gesellschaftliche Leben besser zu verstehen, doch es „wäre naiv zu glauben, dass wir mit einemmal die komplizierte gesellschaftliche Realität unverhüllt und offen ohne Probleme und Zweifel vor Augen haben“⁴⁶⁴. Wenn schon diese argumentative Infragestellung der Omnipotenz des Marxismus-Leninismus die Parteiideologen beunruhigte, so musste ihnen eine zweite Gruppe von Argumenten, die Havemann in seiner Vorlesung verwendete, geradezu unerträglich erscheinen: Nicht nur der Kapitalismus produziert Intransparenz seiner Verhältnisse für seine eigenen Akteure, der Sozialismus tut es auf seine Weise ebenfalls, so dass der Begriff der Entfremdung, den Marx bei der Analyse des Kapitalismus benutzt hatte, auch für den Sozialismus gilt⁴⁶⁵. Havemann meinte hier nicht die bewusste Desinformation der Öffentlichkeit durch den Apparat, obwohl er auch diese bei verschiedenen Gelegenheiten anprangerte, sondern er woll-

⁴⁶⁰ Havemann, Naturwissenschaftliche Aspekte (wie Anm. 406), S. 72.

⁴⁶¹ Ebd., S. 132.

⁴⁶² Ebd., S. 132-133.

⁴⁶³ Ebd., S. 162-163.

⁴⁶⁴ Ebd., S. 146.

⁴⁶⁵ Ebd., S. 152.

te damit sagen, dass die „realsozialistische“ Gesellschaft eigene strukturelle und ideologische Formen von Intransparenz erzeugt, die ihre Analyse erschweren und auch für die Protagonisten dieses Systems Quelle von Selbsttäuschung sind.

Den Weg zu tieferer Gesellschaftserkenntnis sah er darin, die wirklichen Entwicklungen, die in der Geschichte ablaufen, auf die Möglichkeiten zu beziehen, deren Realisierung sie sind. Als überzeugten und leidenschaftlichen Kommunisten quälte ihn die Frage, wie aus einer Befreiungsrevolution – als eine solche sah er die russische Oktoberrevolution an⁴⁶⁶ – die stalinistischen Verbrechen hervorgehen konnten. Die herrschenden marxistisch-leninistischen Parteien stellten, als sie sich von den offenkundigen Verbrechen der Stalinära distanzieren, mit dem Begriff des „Personenkults“ letztlich Persönlichkeitsmerkmale Stalins in das Zentrum ihres Erklärungsstrukts. Mit dieser oberflächlichen Erklärung konnte sich Havemann nicht zufrieden geben, zumal sie, wie er selbst anmerkte, der marxistischen Geschichtsauffassung keineswegs entsprach: „Auch die unmenschlichen Erscheinungen der Stalinschen Epoche lassen sich nicht einfach aus den persönlichen Charaktereigenschaften Stalins erklären. [...] Die Entwicklung in der Stalinschen Epoche entsprang zwar historischer Notwendigkeit, aber nur als eine tragische Möglichkeit der historischen Entwicklung, zwar als eine in der historischen Entwicklung enthaltene gesetzmäßige Möglichkeit, eine mit Gesetzmäßigkeit sich ergebende Möglichkeit. Aber trotzdem hätte es auch anders sein können“⁴⁶⁷. Die Frage, wie diese „tragische Möglichkeit“ im einzelnen beschaffen war, hat Havemann in späteren Texten immer wieder umgetrieben. Auch in einem der zu seiner Vorlesung gehörenden Seminare ging er darauf ein. Der historische Umstand, dass sich sozialistische Revolutionen in rückständigen Ländern durchsetzten, habe dazu geführt, dass sich diese Gesellschaften nur unter ungeheuren Anstrengungen, nur mit „Selbstaussbeutung für die Zukunft“ gegen den wirtschaftlich starken Westen behaupten konnten: „Für sehr viele Mitglieder der Gesellschaft ist dieser Zusammenhang natürlich nicht erkennbar. Sie sehen nur die schwere Arbeit und das Elend ihres Lebens. Sie vergleichen ihren Lebensstandard mit dem Lebensstandard in hochentwickelten, hochtechnisierten kapitalistischen Ländern. Sie sehen nicht, dass in dieser Epoche alles getan werden muss, um möglichst schnell durch sie hindurchzukommen“⁴⁶⁸. Damit gerieten die Revolutionäre in einen „Circulus vitiosus“. Die kommunistischen Parteien suchten ihn durch die Errichtung zentralistischer, diktatorischer und administrativ-bürokratischer Herrschaftsformen zu entkommen und mussten dabei die unvermeidlichen Begleiterscheinungen solcher Formen wie Misstrauen, Überwachung, Geheimhaltung, Rationierung von Informationen, Karrierismus und Heuchelei in Kauf nehmen. Havemann sah darin die systemische Wurzel des Stalinismus. Das bedeutete nicht, dass er ihn etwa irgendwie gerechtfertigt hätte. Im Gegenteil, er verurteilte ihn schonungslos, doch im Unterschied zu bloßen Moralisten verstand er als Wissen-

⁴⁶⁶ An anderer Stelle heißt es bei ihm: „Auch der Kapitalismus hat sich verändert, weil es diese russische Revolution gibt. Er hat Züge angenommen, die er nicht hätte, wäre diese sozialistische Revolution unterblieben, darunter auch Züge, die keineswegs alle negativ einzuschätzen sind“. – Ebd., S. 195.

⁴⁶⁷ Ebd., S. 147. – Zumindest in der Rückschau erschien Hager diese Überlegung Havemanns als ein zentraler Punkt des Anstoßes: „Diese These von der ‚gesetzmäßigen‘ Möglichkeit des Personenkults wurde von uns abgelehnt, war es doch gerade die KPdSU gewesen, die selbst mit der Kritik und Überwindung des Personenkults begonnen hatte“. – Hager, Erinnerungen (wie Anm. 329), S. 280. – Hager, obwohl überzeugter Vertreter des dialektischen Materialismus, ließ in diesem Punkt offenkundig sowohl die Dialektik als auch den Materialismus fallen. Auch wenn man hier von der Intention der Verharmlosung der stalinistischen Verbrechen absieht, die mit der Verwendung des Wortes „Personenkult“ verbunden war, bleibt auf jeden Fall ein subjektivistischer Ansatz erhalten: Verhältnisse, von denen man sich distanzieren möchte, werden auf willkürliche Verhaltensweisen von Personen als ihren letzten Grund zurückgeführt, während die Frage nach den objektiven Strukturen, in denen solche subjektiven Verhaltensweisen möglich sind oder werden, ausgeblendet bleibt.

⁴⁶⁸ Havemann, Naturwissenschaftliche Aspekte (wie Anm. 406), S. 198.

schaftler, dass moralische Empörung kein Ersatz für eine historische und gesellschaftstheoretische Erklärung sein kann. Er erkannte, dass diktatorische Steuerungsformen, auch wenn sie kurzfristig Stabilität schaffen, längerfristig nicht effektiv sein können, weil sie den Evolutionsbedingungen moderner Gesellschaften nicht entsprechen. Sowohl die objektive Unbestimmtheit und Optionalität der gesellschaftlichen Entwicklung als auch die Ungewissheit darüber, inwieweit das verfügbare Wissen über die Gesetzmäßigkeit dieser Entwicklung zuverlässig und ausreichend ist, begründen diese Unangemessenheit. Sie machen es unmöglich, „die Geschichte der Menschheit zu befehlen und dann durchführen zu lassen“⁴⁶⁹, und wenn das für die Geschichte überhaupt zutrifft, dann ist auch der Sozialismus „keine Sache, die man einfach nach Programm machen kann. [...] Es ist nicht möglich, den Sozialismus rein technisch-ökonomisch aufzubauen“⁴⁷⁰. Für eine Planungspraxis, die eine deterministische Detailsteuerung gesellschaftlicher Prozesse versuchte, hatte Havemann nur souveränen Spott übrig. Dies bedeutete für ihn jedoch keineswegs, dass der Mensch dem Spiel des Zufalls, der bald diese, bald jene Möglichkeit der historischen Entwicklung Wirklichkeit werden lässt, ohnmächtig ausgeliefert wäre. Die Dialektik, die das Verhältnis von Notwendigkeit und Zufall, Möglichkeit und Wirklichkeit verständlich macht, war für ihn kein Vademecum des Fatalismus: „Erst dialektisches Denken gibt uns den Mut zu dem großen Wagnis, die Zukunft umzugestalten“⁴⁷¹.

Unter den Verhältnissen des 20. Jahrhunderts war die Gefahr, beim Versuch einer sozialistischen Umgestaltung in eine stalinistische Sackgasse zu geraten, unbestreitbar groß. Der tatsächliche Ablauf der Geschichte hat das gezeigt, und Havemann hat sich vielfältig bemüht, die näheren Umstände zu begreifen, unter denen diese Gefahr akut wurde. Er hielt diese Gefahr jedoch nicht für unentrinnbar, und für ihn reduzierte sich der Fächer der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungsoptionen auch nicht auf die beiden Alternativen: zentralistische Steuerung der gesellschaftlichen Transformation durch eine „Avantgarde“ versus Beibehaltung des Kapitalismus (bzw. Rückkehr zu diesem nach dem Scheitern der Avantgarde-Strategie). Er sah vielmehr eine weitere Alternative – die evolutionäre Transformation der Gesellschaft bei maximaler Bewusstheit ihrer Mitglieder über das von ihnen selbst gewollte und verantwortete Geschehen. Das Wort „Bewusstheit“ gehörte zum Standardvokabular der marxistisch-leninistischen Parteien. Auch sie erstrebten die „Bewusstheit der Massen“. Während sie darunter aber die Akzeptanz ihrer Doktrin als Denk- und Handlungsnorm durch die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung verstand, war Bewusstheit in der Sicht Havemanns die freie, eigenverantwortliche und durch keinerlei ideologische Vorgaben gegängelte Mitwirkung möglichst vieler Menschen an der Gestaltung des Gemeinwesens und am Nachdenken über seine Zukunft: „Man darf die Menschen nicht konfektionierten und behördlich genehmigten Ansichten unterwerfen, was sie nur zu schematischem und oberflächlichem Denken verführt“⁴⁷². In diesem Zusammenhang wandte er sich auch gegen die parteioffizielle Abwertung der Spontaneität menschlichen Handelns: „Der Begriff Spontaneität wird manchmal in dogmatischer Weise abgewertet, als ob Spontaneität zielloses, eigennütziges, chaotisches Handeln bedeutet. Spontaneität bedeutet aber, trotz ungenügender Bewusstheit doch den Mut haben zum Weitergehen“⁴⁷³. Um Bewusstheit im Sinne Havemanns zu fördern, ist nach seiner Überzeugung Freiheit der Meinungsäußerung ebenso erforderlich wie Freiheit der Meinungsbildung, und dazu bedarf es der umfassenden und wahrheitsgetreuen Information der Öffentlichkeit: „Der Lebensquell unserer kulturellen Entwicklung, das Blut in den Adern der menschlichen Kultur, ist die vielseitige, immer umfassendere Information aller Mitglieder der Gesellschaft über alles Wis-

⁴⁶⁹ Ebd., S. 141.

⁴⁷⁰ Ebd., S. 162.

⁴⁷¹ Ebd., S. 141.

⁴⁷² Ebd., S. 93.

⁴⁷³ Ebd., S. 162.

sen, alle Probleme und Fragen der Zeit. Jede Behinderung und Einschränkung der Information und des Informationsaustausches hemmt die Aktivität der Gesellschaftsmitglieder und damit die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, bremst nur die Entwicklung“⁴⁷⁴.

Die Option, die Havemann für den Weg der Gesellschaft über den Kapitalismus hinaus favorisierte, war so der Weg eines demokratischen Sozialismus. *Conditio sine qua non* dieses Weges war erstens die Bewahrung des in den höchstentwickelten Varianten der bürgerlichen Gesellschaft erreichten Demokratieniveaus (und nicht, wie in Ideologie und Praxis der marxistisch-leninistischen Parteien, dessen Diskreditierung und Ablehnung) und zweitens das grundsätzliche Überschreiten dieses Niveaus, das Hinausgehen über jenen Standard an Demokratie, den eine kapitalistische Wirtschaftsordnung maximal erlaubt. Ein Sozialismus, der im Niveau der demokratischen Rechte und Freiheiten hinter das Beste, das im Kapitalismus erreicht worden ist, zurückfällt, verdient für Havemann diesen Namen nicht. Als Gegenentwurf zum sowjetischen Modell der Einparteienherrschaft hat die Idee des demokratischen Sozialismus in der sozialistischen Bewegung Tradition; die besondere Leistung Havemanns liegt darin, dass er durch eigene Überlegungen zu ihr gelangte und sie mit system- und evolutionstheoretischen Argumenten unterlegte. Demokratische Freiheiten waren auch für ihn – so, wie sie gewöhnlich begründet werden – in erster Linie Medium der Persönlichkeitsentfaltung, der Selbstverwirklichung des Individuums: „Wir wollen eine Welt schaffen, in der allen Menschen immer mehr Möglichkeiten offen stehen, so dass jeder ganz nach seinem individuellen Streben handeln kann, nicht beschnitten und eingengt durch Anordnungen, Befehle und Grundsätze“. Freiheit des Individuums ist negativ bestimmt als Abwesenheit von äußerem Zwang, doch sie reduziert sich nicht darauf. Zugleich bestimmt sie sich positiv als Disposition über Möglichkeiten, und der Zirkel dieser Möglichkeiten ist nicht ein für allemal gegeben, sondern wird historisch durch die Erschließung immer neuer Möglichkeiten erweitert, und diese Erweiterung hängt mit dem Progress der menschlichen Erkenntnis („Einsicht in die Notwendigkeit“) zusammen: „So gewinnen wir die Freiheit, Möglichkeiten zu verwirklichen, die sich ohne unsere Einsichten niemals verwirklichen würden...“⁴⁷⁵. Für das Gemeinwesen, das gesellschaftliche System aber erzeugt die individuelle Freiheit seiner Mitglieder Vielfalt als Entwicklungsressource⁴⁷⁶. Havemann formulierte eine starke Hypothese über den Zusammenhang zwischen der Bewusstheit der Bevölkerung und dem Modus, in dem sich Transformationen des Gesellschaftssystems vollziehen: „Für eine kontinuierliche, friedliche, kulturvolle Entwicklung der Menschheit, für eine Umwandlung, bei der nicht mehr an Zerstörung geschieht als die Zerstörung der Hemmnisse, ist es erforderlich, dass alle Glieder der Gesellschaft so bewusst wie möglich an den wirklichen Prozessen teilhaben und so vollständig wie möglich über sie informiert sind. [...] Nur so wird die ungeheure Kraft der Bevölkerung produktiv schöpferisch und wird sich nicht in zerstörerischen Auseinandersetzungen entladen. Wer sich vor den Folgen einer allgemeinen uneingeschränkten Information fürchtet und sie darum behindert, schafft dadurch gerade die Bedingungen für eine unheilvolle Entwicklung. Womit sich eine alte These der griechischen Tragödie bewahrheitet, dass der Mensch sein Schicksal dadurch herbeiführt, dass er es abzuwenden trachtet“⁴⁷⁷. Ein hohes Maß an öffentlicher Bewusstheit, an demokratischer Kultur könnte also – so sah es Havemann – dem Weg zum Kommunismus den Charakter einer allmählichen, organischen Transformation der Gesellschaft verleihen und ihr gewaltsame, opferreiche Umbrüche ersparen. Diese welthistorische Transformation ist so tiefgreifend und schwierig, dass es nur mit größtmöglicher Vielfalt der Ansichten und Perspektiven möglich sein dürfte, ihren Herausforderungen zu genügen: „Noch liegt der große Prozess der endgültigen Umwandlung tief im Dunklen

⁴⁷⁴ Ebd., S. 93.

⁴⁷⁵ Ebd., S. 142.

⁴⁷⁶ Hoffmann, Laitko, Robert Havemann. Ein nichtkonformer (wie Anm. 9), S. 327-328

⁴⁷⁷ Havemann, Naturwissenschaftliche Aspekte (wie Anm. 406), S. 93-94.

vor uns. Vieles können wir noch nicht erkennen. Aber eines wissen wir: Was kommen wird, wird in Form und Inhalt neu und anders sein als alles Vergangene. Die Revolutionäre unserer Zeit müssen immer wieder neu lernen. Sie müssen sich von der Illusion befreien, dass ihre Erfahrungen und Traditionen im Verlaufe des gesamten Prozesses der Umwälzung der Welt unerschütterliche Gültigkeit behalten“⁴⁷⁸.

4.3. Havemann und die Partei: ein eskalierender Konflikt

Robert Havemanns Biographie in der DDR erscheint, aus der Vogelperspektive betrachtet, als ein unaufhaltsam eskalierender Konflikt zwischen ihm und dem politischen System⁴⁷⁹. Das Anwachsen dieses Konflikts bis zum Eklat hat etwas Schicksalhaftes, in seiner Dynamik scheint es kaum retardierende Momente und Kompromisse und keinerlei Möglichkeiten seiner dauerhaften Beilegung gegeben zu haben. Neuere Untersuchungen zu Havemann wie etwa eine Studie von Florath rücken dieses Muster der Eskalation in den Vordergrund: „Die teilweisen Rückzüge Havemanns, seine Zugeständnisse an den Apparat in bestimmten Fragen, bewahrten nicht nur seine Bewegungsfreiheit an anderer Stelle, sie vollzogen sich zugleich immer auch in doppelsinniger Form“⁴⁸⁰. Wie ist diese Konfliktdynamik zu interpretieren? Das einfache Schema der Austragung eines äußeren Gegensatzes trifft auf keinen Fall zu. Havemann trat in die Geschichte der DDR nicht als ein Außenstehender ein, der unter ein ihm innerlich fremdes Regime gerät und feststellt, dass es für ihn unerträglich ist, und sich deshalb entschließt, es mit wachsender Konsequenz zu bekämpfen. Vielmehr war er mit der DDR, zu deren Aufbaugeneration er sich zählte, und mit der SED, der er aus Überzeugung und nicht aus Opportunismus angehörte, tief verbunden und erlebte die Ausgrenzung, die ihm in den 1960er Jahren widerfuhr, als einen schmerzlichen Bruch. Daher läge es nahe zu formulieren, dass er sich in einer dramatischen Periode seines Lebenslaufes, die für ihn Leidens- und Erkenntnisgeschichte zugleich war, aus einem leidenschaftlichen Anhänger und Aktivisten des DDR-Systems zu dessen überzeugtem Gegner gewandelt hätte. Dieses Schema, mit dem sich sein Lebenslauf unkompliziert für den Mainstream gegenwärtiger Geschichtsdeutung vereinnahmen ließe, wurde – am entgegengesetzten Ende der politischen Skala – schon vom Parteiapparat der SED benutzt, um seine Ausgrenzung zu legitimieren. Im Februar 1966, als mit dem beabsichtigten Ausschluss aus der DAW der letzte Schritt auf dem Weg zu seiner vollständigen Isolation vorbereitet wurde, verfasste die Abteilung Wissenschaften des ZK der SED ein längeres Dossier, das seine politisch-ideologische Entwicklung seit 1956 als eine unaufhaltsam fortschreitende Entfernung von der Partei darstellte. Die Partei habe im Verhältnis zu ihm „über Jahre hinweg ein Höchstmaß an Geduld“ aufgebracht; bei ihm hingegen hätten sich „in wachsendem Maße parteifremde, schädliche, revisionistische Ansichten“ gezeigt⁴⁸¹. Es besteht kein Zweifel daran, dass das Jahr 1956 das Schlüsseljahr in der politischen Entwicklung Havemanns in der DDR war – insofern hatte die von der Abteilung Wissenschaften verwendete Datierung einen realen Hintergrund. Die Erschütterungen, die der XX. Parteitag der KPdSU ausgelöst hatte, waren für ihn wie für viele andere ein starkes Motiv, bisher für selbstverständlich gehaltene Positionen zu hinterfragen. Das entsprach auch seiner autobiographischen Selbstwahrnehmung. 1965 schrieb er über den Parteitag: „Unter den Stößen dieses Erdbebens brach das Bauwerk meines Glaubens zusammen“⁴⁸². Der von den Enthüllungen Chruschtschows ausgelöste Orientierungs- und Klärungsbedarf

⁴⁷⁸ Ebd., S. 195.

⁴⁷⁹ H. Laitko: Robert Havemann: Der Weg in die Dissidenz (1961 – 1965). In: Berlinische Monatsschrift 10 (2001) 6, S. 56-66; H. Laitko: Robert Havemann: Die Zeit der Isolation (1966 – 1982). In: Berlinische Monatsschrift 10 (2001) 7, S. 55 – 67.

⁴⁸⁰ Florath, Das philosophische (wie Anm. 333), S. 175.

⁴⁸¹ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 71, S. 218-224, hier S. 221, 218.

⁴⁸² R. Havemann: Ja, ich hatte Unrecht. Warum ich Stalinist war und Antistalinist wurde [1965]. In: Robert

führte auch unter dem SED-Mitgliedern an der Humboldt-Universität zu Diskussionen, die den Rahmen des bis dahin Üblichen bei weitem überschritten. So nimmt es nicht wunder, dass – wie Arno Polzin unlängst nachwies – die erste in den Akten des MfS enthaltene Information über Abweichungen Havemanns von der Parteilinie aus dem Jahre 1956 stammt. Dabei handelt es sich um einen Bericht vom 26.10.1956 über eine Diskussion unter Genossen zur politischen Lage in Polen, Ungarn und der DDR, in dem ihm attestiert wurde, er hätte sich zum Wortführer einer Debatte gemacht, die jeden sachlichen Boden verlassen habe und in der es zu offen feindlichen Äußerungen über die Parteiführung und ihre Politik gekommen sei⁴⁸³.

Den zahlreichen im vorliegenden Aufsatz bereits genannten Fakten, die sich als Symptome einer fortschreitenden Entfernung Havemanns von Politik und Ideologie der SED deuten lassen, könnten viele weitere an die Seite gestellt werden. Es gibt jedoch auch andere Gruppen von Tatsachen, die eine vereinfachte, geglättete Interpretation der Entwicklung dieses Wissenschaftlers verbieten. In dem kritischen Jahr 1956 lagen nicht nur entscheidende Wurzeln seiner Dissidenz; hier begann auch seine bis in die frühen 1960er Jahre andauernde Zusammenarbeit mit dem MfS, die von Polzin untersucht worden ist. Auch in einer Zeit, in der seine kritische Position in der Philosophie (und von dort auf weitere gesellschaftliche Bereiche ausstrahlend) schon weitgehend ausgeprägt war, enthielten seine Aufsätze, Vorträge und Reden leidenschaftliche Bekenntnisse zur DDR. In der Volkskammer, der er als Abgeordneter des Kulturbundes angehörte, hielt er zwei Tage vor dem Mauerbau eine Rede, in der er sich für den baldigen Abschluss eines Friedensvertrages zwischen den Siegermächten des zweiten Weltkrieges und der DDR einsetzte; dabei wandte er sich entschieden gegen die Abwanderung von Bürgern der DDR in die Bundesrepublik: „Jeder muss wissen, dass der Weg hinüber in die Bundesrepublik die Gefahr des Krieges, der Vernichtung, der Vernichtung von uns allen vergrößert, dass jeder, der dort hinübergeht, nicht nur der Sache der Deutschen Demokratischen Republik untreu wird, sondern auch der Sache des Friedens in der ganzen Welt“⁴⁸⁴. Kurze Zeit nach der Errichtung der Mauer würdigte er den ersten bemannten Weltraumflug der UdSSR mit einem Aufsatz unter dem Titel *Der Flug Juri Gagarins beweist den Sieg des Sozialismus*⁴⁸⁵. Ein anderer Aufsatz, den er 1962 – dem Jahr seines Leipziger Vortrages – veröffentlichte, trug die programmatische Überschrift *Mein Stolz als Wissenschaftler der DDR* und begann mit dem Satz: „Seit meiner Jugend stehe ich auf der Seite der Arbeiterklasse, und seit meiner Jugend kämpfe ich für den Sozialismus, weil ich ein Wissenschaftler bin und meine, dass sich die Wissenschaft nur im Sozialismus frei und schöpferisch entfalten kann und dass der Wissenschaftler nur im Sozialismus arbeiten kann, ohne mit seinem Gewissen in Konflikt zu kommen“⁴⁸⁶.

Der offenkundige Kontrast zwischen den kritischen und den affirmativen Aussagen Havemanns in dieser ganzen Periode birgt ein Deutungsproblem. Auch Polzin sieht dieses Problem als ein für sein Thema relevantes; er entwickelt seine Darstellung ausdrücklich vor dem „Hintergrund des Widerspruchs zwischen Havemanns bereits in den fünfziger Jahren beginnendem oppositionellem Denken und seinen bis in die sechziger Jahre anhaltenden Geheimdienstkontakten“⁴⁸⁷. Die einfachste Deutungsmöglichkeit bestände darin, die affirmativen Äußerungen Havemanns, seine Bekenntnisse zur DDR und zum Sozialismus für bloße Tarnung und damit den genannten

Havemann. Texte (wie Anm. 319), S. 192-196, hier S. 194.

⁴⁸³ A. Polzin: Der Wandel Robert Havemanns vom Inoffiziellen Mitarbeiter zum Dissidenten im Spiegel der MfS-Akten. Berlin 2005, S. 11.

⁴⁸⁴ R. Havemann: Rede in der Volkskammer vom 11. August 1961. In: Robert Havemann. Rückantworten (wie Anm. 403), S. 50-54, hier S. 52.

⁴⁸⁵ Havemann, Der Flug Juri Gagarins (wie Anm. 459), S. 417-421.

⁴⁸⁶ R. Havemann: Mein Stolz als Wissenschaftler der DDR [1962]. In: Robert Havemann. Texte (wie Anm. 319), S. 177-182, hier S. 177.

⁴⁸⁷ Polzin, Der Wandel (wie Anm. 483), S. 4.

Widerspruch für eigentlich gar nicht existent zu erklären. Über diese Frage, die auf seine ganz persönlichen Motive zielt, kann man auch nicht mit derselben Sicherheit urteilen wie über eine experimentell prüfbare Hypothese in den Naturwissenschaften. Gegen den Einwand, diese Äußerungen drückten vielleicht gar nicht seine wirkliche Meinung aus, lassen sich nur Plausibilitätsüberlegungen setzen, keine zwingenden Gründe. Havemann hatte von der NS-Zeit her Erfahrungen im konspirativen Verhalten, und er hatte auch taktisches Geschick, doch Unaufrichtigkeit und Heuchelei hätten seinem ganzen Naturell widersprochen. Nicht selten brachte ihn seine Lust am zugespitzten Argument, die ihn mit sich fortriss, in Schwierigkeiten; dieses Verhalten bedeutete ja gerade, dass er auch dann aufrichtig war, wenn ihm dies Nachteile eintrug.

Besonders aufschlussreich ist die Diktion jener Dokumente, die seinen Kampf um die Aufhebung seines Ausschlusses aus der SED belegen. Das Motiv der Tarnung, das bei seinen öffentlichen Verlautbarungen noch vermutet werden könnte, fällt hier weg, denn diese Schriftstücke waren nicht für die Öffentlichkeit bestimmt und wurden erst lange nach seinem Tod publiziert. Nachdem die Zentrale Parteikontrollkommission (ZPKK) der SED am 24.6.1966 Havemanns Einspruch gegen seinen Parteiausschluss zurückgewiesen hatte, schrieb er am 8. August einen Brief an das Politbüromitglied Kurt Hager, der für die gegen ihn gerichteten Repressionen in der Partei hierarchie die oberste Verantwortung trug. Er redete ihn mit „Werter Genosse Hager“ an, wie es *innerhalb* der Partei üblich war, und schloss den Brief mit der Formel „Mit sozialistischem Gruß“. Die wichtigsten Sätze lauten: „Der Zweck dieses Briefes ist, völlig klar zu sagen, dass ich mich als der Partei zugehörig fühle und den Zustand der Trennung als unerträglich empfinde. Ich bin nicht ‚unaufgeschlossen‘, sondern bereit, jeden Irrtum einzusehen. Aber Du weißt, dass ich zu den Menschen gehöre, die ihre Meinung nur ändern, wenn man sie wirklich überzeugt hat. Ich möchte gern einen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei stellen. Aber ohne Deine Billigung hätte ein solcher Antrag wenig Aussicht. Ich bitte deshalb um ein Gespräch, damit ich mein Verhältnis zur Partei von jeder Unklarheit befreien kann“⁴⁸⁸. So schreibt niemand, der von einer Partei verstoßen wird, die ihm fremd und gleichgültig geworden ist und ihm nichts mehr bedeutet. Immerhin wurde dieser Brief zu einer Zeit verfasst, als Havemann nach seiner eigenen Einschätzung die Wandlung vom „Stalinisten“ zum „Antistalinisten“ konsequent vollzogen hatte.

Deshalb liegt meines Erachtens eine andere Deutung als die einer trivialen Konversion nahe. Zu Beginn des Überblicks über die Genese seiner philosophischen Ansichten wurde schon darauf verwiesen, dass bereits seine frühesten Texte – noch vor dem Tod Stalins – Anzeichen selbständigen, nichtepigonalen Denkens aufweisen. Dieser Umstand spricht dafür, dass er sich niemals als passiver Befehlsempfänger und Exekutor eines anonymen Apparates sah, sondern stets als eigenverantwortlicher Mitgestalter, und das ausdrücklich schon in jener Zeit, als Parteidisziplin für ihn noch ein hoher Wert war und er politische Maßnahmen unterstützte, von denen er sich später entschieden distanzierte. Er war deshalb von vornherein daran gewöhnt, den Funktionären des Parteiapparates auf gleicher Augenhöhe gegenüberzutreten und in diesem Verständnis überall in der DDR Verantwortung zu übernehmen, wo er es selbst für richtig hielt. Warum hätte er dann dem Parteiapparat einen Monopolanspruch auf die Aufbauleistung der DDR zuerkennen sollen, an der er selbst mit aller Kraft mitgewirkt hatte? Diese Haltung – die zwar die Bereitschaft einschloss, sich nach eigenem Ermessen in ein gemeinsames Werk einzuordnen, aber jede blinde Unterordnung unter den Willen anderer verbot – musste auf die Dauer mit den bestehenden Verhältnissen kollidieren. Man sollte dabei in Betracht ziehen, dass nicht nur Havemann seine Position lernend veränderte. Das gesellschaftliche System der DDR tat es ebenfalls: Die Improvisationen der Anfangszeit wuchsen allmählich in mehr oder minder perfektionierte Routinen hinüber, aber die Herausbildung solcher Systemroutinen, zu denen die Hypertrophie der Sicherheitsapparate

⁴⁸⁸ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 7, S. 104.

gehörte, bedeutete zugleich das fortschreitende Versiegen von Spontaneität und das Erstarren der Grundstrukturen.

So lässt sich der Konflikt zwischen Havemann und dem politischen System der DDR, der sich eskalierend aufbaute, nach meiner Ansicht als Konflikt um die zentrale Frage verstehen, *wie mit der sozialistischen Idee verantwortlich umzugehen ist*. Eben deshalb, weil er sich von dieser Idee nicht verabschiedet hatte und nicht verabschieden wollte, rang er um die Wiederherstellung seiner Mitgliedschaft in der SED und sprach auch in späteren Texten, die nur in der Bundesrepublik bzw. im westlichen Ausland veröffentlicht werden konnten, immer wieder vom Sozialismus als „unserer Sache“ und davon, dass er sich selbst weiterhin als einen Kommunisten betrachte. Der hohe Wert, den die sozialistische Idee für *beide* Seiten hatte, erklärt die extreme, emotional konnotierte Schärfe und Unversöhnlichkeit dieses Konfliktes⁴⁸⁹. Es ist evident, dass Konflikte mit dem DDR-System ganz unterschiedliche Inhalte haben konnten. Menschen konnten sich aus den verschiedensten Gründen von diesem System abwenden, damit zugleich der Idee des Sozialismus den Rücken kehren und zu Sympathisanten einer kapitalistischen Ordnung werden. Dieses Phänomen trat in der Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit massenhaft auf, und es begleitete das Ende der DDR. Hätte Havemann eine ideologische Konversion hin zur Bejahung der kapitalistischen Ordnung vollzogen, so wäre die Situation für die Führung der SED einfach und übersichtlich gewesen; Havemann wäre dann nichts anderes gewesen als ein Renegat und Konvertit mehr, der die Seiten gewechselt hatte und in das Lager des politischen Gegners übergetreten war. Deshalb versuchte der Parteiapparat mit allen Mitteln, das Verhalten Havemanns gerade so darzustellen⁴⁹⁰. Tatsächlich aber warf dieser dem politischen System der DDR keineswegs vor, dass es sozialistisch war; vielmehr lief seine Kritik darauf hinaus, dass dieses System die sozialistische Idee mit den falschen Mitteln umzusetzen suchte, ihr damit Schaden zufügte und sie deformierte. Vereinfacht ausgedrückt: die DDR war ihm nicht zu sozialistisch, sondern nicht sozialistisch genug. Nach seiner Überzeugung war ihr gesellschaftliches System in wesentlichen Zügen neostalinistisch geprägt, weil sie den Stalinismus nicht konsequent und nicht umfassend genug überwunden hatte. Dem Stalinismus aber attestierte er, sich zum Kapitalismus epigonal zu verhalten und damit an der sozialistischen Revolution Verrat zu üben: „Der Stalinismus hat keine neuen Züge. Er ist vom Kapitalismus geblendet. Er lebt von der Illusion der ‚friedlichen Koexistenz‘ mit dem Kapitalismus, von der verlogenen Phrase vom friedlichen Wettstreit der Systeme, einem ‚Wettstreit‘, in dem der stalinistische Pseudosozialismus mit lahmen Beinen hinter dem Kapitalismus auf dessen ausgetretenen Wegen herhinkt. Das ist sein tieferer Verrat an der Revolution. Er ist die wahre Konterrevolution, indem er die Revolution auf halbem Wege aufhielt und ein System der Unterdrückung und Bürokratenherrschaft errichtete“⁴⁹¹.

Es war also keineswegs eine prokapitalistische Perspektive, aus der Havemann das DDR-System kritisierte. Das Wesen des eskalierenden Konfliktes bestand in der sukzessiven Entfaltung des Gegensatzes von demokratischem Sozialismus auf der einen und etatistischem (zentralistischem, administrativem, diktatorischem usw.) Sozialismus auf der anderen Seite. Havemanns

⁴⁸⁹ Dies bestätigt auch Hager als Havemanns mächtigster Gegenspieler in der ideologischen Arena: „Bei diesen Entscheidungen spielten Emotionen eine große Rolle. Havemanns Auftritte in westlichen Medien machten weitere Diskussionen mit ihm über Politik und Weltanschauung unmöglich. Er hatte einen Moralkodex gebrochen“. – Hager, *Erinnerungen* (wie Anm. 329), S. 282.

⁴⁹⁰ In den 1970er Jahren erwog die politische Führung der DDR auch die Möglichkeit, Havemann in die Bundesrepublik abzuschicken; so beriet das Politbüro des ZK der SED im Juni 1975 über seine Zwangsausbürgerung, aber letzten Endes nahm es unter dem Druck außenpolitischer Rücksichten von der Ausführung dieser Idee Abstand. Zu den näheren Umständen siehe: C. Vollnhals: *Der Fall Havemann. Ein Lehrstück politischer Justiz*. Berlin 1998, S. 24-41.

⁴⁹¹ R. Havemann: *Fragen. Antworten. Fragen*. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten. Berlin/Weimar 1990, S. 142-143.

Auffassung vom demokratischen Sozialismus war ausgeprägt nichtetatistisch (zivilgesellschaftlich): „Denn das tiefere Wesen des sich entwickelnden Sozialismus ist das Absterben des Staates, auch des sozialistischen Staates, dessen Formung und Festigung am Anfang, dessen Auflösung und Überflüssigwerden am Ende der Entwicklung steht. Und dieser sozialistische Staat ist erst dann verwirklicht und existent, wenn er die Strukturen der permanenten Selbstauflösung entfaltet hat“⁴⁹². Diese Passage macht vollends deutlich, dass die beiden konträren Sozialismusstrategien unversöhnlich waren. Während sich Havemann zu der Überzeugung vorgearbeitet hatte, dass mit der sukzessiven Selbstauflösung des Staates auf der Basis sozialistischer Eigentumsverhältnisse eine wahrhaft freie Gesellschaft entstehen würde, die sich endgültig aus dem epigonalen Bezug auf den Kapitalismus löst und eben damit eine ungeheure Attraktivität entfaltet, war die SED-Führung der in der kommunistischen Tradition wurzelnden Ansicht, dass unter den Verhältnissen der Systemkonfrontation nur der ständige Ausbau der Staatsmacht mit ihren Überwachungsapparaten dem Sozialismus eine Überlebenschance bieten würde. Dies war die überpersönliche Struktur des Konfliktes, in dem keine der beiden Seiten nachgeben konnte. Damals stand das Urteil der Geschichte über die konträren Standpunkte noch aus. Inzwischen hat sie der *Kritik* Havemanns Recht gegeben; zur Prüfung seines *positiven* Gesellschaftskonzepts fehlte ihr bisher die Gelegenheit.

Die gegenüber Havemann ausgeübten Repressionen waren für die SED-Führung selbst hochriskant. Nur der existentielle Charakter des Konfliktes zwischen den alternativen Sozialismusstrategien macht ihre Bereitschaft, dieses hohe Risiko einzugehen, in gewissem Maße verständlich. Bei der Erörterung dieser Frage muss man freilich bedenken, dass der Parteiapparat außerstande war, den ganzen Umfang dieses Risikos zu erkennen. Seine Risikowahrnehmung war partiell ideologisch blockiert. Von ihrem Sozialismuskonzept her konnte die SED-Führung nicht einsehen, dass die beabsichtigte weitere Einengung der öffentlichen Debatte und der Artikulation einer Pluralität von Meinungen zu zentralen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung die Vitalität und damit die Zukunftsfähigkeit des Systems der DDR untergraben musste. Diese Einsicht war ihr unzugänglich, da sie paradigmatisch darauf festgelegt war, die maximale ideologische Normierung und Disziplinierung der Gesellschaft als Stabilitätsgarantie des Sozialismus anzusehen. In einem im Januar 1966 von Martin Walser im Namen einer Reihe prominenter westdeutscher Schriftsteller an Walter Ulbricht gerichteten Brief, der sich gegen die Maßregelung Havemanns sowie mehrerer Schriftsteller der DDR wandte, wurde auf diesen neuralgischen Punkt verwiesen: „Die immensen Vorteile unbehinderter öffentlicher Äußerung und Erörterung von verschiedenen Auffassungen politischer und gesellschaftlicher, künstlerischer und wissenschaftlicher Probleme werden nicht verstanden, nicht genutzt“⁴⁹³.

Andere, mehr an der Oberfläche liegende Risikokomponenten ihres repressiven Kurses waren den Funktionären selbstverständlich bewusst und wurden von ihnen einkalkuliert. Das war ein weitgefächerter Problemkomplex. Zunächst nahm man – in einer Zeit, da die Abhängigkeit der wirtschaftlichen Leistungskraft vom Fortschritt der Naturwissenschaften zum Gemeinplatz geworden war und Eingang in die Parteibeschlüsse gefunden hatte – den Positionsverlust der DDR in einer strategisch wichtigen Richtung der naturwissenschaftlichen Grundlagenforschung als Preis für die politische Isolation Havemanns in Kauf. Auch wenn, wie dargelegt, das von Havemann aufgebaute Forschungsteam auf dem Gebiet der Photochemie mit seiner Überführung in die Industrieforschung personell erhalten blieb, verzichtete die DDR mit der Auflösung der Arbeitsstelle für Photochemie an der DAW auf den ursprünglich vorgesehenen Aufbau eines leistungsfähigen Instituts der akademischen Grundlagenforschung und zugleich auf eine Einflussposition in der internationalen Forschungszusammenarbeit, denn sie kündigte die Mitarbeit am

⁴⁹² Ebd., S. 142.

⁴⁹³ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 55, S. 188.

RGW-Forschungsthema 9.1 („Photosynthese“), für das Havemanns Arbeitsstelle als internationales Koordinierungszentrum fungiert hatte.

Während dieser Verlust auf ein bestimmtes Fachgebiet beschränkt war, ließ sich das intelligenzpolitische Risiko nicht so leicht zu lokalisieren. Es war den Akteuren des Vorgehens gegen Havemann bewusst, dass sie damit die Loyalität zahlreicher Naturwissenschaftler, auf deren zuverlässige Mitarbeit die DDR dringend angewiesen war, bis zum äußersten strapazierten. Deshalb wurde auch mit Sorgfalt darauf geachtet, dieses Risiko so weit wie möglich zu begrenzen. Der Parteiapparat konnte sich dabei auf einen Zug der Wissenschaftlermentalität stützen, der insbesondere in Deutschland schon seit dem 19. Jh. traditionell stark ausgeprägt war: Wie auch immer man zum Staat stand – man hatte die Verhaltensregeln, die der Staat setzt, zu respektieren, als Gegenleistung dafür, dass der Staat Autonomie in den inhaltlichen Fragen der wissenschaftlichen Arbeit gewährte und diese Arbeit alimentierte⁴⁹⁴. Wenn etwa der Staat festlegte, dass Wissenschaftler nicht ohne Genehmigung vorgesetzter Dienststellen in Publikationsorganen anderer Staaten veröffentlichten dürfen, so konnte man diese Vorschrift persönlich missbilligen, hatte sie aber, sofern man in diesem Staat lebte, unbedingt einzuhalten, wenn man nicht das Gebot der staatsbürgerlichen Loyalität verletzen wollte. Der „Fall Havemann“ war ein Schulbeispiel dafür, wie die inhaltliche Auseinandersetzung zwischen konträren politischen Positionen in eine formale Kontroverse um Regelkonformität versus Regelverletzung transformiert wurde. Eine zentrale Rolle spielte dabei die Präsentation der Tatsache, dass Havemann in Medien der Bundesrepublik publizierte, als Bruch der Loyalität gegenüber der DDR; für viele Bürger der DDR war dieses Vorgehen nicht zuletzt deshalb überzeugend, weil die Bundesrepublik beharrlich die staatliche Anerkennung der DDR verweigerte (Hallstein-Doktrin) und sich selbst als einzige legitime staatliche Vertretung aller Deutschen darstellte. So erklärte Akademiepräsident Hartke in einem an die Ordentlichen Mitglieder der DAW gerichteten Schreiben vom 15.2.1966: „Niemand verbietet in der DDR den Meinungsstreit und die Diskussion, aber man kann auch bei uns damit nicht zur Konkurrenz, ja zum Feinde gehen“⁴⁹⁵. Dieses Vorgehen hatte für den Parteiapparat taktische Vorteile: Die Wissenschaftler waren einer Beschäftigung mit den von Havemann vorgetragenen politischen Argumenten weitgehend enthoben; sie konnten ihr Gewissen mit der Vorstellung beruhigen, dass sie Havemann nicht etwa wegen seiner politischen Ansichten verurteilten, sondern wegen seines *Verhaltens* rügten. Als Werner Schubert von der Abteilung Wissenschaften des ZK seinem Vorgesetzten Johannes Hörnig Ende Januar 1966 in einer Zwischenanalyse über den Stand der Vorbereitungen zum Ausschluss Havemanns aus der DAW berichtete, erwog er die Möglichkeit, dass Havemann zu der entscheidenden Plenarsitzung eingeladen werden könnte; in diesem Fall sei es aber notwendig, „dass er nicht die Möglichkeit erhält, seine Ideologien und Theorien vor dem Plenum darzulegen, es müsste gesichert werden, dass lediglich das Verhalten Havemanns und damit als Bürger der DDR zur Diskussion steht“⁴⁹⁶. Diese Passage belegt, dass sich die Parteifunktionäre der Methode einer „Formalisierung“ der Auseinandersetzungen (im Sinne des Absehens von ihren eigentlichen Inhalten) gezielt bedienten, um die Zustimmung der Akademiker zur Entfernung Havemanns zu gewinnen. Zugleich konnte damit das Faktum überspielt werden, dass Havemann, bevor er sich aktiv westlicher Medien bediente, alle Möglichkeiten zu öffentlicher Äußerung in der DDR versperrt worden waren. Westliche Intellektuelle akzentuierten ihre Kritik in der Regel darauf, dass Havemann wegen seiner politischen Auffassungen gemäßregelt würde. So schrieb

⁴⁹⁴ „Nur allzu bereitwillig war man so gewillt, sich den vermeintlichen (politischen) Sachzwängen unterzuordnen – zumal man damit eine deutsche Akademiker-Tradition (weiter)pfliegte, die dem Staat – jedem Staat – das Recht zubilligte, von seinen beamteten Gelehrten Loyalität einzufordern, darunter auch die Enthaltung von jeder ‚übertriebenen‘ politischen Tätigkeit oder von bestimmten Richtungen solcher Aktivitäten“. – Hoffmann, *Der Physikochemiker* (wie Anm. 326), S. 334.

⁴⁹⁵ Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 74, S. 234.

⁴⁹⁶ Ebd., Dok. 57, S. 199.

Werner Heisenberg an Gustav Hertz, „dass es dem Ansehen der Berliner Akademie nicht förderlich wäre, wenn ein Mitglied wegen politischer Meinungsverschiedenheiten ausgeschlossen würde“⁴⁹⁷. Auch Havemann selbst erklärte auf der Präsidiumssitzung am 10.3.1966, zu der er geladen war, die gegen ihn seitens der DAW erhobenen Vorwürfe seien ausschließlich politischer Natur. Edgar Lehmann-Gützlaff, der Sekretar der Klasse für Chemie, Geologie und Biologie, hatte indes das Verfahren der „Formalisierung“ voll übernommen und ließ sich auf eine politische Auseinandersetzung in keiner Weise ein: „In keiner der Klassen- oder Präsidiumssitzungen, an denen ich seit Beginn dieses Jahres teilnahm – und ich habe an allen Sitzungen teilgenommen –, haben Ihre politischen Ansichten oder der Inhalt Ihrer Veröffentlichungen in westdeutschen politischen Zeitschriften zur Diskussion gestanden. Das kann auch heute nicht der Fall sein. Die Klasse distanzierte sich vielmehr mit aller Entschiedenheit einstimmig von Ihrem Verhalten, d.h. dagegen, dass Sie sich zur Durchsetzung Ihrer politischen Gedanken solcher Mittel bedienen, deren bloße Verwendung als Angriff gegen die DDR von außen angesehen werden muss“⁴⁹⁸.

Auf diese Weise gelang es, den Unmut zahlreicher Akademiemitglieder, darunter auch vieler mehr oder minder unpolitischer Naturwissenschaftler, zu kanalisieren und gegen Havemann selbst zu richten. Er erschien ihnen damit als Störenfried, der mit seinem politischen Geltungsbedürfnis Reaktionen des Systems herausforderte, durch die sich die Bedingungen für ungestörtes wissenschaftliches Arbeiten und für Kontakte zu westlichen Wissenschaftlern verschlechtern mussten. Im Bericht über die Sitzung der Klasse für Chemie, Geologie und Biologie vom 13.1.1966 heißt es beispielsweise, man habe festgestellt, „dass Hr. Havemann insbesondere auch durch sein Verhalten den Bemühungen um Vertiefung und Ausweitung der Beziehungen zu westdeutschen Wissenschaftlern in den Rücken gefallen ist, indem er versuchte, die Akademie auf das Terrain seiner politischen Diskussionen zu ziehen“⁴⁹⁹. Die Methode der „Formalisierung“ dürfte dazu beigetragen haben, dass sich gerade unter den Naturwissenschaftlern als seinen eigentlichen Fachgenossen die Proteste gegen die Maßregelung Havemanns in Grenzen hielten, und sie hat vermutlich auch gegenüber westlichen Naturwissenschaftlern ihre Wirkung nicht völlig verfehlt. Vor der Klasse berichtete der Chemiker Heinrich Bertsch über ein Gespräch, das er mit Ewald Wicke, dem Ordinarius für Physikalische Chemie an der Universität Münster, geführt hatte; dieser habe ihm bestätigt, „dass ein westdeutscher Wissenschaftler sich nie erlauben könne, z.B. im Neuen Deutschland gegen die politischen Grundsätze der Bundesregierung zu polemisieren“⁵⁰⁰. Nichtsdestoweniger hatte damit gerechnet werden müssen, dass nach dem Scheitern des Ausschlussverfahrens und der statutenwidrigen Streichung Havemanns westdeutsche Mitglieder die DAW verlassen würden, was nicht nur für die Akademie, sondern auch für die DDR insgesamt eine schwerwiegende Prestigeeinbuße bedeutet hätte. Der parteilose Biologe Kurt Mothes, der sich als Präsident der Leopoldina⁵⁰¹ für die Verhältnisse der DDR ungewöhnlich große Freiheiten gegenüber den politischen Funktionären gestatten konnte, bat den Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht in einem Brief vom 8.4.1966 um eine baldige Aussprache, „um die Folgen abzuwenden, die ich in den drohenden Austritten der meisten westdeutschen Mitglieder sehe. Sie werden katastrophal sein und ganz unverständlich in einem Augenblick eines sich anbahnenden Ost-West-Ge-

⁴⁹⁷ Ebd., Dok. 68, S. 214.

⁴⁹⁸ Ebd., Dok. 101, S. 312.

⁴⁹⁹ Ebd., Dok. 50, S. 178.

⁵⁰⁰ Ebd., Dok. 73, S. 227.

⁵⁰¹ Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina mit Sitz in Halle (Saale), eine Gelehrten-gesellschaft ohne eigene Forschungsinstitute, war in der Zeit der DDR das bedeutendste Forum für wissenschaftliche Ost-West-Begegnungen. Unter ihren Mitgliedern, die aus den verschiedensten Ländern der Welt stammten, kamen weitaus mehr aus kapitalistischen als aus sozialistischen Ländern und weitaus mehr aus der Bundesrepublik als aus der DDR. – B. Parthier: Die Leopoldina. Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie. Halle 1994.

sprächs“⁵⁰². Diese Gefahr sahen auch der Romanist Werner Krauss und der Finno-Ugrist Wolfgang Steinitz, zwei der SED angehörende Akademiemitglieder, die unter Hinweis auf den drohenden internationalen Ansehensverlust der Akademie die von ihnen geforderten Zustimmungserklärungen zur Streichung Havemanns verweigerten. Der befürchtete Exodus westdeutscher Mitglieder aus der DAW blieb allerdings aus.

Die Risiken, die die Führung der SED mit der Maßregelung Havemanns in Kauf nahm, gingen weit über den innerakademischen Bereich hinaus. Die Tatsache, dass ausgerechnet eine Persönlichkeit, die im illegalen Widerstandskampf gegen das Hitlerregime ihr Leben eingesetzt hatte, zum Opfer massiver Repressionsmaßnahmen wurde, beschädigte den antifaschistischen Grundkonsens der DDR als wichtigste Legitimationsgrundlage dieses Staates. Besonders die linksorientierten Demokraten im Westen, die der DDR im Prinzip wohlwollend gegenüberstanden, die Hallstein-Doktrin verurteilten und für die diplomatische Anerkennung der DDR eintraten, wurden damit brüskiert. Der Marburger Politologe Wolfgang Abendroth schrieb am 23.3.1966 an Hartke: „Mir scheint es dringend notwendig zu sein, niemals zu vergessen, welche bedeutende Rolle Herr Kollege Havemann im Widerstandskampf gegen den deutschen Nationalsozialismus gespielt hat. [...] Disziplinarmaßnahmen gegen ihn würden die Kameradschaft der ehemaligen Widerstandskämpfer erheblich gefährden“. Und er fügte hinzu: „Maßnahmen gegen Havemann würden alle fortschrittlichen Kräfte im Bereich der Bundesrepublik weit zurückwerfen, [...], und sie würden die restaurativen Kräfte im Westen Deutschlands geradezu mit Waffen beliefern“⁵⁰³. Diese und andere Warnungen wurden ignoriert. Havemann selbst empfand es als einen besonders perfiden Affront, dass diejenigen Personen, die ihm als einem vom Naziregime zum Tode verurteilten Antifaschisten auf der staatlichen Ebene als die unmittelbaren Exekutoren seiner Ausgrenzung gegenübertraten, der Nazipartei angehört hatten; der Staatssekretär für das Hoch- und Fachschulwesen Ernst-Joachim Gießmann, der ihm die Abberufung als Hochschullehrer aussprach, der Akademiepräsident Werner Hartke und der Vorsitzende der Forschungsgemeinschaft Hermann Klare waren sämtlich 1937 der NSDAP beigetreten.

Dies alles berührte selbstverständlich das dringende Bemühen der DDR um Normalisierung ihrer internationalen Position, um ihre diplomatische Anerkennung und um ihre Aufnahme in die Vereinten Nationen. Der Partei- und Staatsführung musste klar sein, dass eine diplomatische Anerkennung der DDR durch die westlichen Länder auf keinen Fall unter Umgehung der Bundesrepublik zu erreichen war und dass ein Arrangement zwischen den beiden deutschen Staaten – wenn auch, wie es 1972 mit dem Grundlagenvertrag zwischen der DDR und der BRD realisiert wurde, unterhalb der Ebene diplomatischer Beziehungen – die unabdingbare Voraussetzung für die Überwindung der weltweiten diplomatischen Isolation war. Für das Erreichen dieses Zieles wirkten innenpolitische Repressionsmaßnahmen gegen Intellektuelle, wie sie im 11. Plenum des ZK der SED 1965 kulminierten, ausgesprochen kontraproduktiv. Im Fächer der Risiken, die die DDR-Führung mit ihren Maßnahmen gegen Havemann einging, war dies der neuralgische Punkt. Darauf wurden die verantwortlichen Funktionäre von verschiedenen Seiten eindringlich hingewiesen. So richtete der Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), der Havemann, nachdem dessen Buch *Dialektik ohne Dogma?* in der Bundesrepublik erschienen war, zu Vorträgen eingeladen hatte, am 22.3.1966 einen Offenen Brief an Hartke. Dem war vorausgegangen, dass Hartke in seinem Schreiben an die Akademiemitglieder alle westlichen Institutionen, von denen Havemann Vortragseinladungen erhielt, pauschal als „Feinde der DDR“ bezeichnet hatte. In diesem Offenen Brief hieß es: „Gemeinsam mit den anderen progressiven Kräften in der Bundesrepublik hat der SDS seit langem, unter sehr schwierigen Bedingungen, eine Politik der Entspannung und des Ausgleichs zwischen der Bundesrepublik und der DDR betrie-

⁵⁰² Die Entlassung (wie Anm. 311), Dok. 147, S. 381-382.

⁵⁰³ Ebd., Dok. 115, S. 331-332.

ben und immer wieder die Anerkennung der DDR gefordert“. Nun aber sei die Art und Weise, wie einige sozialistische Künstler und Intellektuelle gegenwärtig in der DDR behandelt würden, „zu einer schweren Belastung unserer politischen Arbeit in der Bundesrepublik geworden“⁵⁰⁴. Die eindringlichste Mahnung in der Serie der Proteste kam von dem zweifachen Nobelpreisträger Linus Pauling aus den USA, der wegen seines kompromisslosen Einsatzes gegen die Entwicklung und Erprobung von Atomwaffen, für den der Chemiker 1962 mit dem Friedensnobelpreis geehrt worden war, hohe internationale Autorität besaß. Pauling kannte Havemann, unterstützte in einem Brief an Hartke vom 21.2.1966 dessen kritische Position und bemerkte: „**It is essential that individuals have the freedom to discuss social, political, economic, and ethical issues freely. Any country in which this freedom of discussion is not allowed has to be described as an oppressive dictatorship, not fit to survive in the new world of morality and democracy we are trying to build**“. Da Pauling die Ehrendoktorwürde der Berliner Humboldt-Universität (1959) besaß und der DDR wohlwollend gegenüberstand, hatte seine Mahnung besonderes Gewicht: Das Vorgehen der DAW gegen Havemann, wenn es nicht unverzüglich zurückgenommen wird, „will do great damage to the world reputation of the German Democratic Republic“⁵⁰⁵.

Alle diese ernsten Hinweise wurden dem Politbüro des ZK der SED zur Kenntnis gebracht; das Risiko für das Gelingen ihrer eigenen politischen Absichten, das sie mit ihren harten und entwürdigenden Maßnahmen gegen Robert Havemann eingingen, musste seinen Mitgliedern zu wesentlichen Teilen bewusst gewesen sein. Hätte die Führung der DDR die Größe oder auch nur das taktische Raffinement besessen, Havemanns Publikationen in westlichen Medien ausdrücklich zu dulden, statt sie unnach-sichtig zu verfolgen, so hätte dies dem Antikommunismus als der herrschenden Stimmungslage im Westen vieles an Wirkung genommen. Weshalb wagten die Funktionäre das Risiko dieser Repression dennoch? Diese Frage legte sich der westdeutsche Forscher Peter Christian Ludz bereits 1964 vor, unmittelbar nach der fristlosen Entlassung Havemanns aus der Humboldt-Universität und seinem Berufsverbot als Hochschullehrer. Auch aus heutiger Sicht muss man sagen, dass Ludz damals – unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse – die Situation treffend bewertet hatte. Die Reformansätze in den Wirtschaftssystemen verschiedener sozialistischer Länder, die in der DDR in der ersten Hälfte der 1960er Jahre besonders weit gingen, hatten Tendenzen der Liberalisierung, des Pragmatismus und der ideologischen Neutralisierung freigesetzt, die über die Wirtschaft hinaus in andere Bereiche der Gesellschaft ausstrahlten. Diese Ausstrahlung, auf die Havemann einige Hoffnung setzte, wurde im Parteiapparat, der darin Gefahren für die politische Macht erblickte, mit Sorge betrachtet. Die Gefahren sollten durch strikte Disziplinierung im ideologischen Raum eingedämmt werden. Der Machtwechsel an der Spitze der Sowjetunion von Chruschtschow zu Breschnew hatte auch in der SED die orthodoxen, reformfeindlichen Kräfte wieder in Vorhand gebracht; die Protagonisten des Neuen Ökonomischen Systems, insbesondere Ulbricht selbst, passten sich an und trugen die neuen Repressionen gegen kritische Intellektuelle und die damit verbundene strengere Normierung auf kulturellem Gebiet mit, aus welchen Gründen auch immer: „Die Partei nahm den schweren internationalen Prestigeverlust hin, um ihre Kritiker und die allzu Unabhängigen, vornehmlich in den Reihen der Wissenschaft und der mit der Wissenschaft verbundenen Forschung, in den Hunderten von Instituten an den Universitäten, den Hoch- und Fachschulen, jedoch auch im Rahmen der VVB und VEB, zu warnen. Ein wirksames Symbol für die ungebrochene Macht und die Aufrechterhaltung der Herrschaft der Partei im Innern ist für die SED gegenwärtig offenbar wichtiger als eine großzügige Geste, die auf die westliche Öffentlichkeit sicherlich nicht ohne Eindruck geblieben, vielleicht jedoch nicht recht zu Buche geschlagen wäre...“⁵⁰⁶. Die nachdrückliche Warnung an die Intellek-

⁵⁰⁴ Ebd., Dok. 114, S. 330-331.

⁵⁰⁵ Ebd., Dok. 70, S. 216.

⁵⁰⁶ Ludz, Freiheitsphilosophie (wie Anm. 454), S. 271.

tuellen der DDR, den vom Politbüro gesetzten Verhaltensrahmen auf keinen Fall zu überschreiten, war die erste und wichtigste Funktion, die nach Ansicht von Ludz für die Parteiführung das Vorgehen gegen Havemann hatte. Bis dahin hatte es zu den Regularien des politischen Betriebes gehört, von Zeit zu Zeit Philosophen, Gesellschaftswissenschaftlern und Künstlern Revisionismus vorzuwerfen und sie deshalb zu maßregeln, während Naturwissenschaftler und Techniker kaum mit solchen Repressalien zu rechnen hatten. Dass Havemann als Naturwissenschaftler und antifaschistischer Widerstandskämpfer zum zentralen Gegenstand von Repression wurde, bedeutete eine zweifache Grenzüberschreitung. Auf der einen Seite hatte sie damit zu tun, dass mit der Wirtschafts- und Wissenschaftsstrategie der 1960er Jahre das politische Gewicht öffentlicher Äußerungen von Naturwissenschaftlern in der DDR stark gewachsen war. Dies sah auch Ludz so: „... naturwissenschaftliche Argumente bzw. Argumente eines Naturwissenschaftlers gelten in der DDR womöglich noch mehr als sonst auf der Welt, als wissenschaftlich schlechthin, als härteste, unbedingt Vertrauen einfließende Währung, die auf dem unübersehbaren Markt ideologischer Meinungen und Meinungsschwankungen eine relativ stabile Orientierung verheißt“. Die in seiner Vorlesungsreihe 1963/64 realisierte Legierung naturwissenschaftlicher Ausgangspositionen mit echt revisionistischen Thesen gab dem Denken Havemanns „eine im wesentlichen auf die gegenwärtige Situation der DDR bezogene, jedoch in dieser Gesellschaft geradezu einmalige Sprengkraft“⁵⁰⁷. Dass aber auf der anderen Seite die Härte der politischen Macht in Havemann zugleich einen ausgewiesenen Antifaschisten traf, war in der DDR eine heikle Angelegenheit, vermutlich wollte das Politbüro damit demonstrieren, dass niemand - und seien seine früheren Verdienste auch noch so groß - die von ihm gezogenen Grenzen überschreiten durfte. Allerdings schloss die Biographie Havemanns seine Inhaftierung aus (obwohl später auch daran gedacht wurde), so dass es unmöglich war, ihn zum Schweigen zu bringen.

Neben der im Vordergrund stehenden Warn- und Abschreckungsfunktion, die die Verfolgung Havemanns erfüllen sollte, nannte Ludz noch eine zweite Funktion - die einer analytischen Sonde zur Beurteilung der ideologischen Situation in der Bevölkerung. Aus den Reaktionen auf die Repressionsmaßnahmen könne die Parteiführung „die Haltung mancher Gruppen in ideologischen Fragen ablesen. Durch ein derartiges Vorgehen gewinnt die Partei ein strukturiertes Bild der Gesellschaft. [...] Die SED schätzt dabei die Lage in ihrem Herrschaftsbereich, was die Instabilität, die Neigung zu Pragmatismus, jedoch auch zu offener Häresie, das Desinteresse und die Desinformation in ideologischen Dingen angeht, offenbar recht realistisch ein“⁵⁰⁸.

4.4. Havemann und die Entwicklung in der Tschechoslowakei

Als Hörnig, der Leiter der Abteilung Wissenschaften des ZK, am 29.1.1966 eine von seinem Mitarbeiter Schubert verfasste Zwischenanalyse zur Vorbereitung des Akademieausschlusses von Havemann an Hager übersandte, bemerkte er in einem Begleitschreiben, er hätte erfahren, dass Havemann „starke Freunde in Polen und in der ČSSR“ habe⁵⁰⁹. Meines Wissens ist bisher nicht untersucht worden, inwieweit diese Bemerkung auf Tatsachen beruhte.

Auf dem Franz-Simon-Gedächtniskolloquium, das unter Teilnahme prominenter Wissenschaftler aus westlichen Ländern im Rahmen der Feierlichkeiten zum 150jährigen Gründungsjubiläum der Humboldt-Universität im November 1960 in Havemanns Universitätsinstitut in der Berliner Bunsenstraße stattfand, war auch der namhafte tschechische Physikochemiker Rudolf Brdička anwesend⁵¹⁰; sein Werk *Základy fyzikální chemie* (1952) war 1958 - ein Jahr nach

⁵⁰⁷ Ebd., S. 272.

⁵⁰⁸ Ebd., S. 271.

⁵⁰⁹ Die Entlassung (wie Anm. 311), S. 197.

⁵¹⁰ A. Nowak: Franz-Simon-Gedächtnis-Kolloquium zur 150-Jahr-Feier der Humboldt-Universität. In:

Havemanns *Einführung in die chemische Thermodynamik* – in deutscher Übersetzung erschienen und wurde im folgenden in der DDR zum Standardwerk der physikalisch-chemischen Hochschullehre⁵¹¹. Mir ist nicht bekannt, ob es zwischen Havemann und Brdička persönliche Beziehungen gegeben hat; die Gemeinsamkeit des Fachgebietes und die bedeutende Rolle, die das Lehrbuch des tschechischen Kollegen in der Hochschullehre der DDR gespielt hat, könnten dies vermuten lassen.

In seiner Vorlesung griff Havemann am 13. Dezember 1963 das Problem der Entfremdung auf und wandte sich gegen die in der Parteideologie verbreitete schablonenhafte Vorstellung, mit der sozialistischen Revolution höre die Entfremdung des Menschen von seinen gesellschaftlichen Verhältnissen auf. Vielmehr beginne erst jetzt die aktive Auseinandersetzung auch „mit *neuen Formen* der Verhüllung der Wirklichkeit in dieser neuen Periode der Umwandlung der Gesellschaft“⁵¹². Dies war zweifellos ein Reflex der von den Prager Germanisten Eduard Goldstücker und Paul Reimann im Mai 1963 in Liblice veranstalteten internationalen Konferenz über das Werk Franz Kafkas⁵¹³, obwohl er auf dieses Ereignis nicht explizit Bezug nahm. Das unmittelbare Anliegen dieser Konferenz, die sich in ihren direkten und indirekten Wirkungen als ein Markstein in der geistigen Vorbereitung des „Prager Frühlings“ erwies, war die Integration Kafkas in das von der sozialistischen Gesellschaft respektierte kulturelle Erbe. Schon dies war ein diffiziles Vorhaben, denn bis dahin war Kafka von der offiziellen Kulturpolitik als ein typischer Vertreter bürgerlicher Dekadenz betrachtet und abgelehnt worden. Über die bloße Rehabilitierung und literaturwissenschaftliche Analyse Kafkas hinaus enthielt diese Konferenz jedoch noch weitaus brisanteren ideologischen Sprengstoff. Kafkas Darstellungen hilflosen Ausgeliefertseins des ohnmächtigen Individuums an ebenso omnipotente wie bürokratische Strukturen wurden, obgleich unter ganz anderen gesellschaftlichen Umständen geschrieben, auch als Chiffren für die Willkür stalinistischer Machtapparate wahrgenommen⁵¹⁴. Dafür standen schon die Persönlichkeiten der beiden Veranstalter, denn Goldstücker war 1953 im Prozess gegen Rudolf Slánský – einem der schlimmsten Exzesse stalinistischer Willkür außerhalb der Sowjetunion – zu lebenslanger Haft verurteilt und erst 1955, also längere Zeit nach Stalins Tod, wieder freigelassen worden, und Reimann hatte in diesem Prozess als Zeuge aussagen müssen. Vermutlich war Havemann von seinem Freund Wolfgang Heise, der an der Humboldt-Universität Philosophiegeschichte und Ästhetik lehrte und der im März 1964 als einziger unter den Mitgliedern der Universitätsparteileitung gegen seinen Ausschluss aus der SED gestimmt hatte, auf die Gedanken dieser Konferenz hingewiesen worden. Allerdings hatte Heise nicht selbst an der Kafka-Konferenz teilgenommen. Die DDR war dort mit der renommierten Schriftstellerin Anna Seghers (die jedoch keinen Vortrag hielt) und vier jungen Germanisten vertreten, unter ihnen Werner Mittenzwei⁵¹⁵. Aber Heise war am Entfremdungsproblem in höchstem Grade interessiert und arbeitete selbst darüber. Camilla Warnke bemerkt über ihn: „In der DDR hat es wohl keinen Theoretiker gegeben, der so eindringlich und so konsequent wie Heise seine Kritik am realen Sozialismus im Rückgriff auf das Marxsche Entfremdungskonzept formuliert hat und seinen Implikationen unter den neuen, nicht mehr privateigentümlichen Verhältnissen nachgegangen ist“⁵¹⁶. 1966 wurden die Ergebnisse der Kafka-Konferenz von der

Wissenschaft und Fortschritt 11 (1961) 2, S. 60-61.

⁵¹¹ R. Brdička: Grundlagen der physikalischen Chemie. Berlin 1958. – In den folgenden Jahren erschienen zahlreiche weitere Auflagen, bis hin zur 15. Auflage im Jahre 1982.

⁵¹² R. Havemann, Naturwissenschaftliche Aspekte (wie Anm. 406), S. 132.

⁵¹³ Franz Kafka. Liblická konference 1963. Hrsg. von E. Goldstücker und F. Kautman. Praha 1963.

⁵¹⁴ Franz Kafka in der kommunistischen Welt. Hrsg. von der Österreichischen Franz-Kafka-Gesellschaft. Weimar 1993.

⁵¹⁵ W. Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945 bis 2000. Leipzig 2001, S. 206-208.

⁵¹⁶ C. Warnke: Abschied von den Illusionen. Wolfgang Heise in den 60er Jahren. In: Denkversuche (wie

Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften auch in deutscher Sprache publiziert und waren damit auch für Wissenschaftler in der DDR leichter zugänglich⁵¹⁷. Heise gelang es, Mitte 1965 – zu einer Zeit, als für Havemann in der DDR bereits ein faktisches Publikationsverbot galt, aber noch einige Monate vor dem 11. Plenum des ZK der SED – in der Deutschen Zeitschrift für Philosophie einen Aufsatz zum Thema *Über die Entfremdung und ihre Überwindung* zu veröffentlichen.

Der einzige persönliche Kontakt Havemanns in die Tschechoslowakei, der bisher publik gemacht worden ist, war seine Verbindung zu Arnošt Kolman. In seiner Vorlesung nahm er bei der Diskussion der Dialektik von Endlichem und Unendlichem beiläufig auf ihn Bezug⁵¹⁸. Er kannte ihn schon länger; wie Kolman in seiner Autobiographie schreibt, hatte er Havemann während eines Aufenthaltes in Berlin kennen gelernt⁵¹⁹. Havemann schickte ihm die schriftliche Fassung seines Leipziger Vortrages nach Prag, und Kolman antwortete ihm darauf am 23.11.1962 ausführlich⁵²⁰. Kolman, der in diesem Jahr das 70. Lebensjahr vollendete und die Leitung des Philosophischen Instituts der ČSAV abgab, ging mit dem wesentlich jüngeren Havemann ziemlich streng ins Gericht, warf ihm Einseitigkeiten und Übertreibungen vor, auf die er mit vielen historischen Details einging, und rügte, „wie übereilt Sie oft Schlüsse fassen, die sich nicht auf genügendes Kenntnis der Tatsachen stützen. Sicher verfahren Sie in Ihrem eigenen Fach anders“⁵²¹. In der Hauptsache aber, der Überwindung ehemals stalinistischer Standpunkte aus eigener Kraft, stand Kolman seinem Korrespondenzpartner sehr nahe. Wie er schrieb, war auch er „der allgemeinen ‚Psychose‘ der Verherrlichung Stalins unterworfen und akzeptierte und verbreitete unkritisch viele fehlerhafte philosophische Ideen“; erst nach dem XX. Parteitag der KPdSU habe er „eine peinliche und qualvolle Revision meiner Ansichten“ unternommen⁵²². Möglicherweise hatte Havemann bei der Übersendung des Vortragstextes angeregt, ihn in „Filosofický časopis“ zu publizieren; Kolman meinte jedoch, es sei nicht angängig, eine so scharfe Kritik an der Philosophie der DDR früher in der Tschechoslowakei als in der DDR zu drucken⁵²³. In der kurzen, nicht sehr präzisen Passage über Havemann in Kolmans Erinnerungen ist von einem ausführlichen Brief die Rede, aber nach dem Kontext scheint es, als sei dieser Brief eine Reaktion Kolmans auf die Veröffentlichung von *Dialektik ohne Dogma?* (irrtümlich mit dem Titel *Marxismus ohne Dogma* angegeben) in der Bundesrepublik gewesen; es ist nicht klar, ob es wirklich zwei ausführliche Briefe gab oder ob Kolman hier etwas verwechselt hat. Im Anschluss an die Erwähnung dieses Briefes heißt es jedenfalls, dass seine Kontakte zu Havemann, einem lieben Menschen mit Weitblick, damit leider geendet hätten⁵²⁴.

Ganz unabhängig davon, ob er in den folgenden Jahren mit Kollegen in der Tschechoslowakei korrespondiert hat oder nicht, beobachtete Havemann jedenfalls die Vorgänge seit der Absetzung von Antonin Novotný auf dem Januarplenum 1968 des ZK der KPČ mit gespannter Aufmerksam-

Anm. 34), S. 307-335, hier S. 324.

⁵¹⁷ Franz Kafka aus Prager Sicht. Hrsg. von E. Goldstücker, F. Kautman und P. Reimann. Prag 1966.

⁵¹⁸ Havemann, *Naturwissenschaftliche Aspekte* (wie Anm. 406), S. 100.

⁵¹⁹ Möglicherweise handelte es sich um die Konstituierung der im Februar 1961 vom Generalsekretär der DAW Günther Rienäcker berufenen Kommission für Kybernetik unter Leitung von Georg Klaus; an der Konstituierung dieser Kommission, der auch Rompe angehörte, nahm Kolman teil. – *Spektrum* 9 (1963) 1, S. 31.

⁵²⁰ Brief von A. Kolman an R. Havemann. In: Havemann, *Dialektik ohne Dogma?* (wie Anm. 343), S. 215-220.

⁵²¹ Ebd., S. 217.

⁵²² Ebd., S. 219.

⁵²³ Ebd., S. 220.

⁵²⁴ „Tím bohužel naše vztahy k Havemannovi, člověku milému a s rozhledem, skončily...“ – A. Kolman: *Zaslepená generace. Paměti starého bolševíka*. Brno 2005, S. 325.

keit. Seitdem er sich endgültig für die Konzeption eines demokratischen Sozialismus entschieden hatte, war der wichtigste Gegenstand seiner Überlegungen das Problem, ob eine friedliche Transformation der „realsozialistischen“ Länder zum demokratischen Sozialismus möglich sein könnte. In der tschechoslowakischen Entwicklung sah er, wie er in einem Presseartikel vom Mai 1968 feststellte, die positive Antwort auf diese Frage: „Zum ersten Mal wird hier der Versuch gemacht, Sozialismus und Demokratie in Übereinstimmung zu bringen. [...] In der ČSSR erleben wir heute den grandiosen Versuch eines radikalen und kompromisslosen Durchbruchs zur sozialistischen Demokratie. Gelingt dieser Versuch, so wird dieser Versuch von einer historischen Tragweite sein, die sich nur mit der russischen Oktoberrevolution vergleichen lässt. Eins der Haupthindernisse für die weitere Umwälzung vom Kapitalismus zum Sozialismus wird dann beseitigt sein: die tief deprimierende Erfahrung der vergangenen Etappe der Weltrevolution nämlich, dass Demokratie nur unter den Bedingungen des bürgerlichen Kapitalismus möglich, aber mit dem System des Sozialismus unvereinbar sei“⁵²⁵. Die militärische Intervention der Warschauer Vertragsstaaten in der Tschechoslowakei betraf Havemann auch persönlich: Seine Söhne Frank und Florian, die gegen den Einmarsch protestiert hatten, wurden verhaftet, und er selbst musste in einem sie wegen „staatsfeindlicher Hetze“ geführten Prozess aussagen⁵²⁶. Die gewaltsame Liquidierung des „Prager Frühlings“ bezeichnete er als eine bittere Enttäuschung, und 1969 schrieb er, seither lägen „wieder düstere Schatten über der Zukunft des Sozialismus“⁵²⁷. Er bestand jedoch auf der bleibenden Bedeutung des historischen Nachweises, „dass ohne Freiheit kein wahrer Sozialismus und ohne Sozialismus keine wahre Freiheit möglich ist. Das ist das unwiderlegliche Ergebnis der acht Monate freier sozialistischer Demokratie in der ČSSR vom Januar bis zum 21. August 1968“⁵²⁸.

Mir ist nicht näher bekannt, wie und in welchem Ausmaß Havemanns Bewertungen der Ereignisse in der damaligen Tschechoslowakei rezipiert wurden. Ein 1970 zu Ehren des siebzigsten Geburtstages Havemanns von Hartmut Jäckel herausgegebener Sammelband enthielt zwei Beiträge tschechischer Autoren. Das Glückwunschsreiben von František Kriegel, der als Vorsitzender der Nationalen Front zum aktiven Kern der tschechoslowakischen Reformer gehört hatte, war an einen ihm persönlich Unbekannten gerichtet⁵²⁹; zum Zeitpunkt der Veröffentlichung war Kriegel bereits verstorben. Ein längerer Beitrag stammte von Jiří Pelikán, der von 1963 bis 1968 Generaldirektor des Fernsehens der ČSSR war, 1968 dem ZK der KPCČ angehört hatte und seit 1969 im italienischen Exil lebte. Dieser Beitrag enthält jedoch keinen Hinweis darauf, dass Pelikán jemals Havemann persönlich begegnet sein oder mit ihm in brieflicher Verbindung gestanden haben könnte. Er schreibt, dass er von Havemann zum erstenmal im Winter 1963/64 erfahren hätte, als er in Prag Berichte über dessen in Berlin gehaltene Vorlesungen las: „Als wir von Havemanns Ausschluss aus der Universität erfuhren, erwogen wir sogar mit einigen Freunden von der Karls-Universität in Prag, Professor Havemann zu Vorträgen auf eine der Fakultäten einzuladen. Dieser Vorschlag wurde jedoch schnell zunichte, einmal wegen des Widerstandes von seiten des Parteiapparates und insbesondere deshalb, weil die Zeit des ‚gnädigen Sommers‘ nicht lange währte; mit

⁵²⁵ R. Havemann: Sozialismus und Demokratie. Der „Prager Frühling“ – ein Versuch, den Teufelskreis des Stalinismus zu durchbrechen [1968]. In: Robert Havemann. Texte (wie Anm. 319), S. 206-210, hier S. 206. – Dieser Artikel erschien in mehreren europäischen Zeitungen, darunter in der Prager Illustrierten „Svět v obrazech“ vom 20.5.1968. Mir ist nicht bekannt, ob noch weitere Texte Havemanns in tschechischer Übersetzung vorliegen.

⁵²⁶ F. Werkentin: Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht. Berlin 1995, S. 291-293.

⁵²⁷ R. Havemann: Der Sozialismus von morgen [1969]. In: Robert Havemann. Rückantworten (wie Anm. 403), S. 94-109, hier S. 101. Ursprünglich in: Das 198. Jahrzehnt. Eine Teamprognose für 1970 bis 1980. Hamburg 1969, S. 122-127.

⁵²⁸ Havemann, Fragen (wie Anm. 491), S. 213.

⁵²⁹ F. Kriegel: Ein Brief. In: Ein Marxist in der DDR. Für Robert Havemann. Hrsg. von H. Jäckel. München/Zürich 1980, S. 13-15.

dem Sturz Chruschtschows und der Machtübernahme Breschnews wurden wir in die Defensive gedrängt. Trotzdem verfolgte ich weiter das Schicksal von Professor Havemann wie auch alle seine Artikel und Reden. Da ich damals oft in die DDR reiste, lenkte ich manchmal das Gespräch mit den SED-Funktionären auf Havemann, und ich sah an ihren Reaktionen, wie unangenehm es ihnen war und wie sie Havemanns Einfluss unter der Jugend fürchteten⁵³⁰.

Offenbar besteht auch in der heutigen Tschechischen Republik ein gewisses Interesse an Havemann. 2002 legte Monika Práchenská eine unter Betreuung von Alena Míšková verfasste Studie über Havemann als Examensarbeit zum Bachelorabschluss vor⁵³¹. Zahlreiche Autoren, die sich zu seinen Lebzeiten mit Robert Havemann solidarisierten und die damals oder später Untersuchungen über sein Leben und Werk ausführten, teilten nicht seine politischen Ansichten, sondern beschränkten sich darauf, seine Diskriminierung und Unterdrückung in der DDR zu verurteilen und deren Hintergründe zu analysieren. Das eigentliche geistige Vermächtnis Havemanns besteht jedoch in den Konturen einer umfassenden Gesellschaftskonzeption, die zwar gesicherte Freiheit der Meinung und der öffentlichen Diskussion als unabdingbaren Bestandteil einschließt, aber wesentlich darüber hinaus geht und eine Alternative zu den kapitalistisch verfassten Gesellschaften der Gegenwart entwirft. In den aktuellen Debatten über demokratischen Sozialismus lebt dieses Vermächtnis weiter. Der jüngste mir bekannte tschechische Kommentar zu Havemanns Gesellschaftsideal stammt von Marcel Zachoval. Er betont die Idee des Sozialismus als einer Gesellschaft frei entfalteter Vielfalt des menschlichen Lebens und Denkens ohne jegliche kollektive Uniformität, eines freien Pluralismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Daseins und schließt mit den Worten: „Havemanns Ideal war ein demokratischer Sozialismus, der eine Freiheit schaffen kann, die in der bürgerlichen Gesellschaft nur ein Traum ist: die Freiheit des Individuums von jeglicher materiellen Abhängigkeit von anderen Menschen. [...] Wer irgendwann in Zukunft über Alternativen zum krisenhaften Zustand der Weltgesellschaft nachdenkt, der wird nicht mehr hinter diese Prämissen zurückgehen können. Es ist vielleicht überflüssig hinzuzufügen, wie wichtig solche Gedanken heute für uns sind, die wir nach einer gerechten Beurteilung der Vergangenheit und nach Ausgangspunkten und Hoffnungen für die Gegenwart suchen“⁵³².

⁵³⁰ J. Pelikán: Warum ist es schwer, ein Kommunist in der DDR zu sein? In: Ein Marxist (wie Anm. 529), S. 44-54, hier S. 47.

⁵³¹ M. Práchenská: Robert Havemann a represe státní moci v NDR (rukopis). Konzultant Alena Míšková. Praha 2002. – Den Text dieser Arbeit habe ich bisher nicht zur Kenntnis nehmen können.

⁵³² „Havemannův ideál byl demokratický socialismus, který může vytvořit svobodu, která je v buržoazní společnosti jen snění: svobodu individua od jakékoliv materiální závislosti od jiných lidí. [...] Kdo bude kdykoliv v budoucnosti přemýšlet o alternativách ke krizovému stavu světové společnosti, nebude se už moci vrátit před tato východiska. Je snad zbytečné dodávat, jak důležité jsou tyto myšlenky dnes pro nás, kteří hledáme spravedlivé posouzení minulosti a východiska a nadějí pro současnost“. – M. Zachoval: Zamyšlení nad Marxem a marxismem na počátku 21.století. In: Britské listy – deník o všem, o čem se v České republice příliš nemluví, 26.5.2003, S. 14. <http://www.blisty.cz/art/14083.html>

MAX-PLANCK-INSTITUT FÜR WISSENSCHAFTSGESCHICHTE

Max Planck Institute for the History of Science

Preprints since 2007 (a full list can be found at our website)

- 323** Sandra Pravica **»Materialität« in der Naturwissenschaftsforschung. Eine bibliographische Übersicht**
- 324** Uljana Feest (ed.) **Historical Perspectives on *Erklären and Verstehen*: An Interdisciplinary Workshop**
- 325** Renate Tobies **Techno- und Wirtschaftsmathematik in der Glühlampen- und Elektronenröhrenforschung bei Osram und Telefunken.** Iris Runge (1888-1966) – "specialized in treating mathematical valve problems"
- 326** Horst Nowacki **Leonhard Euler and the Theory of Ships**
- 327** István M. Bodnár **Oenopides of Chius: A survey of the modern literature with a collection of the ancient testimonia**
- 328** Daniela Monaldi **The Indirect Observation of the Decay of Mesotrons. Italian Experiments on Cosmic Radiation, 1937–1943**
- 329** **Pascual Jordan (1902–1980).** Mainzer Symposium zum 100. Geburtstag
- 330** Horst-Heino v. Borzeszkowski & Renate Wahsner **Erkenntniskritische Betrachtungen zur Physik**
- 331** Fynn Ole Engler **Wissenschaftliche Philosophie und moderne Physik I.** Hans Reichenbach und Moritz Schlick über Naturgesetzlichkeit, Kausalität und Wahrscheinlichkeit im Zusammenhang mit der Relativitäts- und der Quantentheorie
- 332** Götz Neuneck und Michael Schaaf (Hrsg.) **Zur Geschichte der Pugwash-Bewegung in Deutschland.** Symposium der deutschen Pugwash-Gruppe im Harnack-Haus Berlin, 24. Februar 2006
- 333** Wolfgang Lefèvre (ed.) **Inside the Camera Obscura – Optics and Art under the Spell of the Projected Image**
- 334** Christof Windgätter **ZeitSchriften. Eine Revolution der Experimentalkultur im 19. Jahrhundert**
- 335** Albert Presas i Puig **The Scientific and Technological Relations between Spain and Germany during the first Franco period**
- 336** Albert Presas i Puig **The Dream of a Reactor: The DON Project. Methodological Reflections on a Technology Development Project in Franco's Spain**
- 337** Thomas Sturm **Why Did Kant Reject Physiological Explanations in His Anthropology?**
- 338** Horst Nowacki and Wolfgang Lefèvre (eds.) **Creating Shapes in Civil and Naval Architecture (Vols. I & II).** A Cross-Disciplinary Comparison
- 339** Sophia Vackimes & Konstanze Weltersbach (eds.) **Wandering Seminar on Scientific Objects**
- 340** Uljana Feest, Giora Hon, Hans-Jörg Rheinberger, Jutta Schickore, Friedrich Steinle (eds.) **Generating Experimental Knowledge**
- 341** Silvio R. Dahmen **Boltzmann and the art of flying**
- 342** Gerhard Herrgott **Wanderer-Fantasien. Franz Liszt und die Figuren des Begehrens**
- 343** Conference **A Cultural History of Heredity IV: Heredity in the Century of the Gene**
- 344** Karine Chemla **Canon and commentary in ancient China: An outlook based on mathematical sources**
- 345** Omar W. Nasim **Observations, Descriptions and Drawings of Nebulae: A Sketch.**

- 346** Julia Kursell (ed.) **Sounds of Science – Schall im Labor (1800–1930)**
- 347** Sophia Vackimes **The Genetically Engineered Body: A Cinematic Context**
- 348** Luigi Guerrini **The ‘Accademia dei Lincei’ and the New World.**
- 349** Jens Høyrup **Über den italienischen Hintergrund der Rechenmeister-Mathematik**
- 350** Christian Joas, Christoph Lehner, and Jürgen Renn (eds.) **HQ-1: Conference on the History of Quantum Physics (Vols. I & II)**
- 351** José M. Pacheco **Does more abstraction imply better understanding?**
("Apuntes de Mecánica Social", by Antonio Portuondo)
- 352** José Miguel Pacheco Castela, F. Javier Pérez-Fernández, Carlos O. Suárez Alemán **Following the steps of Spanish Mathematical Analysis: From Cauchy to Weierstrass between 1880 and 1914**
- 353** José Miguel Pacheco Castela, F. Javier Pérez-Fernández, Carlos O. Suárez Alemán **Infinitesimals in Spain: Antonio Portuondo’s *Ensayo sobre el Infinito***
- 354** Albert Presas i Puig **Reflections on a peripheral Paperclip Project: A technological innovation system in Spain based on the transfer of German technology**
- 355** Albert Presas i Puig **The Contribution of the History of Science and Social Studies to the Understanding of Scientific Dynamics: the Case of the Spanish Nuclear Energy Program**
- 356** Viola Balz, Alexander v. Schwerin, Heiko Stoff, Bettina Wahrig (eds.) **Prekarious Matters / Prekäre Stoffe.** The History of Dangerous and Endangered Substances in the 19th and 20th Centuries
- 357** Florentina Badalanova Geller ***Qur’ān in vernacular.*** Folk Islam in the Balkans
- 358** Renate Wahsner & Horst-Heino v. Borzeszkowski **Die Naturwissenschaft und der philosophische Begriff des Geistes**
- 359** Jens Høyrup **Baroque Mind-set and New Science.** A Dialectic of Seventeenth-Century High Culture
- 360** Dieter Fick & Horst Kant **Walther Bothe’s contributions to the particle-wave dualism of light**
- 361** Albert Presas i Puig (ed.) **Who is Making Science? Scientists as Makers of Technical-Scientific Structures and Administrators of Science Policy**
- 362** Christof Windgätter **Zu den Akten – Verlags- und Wissenschaftsstrategien der Wiener Psychoanalyse (1919–1938)**
- 363** Jean Paul Gaudillière and Volker Hess (eds.) **Ways of Regulating: Therapeutic Agents between Plants, Shops and Consulting Rooms**
- 364** Angelo Baracca, Leopoldo Nuti, Jürgen Renn, Reiner Braun, Matteo Gerlini, Marilena Gala, and Albert Presas i Puig (eds.) **Nuclear Proliferation: History and Present Problems**
- 365** Viola van Beek **„Man lasse doch diese Dinge selber einmal sprechen“ – Experimentierkästen, Experimentalanleitungen und Erzählungen um 1900**
- 366** Julia Kursell (Hrsg.) **Physiologie des Klaviers.** Vorträge und Konzerte zur Wissenschaftsgeschichte der Musik